

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Gebührenentlastung pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenzeitung "Neue Welt" einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährl. 2.10 Mr., für 2 Monate 1.40 Mr., für 1 Monat 70 Pf. ausdrücklich Verfallsgel.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telefon 18698.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die geschaltete Zeitstelle oder deren Raum mit 25 Pf. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schweriger Tag nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im vorraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer frühestens 6 Uhr. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Gesellschaft: Tauchaer Str. 19/21. Telefon 2721. Geschäftstage 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags ab 10 Uhr.

## Tageskalender.

In der Debatte über die Budgetfrage auf dem Nürnberger Parteitag kamen in der gestrigen Sitzung neben Bebel nur die Referenten der süddeutschen Fraktionen zum Wort. Heute begann die eigentliche Diskussion.

Zum Bürgermeister von Leipzig wurde in der gestrigen Stadtverordnetensitzung der bisherige 2. Bürgermeister von Stettin, Friedrich Roth, gewählt.

In Budapest kam es zu neuen Polizeiaffären gegen Friedliche Arbeiter.

In Österreich sind die Landtage von acht Kronländern eröffnet worden, die sich zum großen Teil im Laufe dieser Tagung mit der Wahlrechtsfrage zu beschäftigen haben werden.

## Vor der Entscheidung.

Leipzig, 17. September.

Aus Nürnberg schreibt man uns: Ohne Frage: die Dinge stehen ernst. Die Erklärung, die heute die süddeutschen Vertreter abgegeben haben, laufen auf unannehbar, und wenn man dem Brustton und der Leidenschaftlichkeit der Reden nach urteilen sollte, so könnte man wirklich glauben, daß der revisionistische Flügel es diesmal auf den Bruch ankommen lassen will. Von den rund 80 Vertretern der süddeutschen Staaten Bayern, Hessen, Baden und Württemberg wurden in den letzten Tagen fast jeden Abend Besprechungen abgehalten — selbstverständlich unter Ausschluß der ca. 10 Delegierten, die Gegner der Budgetbewilligung sind —, und die Erklärung, die Genosse Timm am Ende seiner zwar langen aber herzig inhaltlosen Rede verlas, beruhete ohne Frage auf vorher getroffener Vereinbarung. Zweimal, am Dienstag und am Mittwoch, hatten die Süddeutschen gemeinsame Sitzungen mit Parteivorstand und Kontrollkommission, von denen aber jede Abschwächung der Vorstandresolution strikt abgelehnt wurde.

In der Tat hat der Parteivorstand damit nur gekauft, was er tun mußte. So sehr uns die Einheit der Partei im Herzen liegt, so darf sie doch nicht um den Preis hergestellt werden, daß die Geläufige Partei sich zum willenlosen Spielzeug einer kleinen Minorität macht. Wie liegen denn die Dinge? Die Süddeutschen haben in geheimen Konferenzen ihre Einmütigkeit in der Frage der Budgetbewilligung festgestellt. Sie bewilligten die Etats, brachen damit die Büdicker Resolution, verzweigten dem "Berliner" Parteivorstand jede Auskunft, und zum Schlus-

sorderte ihr führendes Organ noch offen zur Sprengung der Partei auf. Das ist eine Häufung von bewußten Provokationen, die sich keine Partei gefallen lassen kann bei Strafe völliger Zerrüttung, und wenn der Parteitag in unbegreiflicher Verbündung diesmal nachgeben und die ihm von den Süddeutschen verlebte Ohrfeige stillschweigend einstecken wollte, so wäre das in der Tat das Ende der Partei; denn man täuscht sich, wenn man glaubt, durch Konzessionen etwas anderes erreichen zu können, als ewigen Parteidader. Die Süddeutschen würden daraus nur Mut zu neuen Provokationen schöpfen. Sie würden dann ja: sie könnten tun, was sie wollen, auf Parteitagsbeschlüsse pfeifen, die Disziplin brechen, den anerkannten Parteiautoritäten ins Gesicht schlagen — was verschlägt's? Sie brauchen nur mit der Spaltung drohen, und der Parteitag kriecht ins Mauseloch. Das wäre in der Tat der Anfang vom Ende, und die notwendige Konsequenz wäre, daß die anarchistische Bewegung, die heute nur in Süddeutschland eine gewisse Ausdehnung hat, in Norddeutschland zu einer höchst unerwünschten Stärkung gelangte. Die Massen würden das Vertrauen zur Partei verlieren und den Abmarsch nach links vollziehen.

Die Vorstandresolution ist nichts weiter, als das allermindeste Mindestmaß, das die Partei verlangen muß, und es ist kein Geheimnis, daß sie weiten Kreisen des Parteitags noch nicht weit genug geht. Ausdrücklich enthält sie sich jedes kränkenden Worts, ja jedes Ladeis, und trotzdem geht sie den süddeutschen Parlamentariern noch zu weit. Der Genosse Timm erklärte im Namen der Süddeutschen, daß wir die Anerkennung der Büdicker Resolution den Konflikten beheben könne, wobei er aber noch ausdrücklich hinzufügte, daß dazu auch die bisher von den Süddeutschen beliebte Auslegung dieser Resolution gehöre! Wir gestehen gern, daß wir eine gleich ausgeführte Verhöhnung der Partei selten erlebt haben, und es gehört nur in den Rahmen dieser unbefangenen Summutung, daß man erklärt: am besten sei, man erkläre alles für eine Vertrauenssache und nehme überhaupt keine Resolution an!

So ruhig, sachlich und in der Form entgegenkommend die gute Rede Bebels war, so schroff und abweisend waren die drei Reden der Süddeutschen. Freilich erstanden diesen in den Genossen Simon und Eichhorn höchst gescheite Gegner, deren Ausführungen ihres Eindrucks nicht verfehlten. Die bekannte Leipziger Resolution, die von dem Kleinbürgerlichen Charakter der süddeutschen Politik spricht und die deshalb von denen, die sie traf, so entrüstet kommentiert wurde, hat auf dem Parteitag die prächtigste Bestätigung erfahren. Man lasse nur die Reden Timms und Franks durch mit ihren entzückten Gymnen auf die Sozialpolitik des Klassstaats, mit ihren Bemühungen, aus der Tatsache, daß in Sü-

deutschland die Beamtenfrauen den Konsumentvereinen angehören dürfen, und aus ähnlichen sicherlich nicht zu unterschätzenden Kulturerungenischen die Notwendigkeit der Budgetbewilligung abzuleiten.

Es versteht sich, daß diese Debatte über die Grundzüge der Partei nicht vorübergehen konnte, ohne daß auch der Leipziger Volkszeitung liebend gedacht wurde. Wir würden glauben, unsre Pflicht verletzt zu haben, wenn bei derartigen Diskussionen die Revisionisten nicht auf die Leipziger Volkszeitung schimpfen würden. Und an dieser Schimpfanode beteiligten sich alle drei Redner der Budgetbewilliger in rauschendem Crescendo. Erst Timm in verhaltenem Moll, dann Frank in Dur, bis in der Rede Hildenbrand ein Schimpfsalon ausbrach, der zeitweise lebhafte Besorgnisse für den Gesundheitszustand des Redners erweckte. Wir an unserm Teile sind diesen Ge- nossen für die Reklame recht dankbar, die sie durch ihre drosslige Wit für unser Blatt machen. Wir können ihnen aber versichern, daß diese Reklame wirklich nicht nötig ist. Die Leipziger Volkszeitung wird auch so gelebt.

Morgen beginnt die Debatte. Die Süddeutschen hatten sich, obwohl ihren drei Korreferenten in loyalster Weise unbeschränkte Redezeit bewilligt war, gleich 30 Mann hoch zum Wort gemeldet, so daß Gegner der Budgetbewilligung überhaupt nicht zum Wort gekommen wären. Der Parteitag durchkreuzte jedoch das Plänchen, indem er beschloß, je einem Gegner und einem Freunde der Vorstandresolution das Wort zu geben. Zu den ersten Rednern gehört der Genosse Ulrich Offenbach. Von der andern Seite kommen die Genossen Böcklin und der Genosse Dr. Benisch zum Wort. Auf den Auftakt hat der Parteitag verzichtet.

## Politische Übersicht.

Der Wahlrechtskampf in Österreich.

Das österreichische Proletariat steht vor neuen Wahlrechtskämpfen. Noch sind die mit großer Bravour geführten Demonstrationen für die Errichtung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts zum Reichsrat, die mit so glänzendem Erfolg endeten, in frischer Erinnerung, und schon beginnt der Kampf um die Beseitigung der parlamentarischen Privilegien der herrschenden Klassen von neuem aufzulodern. Diesmal handelt es sich um die Landtage in den verschiedenen Kronländern, die zum größten Teil am 15. September zu ihren Verhandlungen zusammengetreten sind.

In Böhmen, daß den Impuls zu der großartigen Wahlrechtsbewegung für den österreichischen Reichsrat im Jahre 1905 gegeben hat, begann die Bewegung für Errichtung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts zum Landtag am 6. d. M. An allen größeren Orten des

## Seuilleton.

### Du sollst nicht begehren!

Von Timm Kröger.

(Nachdruck verboten.)

Es wurde eine neue Flasche gebracht.

"Ich schreib dir eine Liste, ich schreib dir eine Liste..." murmelte Emil Paulsen, während die Flasche mit dem silbernen, von Metallbändern verschnürten Kopf geöffnet wurde und der Wein in die Stangen schäumte.

Und Heinrich mustete auf die Zukünftige, deren Namen die noch nicht entworfene Liste verschwieg, anstoßen.

"Und wenn..." weissagte der Prophet weiter, "du schabst auch dein Amt zu gering ein, du kennst deine Bedeutung als Hodorfser Pastor nicht. Du weißt nicht, welch ein Glanz sich über Hodorf ergiebt, wenn der neue Pastor kommt. Deine Morgenröte liegt schon seit ein paar Wochen auf den Wommedsorfer Höhen. Der neue Pastor kommt, er ist da, er ist mit der Post gekommen (die Eisenbahn ist ja noch nicht fertig) — nein! er ist mit einem Wagen gefahren. — So wird man sprechen. — Er ist ein großer, schlanker Mann, graue, ausdrucksvolle Augen, hat er und dunstelblondes Haar. Erst war ein bisschen Lang. Aber gestern ist er bei Eggert gewesen. Wenn er draußen spazieren geht, zieht er den Stock durch die Arme; das sieht komisch aus, er tutts, damit er besser atmet, in der Stadt geht er aber ganz ordentlich. Er wohnt bei dem Drophonenkel, da hat er früher schon mal gewohnt. So hat er zu seiner Aufwartefrau gesagt und so zum Drophonenkel. So schneut er sich, und so räuspert er sich. Seine Taschentücher kaufst er bei Mordhorst. Als er kam, hatte er große blaue, das ist in Ostpreußen so Sitte. In Ostpreußen schnupfen die Pastoren noch. Das hat er sich

schon abgewöhnt. Wenn er ausgeht, raucht er eine Zigarette, sonst nicht, aber er ist solide und lebt in geordneten Verhältnissen.

"So wird man räumen, so wird man tuscheln. — So raunt und tuschelt man schon jetzt. — Siehst du, begreifst du nun, was und wer du bist? — Schweig still, ich weiß schon, was du sagen willst, du willst sagen, du willst nicht heiraten. Ich weiß aber auch, daß das schon zu dieser Stunde nicht deine eigentliche Meinung ist."

Und der Redestrom floss weiter — Emil Paulsen nahm davon und vom Wein den Löwenanteil.

"Macht er schon Besuche? wird es heißen. Bei Landrats und bei Propstens ist er gewesen, bei den Herren vom Gericht, den Ärzten, den Lehrern von der Lehrerseitschule und bei dem Apotheker. Hört er nur die Studien für Menschen? Stehen wir Kastlerleute, wir Brauböttcher, wir Hausvögte, wir Kontrolleure, wir Volkslehrer gar nicht auf der Liste? Das Heinrich, ist ein Etikettenspunkt, woran mancher einer gelacht ist. Ich will dir eine Liste geben. Hast du dich da richtig benommen, nicht zu viel, nicht zu wenig getan, dann bist du ein gemachter Mann. Bist du in dem Punkt ein Unschuldsslamml, dann tritt das Gespräch von dem neuen Pastor aus den Ufern und ergiebt sich in die Marsch. Mütter und Töchter stürzen die Väter in Unkosten, denn es gilt eine große Sache. Kaufmann Böck und Kaufmann Schmidt haben gute Tage. Es wird ehrbares schwarzes Zeug gemacht, man reicht sich um die Schneiderinnen, in den Gartenzimmern klappern die Maschinen. Buchbinderei Schütt verkauft zwanzig neue Gesangbücher, sie haben goldenen Schnitt und auf dem Deckel ein Kreuz.

"Du stehst auf der Kanzel. Du hast so ne Art (nun, ich will dich nicht rot machen) eine Art, die angreift. — Alles ist entzündet. Es kommt eine Frömmigkeitsepisode auf, die grässt bis zur Küste hin. Wenn der Propst predigt, dann sitzen ein paar Pflichtkunden — hauptsächlich alte Weiber — in den dämmernden Hallen, die meisten

haben Abhaltung, man kann just nicht hin, der eine hat ein Kind gekriegt, der andre hat die bekannten fünf Ochsen gekauft. Aber wenn deine Predigt in den Anzeigen steht, dann läuft man Kinder und Ochsen, dann ist die Kirche voll. — O, der neue Pastor! Was er für ein Wort hat! Wie der einem das Evangelium auslegen, wie der einen rühren kann! In den Klingentel, in die Sammelbüchsen des Vorhallspringen, die Groschen. Junge Mädchen in dunklen Kleidern — schwarze Farben machen andächtiger, würdiger, frömer, auch wird der Teint gehoben — junge Mädchen streben schwarzbekleidet über den Markt der Kirche zu. Die Linke hält die neuen Goldschmiedegegenbücher, ein Spitzentalschentüchlein sauber darüber gefaltet — über dem Deckel. In der rechten Hand tragen sie neue seidene Regenschirme mit silbernem Griff. — Die Verlobten läuten, es ist ein rührendes, ein erhabendes Bild. Wären die Regenschirme Lilien und kästeten sich die Verlobten fromm auf die Stirn, und wäre es tief am Meeresgrund, es könnte ein Nordseebild von Heinrich sein.

"Na, Heinrich, da nimm deine Seele in acht, daß sie sich nicht zu leicht und zu früh vergreift, wenn so hübsche, junge, fromme Augen zu dem frommen Kanzelmännchen aufschauen. Ich sag dir: die Dinger in Hodorf haben verflucht hübsche Augen.

"Liebster, du trinkst ja gar nicht! — Du sagst? Ganz recht, es ist nichts mehr drin. Wirtchen, Herr Müller, wollte ich sogen, noch eine mit silbner Haube!"

Als sie aus dem Keller herausstiegen, kannten sie das Straßengewühl wie Zulost zum Weine vor. In dem Gegenstand des Holstentors gingen sie über einen freien Platz, worauf Bier feilgeboten wurde. Da sah man in zufriedene Anzüge gekleidete, immer wohlgenährte, meistens auch hochgewachsene Männer, kurze Pfeifen unter der Nase, Grummstäbe über dem Arm — lebhafte, handelnde, jellende, lärmende Leute.

Landes wurden an diesem Tage große Versammlungen abgehalten. Der Landtag des industriereichsten Landes der österreichisch-ungarischen Monarchie war bisher im Besitz des feudalen Hochadels, der 70 Mandate unter 242 inne hat, der Großbauer und der Kapitalisten. Die breiten Volkschichten sind von jeder Vertretung ausgeschlossen. Schon im Jahre 1905 war die Wahlrechtsbewegung der tschechischen Sozialdemokraten gegen diesen Landtag gerichtet; nunmehr ist aber die Bewegung noch bedeutend stärker geworden. Aus verschiedenen Gründen: Vor allem hat die Sozialdemokratie beider Nationen in Böhmen durch Erreichung des Wahlrechts für den Reichsrat freie Hand bekommen; das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft ist gestiegen. Die Wahlreformfeinde haben das Land an den Rand des finanziellen Bankrotts geführt; sie brauchen den Reichsrat zur Sanierung der Landesfinanzen und sind deshalb geschwächt. Außerdem ist in einer Anzahl der jüngsten Länder Österreichs schon eine, wenn auch unzureichende Wahlreform durchgeführt worden, so daß der bisherige Zustand in dem fortgeschrittensten Lande nicht mehr haltbar ist.

Am vergangenen Sonntag trat nun auch Prag, durch seine großen sozialdemokratischen Demonstrationen bekannt, in Aktion. Um 9 Uhr früh versammelte sich die Arbeiterschaft von Prag und Umgebung in einer Anzahl von 25 000 Personen auf dem großen Platz der Prager Neustadt, dem Wenzelsplatz, und zog, da der Stadtrat die Abhaltung des Meetings auf dem Altstädter Ringplatz nicht bewilligt hatte, auf die Schürenhufen, wo zwei große Meetings veranstaltet wurden. In dem gewaltigen Umzuge, der ruhig und ernst durch die Hauptstraßen Prags zog, waren die Berg- und Hüttenarbeiter aus dem Kladruber Bergrevier, dem Wetterwinkel in Böhmen, und die Hüttenarbeiter aus Beraun an der Spree. Sie hatten einen Weg von sechs Stunden zu Fuß zurückgelegt. Sie waren um 2 Uhr in der Nacht mit Weibern und Kindern aus ihren Dörfern ausgezogen, und staubbedeckt kamen die 4000 begeisterten Kämpfer nach 8 Uhr morgens in die Stadt, wo ihr Aufzug — alle Teilnehmer waren mit Laub geschmückt — großes Aufsehen erregte. Rot wehten die Fahnen der einzelnen Organisationen in der frischen Herbstluft, und es fand sich niemand, der es wagte, dagegen aufzutreten. Um einen jeden Konflikt zu vermeiden, hatte sich die Sicherheitswache zurückgezogen — die Sozialdemokratie war die Herrin der Stadt.

Da nun die deutsche Bourgeoisie die größte Gegnerin einer jeden Wahlreform in Böhmen, angeblich aus nationalen Gründen, ist, fand es die deutsche Arbeiterschaft in Böhmen für notwendig, sich an der Demonstration der Prager Arbeiterschaft durch ihre Vertreter zu beteiligen. Und an den Meetings trat neben den tschechischen Reichsratsabgeordneten Nemec und Jahniss und andern Rednern, der deutsche Reichsratsabgeordnete Genosse Schäfer aus Reichenberg auf, um zu beweisen, daß sich bei dem zu gewährenden Kampfe die deutsche Arbeiterschaft in Böhmen mit der tschechischen eins fühle, um zu beweisen, daß die "nationalen" Gründe der deutschen Bourgeoisie nur zur Deckung ihrer Klasseninteressen angeführt werden.

Der Verlauf der Demonstration war imposant. Mit großer Begeisterung wurden Resolutionen angenommen, worin der Überzeugung Ausdruck gegeben wird, daß die Arbeiterschaft in Böhmen nicht früher Ruhe geben wird, bis eine gründliche Wahlreform für den böhmischen Landtag durchgeführt werden wird.

Auch in Salzburg veranstaltete die sozialdemokratische Arbeiterschaft am Sonntag eine große Wahlrechtsdemonstration. An der Spitze des Zugs marschierte ein Fahnenträger mit roter Fahne, dann die Parteivertretung und ein Genosse mit einer Tafel, die die Zeitschrift trug: "Heraus mit dem allgemeinen gleichen und direkten Landtagswahlrecht!" Seit dem 28. November 1905, wo in Salzburg 10 000 Personen demonstrierten, sah Salzburg keinen so gewaltigen Zug mehr. Trotz des

"Ich geb dir hundert." — "Nicht unter hundertzehn." — Das und ähnliches hörte man. — Die, um die gehandelt wurde, standen geduldig am Rost und dachten auf ihre Art. Den Abschluß eines Geschäfts bezeichnete ein Händedruck — der war auf Tod und Leben. Die Hände hielten hoch aus und stürzten aufeinander. So umarmten sich nur Liebende oder Ringer.

Ein starker, noch junger Mann mit feinrostertem, weichem Gesicht schrie: "Sechshundert alle fünf! Hier mit der Hand!"

Emil zog seinen Freund beiseite. "Das ist er," sagte er leise.

"Wer soll das sein?"

"Das ist der starke Mann."

"Der starke Mann?"

"Ja, kennst du ihn nicht mehr? — Das ist der Mann, der ein Schwein am göltesten Schwanz einen Fuß hoch vom Boden heben kann. Das ist 'Schweinepriester'. — Hat er nicht großartige Marktmanieren, ist er nicht ein Ochsengenie? Steh mal nun Augenblick still und hör zu! Er kann es nicht verantworten, aber sechshundert will er doch daran wenden, die fünf zu erwerben. Dieser Umrundungsklang. — Sich! — Der andere, der Alte nimmt an! Wie sie sich in die Hände schlagen! Und nun soll der Weinkauf folgen. Hör! — Der zärtliche Brudertort in seiner Stimme. Und guß! Wie wohl und stark er ist! Wie ihn das Bewußtsein, am richtigen Platz zu sein, so frei und glücklich macht. Ja, ich sag: Wilhelm Frahm ist ein klassischer Handelsmann."

Die Freunde gingen weiter, aber auf einmal stand Emil wieder still und sah Heinrich Bruhn tonisch ernsthaft in die Augen:

"Du, Heinrich, ich bin ein bisschen angefressen, ich hab einen kleinen Schwipps; ich glaube, ich sage schon, daß ich dann wohlfagen kann. — Heinrich, wenn deine Liebe so gar groß ist, wenn du sie heiraten mußt — ja, auch das lobe ich, wenn du glauben solltest, als einfacher Landmann dem Herrn noch mehr zu dienen als auf der Kanzel, wenn du also mit einem Wort den Hof übernehmen solltest, dann — du bist ein so guter Heinrich, dann empfehle ich dir deinen Bruder, den Schweinepriester. — Empfehle ihm dir als Verkäufer und Einkaufskommissionär. Der versteht sein Geschäft, und ehrlich ist er auch."

(Fortsetzung folgt.)

strömenden Neptens bildeten Tausende von Zuschnauern rechts und links der Straße Spalier. Die Polizei begnügte sich damit, den Verkehr freizuhalten. Eine Deputation von Mitgliedern der Parteivertretung bezog sich zum Stellvertreter des Landespräsidenten, der ihr versprach, alles tun zu wollen, was in seiner Macht stehe, um den Forderungen der Arbeiterschaft zu entsprechen. Die Wahlreform werde unter allen Umständen durchgeführt werden. Auf dem Residenzplatz hielt Genosse Preußler nach der Rückkehr der Deputation an die Versammlung eine Ansprache, in der er ein Reklame des Wahlrechtskampfs gab, die Wahlreform des Landesausschusses einer scharfen Kritik unterzog und die Arbeiterschaft aufforderte, aufzuhören, bis wäre gerechten Forderungen erfüllt sind. Stürmischer Beifall und erregte Rufe folgten seiner Rede. dann gingen die Demonstranten ruhig auseinander.

In Stiermark wurden in 15 der größten Orte am Sonntag ebenfalls Wahlrechtsversammlungen abgehalten. Auch in den übrigen Kronländern ist die Wahlrechtsbewegung in lebhaften Fluss gekommen, und die privilegierten Klassen werden sich den Forderungen des Proletariats nicht mehr länger entziehen können. Der begonnene Kampf wird nicht eher beendet werden, bis die Wahlreform zu einem befriedigenden Abschluß gebracht ist.

## Deutsches Reich.

### Militärische Erziehungsergebnisse.

Der Börsische Zeitung wurde dieser Tage von einem Mitarbeiter des Blattes aus Antwerpen geschrieben:

"Gestern traf hier der Dampfer Bürgermeister von der Deutschen Ostafrika-Linie ein. Er hatte den deutschen Kolonialstaatssekretär Dernburg und einen Transport aus Südwestafrika zurückkehrender deutscher Soldaten an Bord. Nach der Ankunft zu schleppen, die hier betrüben auf den Straßen herumtreten, müssen es mehrere hundert Mann gewesen sein. Seit Ausbruch des Aufstands in Deutsch-Südwestafrika haben wir Deutschen in Antwerpen uns schon manchmal schämen müssen, wenn Angehörige unserer Armee, auf die wir so stolz sind, in zerlumpten Uniformen durch die Straßen wanderten. Vom frühen Morgen an ließen in allen Straßen und Winkeln deutsche Kolonialsoldaten in nicht passenden, alten und vor allem so schämigen Uniformen herum, daß die Leute Kopfschütteln stehen blieben und ihnen nachsahen. Am Mittag sah ich einen völlig betrunkenen Soldaten mit einem Dämmchen, das er scheinbar umschlingen hielt, über die Place verteilen und am Nachmittag drei deutsche betrunkenen Soldaten mit zwei Seeleuten, die mit wehender Fahne durch die Hauptstraßen fuhren. Gegen Abend stieß ich zweimal auf so sinnlos betrunkenen Schuhtruppensoldaten, daß ihnen große Kinder schämen wollten. Einen andern Soldaten sah ich sich auf dem Boden wälzen. Als ein belgischer Infanterist sich seiner Kameradschaftlich annehmen wollte, wurde ihm seine Freundschaft durch einen Faustschlag geholt. Ein anderer deutscher Soldat verfehlte in der Trunkenheit den Zugang zu seinem Schiff, fiel in die Scheide und musste von Hafenpolizisten herausgefischt werden. Wie ich hörte, sollen in der Nacht auch drei militärische Strafgefangene vom Schiffe ausgetragen und desertiert sein."

Diese standardschändenden Ausschreitungen, die Deutschlands Ansehen vor dem Ausland gewiß heben werden, sind die notwendige Folge der verdeckten Wirkung des Krieges. Wicht der Militarisierung schon an sich alles weniger als erzieherisch auf die in seiner Jugend stehenden Söhne des Volkes, so erlöten kriegerische Aktionen erst recht in ihnen jedes Gefühl von Sitte und Humanität. Die Univerwersitätsgänge sind deshalb auch weniger auf das Konto der beteiligten Soldaten, als auf das des militaristischen Systems zu setzen. Den maßgebenden Ursachen ist natürlich die Mitteilung der Börsischen Zeitung höchst ungemein und das Oberkommando der Schuhtruppen läßt denn auch schleunigst in der Dienstbereichen bürgerlichen Presse versichern, daß die "angeblichen" Ausschreitungen stark übertrieben seien. Die angegebene Zahl von mehreren Hundert Mann sei direkt unwahr, da der ganze Militärtransport nur 800 Mann betrug (!) und nur beschränkte Urlaubungen an Land erfolgen. Die Nachricht von den zerlumpten Uniformen scheine auch keineswegs den Tatsachen zu entsprechen, da bestimmungsgemäß Urlaubungen nur in tabellosem Anzug erfolgen dürfen. Das Dementi ist so schwächer gehalten, daß es nur als Bestätigung der oben wiedergegebenen Schilderung wirkt.

### Der Kubanhandel blüht.

Höher Erzielung besteht fürzlich die Blockpresse, daß der Kubanhandel zwischen Böllow resp. Sydon und den Händlern der bürgerlichen Parteien über die Reichsfinanzreform bereits begonnen habe. Der Wert dieser Ablehnungen wird jetzt durch die Mitteilung eines antisemitischen Blattes gekennzeichnet, daß wichtigster von einer Konferenz zwischen den beiden Reichstagsabgeordneten Lattmann und Liebermann v. Sonnenberg und dem Reichsbahnherrn zu berichten weiß. Die Mitteilung wird von dem Dierckblatt mit den Worten bestätigt:

Die Staatsbürgerzeitung glaubt Mitteilung davon machen zu sollen, daß der Reichsbahnherr zwei Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung zu einer Besprechung über die Reichsfinanzreform zu sich gebeten hat. Es bedarf wohl keiner besonderen Herabredung, daß der Reichsbahnherr auch Politiker aus anderen Parteien zu dem gleichen Zwecke empfangen hat.

Berlin, 17. September. Für die Wahlen zum Gewerbebericht hat der preußische Handelsminister in einem Erlass an die Regierungspräsidenten angeordnet, daß die Gemeindebehörden und Gemeindevertretungen der weiteren Kommunalverbände nach Möglichkeit darauf hinzuweisen werden, dem Grundsatz der Verhältniswahlen, der bei den Kochmannsgerichten bereits gesetzliche Regel ist, auch bei den Gewerbeberichten weitere Gültigkeit zu verschaffen.

Veröffentlichung der neuen Steuerpläne? Die bürgerliche Presse weiß zu berichten, daß gegenwärtig Versprechungen der maßgebenden Stellen darüber stattfinden, ob es angebracht ist, die Vorlage der Oeffentlichkeit zu unterbreiten, noch bevor der Bundesrat sie verabschiedet hat. In der Freitagsitzung des Bundesrates soll angeblich ein entsprechender Antrag gestellt werden. Die neuen Steuerpläne sollen danach, wenn auch nicht im Wortlaut, so doch in eingehender Darlegung der Oeffentlichkeit unterbreitet werden, sobald die betreffenden Vorlagen an den Bundesrat gelangen. Man hofft, daß der Bundesrat mit diesem Vorgehen einverstanden sein werde.

Es wird in der Tat auch höchste Zeit, daß nun endlich mit dem System der halben, nichtsagenden Abstimmungen, wie es fürzlich in den offiziellen Auskünften in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zum Ausdruck kam, gebrochen wird.

Der Freisinn als Betreiber der Brotwucherer. Der Freisinn kommt von Tag zu Tag mehr auf den Hund. Er fühlt sich so vollkommen als Handlanger des Junkertums,

dah er zuerst die vereinzelten Dienstleistungen bei den preußischen Landtagswahlen mehr und mehr in ein regelrechtes politisches System zu bringen sucht. Wie jetzt bekannt wird, hat er für die Landtagswahlen in Oldenburg mit den ältesten Volksaufsichtsratern, mit dem Bund der Landwirte, ein Bündnis abgeschlossen. Und mit dieser verkommenen Gesellschaft mutet dem Proletariat sogar Parteigenossen noch eine Waffenbrüderlichkeit zu!

Gehaltsausbesserungen in der Armee. Neben der Erhöhung der Soldatenlöhne — als Folge eines sozialdemokratischen Antrages — sollen auch die Offiziersgehalte im kommenden Jahr wesentlich erhöht werden. Die Aufbesserung geht bis zum Hauptmann. Die Beamten beginnen mit 1500 M. pro Jahr, steigen um 800 M. alle vier Jahre bis zum Höchstlohn von 2100 M., das nach acht Dienstjahren erreicht wird. Das Gehalt der Hauptleute beginnt mit 4000 M., steigt alle vier Jahre um 600 M. bis zum Höchstlohn von 5200 M.

Die Schiffahrtssabgaben kommen. Das preußische Staatsministerium hat einen Gelegenheitswurf fertiggestellt, der in der Form eines Antrages Bremens an den Bundesrat gehen soll. Es handelt sich dabei um eine authentische Interpretation zum § 54 der Reichsverfassung, wodurch die Erhebung von Schiffahrtssabgaben auf regulierten Wasserstraßen als im Einklang mit dem Sinn der Verfassung stehen erklärt werden soll.

Wilde Richter. Von der Kasseler Strafkammer wurde ein Schuhmann, der einem Arrestanten ins Gesicht und mit einem Stock geschlagen hatte, wegen gefährlicher Körperverletzung zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Der Gerichtshof sprach in dem Urteil aus, der Schuhmann hätte eigentlich drei Monate Gefängnis verdient, doch seien ihm milde Umstände zugestanden worden, weil er noch unbescholten sei. Werkwidrigkeiten werden derartige Vergehen als gewöhnliche Straftaten bei gewöhnlichen Sterblichen fast nie genommen. Ein anderer Kasseler Schuhmann wurde neulich einen Zusammenstoß mit einem Betrunkenen. Dem Betrunkenen fuhr der Schuhmannsäbel durch den Leib, so daß der lebensgefährlich Verletzte am Tage darauf verstarb. Der Schuhmann behauptet freilich, der Betrunken sei ihm in den Säbel hingeklausen.

Alte politische Nachrichten. Die Stichwahl in Wolsztyn-Helmsdorf zwischen unserem Parteigenossen Kiele und dem Majorier Ley ist auf Dienstag, den 22. September, festgesetzt worden. — Die Landtage in den verschiedenen Kronländern Österreichs sind am 15. September zusammengetreten. — Die deutsch-bürgerlichen Abgeordneten des böhmischen Landtages haben sich zu einem Verband der deutschen Parteien zusammengeschlossen. — Staatssekretär Dernburg hat an diesem Mittwoch die Leitung des Reichskolonialamts wieder übernommen.

## Österreich-Ungarn.

### Die Wahlrechtsfrage in den Landtagen.

Salzburg, 15. September. In der heutigen ersten Sitzung wurde dem Landtag die neue vom Landesausschiff verfasste Wahlordnung und Landesordnung vorgelegt. Neben einer Vermehrung der Sitz der Privilegierten soll danach den bisherigen Wählerklassen noch eine vierte Wählerklasse eingerichtet werden, in der jeder österreichische Staatsbürger männlichen Geschlechts wahlberechtigt ist, der das 24. Lebensjahr vollendet hat, keiner andern Wählerklasse angehört, vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen und seit Beginn des der Ausschreibung der Wahl vorangegangenen Kalenderjahrs freiwillig und dauernd im Lande Salzburg im Aufenthalt ist. Diese vierte Wählerklasse erhält fünf Mandate, von denen zwei auf die Städte, drei auf die Landgemeinden entfallen. In der Wählerklasse der Städte und der Landgemeinden wird ein Befreiung von acht Kronen festgesetzt.

Im Landtag von Vorarlberg verließ der Landeshauptmann in seiner Begrüßungsrede auf die in dieser Tagung des Landtags noch zu erledigenden Aufgaben, unter anderm auf die Reform der Gemeindeordnung, der Gemeindewahlordnung, der Landesordnung und der Landtagswahlordnung. Im galizischen Parlament führte der Landesmarschall Badeni in der Eröffnungsitzung folgendes aus:

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die überwiegende Mehrheit des Landtags gewonnen ist, gemäß den von sämtlichen Parteien zum Ausdruck gebrachten Anschauungen das Landtagswahlrecht allen den davon abweichen zu schließen zu erkenne, ohne jedoch von der Teilnahme an dem Landtag jene Faktoren auszuschließen, denen die gegenwärtige Wahlordnung Sitz und Stimme im Landtag einräumt. Trotz der schon in der letzten Session zutage getretenen Schwierigkeiten wird diese Frage sich wohl lösen lassen. Es liegt sicherlich im Interesse des ganzen Landes und des Landtags, daß die breitesten Schichten der Bevölkerung zur Teilnahme an den Arbeiten des Landtags herangezogen werden und sich in der Verantwortlichkeit für das Resultat dieser Tätigkeit teilen. Es ist auch notwendig, das Wahlreformwerk in Frieden und im geeigneten Moment in Angriff zu nehmen, damit seine Erledigung nicht etwa wieder durch Zeitmangel in Frage gestellt werde. (Allgemeine Zustimmung.) Ohne Kompromiß und ohne Verständigung aller Parteien erscheint aber die Durchführung der Wahlreform unmöglich, was man sich schon sehr wohl vor Augen halten muß.

### Polizeihilfsvaten.

Budapest, 16. September. Die sozialdemokratische Partei hielt heute abend Versammlungen ab, um den Angriffen entgegenzutreten, die auf dem Katholikentag am vergangenen Sonntag gegen die Partei gerichtet wurden. Nach Schluss der zuvor verlaufenen Versammlungen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Sozialisten, die sich in großer Zahl vor der Redaktion einer Zeitung eingefunden hatten, um eine Demonstration zu veranstalten. Die Polizei trieb die Menge mit blanker Waffe auseinander. Die Polizei fand sich jedoch wieder zusammen, worauf die Polizei von neuem vorging. Es gelang ihr schließlich, die Demonstranten zu zerstreuen. Bei den Zusammenstößen wurden mehrere Personen größtenteils leichtverletzt. Es wurden 20 Verhaftungen vorgenommen.

## Schweiz.

Eine, wenn auch nicht sehr bedeutungsvolle, so doch in ihrer Art interessante Wahlenkündigung ging am 18. September in Zürich vor sich. Die städtischen Stimmberechtigten hatten sich darüber auszuholzen, ob sie einer Vermehrung des Polizeikorps um vorläufig 60 Mann zustimmen und dem Grossen Stadtrat die Kompetenz einzuräumen wollen, später in Anpassung an die steigenden Anforderungen von sich aus eine weitere Vermehrung um 60 Mann zu beschließen. Die sozialdemokratische Partei hatte sich mit einer Verurteilung um im ganzen 60 Mann einverstanden erklärt, damit den Polizisten

halt der bisherigen 10 in Zukunft 40 freie Sonntage im Jahr eingeräumt werden könnten. Die bürgerliche Mehrheit wollte sich aber damit nicht begnügen. Für sie handelte es sich ja auch nicht darum, der Polizei zu mehr freien Sonntagen zu verhelfen, sondern vielmehr um eine Verstärkung der Polizeimannschaft als Schutzeinheit des Unternehmertums. Nachdem sich der Kapitalismus im Streitgescheine eine tödliche Waffe gegen das Wohl und Recht kämpfende Proletariat geschaffen, muß natürlich auch dafür gejagt werden, daß diese Waffe wirklich angewandt werden kann. Dazu braucht man aber viel Polizei, und zwar nicht nur Fußpolizei, sondern auch Berittene. Die bürgerliche Mehrheit des Großen Stadtrates hatte auch die Einführung berittener Polizeimannschaft beschlossen; aber der Stadtrat (Magistrat) fand es für gut, auf den dafür gewährten Kredit vorberhand zu verzichten, weil er fürchtete, die „Berittenen“ könnten die ganze Vorlage gefährden.

Die Abstimmung ist nun allerdings zugunsten der Vorlage ausgefallen. Es wurden bei sehr schwacher Wahlbeteiligung 10.000 Stimmen dafür, 9148 dagegen abgegeben. Ein Beweis, daß die Polizeistreitlichkeit der Bürger nicht sehr groß ist. Ware die Arbeiterschaft ebenso geschlossen wie bei andern Gelegenheiten aufgerückt, brauchte sie nun nicht in Zukunft eine Mehrausgabe von vorläufig 135.000 Franken (in einigen Jahren zweifellos so viel) beisteuern, damit sie bei Dohnlämpfern noch mehr als bisher von der Schutzeinheit des Unternehmertums zu leiden hat.

Ebenfalls schwacher Wahlbeteiligung der Arbeiterschaft ist es zu verdanken, daß in Oerlikon (bei Zürich) der sozialdemokratische Kandidat bei einer Erstwahl in den Gemeinderat mit 190 Stimmen in der Minderheit geblieben ist. Der Gemeinderat von Oerlikon könnte in seiner Mehrheit sozialdemokratisch sein.

## Niederlande.

### Kein allgemeines Wahlrecht.

Bei der Gründung der General-Staaten verlor der Vorsitzende des Ministerrates, Henckel, die Thronrede. Ihr Inhalt beansprucht kein Interesse. Aber — sie schweigt sich ganzlich aus über die Wahlrechtsfrage; sie erwähnt sie mit keinem einzigen Worte und stempelt so die Regierungsführung zur Kriegserklärung an die Arbeiterklasse Holland! Diese wird durch die brutale Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts, um das sie schon jahrelang geduldig und kämpft, gezwungen, zu verschiedenen Mitteln zu greifen. Rücksichtslos wird sie bei der im Juni 1900 stattfindenden Kammerwahl ihre ganze Macht in die Waagschale werfen müssen, um sich das allgemeine Wahlrecht zu erzwingen. Unser Redner bei der Wahlrechtsdemonstration vom letzten Sonntag, worunter sowohl Mitglieder des Parteivorstandes und der Kammerfraktion, als auch die Führer der Gewerkschaftszentrale, wiesen beinahe ausnahmslos darauf hin, daß die Verbitterung über den Ausschluß von über einer halben Million Arbeitern von der Wahlurne immer weitere Kreise erfaßt und daß die Leiter der Arbeiterbewegung, dem aus dem organisierten Proletariate selbst austostenden Drange folgend, darüber, selbst bis zum Massenstreik sich steigernde Kampfsmittel in Erwägung ziehen müssen. Weltern sich die herrschenden Klassen weiter, das allgemeine Wahlrecht herauszugeben, dann kommen die Folgen ihrer Weigerung auf ihre Häupter.

## Schweden.

### Sozialistische Wahlsiege.

Am Sonnabend und Sonntag wählten die Stadt Malmö sowie 28 kleinstädtische und ländliche Kreise ihre Abgeordneten zur zweiten Kammer des Reichstags. Hierbei machte sich wieder, wie dem Vorwärts berichtet wird, der starke Zug nach links bemerkbar. Die Sozialdemokratie hat nicht nur die sämtlichen vier Mandate von Malmö sowie das Mandat von Oxle in Malmöhuslän, die sie bei der vorigen Wahl gewann, mit Glanz behauptet, sondern auch noch drei neue Mandate in Västmanlän, Uppsala län und Värmland hinzugewonnen. Die Liberalen haben sechs Mandate gewonnen und zwei an die Konser-vativen verloren.

Das größte Interesse beanspruchten die Wahlen in Malmö, der Hafen- und Arbeiterstadt, wo das bekannte Bombenattentat fanatischer Anarchisten der Reaktion willkommene Veranlassung zu einer besonders scharfen Kämpfung die Arbeiterschaft bot. Aber auch hier hatte der Schlagtruf: „Front gegen den Sozialismus!“ nicht den gewünschten Erfolg. Die vier sozialdemokratischen Kandidaten siegten mit 4526 bis 8947 gegen 3610 bis 3016 Stimmen über die bürgerliche Liste.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Internes von der Landespolizei.

er. Vor der Disziplinaranammer beim Landgericht Dresden fand eine Verhandlung statt, die auf die Zustände beim sächsischen Landespolizeikorps ein grettes Schlaglicht wirft. Das Mindestmaß des Innern habe gegen den Landespolizisten Robert Gottschmann den Antrag auf Dienstentlassung gestellt. Der genannte ist seit 1898 Gendarm, war zunächst in Kötzsche, später in Löwen stationiert. 1904 wurde er straflos zur Gendarmeriebrigade Grimma-Löbau versetzt und zwar wegen Trunkenheit im Dienste in 4 Fällen. Bereits seine frühere Verstezung nach Löwen war aus gleichem Grunde erfolgt. Während seiner Dienstzeit in Grimma gab er gleichfalls aus den gleichen Gründen zu Lögen Veranlassung. Am 29. August 1906 wurde er vom Landgericht Grimma wegen Nötigung zu 20 Pf. Geldstrafe verurteilt, außerdem wegen seines unpassenden Benehmens bis ins Amt mit einem Verweis bestraft. Am 1. November 1906 ersetzte seine Verstezung zur Gendarmeriebrigade Hohenstein-Ernstthal. Das war eine Strafversetzung in verschärfter Form, zugleich angeblich auch der letzte Versuch, den Angeklagten auf die richtige Bahn zu bringen. Sein unmittelbarer Vorgesetzter wurde der Gendarmerie-Brigadier Lettau, der den Ruf eines ganz besonderlich strengen Vorgesetzten geniesst, zudem gilt der Dienst als Landespolizist in Hohenstein-Ernstthal wegen des weitverzweigten Bezirks als ausnahmsweise anstrengend. G. soll sich nur während seiner Dienstzeit in Hohenstein-Ernstthal einer Anzahl Vergehen schuldig gemacht haben, die ihm ungünstig erschienen lassen sollen, noch ferner als Landespolizist zu fungieren.

Die Verleihungen des Mannes bestehen hauptsächlich darin, daß G. auf seinen Dienststunden oftmals in Wirtschaften einkehrt, dort übermäßig lange verweilt, in angestammten Zuständen die Gäste belästigt und dadurch seine dienstlichen Obliegenheiten versäumt hat. Unter anderem fand eines Tages im Mai 1907 im Gallo in Hohenstein-Ernstthal eine Lichtbilder-Vorstellung für Schulkindergarten statt, als deren Arrangement ein Rechtsanwalt aus Hohenstein-Ernstthal in Frage kam. Da damals in jenem Orte — warum, das ging aus der Verleihungsnachricht nicht hervor, — die „Wogen der Sozialdemokratie“ besonders hoch waren und eine Sitzung der Veranstaltung durch die Sozialdemokratie befürchtet (1) wurde, erhielt G. vom Oberpolizisten Anweisung, die Vorstellung zu überwachen. Dieser hielt jedoch eine Überwachung nicht für nötig und den Oberpolizisten zur Erteilung eines solchen Besuchs nicht berechtigt, weil es sich seiner Ansicht nach nur um einen Geschäftsvorleistung des Oberpolizisten gegenüber dem Veranstalter handelte. Am 26. November 1907 hatte G. Anweisung, eine sozialdemokratische Versammlung in Hohenstein-Ernstthal zu überwachen. Nach dem Bericht des Brigadiers Lettau erschien er 10 Minuten

zu spät und anschreiten, weshalb er nach Hause geschickt wurde. Am nächsten Tage ließ ihn der Brigadier keinen Dienst tun, worauf der Angeklagte aus Verzerr in den Gasthof ging und sich dort einen Rauch antraf. Besonders verabscheut wird es ihm, daß er ein Loto aufsucht, das in einem zwielichtigen Kneipe stehen soll, und zwar deshalb, weil dort die Arbeiter und Sozialdemokraten verlebt.

Am 10. Dezember 1907 hat G. zum leidenschaftlichen Dienst gerufen.

Als er abends verpaßt von einer Diensttour — angeblich, weil er wieder getrunken hatte — heimkehrte, empfing ihn der zuständige auswärts Obergendarm mit Vorhaltungen.

Die Verwaltung, das gegen ihn Dienstlich eingetragenen werden würde, versteht den Angeklagten in hochgradige Erregung, so daß er noch am selben Abend einen Selbstmordversuch unternahm, indem er die Waffe gegen sich selbst richtete. Schwer verletzt wurde er nach dem Kreiskrankenhaus Zwickau gebracht und dort bis zum 23. Mai 1908 behandelt. Er wurde dreimal operiert, doch ist eine vollständige Verheilung des linken Schultergelenkes zurückgeblieben, so daß der linke Arm nur wenig beweglich ist.

Nach den Angaben des Angeklagten ist sein Aufenthalt in Hohenstein-Ernstthal für ihn eine wahre Hölle gewesen. Der Brigadier Lettau, sein Vorgesetzter, habe ihn vom Amt bringen wollen und deshalb das kleinste Vergehen ausgebaut und zur Anzeige gebracht, obwohl er ihn angewiesen habe, Gastwirtschaften zu besuchen, um das Publikum kennen zu lernen. Gewiß sei er auch eingefehlt und habe getrunken, aber das bringe der Dienst eines Landespolizisten mit sich. Der Verteidiger erklärte ebenfalls, daß der Brigadier Lettau zweitlos nicht der wohlwollende Vorgesetzte gewesen sei. Zweitlos habe der Angeklagte unter Lettau keine guten Tage gehabt. Das sei schon aus der Art zu schließen, wie der Brigadier mit den beiden Vorgesetzten des Angeklagten verfahren sei. Der inzwischen nach Bergungsabwache versetzte Gendarm Hähnel, gegen den nicht das gerinste vorlag, sei von Lettau derart gebrüllt und schlägt worden, daß dieser den Tag seiner Verlehung herbeilegte. Nach Schlaflosigkeit sei Lettau mit dem Gendarmen Seidel verfahren, der nach Angaben seiner Frau durch die Quälereien seines Vorgesetzten zur Verzweiflung und geistigen Umwuchlung gebracht worden ist. Das sei ein solcher Vorgesetzter mit dem Angeklagten, der noch dazu als Strafverteiler zu ihm kam, nicht besser umsprang, läge auf der Hand. Das Verhalten des Angeklagten erklärte sich aus einer gewissen Verzweiflung und unsagbarem Verblüffung, die ihn schließlich zum Selbstmordversuch veranlaßte. Deshalb sollte man nicht auf die schwere Strafe erkennen, sondern dem Angeklagten Gelegenheit geben, unter Führung eines weniger schrecklichen Vorgesetzten seinen Dienst weiter zu versehen. Man müsse auch berücksichtigen, daß beim Anklagten infolge seiner kümmerlichen Ernährung — er ist Vater von sieben unmündigen Kindern — eine gewisse Anlage zum chronischen Alkoholiker zu beobachten scheine.

Die Disziplinaranammer lehnte jedoch den angebotenen Zeugenbeweis ab und gab dem Antrag auf Dienstentlassung statt mit der Begründung, der Angeklagte habe sich durch sein Verhalten als Landespolizist unwürdig gezeigt.

**Die Freiunruhen zeigen Mut.** Wir lesen in der bürgerlichen Presse: Für die Gründung einer höheren liberalen Tageszeitung wird in freilich in einem Kreis des 18. sächsischen Reichstagswahlkreises (Chemnitz) Propaganda gemacht. Zur Finanzierung des Unternehmens werden Anteilnahme ausgeschrieben. Das nötige Kleingeld hat man also bis jetzt noch nicht zusammen. Und deshalb wird wohl auch die Realisierung des Projektes noch etwas auf sich warten lassen.

**Dresden.** Eine unnatürliche Mutter wurde in der Person der Disziplinaranammer Anna Maria Pietrich geb. Ehleme vom Landgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die erst 20 Jahre alte, in Fleisch wohnhafte Frau misshandelte fortwährend ihr 5-jähriges unheilloses Tochterchen Martha Thiemke, das ihr schließlich infolge der fortwährenden Misshandlungen weggenommen und im städtischen Kindergarten untergebracht wurde. Als das Kind dort eingeliefert war, sandte der untersuchende Arzt, daß es am ganzen Körper mit blutunterlaufenen Streichen bedeckt war, die zum Teil in Eiterung übergingen. Es bedurfte der sorgfältigen Pflege, um das bedauernswerte Mädchen wieder herzustellen. Die unnatürliche Mutter, die sich schrecklich verhetzt hatte, litt es nicht, daß sich das Kind vor seinem Stiefvater sehr lieb und sperte es infolgedessen ein. Während dieser Zeit erhielt die kleine weibliche Essensmutter noch die rohen Gesinnungen der Angeklagten erkannte das Gericht auf die angegebene empfindliche Strafe.

**Chemnitz.** Zu der Nachricht, daß ein Bädermeister Breitbach in der Bädermeister wegen Nahrungsmittelmissbrauch zu 120 Pf. Geldstrafe verurteilt worden ist, teilt uns Herr Bädermeister Theodor Breitbach mit, daß es hier drei Bädermeister Namens Breitbach gibt. Der verurteilte heißt Max August Breitbach. Er kommt aus Chemnitz-Hilbersdorf. Wir kommen dem Wunsche, diese Tatsache nachträglich festzustellen, gern nach, um Herrn Breitbach zu vermelden.

**Werdau.** Das Amtsblatt meldet, daß die Regierung, nachdem die Staatsanwaltschaft das gegen den Bürgermeister Sachse anhängige Strafverfahren eingestellt hat, sich beißt habe, den Bürgermeister wieder in sein Amt, von dem er seit Einleitung des Verfahrens suspendiert war, einzuführen. Geheimerat Dr. Auer von der Kreishauptmannschaft Zwickau eröffnete dies an Platzstelle dem Bürgermeister und setzte ihn in seine Rechte und Pflichten in vollem Umfang wieder ein mit der Sicherung, daß die Hochachtung und das Vertrauen, welches die Kreishauptmannschaft von jeher zu ihm gehabt habe, durch das gegen ihn eingeleitete gewisse Verfahren in seiner Weise erschüttert oder vermindet worden sei. Ob die ganze Bürgerschaft in dieses überwundene Lob des Herrn Geheimrat einstimmen wird, möchten wir beweisen.

**Alte Nachrichten aus dem Lande.** In Dresden wurde der Kutscher Förster vom eigenen Geschreie überfahren und schwer verletzt, daß er kurz danach verstorb. Er starb beim Anhänger der Prese über die Straße vor dem Strafgericht und starb unter den Wagen, dessen Hinterrad ihm über den Unterleib fuhr. — Seit geraumer Zeit unterhielt die 10-jährige Marie Müller in der Vorstadt Chemnitz-Altdorf ein Liebesverhältnis mit dem 21-jährigen Kaufmann P., das nicht ohne Folgen blieb. Ein Krampfanfall machte dem Leben des kräftigen Mädchens in ihrer schweren Stunde ein Ende. Der junge Mann nahm sich diesen trostlosen Ausgang seiner Leidhaftkeit sehr zu Herzen. Am Tage der Beerdigung des Mädchens wurde er auf dem Altenburger Friedhof beobachtet, wie er zwischen dem Grab einer unbewohnte und gekreuzte Hauptstraße in das Grab seiner Geliebten blickte. Nicht lange danach erkörte von der Parentationshalle herein ein Schuh. P. hatte sich in die Schläfe geschossen. Er sank tot neben dem Sarge seiner Geliebten nieder. — Die Witwe Schumann in Eilenstock, die infolge Verwendung von Petroleum beim Feueranzünden schwere Brandwunden erlitt, ist im Kreiskrankenhaus zu Zwickau ihren Verleihungen erlegen. — In Zwickau ist das zwei Jahre alte Tochterchen des Barbiers Sonnig in einem unbedeutenden Augenblick bei Nachbarsleuten in einen mit Kochendem Wasser gefüllten Topf geraten und hat sich hierbei verbrüht, daß es heute seinen schweren Verleihungen erlegen ist.

**Hus den Nachbargebieten.** Altenburg. Die Genossen Käppeler und Dillert haben eine Einladung erhalten, sich „als Beschuldigte“ auf dem Amtsgericht zu einer Vernehmung einzufinden. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß die Polizei — das Ministerium ist natürlich ganz unschuldig an dieser Ge-

schiechte — sich mit den beiden Genossen auseinandersetzen will, weil diese sich gegen ihr Eintragen in eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins zur Wehr gefestigt haben.

**Erfurt.** Wegen Übertretung der Marktordnung soll der Oberbürgermeister Dr. Schmidt bestraft werden sein. Nach § 9 der Marktordnung ist das Mitbringen von Hunden auf den Markt nur erlaubt, soweit dieselben zum Zielen benutzt werden. Gleich den anderen Angländern sind diese Hunde nach vorsichtiger Annahme von dem Marktplatz wieder zu entfernen. Gegen diese Bestrafung soll der Oberbürgermeister gekrevelt haben, indem er beim Reichsrat des Wilhelmplatzes zur Marktfest ein hundert an der Reihe mitgebracht hat. Ein „Auge des Geistes“ erwischte ihn, und da das Hündlein des Oberbürgermeisters Dr. Schmidt nicht als „Hund“ für irgendwelche Marktware zu betrachten ist, so soll das Strafe zahlen.

**Magdeburg.** Der Kanton Richard Heck zu Barleben hatte seit 1905 neben seinem Amt auch eine Filiale der Kreissparasse zu verwalten. Er veruntreute fortwährend eingezahlte Beträge sowie Gelehrte, die er von der Sparkasse abgehoben hatte, um sie den Sparern anzutun. Die veruntreuten Summen betragen etwa 5000 M. Als die Unterschlaunaer zu hören wurden, daß die Kantonen veruntreut waren, flüchtete der Kanton. Er war auch Kassierer der Ortsgruppe des evangelischen Bundes und vereinabt als solcher einen Betrag von 24 M. den er auch bei seiner Flucht mitgehen ließ. Als erste Ordnungsstelle am Ort war der Kanton auch Vorsteher des Männerturnvereins, dem er 80 M. unterstellt, die er zur Bezahlung einer Fahne erhalten hatte. Der Flüchtling wurde später verhaftet und hatte sich am Dienstag vor der Strafkammer des Magdeburger Landgerichts zu verantworten. Er will die Sparfassenden der Kantonen damit einverstanden sei. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 10 Monaten Gefängnis. Hinsichtlich der anderen Fälle erfolgte wegen mangelnden Beweises Entschuldigung.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

### Dienstbotennot — Dienstbotenendl.

In bürgerlichen Häusern kann man öfters „Dienstbotennot“ hören. Nachstehende Vorkommnisse vermögen hoffentlich die Dienstbotennot etwas zu illustrieren. Das 17jährige Dienstmädchen Minna M. war vom März 1907 bis 1. September 1908 im Geschäft von L. in Plaue in Stellung. Frau L. sowie ihre beiden Töchter scheinen jedoch recht attraktive Damen zu sein, wosowohl das Mädchen älter horne Proben in Gestalt von Schlägen und Püffen zu kosten bekam. Einmal ist es sogar mit der Scheuerbüste in den Rücken geschlagen worden. Am 1. Pfingstferitag d. J. als das Mädchen früh 5½ Uhr schon aufstehen mußte und nicht gleich munter wie ein Fisch im Wasser war, erhielt es einen Tropfen Wasser ins Gesicht geschnitten. Monat vorher bekam die M. überhaupt nicht. Beim Abgang am 1. September erhielt sie ein Sparbuch mit einer Einlage von 50 M. und 20 M. in bar. Zwei abgesetzte Jacken, einen ebensolebigen Hut und eine neue Schürze, die ihr geschenkt worden waren, behielt die „Herrlichkeit“ beim Abgang zurück. Außer einigen kleineren Geldbezügen zur Begleitung von Schuhreparaturen und anderen Kleinigkeiten hat das Mädchen nichts erhalten. 50 M. auf einem Sparbuch, 20 M. in bar und allerschönstens 30 M. sonstige unkontrollierbare Beträge sind der Lohn für das 17jährige Mädchen in 1½ Jahren gewesen. Twarz noch diese menschenwürdige Behandlung. Die Sachen und das Dienstbuch konnte das Mädchen beim Abgang nur mit Hilfe der Polizei erhalten.

Ein anderer Fall moderner Sklaverei. Fräulein Martha Sch. war in einem Restaurant in L.-Kleinzschoda als Mamiel beschäftigt. Da sie sehr gute Bezeugungen von andern Dienstherren und Etablissementbesitzern aufzuweisen hat, ist doch anzunehmen, daß sie diese Sache versteht. So ist es denn auch nicht zu verwundern, wenn sie sich von einer um einige Jahre jüngeren Tochter des Wirtes keine Vorlehrten in bezug auf Anrichten des Essens machen ließ. Als die Tochter des Hauses bei Gelegenheit ihrer Aviotorität mit den Worten: Sie sind ein ganz gemeines Frauenzimmer, gelöst maden wollte, ließ die Sch. sie das nicht gefallen und gab die geblümde Antwort darauf. Natürlich war die Frau Mama barob erhoben, daß eine Mamiel sich nicht einfach „Frauenzimmer“ von ihrer Tochter schimpfen ließ, sie nahm deshalb den Bein, teil und schlug die 24-jährige Sch. damit über den zum Schutz des Gesichts erhobenen Arm. Sofortiges Verlassen des Dienstes war die Folge dieser Auseinandersetzung.

Nun ist leider die Tatsache zu konstatieren, daß sich die Mädchen erst nach solchen Vorfällen auf ihre Organe ansetzen können. So bereitwillig der Verein für Hausangestellte sich auch der Mädchen in solchen Fällen einzumitteln, wenn sie nicht Mitglieder sind, so gut wäre es aber auch, wenn Kraft einer starken Organisation solche Verhältnisse überzeugt nicht mehr eintreten könnten. Der monatliche Beitrag des Vereins für Hausangestellte beträgt 30 Pf., wofür jedenloher Reichsbau, festenloher Stellenmachsel (der nach Lindenau, Albertinerstraße 25, III., bei Frau Seifert befindet) und die Leistung einer Vereinsleitung geboten wird. Durch aufklärende Vorlesungen in Versammlungen will der Verein seine Mitglieder über ihre Rechte und ihre Pflichten aufklären, durch Abschaltung von Unterhaltungsabenden die Gelegenheit pflegen. Mögen diese Zeilen dazu beitragen, noch manches uns jenseitende Mädchen in ihre Reihen zu führen. Hausangestellte, Dienstmädchen, Pups, Wachs- und Scheuerfrauen, es ist eine hohe Zeit, daß Ihr Euch auf Euch selbst bestellt, daß Ihr Eure treulige Tage erkennst und Euch zu einer freien Organisation zusammenstellt. Bedenkt: Vereint sind auch die Schwachen mächtig, nur durch Kameradschaft geht es zum Sieg. Anmelungen nehmen entgegen: Frau Henning, L.-Kleinzschoda, Kirchstraße 99; Frau Hebold, Leipzig, Koblenzstraße 12; Frau Kleinling, L.-Schleußig, Brochhausenstraße 56, und Frau Seifert, L.-Lindenau, Albertinerstraße 25.

## Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

### Freitag:

Speiseanstalt I (Gessnerstraße): Saucieramt mit Schweißlech.  
Speiseanstalt II (Zöllnerstraße 1): Spinat mit Pfefferstück.  
Speiseanstalt III (Wittgenstraße): Karlsbraten mit Wiener Würstchen.  
Speiseanstalt IV (Burgstraße): Risotto mit frischer Blaubeere.  
Speiseanstalt V (Burgstraße 5, 5b): Risotto mit Rindfleisch.  
Speiseanstalt VI (Neub., Dallmannstraße): Spinat mit Pfefferstück.

**Partei-Sekretariat** für den XIII. sächs. Reichstagswahlkreis  
Bureau: Volkshaus Leipzig, Zeitzer Str., Portal rechts, 1. Etage.  
Geschäfts- und Auskunftsstelle für alle den 13. sächsischen Reichstagswahlkreise betreffenden Angelegenheiten. — Sprechstelle: Nur an Wochentagen mittags von 12—1 Uhr und nachmitt. von 5—6 Uhr. Sonnabends ununterbrochen von 9—4 Uhr. — Telefon 14810.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Richard Wahrdt in Großh.-Leipzig

Verantwortlich für den Inserenteil:

Friedrich Piller in Borsdorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Altengesellschaft.

## Zentral-Verband der Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen.

Geschäftsstelle und Volkshaus

Zeltzer Str. 32, Portal rechts, Hof part.

Arbeitsnachweis im Volkshaus

Geschäftszeit Werktag von 8-11. Tel. 7512.

Zahlstelle  
Leipzig.

Sonntagnachmittag, den 19. September, abends 8 Uhr, Versammlung im Volkshaus (Garten Saal). — Tagesordnung: 1. Vortrag: Die französische Revolution. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. — Die Mitglieder werden erlaubt zahlreich zu erscheinen. [20610] Das Agitationskomitee.

## Konsumverein Leipzig-Eutritzschi u. Umg.

Eing. Gen. m. beschr. Haftpli.

Mittwoch, den 30. September, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr

## General-Versammlung

im Schillerschlösschen in Gohlis.

Tagesordnung:

1. Geschäftsjahrsbericht und Genehmigung der Jahresrechnung.
2. Ergänzungswahl des Vorstandes.
3. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates sowie Wahl von vier Stellvertretern.
4. Anträge der Mitglieder nach § 13 des Statuts.
5. Allgemeines.

[20615]

Aug. Lehmann, Karl Hermann.

Nur die Legitimationskarte berechtigt zum Eintritt.

## Redeübungs-Abteilung Leipzig-Ost.

Umständshalber wird die heutige

[20610]

### Zusammenkunft

auf Freitag, 18. September, verlegt. Da wichtige geschäftliche Fragen erörtert werden, müssen alle Genossen erscheinen. D. O.

### Metallarbeiter, Markranstädt.

Sonntagnachmittag, den 19. September, findet unter diesjähriges

### Rekruten-Abschiedsvergnügen

im Saale des Thüringer Hofes statt. Anfang 7 Uhr.

Gut ist nur gegen Vorzeichen des Mitgliedsbuches. [20588]

Zu zahlreicher Beteiligung lädt die "Ostallian" nebst Aus-

gehörigen ein.

Die Ortsverwaltung.

### Wagenbauer-Krankenkasse.

Filiale Lindenau. [20588]

Sonntagnachmittag, den 19. September

im Etablissement Stadt Lützen

### Familien-Abend.

Anfang 8 Uhr. Nur für Mitglieder. Karten à 20 Pfg., welche zum Eintritt und freien Tanz berechtigen, sind bei der Ortsverwaltung sowie im Kassenlokal zu haben. Ein Verlauf an der Kasse findet nicht statt. Es lädt ein. Die Ortsverwaltung.

### Freie Turnerschaft L.-West. (E.V.)

Sonntag, den 20. September 1908

im Etablissement Goldner Adler (oberer Saal)

Lindenau, Angerstraße

### Großer humoristischer Familien-Abend

verbunden mit

### Rekruten-Abschied und Ball.

Einsatz 1/2 Uhr. Grosser Jahrmärktsummel. Anfang 9 1/2 Uhr. Eine rege Unterhaltung wünscht [20590] Der Turnrat.

### Turnverein L.-Kleinzschocher (E.V.)

Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.

Sonntagnachmittag, den 19. September, abends 1/2 Uhr

### Rekruten-Abschied für Mitglieder

in der Terrasse, L.-Kleinzschocher.

100seitiges Erscheinen der Mitglieder wünscht

Der Turnrat.

### Grüne Schänke

L.-Anger. — Telefon Nr. 3045.

### Morgen Bunter Abend

Freitag

der allbekannten Krystallpalast-Sänger. Neues, interessantes Programm! Nachdem: Gr. Messball

Jeden Sonntag, von 4 Uhr an. Gr. Elite-Ball.

Es lädt ergebnis ein. [20617] H. Jacob.

### Westendhallen, Plagwitz.

Freitag, den 18. September 1908

### Grosser Elite-Ball

Anfang 8 Uhr.

Ende 11 Uhr.

Ergebnis Emil Fröhlich

Sonntag, den 20. September 1908

### Beliebtester Ball des Westens.

### Stadt Rochlitz, L.-Schleußig

Rochlitzstrasse 5. Empfiehlt meine freundlichen Lokalitäten mit Frühstückslüste (Gesellschaftslüster 80—40 Personen fassen). Gut gepflegte Biere. Kräftiger Mittagstisch. [5337] Achtungsvoll Reinhold Junge.

## Gasthof Neustadt

Goldner Saal

Morgen Freitag, abends 8 Uhr

### 112. Willy Wolf-Spezialkonzert

unter persönlicher Direktion des Herrn Willy Wolf

Hochinteressantes Programm

Nach dem Konzert: Wiener Ball.

Feinstter Freitagsball Leipzigs

Entree: Vorzugskarte oder Programm 25 Pfg.

Nächsten Sonntag Grosses Ball-Fest.

## Jasmazi-Cigaretten

Unerreichte Qualität!

Grösste Verbreitung!

<b>Lucca</b>	mit Mundstück . . . . .	1 Pfg.-Cigarette
<b>Kolpo</b>	mit Mundstück . . . . .	1
<b>Unsere Marine</b>	mit und ohne Mundstück 2	2
<b>Dubec</b>	No. 6 mit und ohne Mundstück . . . . .	2 $\frac{1}{2}$
<b>Hellas</b>	mit und ohne Mundstück . . . . .	3
<b>Elmas</b>	Gold-Mundstück . . . . .	3-5
<b>Pleo</b>	mit Mundstück, ohne Mundstück und Gold	4-25

## Lindenfels

Karl-Heine-Strasse 50/52.

Morgen Freitag und Sonntag

### Großer Mess-Ball.

Rinder Wehrummel. [20585]

## Hunger-Künstlerin.

14. Tag im Zwickauer Hof, Königsplatz.

Heute Donnerstag u. morgen Freitag

Billige Tage. 15 Pfg.

### Neue Welt

Leipzig, Friedr.-List-Str. 1

= Ecke Hofmeisterstr. =

Morgen Freitag, Grobes Nachtmahlfest mit musikalischer Unterhaltung. Von abends 6 Uhr ab Wellbleisch, Irische Wurst, Ergebens Rudolf Göbel.

## Max Haufe's Gast- und Logierhaus

43 Seeburgstrasse 43 \*

Empfehle meine freundl. Lokalitäten. Gute Saub. Übernacht. ff. Biere. Kräftigen Mittagstisch. Verkehrsalokader Tischler. Achtungsvoll O.O.

## Zur Quetsche

Frankfurter Str. 27.

Empfiehlt meine freundl. Lokalitäten mit Gesellschaftslüster. Kräftiger Mittagstisch 40 s. Guteff. Biere. Hochachtungsvoll Otto Boost.

## Liebmans Restaurant u. Frühstückslüste

20 Gerichtsweg 20.

Treffpunkt all. Landsleute von Düben, Ellenburg, Torgau u. Umgegend. 2 Minuten vom Eisenbahn-Bahnhof. — Vorzügliche Biere. ff. Rebeck-Pilsener à Glas 15 Pfg. Kräftiger Mittagstisch. Gutes Billard und Gesellschaftslüster. Jeden Sonnabend. Schweinstückchen. [10782] Achtungsvoll G. Liebmans.

## Formerheim, Restaurant

Lindenau, Kanzlerstr. 46.

Empfiehlt mein freundl. Lokal zur gesl. Benutzung. Speisen und Getränke hochfein. — Freitag und Sonnabend

Schweinstückchen. — Sonnabend von 10 Uhr abends an Speckkuchen. Hochachtungsvoll Oskar Schmidt.

## Otto Meerguth, Mastochsen-Schlächterei

Fabrik feiner

Fleisch- und Wurstwaren

empfiehlt Jeden Abend

gekochten Schinken, gekochte Pökelißchen u. Schwarzkleisch. Jeden Freitag und Sonnabend von 5 Uhr ab

Schinken in Brotteig sowie ff. warme Wurst. Spezialität: ff. russisch. Salat, Ia. Jagdwurst u. Mortadella, ff. Thüringer Blut-, Leber-, Zungen- und Zervelatwurst sowie alle ff. Aufschlittwaren. Auf Wunsch auf Platten garniert zu besten Breisen. [10588]

## Möbeltransportgeschäft

Matthäi-kirchhof

Nr. 31

Tel. 599

übernimmt die Ausführung von Umzügen mit Verschluß-

wagen und gesättigtem Personal. [20285]

Wagen von hier nach auswärtig ohne Umladung.



Berger & Moller

LEIPZIG (LAND) LANDSCHAFT

Ambulanzstr. Bergstr. 29

559 Fernsprecher 2661

Ende 11 Uhr.

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

20610

## Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Dritter Verhandlungstag.

Nürnberg, 16. September 1908.

Vormittagsitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit der Mitteilung von dem gestrigen Wahlsieg in Ludwigshafen-Speier. (Stürmischer Beifall.)

Die Budgetbewilligung.

Es wird in die Verhandlung der Frage der Budgetbewilligung eingetreten. Dazu liegen vor die Resolution 126 und die Anträge 74 bis 85\*, die sämtlich mit zur Verhandlung gestellt werden. Der Parteitag hat beschlossen, daß nach dem Referenten Bebel einem bairischen und einem bayerischen Genossen das Wort mit unbeschränkter Redezeit gegeben wird. Es liegt ein Antrag des Genossen Böhle vor:

Machend auch die Frage der württembergischen Zustimmung zum Budget in die Resolution des Parteivorstandes aufgenommen ist, auch einem württembergischen Abgeordneten das Wort mit unbeschränkter Redezeit zu geben.

Böhle begründet kurz den Antrag.

Der Parteitag stimmt zu.

Bebel: Parteigenossen! Ich hoffe, daß der stürmische Beifall, den Sie der Bekanntmachung des Wahlresultats bei der Nachwahl in Ludwigshafen soeben gezeigt haben, etwas beruhigend auf unsre Debatten, in die wir jetzt eintreten, einwirken wird, denn das Resultat zeigt uns allen, daß die Partei in glänzender Weise marschiert, aber auch vor allem, daß wir alle Kräfte zu gemeinsamer Arbeit daran zu sehen haben, um unser Ziel zu erreichen. (Lebhafte Bravo!)

Ich habe vor 14 Jahren, als ich in Frankfurt a. M. auf dem Parteitag ebenfalls zu der vorliegenden Frage das Wort nahm, ausgesprochen, daß ich noch nie in einer so demütigenden und gebrochenen Stimmung die Bühne betreten hätte wie damals in Frankfurt, und ich sage Ihnen ganz offen, es wäre mir der größte Gefallen erwiesen worden, wenn wir nicht in die Lage gekommen wären, heute abermals, und zwar zum drittenmal, über diese Frage zu verhandeln.

Ich hatte geglaubt, daß — nachdem in Lübeck mit sehr großer Mehrheit, und zwar unter wesentlicher Zustimmung der süddeutschen Genossen — die damalige Resolution angenommen worden war, ein Weg gefunden worden sei, der es für die Zukunft überflüssig mache, uns nochmals mit dieser Frage zu beschäftigen. Das ist leider nicht der Fall. Vor den Parteitagen in Frankfurt und Lübeck hatte die Partei in der Parteipresse und Partei kaum irgendwelche große Erregung herverufen. Ganz anders diesmal! Wir sind in Diskussionen in der Presse und in Versammlungen eingetreten, die von einer Erregung Zeugnis abgelegt haben, die man bei dieser Frage kaum für möglich gehalten hätte. Wenn man sich fragt, was denn eigentlich die Ursache war, daß von vornherein eine so mächtige Erregung einsetzte, so muß ich sagen, das war die außerordentliche Verherrschung, als wir auf einmal erfuhren, daß unsre süddeutschen Landtagsabgeordneten in Stuttgart zusammengetreten waren, und sich verständigt hätten, für dieses Jahr für das Budget zu stimmen; und da schon Monate über diese Verständigung vergangen waren, ohne daß die weiteren Kräfte der Parteigenossen das geringste davon gehört hätten, war die Erregung um so größer. Man war aus diesem Grunde der Meinung, es handle sich hier um eine Art Pronunciamiento gegen einen Parteibeschluß. Es ist nicht meine Absicht, auf die Diskussion in der Presse und in den Vereinen, die in den letzten Wochen über die hier zur Erörterung stehende Frage stattgefunden hat, irgendwie einzugehen. Ich möchte dringend bitten, daß auch die

\* 74. **Cottbus • Breslau und Berlin V:** Die heutige Generalversammlung erblieb in dem Verhalten der bayerischen und bairischen Landtagsfraktionen einen Disziplinbruch und erwartet von dem Nürnberger Parteitag, daß derselbe in ganz entschledener Weise dazu Stellung nimmt.

75. **Frankfurt a. M.:** Der Parteitag erklärt, daß er die Zustimmung der bayerischen und bairischen Landtagsfraktion zum Budget nicht billigt und für einen Verstoß gegen den Lübecker Parteibeschluß ansieht.

76. **Göttingen:** Die Generalversammlung des Wahlkreises Straßburg verurteilt die Zustimmung unserer süddeutschen Landtagsabgeordneten zum Gesamtbudget des bairischen und bayerischen Staates. Die Generalversammlung spricht die Erwartung aus, daß die Resolution des Lübecker Parteitages strikte Beachtung erfährt. Um allen parlamentarischen Entgeleistungen die Spur abzubrechen, ersucht die Versammlung den Nürnberger Parteitag, aus der Lübecker Resolution den Passus zu streichen, der von einer "Budgetbewilligung aus gewundenen Gründen" handelt.

77. **Berlin III:** Die Versammlung des 8. Berliner Wahlkreises verurteilt die langerhand vorbereitete Budgetbewilligung der bairischen und bayerischen Landtagsfraktion als einen schweren Verstoß gegen die Grundföde und Beschlüsse der Gesamtpartei. Sie erklärt die Verurteilung auf den 8. Abstieg der Lübecker Resolution als durchaus berechtigt. Gwingende Gründe hat keine der Fraktionen für ihre Zustimmung anzuführen vermocht. Die Versammlung verurteilt ebenso die Weigerung, dem Parteivorstand als der von der Gesamtpartei befekten Parteileitung Auskunft über die Beschlüsse der Fraktionen zu erteilen, als einen großen Verstoß gegen den Sinn des Organisationsstatus und die Einheit der Partei. Ebenso kann das Verhalten derjenigen Parteipresse, die dem Vorgehen jener Fraktionen zugestimmt hat, nicht gebilligt werden. Die Versammlung fordert eine Regelung in dem Sinne, daß der 8. Abstieg der Lübecker Resolution gestrichen wird.

78. **Berlin IV:** In der Stellungnahme der süddeutschen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten zur Budgetbewilligung der Einzelstände erblieb die heute, am 18. August, tagende Generalversammlung des Wahlkreises für den 4. Deutschen Reichstagwahlkreis einen großen Verstoß gegen den Lübecker Parteibeschluß und somit einen völligen Bruch der unbedingt erforderlichen und hochzuhalenden Parteidisziplin.

Dieser Vorgang bedeutet einen kräftigen Verstoß der revisionistischen Arbeit, einen Schritt nach rechts, eine Annäherung an die Bürgerlichen, zur Reformpartei. Die Generalversammlung erwartet deshalb, daß der in Nürnberg stattfindende Parteitag mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Beschlüsse der Parteitage auch für die süddeutschen Landtagsabgeordneten bindend sind. Die Stellungnahme des Parteivorstandes als oberste Instanz der Partei und die Haltung des Vorortäts als Zentralorgan in dieser Angelegenheit ist deshalb nur zu billigen.

79. **Berlin V:** In Erwägung, daß die Arbeiterklasse in den Einzelstaaten weder die volle Gleichberechtigung noch die gleiche Behandlung mit den herrschenden Klassen geniebt; daß die Einzelstaaten vielmehr nach ihrem Wesen und ihrer Organisation den Charakter des Klassenstaates haben, d. h. die vornehmste Stütze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind und demgemäß weder die Art der Staateinnahmen noch der Staats-

Budger nachher das, soweit als möglich, unterlassen. Es ist kein Zweifel, daß in diesen Diskussionen herüber und hinüber in der schärfsten Weise geschossen worden ist, daß sehr heftig und — wie ich gar nicht ansehe zu erklären — teilweise sehr ungerechtfertigte Angriffe und Beschuldigungen erhoben worden sind. Wenn wir diese hier zum Gegenstande der Erörterung machen wollten, dann könnten wir wohl die ganzen kommenden Tage noch zur Verfügung stellen, um uns ausschließlich mit dieser Frage zu beschäftigen. (Schr. richtig!)

Der Lübecker Beschuß war eine Art Kompromiß. Ich hatte eine Resolution dort eingefordert, die verschiedentlich von unsren süddeutschen Landtagsgenossen heftig angegriffen und für unannehmbar erklärt wurde. Wir traten in die Verhandlungen ein, und das Ergebnis war, daß ich zu der Überzeugung kam, daß man in solchen Fällen, wo eine strenge Ablehnung des Budgets der Partei zum großen Schaden gereichen müsse, und daß man in solchen Fällen unsren Landtagsgenossen eine gewisse Freiheit der Entscheidung geben müsse. Die Resolution lautete:

In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Berechtigung nicht eindämmen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft angesehen sind, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körpern der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundföden des proletarischen Klassenkampfes seien und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.

In der Rede, mit der ich meinen Antrag begründete, führte ich aus: "Nach meiner Auffassung sind es nur ganz ausnahmsweise Fälle, für die einmal der leichte Satz der Resolution in Frage kommen könnte. Da man sich — wenn man einen solchen Satz vorschlägt — fragen muß, wann könnte das wohl sein, so will ich Ihnen die zwei Fälle anführen, die dabei für mich in Betracht gelommen sind. Der eine Fall, der infolge der eigenartlichen Budgettechnik, die ja nicht überall gleich ist, eintreten kann, und der auch in Hessen bereits eingetreten ist, ist der, daß ein für die Steuerzahler günstigeres Budget gefallen und ihnen ein ungünstigeres aufgehaftet wäre, wenn unsre Genossen nicht für das erstere gestimmt hätten. Man zieht dann eben das kleinere Werk dem größeren vor. Der andre Fall ist folgender: Im Gothaer Landtag führen 9 Genossen von uns und 10 Gegner. Nehmen Sie an, nach der nächsten Wahl ist es umgekehrt. Dann verlangen wir selbstverständlich, daß unsre Genossen — in Unbedacht ihrer Majorität — das Budget nach ihrer Auffassung gestalten, und dann müssen sie auch dem Budget zustimmen." Das waren die beiden Fälle, die ich damals für eine Möglichkeit der Zustimmung zum Budget angeschaut habe. Nun sagte der dritte Abstieg der Resolution von diesen Fällen nichts, weil es überhaupt nicht üblich ist, daß man gewissermaßen Motive in die Resolution aufnimmt, und so konnte ja der Fall eintreten, daß unsre süddeutschen Freunde erläutern: Ja, der Satz, wie er hier steht, gibt uns das Recht, auch andere Fälle als gegeben anzusehen und danach zu handeln. Ich will mich für einen Augenblick auf diesen Standpunkt stellen. Ich will annehmen, es soll noch ein dritter, außerordentlicher Fall, an den wir gar nicht gedacht haben, vielleicht auch nicht denken konnten, vorkommen sein. Ja, Parteigenossen, bedenken Sie denn die Gründe, die diesmal von unsren Freunden in Baden und Bayern für die Zustimmung zum Budget als maßgebend erachtet werden, auch nur irgendwie mit dem dritten Abstieg der Lübecker Resolution? Ich bestreite das auf das allerseitschiedenste. Wie werden das sofort sehen, wenn wir uns die Gründe, wie sie von

ausgaben den Forderungen der Sozialdemokratie an eine Staatsverfassung entsprechen; daß die Regierungen dieser Einzelstaaten durch ihre Zustimmung zu den Maßnahmen des Bundesrates (Umlistung- und Buchstausvorlage, indiziale Steuern auf den Massenverbrauch, Lebensmittelzölle und Liebesgabenpolitik, Militarismus, Martinismus usw.) die Arbeiterklasse aufs ungerechte und schwerste schädigen; die Bewilligung des Budgets aber als ein Vertrauensvotum für eine Regierung und als Billigung ihrer wesentlichen politischen Maßnahmen angesehen wird, erwartet der Parteitag, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den Landtagen einstellig gegen das Budget stimmen werden.

Die Mitglieder sozialdemokratischer Fraktionen haben sich der Teilnahme an höfischen Deputationen und Veranstaltungen zu enthalten.

80. **Darmstadt:** Die im Gewerkschaftshaus tagende Parteiversammlung stellt sich in der Frage der Budgetbewilligung streng auf den Standpunkt der Lübecker Resolution, worunter sie versteht, daß, wo immer es ohne größere Nachteile für die Gesamtheit angängig ist, gegen das Budget gestimmt werden soll, um den heutigen Klassenregierungen unser Mißtrauen auszubreiten.

Nur in ausnahmsweisen Fällen kann dafür gestimmt werden. Dabei ist aber ausdrücklich herzozuhören, daß die Zustimmung kein Vertrauensvotum für die Regierung sein soll.

Die Versammlung fordert deshalb den Delegierten des Wahlkreises Darmstadt-Groß-Gerau, Genossen Raab, auf, entschieden für die Aufrechterhaltung der Lübecker Resolution und für die dementsprechende Selbständigkeit der Landesorganisation und ihres Vorstands gegenüber dem Parteivorstande einzutreten.

81. **Hamburger Wahlkreis, Distrikt I Hamm:** Die Distriktsversammlung Hamm des dritten Hamburger Wahlkreises erblieb in den jüngsten Vorgängen innerhalb der Partei, wie sie bei den Staatsabstimmungen im bairischen, bayerischen und vorher im oldenburgischen Landesparlament bei der Abstimmung über ein abgeändertes Wahlgesetz aufgetreten sind, das bestrebt einzigarbeiten parlamentarisch tätiger Genossen, sich von dem bisher mit Erfolg bewährten Gesamtwillen der Partei unabhängig zu machen. Die Abstimmungen in Baden und Bayern lassen erkennen, daß dort Parteigenossen durch vorher wohlüberlegtes Handeln den Disziplinbruch vorbereitet und durchgeführt haben. Die Versammlung beauftragt ihre Delegierten auf dem Parteitag so zu wirken und zu stimmen, daß den schuldigen Genossen die schärfste Mißbilligung vom Parteitag ausgesprochen wird.

82. **Dortmund:** Die Generalkommission erklärt die Zustimmung der bairischen und bayerischen Landtagsfraktion zum Budget für einen schweren Verstoß gegen die Lübecker Resolution und erwartet, daß der Parteitag zu Nürnberg dieser Resolution eine Fassung gibt, die derartige Vorgänge für die Zukunft unmöglich macht. In dem Verhalten des bairischen Landesverbands gegenüber dem Parteivorstand erblieb die Generalkommission eine schwere Auslehnung gegen den Geist des Organisationsstatus, die geeignet ist, die Geschlossenheit und Schlagkraft der Partei aufzuschrecken zu gefährden.

83. **Worms-Ehrenfeld:** Der Parteitag in Nürnberg hält an den ersten beiden Abstößen der Lübecker Resolution fest,

unseren Freunden in Baden und Bayern angegeben sind, ansehen. Die bairischen Genossen haben durch den Mund des Genossen Frank erklärt lassen: "Mit Rücksicht darauf, daß für die kommende Budgetperiode verhältnismäßig erhebliche Verträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Etatgesetz. Diese Abstimmung soll kein Vertrauensvotum für die Regierung sein. Die Politik des Ministeriums wird vielmehr wie bisher von der Fraktion energisch bekämpft werden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat — wie z. B. im Falle des Eisenbahnarbeiters Schäufele — den Grundsatz der sozialbürgerlichen Gleichheit gegenüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verletzt und nach ihrer Haltung im Bundesrat, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform, wichtige Vorschriften geschädigt hat. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne mitgewirkt hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung der Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion es unterlassen, ihr Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtvotaus zum Ausdruck zu bringen."

Parteigenossen! Als ich diese Erklärung gelesen habe, war ich im höchsten Grade erstaunt, denn ich mußte annehmen, daß nach der Kritik, die der Redner der Sozialdemokratie an der Handlungsweise der bairischen Regierung geübt hatte, ihr gar nichts andres übrig blieb als

ein gutes "Nein".

(Lebhafte Zustimmung.) Es ist mir schier unbegreiflich, wie man bei einer so schärfen Kritik an dem Verhalten des bairischen Ministeriums gegenüber der Sozialdemokratie und auch sonst dazu kommen konnte, dem Budget ein "Ja" zu geben. Überall in der Welt, wo parlamentarisches Leben existiert, gilt die Zustimmung zum Budget als ein Vertrauensvotum für die Regierung (hört, hört!), und wenn unsre Parteigenossen in Baden geglaubt haben, dieses durch eine Reihe kritischer Bemerkungen abzuwischen zu sollen, so will ich ja ihren guten Willen annehmen, aber logisch ist ihr Verhalten in seinem Falle. (Schr. richtig!) Der Hauptgrund und sozusagen der einzige im Gegensatz zu den bairischen Genossen, deren Erklärung ich nachher befreuen werde, und die eine Reihe weiterer Gründe anführen, ist für die Badenser, daß erhebliche Verträge zur Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne gefordert waren; deswegen stimme man zu. Nun, Parteigenossen, haben aber die Badenser seit 14 Jahren — so oft die Landtagsperiode wieder kam — regelmäßig gegen das Budget gestimmt, und ebenso die Badenser — mit Ausnahme des Jahres 1901 —, welches Verabschaffung gab zu unseren Verhandlungen in Lübeck. Wäre die Auffassung richtig, daß, indem man gegen das Budget stimmt, man damit auch alle Beamtengehälter und Arbeiterlöhne verweigert, ja, so haben Sie das auch schon früher getan. (Lebhafte Widerspruch bei den Süddeutschen.) Dann bitte ich, mir zu erläutern, wie man jetzt nach 14 Jahren auf einmal zu einer entgegengesetzten Ansicht kommt. In jedem Parlament — sogar im deutschen Reichstag — kommt es vor, daß eine Reihe von Vorrednern gestellt werden, denen auch wir als Sozialdemokraten unsre Zustimmung geben. Wir stimmen mit Rücksicht auf das ganze System, das der deutsche Reichstag repräsentiert, in der Schlussabstimmung gegen das Budget. Als 1888 in Preußen Herr v. Bismarck Ministerpräsident geworden war mit dem Auftrag, den Konflikt herbeizuführen, erklärte die Budgetkommission des preußischen Landtags, daß sie dem Budget die Zustimmung nicht gebe, daß sie aber damit nicht ausstreiche, daß sie im einzelnen die Positionen für die Gehälter verweigere. Bei uns kommt zu der Sache noch etwas anderes hinzu. Wir sind

prinzipielle Gegner der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Aus diesem Grunde sind wir Sozialdemokraten. Unsre ganze vonnach das Budget normalerweise abzulehnen ist. Der dritte Abstich ist folgendem zu fassen: Eine Zustimmung zum Etat darf nur erfolgen, wenn unsre Partei in einem Landtag, die Mehrheit hat und infolgedessen das Budget ihrem Verlangen entsprechend gestaltet werden kann.

84. **Hamburg II:** Der sozialdemokratische Verein des zweiten Hamburger Wahlkreises spricht die Erwartung aus, daß der Parteitag in Nürnberg nicht nur den durch Budgetbewilligung begangenen Disziplinbruch bairischer und bayerischer Landtagsabgeordneter scharf rüge, sondern auch Vorsorge treffe, daß sie im Zukunft für derartige Vorfälle eine Verufung auf Parteibeschlüsse auch formell unmöglich sei.

85. **Berlin I:** In Abredezt 1. daß die Staatsbewilligung der bairischen und bayerischen Genossen ein Verstoß gegen die Parteigrundsätze ist, 2. daß hier außerdem ein direkter Verstoß gegen eine Parteidestagsresolution, also ein Disziplinbruch, vorliegt, 3. daß die Gehaltshaltung und die Brüderlichkeit des Parteidestags zeigt, daß sie sich des doppelten Disziplinbruchs voll bewußt waren, 4. daß die Folge derartiger Handlungsweise zur Schwächung der Partei in prinzipieller und organisatorischer Hinsicht und schließlich zur völligen Auflösung der Partei führen muß, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die zuständigen Organisationen allen Disziplinwidrigkeiten ihrer Abgeordneten entschieden entgegentreten werden.

**Resolution Nr. 126.** Der Parteitag bestätigt von neuem die Resolutionen von Lübeck und Dresden; daß der Staat, solange er sich in den Händen der bestehenden Klassen befindet, ein Organ der Klassenherrschaft darstellt und ein Mittel zur Niederhaltung der besshöfen Volksmassen bildet, daß die politische Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes die Erwerbung der Staatsgewalt durch Ueberwindung der Gegner ist, daß jede Politik des Entgegenkommens an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung abgelehnt werden muß.

Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angehängt der Tatsache, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Abstimmung desselben durch unsre Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

Die Billigung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden.

Die grundfäßliche Verweigerung des Budgets entspricht vollkommen der Klassenslage der besshöfen Volksmassen, die eine unverhoffte Opposition gegen die bestehende, dem Kapitalismus dienende Staatsgewalt notwendig macht.

Die arbeitenden Klassen immer wieder nachdrücklich darüber aufzulären, ist eine unerlässliche Aufgabe unserer agitatorischen Arbeit.

**Parteidestand- und Kontrollkommission.**

Tätigkeit ist darauf gerichtet, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu untergraben, d. h. eine Tätigkeit zu entfalten, bei der wir die Zustände der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung den Massen in einer Weise klar zu machen suchen, die ihnen zum Bewusstsein bringt, daß das unrichtige, ungerechte, sie schwer belastende Zustände seien, an deren Stelle notwendigerweise andre, gerechtere Zustände zu treten hätten. Aus diesem Grunde können wir prinzipiell einer Regierung, deren Aufgabe es ist, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gegen jeden Angriff von sozialdemokratischer Seite aufrecht zu erhalten, unter keinen Umständen ein Budget bewilligen. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist die einzige Seite der Sache. Nun steht hier in Frage aber noch etwas andres. Wie kann es denn, daß die Regierung nicht bloß in Baden, sondern auch in Bayern, auch in Preußen, das nächste mal im Reich, das übernächste Mal in Württemberg (Burau: der Süddeutschen; Unruhe. Der Vorsitzende bittet um Ruhe.)

... die Beamtengehälter und Arbeiterlöhne erhöhen will? Die Belastung des deutschen Volkes durch den Zolltarif, die Verkürzung der notwendigen Lebensmittel ist die Ursache. Ich habe den Gewinn für die Agrarier auf 1250 Millionen Mark berechnet — niemand hat mich widerlegt. Heute nehme ich an, daß er eher größer als kleiner ist. Als die Konstellation der politischen Lage es mit sich brachte, daß im Dezember 1906 der Reichstag aufgelöst wurde und wir zu den Hollentrotz-Wahlen von 1907 kamen, da hat die Regierung, um die kleinen Beamten der Sozialdemokratie abspenstig zu machen, ihnen Gehalts erhöhungen versprochen. (Lebhafte Zustimmung.) Nachher ließ sich auch eine Erhöhung der Löhne der Staatsarbeiter nicht vermeiden, zumal die freie Industrie arbeiterchaft ihre Lohnverhältnisse durch Lohnkämpfe zu verbessern versucht hat. Wie wir in dieser Situation, für die die Regierung allein die Verantwortung trägt, nun die Pflicht haben sollten, für das Budget zu stimmen, weiß ich wirklich nicht. Noch ein andres. Die Wirtschaft des Deutschen Reichs hat die Finanzverhältnisse der Einzelstaaten ganz außerordentlich ungünstig beeinflußt. In den meisten Staaten fehlen die notwendigsten Mittel für Kulturaufgaben. Nun steht die Sache so, daß wegen der Mehrforderungen, welche die Einzelstaaten für die Beamtengehälter und Arbeiterlöhne zu stellen gezwungen sind, auf der andern Seite eine Steuererhöhung eintreten muß; also die Arbeiter werden mit doppelten Nutzen gepeitscht; erst halbt man ihnen den Zolltarif auf, und verteuert ihnen die notwendigsten Lebensmittel, und wenn dann aus dieser Situation heraus Beamten und Staatsarbeiter höhere Löhne gezahlt werden müssen, werden die Arbeiter auch noch zu höheren Steuern herangezogen. Ich habe den Eindruck, als wenn unsre Parteigenossen in Süddeutschland ihre Tätigkeit etwas zu eng aussäßen, daß sie sich gewissermaßen Scheuklappen anlegen und nur auf das nächste Feld blitzen, aber den Zusammenhang mit dem Großen und Ganzem verlieren. (Lebhafte Zustimmung.) So ist eigentlich diese ganze Budgetbewilligung zu erklären. Wir können bei einer derartigen Frage die Regierung nicht beeinflussen in bezug auf die Reichspolitik. Die Reichspolitik hat es herbeigeführt, daß wir in 20 Jahren von 720 auf 4500 Millionen Mark Schulden gestiegen sind. Auch haben die eigentlichen Einnahmen des Reichs eine gewaltige Steigerung erfahren, weil nicht nur die Höhe auf Lebensmittel bedeutend erhöht sind, sondern auch, weil noch eine Reihe anderer Kosten für die Arbeiter entstanden sind.

Die Forderungen für die Militär-, Marine- und Kolonialpolitik sind von sämtlichen deutschen Regierungen unterstützt und bewilligt worden. Wir müssen gegenwärtig 500 Millionen Mark neue Steuern haben, wir wissen alle, einerlei, wie das Steuerbullet sich gestaltet, daß doch der größte Teil der Summen, die aufgebracht werden müssen, auf die Arbeiter abgewälzt wird. Da müssen wir doch fragen:

#### Wie stehen die süddeutschen Regierungen dazu?

Wie können wir eine solche Politik unterstützen, die in erster Linie gegen die Arbeiter gerichtet ist? Nun ist es doch ein starter Stich, daß sie von uns noch ein Vertrauensvotum haben wollen. Und wir haben noch über ganz andere Maßnahmen zu klagen. Wir haben noch dem Fall des Sozialstiftungslehe die Umsatzvorlage, einige Jahre später die Buchhausvorlage und dann die Vorlage wegen der sogenannten Reichstagsfähigkeit der Berufsvereine gehabt. Alles das waren Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterklasse. Ich habe aber nicht gehört, daß die süddeutschen Staaten gegen eine derartige Gelehrgebung protestiert hätten. (Burau: Auch Bayern?) Wo gegen denn? (Burau: Gegen die Buchhausvorlage) Gegen die Buchhausvorlage 1890 — nur, dann freut es mich, aber das kann Euch noch immer nicht veranlassen, der bayerischen Regierung ein Vertrauensvotum zu erliegen. Dazu kommt weiter, daß wir in den nächsten Jahren wieder eine neue Militärvorlage bekommen werden, das ist ganz zweifellos. Es geht nicht an, daß wir da quasi uns eine schwarze und eine weiße Seele konstruieren. Die schwarze Seele liegt in Berlin, und die weiße Seele ist in den süddeutschen Staaten. (Heiterkeit.) Ich glaube ja ganz gern, daß die Reichspolitik den süddeutschen Regierungen ihre Existenz als selbständige Staaten immer präferiert macht, weil sie ja dazu führt, daß man mit den vielen Regierungen, die mit jedem bürokratischen Verwaltungsbüroapparat ganz ungeheure Summen erfordern, aufzuräumen will, und weil dadurch die zentralistische Idee gefördert wird. Die Regierungen in kleineren Staaten machen nur mit sauerer Miene die Forderungen mit. Die bayerische Regierung sieht in dem sogenannten Ausschluß für auswärtige Angelegenheiten. Wir haben aber nicht gehört, daß sie gegen die auswärtige Politik, die für das Reich schon so ungemein schwach geworden ist und weiter werden wird, irgendeine Verwahrung eingelegt hat. Sie ist also mit für deren Fehler verantwortlich zu machen. Es heißt den Zusammenhang dieser Dinge vollständig verfehlten, wollte man annehmen, daß man dadurch, daß man bei den verschiedensten Regierungen Interpellationen und Anträge eingebracht hat, die süddeutschen Regierungen zu bestimmen glaubt, ihre Haltung zu ändern. Bei diesem Zusammenhang des Reichs und der Einzelstaaten, wenn es sich um die Frage der Budgetbewilligung handelt, muß man sich immer noch fragen, ob die Regierung nach allen Richtungen hin ihre Schuldigkeit getan hat, und das wird niemand von uns zu behaupten wagen. (Lebhafte Zustimmung.)

Nun ist in der Erklärung der Badener Genossen auf den Fall Schäufele

hingewiesen worden. Der ist Eisenbahner in den Großherzoglichen Eisenbahnwerftäten und ist in Karlsruhe von unseren Genossen als Kandidat für die Stadtvorberndenwahlen aufgestellt worden. Das hat die Regierung nicht gebüßt. Zweifellos ist das ein Haushalt in das Gesicht der badischen Arbeiterklasse, und ganz mit Recht hat damals Genosse Kolb erklärt, daß man nach einem solchen Vorgänge kein Budget bewilligen könnte. Der Fall ist nicht längst gemacht worden, trotzdem aber erklärt man nun, durch die Bewilligung des Budgets der Regierung das Vertrauen. Das ist aber nicht der einzige Fall. Ich erinnere die babilischen Genossen nur daran, daß die Regierung vor drei Jahren in Konstanz gegen unsere auswärtigen Genossen Dr. Adler, Greulich und Zuschin vorgegangen ist und ihnen das Reben verboten hat. (Sehr richtig!) Nun hat man freilich gesagt: Unsere Lage in Baden erfordert es, daß man der Regierung eine solche Haltung des Entgegengenommens beweist und namentlich auch den liberalen Parteien, mit denen wir bei den nächsten Wahlen wieder zusammengehen, um keine Zentrumsmehrheit auskommen zu lassen. Ich habe gegen ein derartiges Leidenschaftliches immer meine großen Bedenken gehabt, und besonders in die ein Fall bin ich sehr im Zweifel, ob die von unseren Genossen geplante Taktik die richtige ist. Soviel ich weiß, haben in Baden die verschiedenen liberalen Parteien 28 Abgeordnete, mit einigen Demokraten im ganzen wohl 32 oder 33; Zentrum und Konservative zählen etwa ebensoviel und den Ausschlag geben immer

die 12 Sozialdemokraten. Das wird meines Erachtens auch dann der Fall sein, wenn wir bei den nächsten Wahlen keine Kompromisse mit einer anderen Partei eingehen würden, auch dann wird unseren Genossen diese dominierende Stellung im Landtag verbleiben. (Burau: Das ist denn doch noch sehr zweifelhaft) Dann ist es jedenfalls eine Doktorfrage. Es wäre noch schöner, wenn wir auf eine beratige Konkurrenzpolitik hin unsere ganze Taktik vollständig ändern wollten; dann verlieren wir ja allen Boden unter den Füßen. (Lebhafte Zustimmung.) Nun ist es ja unserer badischen Genossen nicht gerade überlaufen, wenn sie eine Zentrumsmehrheit nicht wollen, aber in Bayern liegen die Dinge ganz anders. Die scheinen sich unsere Parteigenossen mit der Zentrumspartei ganz gut zu ziehen, in Baden aber hat man einen wahren Horror vor der Zentrumsmehrheit. Da soll der badische Staat vor den Ultramontanen gerettet werden. Die Regierung empfiehlt aber offenbar nicht das Bedürfnis dazu, denn die Haltung, die sie gegenüber unseren Genossen eingenommen hat, beweist doch alles andere, als daß sie mit einer beratigen Politik von unserer Seite einverstanden ist. Kolb hat erklärt, daß die Budgetabstimmung zu den Dingen gehöre, mit denen man sein Entgegenkommen gegen die Regierung benötigen will. Er hat weiter ganz offen hinzugezogen, daß auch der Gang zum Begegnungs des alten Großherzogs, den er und Frank gemacht haben, bereits zu dem Zweck unternommen worden sei, um der Regierung zu beweisen, daß die Sozialdemokraten in Baden nicht die schlümmerten Leute sind, für die man sie hält. Wenn das politisch Taktik ist, wenn das die Mittel sind, mit denen wir politische Erwerbungen machen wollen,

Dann hören wir auf, Sozialdemokraten zu sein.

(Sehr wahr! Lebhafte Zustimmung.) Es ist denn auch in der Tat in Preußungen, die ich hier nicht anführen will, doch gekommen, daß man als Embryoslat ansehen kann: Es handelt sich nicht mehr um eine einmäßige, ausnahmsweise Zustimmung zum Budget, nein, man will regelmäßig dafür stimmen! Und wenn es nun mehr so weit geht wie in Baden, daß man sagt, die ganze Taktik der Partei bewegt sich in unzähligen Widersprüchen, so will ich diese Frage heute hier nicht erörtern, bin aber bereit, sie jeden Augenblick auf einem andern Parteitag zu erörtern, weil ich mir sage, daß diejenigen, die eine grundsätzliche, andre Taktik von uns verlangen, aufhören, Sozialdemokraten zu sein, daß auch die Partei aufhören würde, sozialdemokratisch zu sein, und daß sie ihren Namen in den einer sozialreformatorischen Arbeiterpartei umwandeln müsse. (Lebhafte Zustimmung.)

Und nun noch ein drittes. Ganz anders wie in Bayern und Baden liegt es wieder in Hessen. Dort sehen wir, daß Nationalliberalen und Zentrum im traurigen Verein gemeinsame Sache machen und unsre Freunde Ulrich, David usw. aus dem Hessischen Landtag hinausdrängen. (Sehr richtig! Burau) Das gehört allerdings hierher, weil es beweist, welcher Verlust auf die bürgerlichen Parteien ist. (Starker Blitzeingang) Und wenn es nun mehr so weit geht wie in Preußungen, die die Bündnisverhältnisse zu unterlassen, die die Verhandlungen nur aufzuhalten.) Als der Genosse Ged als Vizepräsident der badischen Kammer gewählt und formalen Gründen sich weigerte, bei dem Ergebnis des Großherzogs zu erscheinen, hat man ihm in der Kammer den Stuhl vor die Tür gelegt. Ich finde das ganz in der Ordnung. Die bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden ihrer Aussöhnung — der bürgerlichen Welt — stehen, sagen sich, daß ein Mann, der seine republikanische Gelingung in dieser Weise dokumentiert, nicht mehr ihr Vizepräsident sein dürfe. Über die Frage der Absehung Ged vom Vizepräsidenten ist es dann in der Kammer zu Ausschlagsverhandlungen gekommen, und unsre Parteigenossen haben unermüdlich den Minister des Innern — Freiherrn v. Bodenmann — schärf angegriffen, weil er sich in diese Angelegenheit eingemischt hat. Dabei waren unsre Leute zweifellos im Recht. Darauf verließ sich Herr von Bodenmann wie folgt: Ich sei vor allem die Ausbildung der Sozialdemokratie aus dem Präsidium erwünscht erschienen, und er habe sich der Sache wegen ihrer großen politischen Bedeutung angenommen. „In einer Beziehung“ — sät der Minister fort — „muß seitens der Regierung zwischen Ihnen (den Sozialdemokraten) und den bürgerlichen Parteien ein Unterschied gemacht werden. Ich bin der Überzeugung, daß ein Sozialdemokrat nicht Staatsbeamter sein kann, und ich finde es tief bedauerlich, daß die bürgerlichen Parteien sich zur Wahl eines Sozialdemokraten im Landtag entscheiden, sei es auch nur aus tatsächlichen Erwägungen zur Errichtung eines höheren Ziels.“

So geht die Sache weiter. Das ist

#### Die starke moralische Ohrfeige,

die unseren Parteigenossen erteilt werden konnte. Und schon das Gefühl der Manneswürde hätte unsere Parteigenossen verlassen sollen, einer Regierung, deren Minister eine solche Sprache führt, unter keinen Umständen das Budget zu bewilligen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber nicht allein dieser Minister, sondern auch Herr v. Marschall und Staatsminister v. Dusch haben sich in ganz ähnlicher Weise gegen die Sozialdemokratie ausgesprochen. Um nicht Missverständnisse zu verhindern, will ich ausdrücklich erklären: Ich bin nicht erbost darüber, daß diese Minister das getan haben. Ich finde es im Gegenteil ganz in der Ordnung. Ich bin nur im äußersten Grade darüber aufgebracht, daß unsere Parteigenossen nicht so viel Männesgefühl und parteidienstliches Würde haben, um den Ministern auf ihre derartigen Provokationen entsprechend zu antworten. (Stürmische Zustimmung.) Der Stedler der babilischen Genossen wird ja nachher darauf Bezug nehmen, daß die Regierung keineswegs von der Volksstimung, die die babilischen Genossen ihrer Zustimmung zum Budget gegeben haben, erbaut gewesen sei, denn der Minister habe sich bitter darüber beschwert. Ich stehe nicht an zu erklären, daß Herr v. Honfell offenbar ein sehr ungeliebter Herr ist. Für ihn war die gebotene Antwort die, daß er sagte, aus welchen Motiven ihr Sozialdemokrat das Budget bewilligt, ist mir gleichgültig. Die Hauptfrage ist, daß ich auch ohne Eure Zustimmung regieren kann. Auf die früheren Vorgänge in Baden will ich nach dieser Richtung nicht eingehen.

Ich komme nun zu der

#### Erklärung unserer bayerischen Genossen.

Da wird gefragt:

„Das vorliegende Budget enthält außer den Mitteln zur Erfüllung einer höheren Anzahl von Kulturaufgaben u. a. für den so wichtigen Ausbau unserer Wasserkräfte, die Elektrifizierung von Eisenbahnstrecken, auch erhebliche Beträge für die Aufbesserung der Arbeit in Städten, der Lehrer und Beamten. Wenn nun auch diese Aufwendungen in zahlreichen Einzelheiten selbstverständlich keineswegs genügen können, so erkennen wir doch in ihrer Gesamtheit einen Fortschritt und haben Ihnen deshalb zugestimmt. Obwohl wir keinen Anlaß haben, unsere grundsätzliche Stellung dem herrschenden System gegenüber zu ändern und diesem irgendwelches Vertrauen auszusprechen, erkennen wir doch an, daß durch Erweiterungen, wie die des direkten Wahlrechts für den Landtag, der Verhältniswahlkampf für die Gemeinden und die Anerkennung der staatsbürgерlichen Gleichberechtigung der Sozialdemokratie in Bayern sich Anlässe zu einer besseren Entwicklung zeigen, die wir im Interesse des bayrischen Volkes mit allen Kräften fördern wollen.“

Deshalb werden wir, ohne damit vor dem Volke die Verantwortung für die Regierungspolitik oder den Gesamtbehalt des Budgets zu übernehmen, und ohne damit unserer künftigen Stellung irgendwie vorzugreifen, dem vorliegenden Finanzgesetz unsere Zustimmung geben.

Die bayerischen Genossen haben ähnlich wie die babilischen sich auf die Aufwendungen der Beamten und Arbeiter bezogen. Daraüber habe ich das Nötige schon gesagt. Wenn sie weiter auf den Ausbau der Wasserkräfte, die Elektrifizierung der Eisenbahnen usw. hinweisen, ja, Parteigenossen, das sind doch ganz selbstverständliche Dinge auch für einen bürgerlichen Staat. Es ist nichts weiter als die Entwicklung der ökonomischen und physikalischen Kräfte, die in

einem Lande vorhanden sind, um die Wirtschaft des gesamten Landes zu leben. Das hat mit Sozialdemokratie absolut nichts zu tun. Wir sind nicht nur für derartige Dinge, wie sie jetzt in Bayern ausgeführt werden, sondern es werden ja gar nicht genug Eisenbahnen gebaut, noch nicht genug Kanäle, noch nicht genug Telegraphen usw. Wir leben in einer derartigen kulturellen Verstreben, daß uns dadurch immer mehr erleichtert wird, in die Massen einzudringen. Wie man dies also zum Gegenstand eines besonderen Verbrauchsvolumens machen kann, verstehe ich nicht, denn wenn das in der Tat ein Grund sein soll — damit kommt ich wieder auf die Frage der regelmäßigen Budgetbewilligungen — wenn das ein Grund sein soll, dann kommt man überhaupt niemals mehr in die Lage, gegen ein Budget zu stimmen (Sehr richtig!), denn derartige Forderungen kommen in jedem Landtagssitz vor, daß eine Jahr mehr, das andere Jahr weniger. Es wird hingewiesen auf

#### die Eröberung des direkten Wahlrechts.

Ja, es ist sehr schön, daß wir es in Bayern erobert haben. Wir haben uns darüber gefreut. Aber seien wir doch ehrlich gegen uns selbst: Das haben wir nicht unserer eigenen Macht und Kraft zu verdanken. Wenn wir in Bayern und Baden das allgemeine Wahlrecht erlangen, so deshalb, weil die Konstellation der Parteiverhältnisse das Zentrum nötigte, es auch zu verlangen. Wenn man den Norddeutschen vorgehalten hat: Was habt Ihr denn erreicht, Ihr in Preußen, seht uns einmal an, was wir erlangt haben, so antworte ich: Eure Tätigkeit in Ehren, Ihr habt Euch durchaus brav gehalten, Ihr habt alles getan, was in Euren Kräften stand, den Staatskarren vorwärts zu ziehen. Aber auf der andern Seite soll man doch nicht mehr behaupten, als bislang gerechtfertigt werden kann. Ich weiß nicht, wann wir in Preußen das allgemeine Wahlrecht bekommen werden. Ich fürchte, es wird erst zu haben sein, wenn wir mehr als das allgemeine Wahlrecht erobern. (Sehr gut!) Dort sind ganz andre Kräfte, dort haben wir im Osten das Junta-Land, in Rheinland, Westfalen und Schlesien eine starke Bourgeoisie. Wir haben in Preußen keine bürgerliche Partei, die wirklich für das allgemeine Wahlrecht eintritt, denn auch das Zentrum ist nur platonisch dazu zu haben. (Sehr richtig!) Die Konstellation der Parteiverhältnisse ist im Norden eine andre als im Süden. Im Süden hat das Zentrum ein Interesse am allgemeinen Wahlrecht, weil es nur auf diese Weise zum Siege gelangen könnte. Aber Ihr habt auch hohe Preise dafür zahlfür müssen. Ihr habt eine Wahlkreisteilung aufzuteilen müssen, die auf lange Zeit hinaus dem Zentrum die absolute Herrschaft im bayrischen Landtag gewährte. Ihr habt zugeben müssen, daß das Wahlrecht vom 21. auf das 25. Lebensjahr hinausgeschoben ist. Ich mache Euch daraus keinen Vorwurf. Ich gebe zu, daß die Eröberung des allgemeinen Wahlrechts an sich diese Opfer wert war. Ihr habt in Bayern niemals solche Kämpfe zu führen gesetzt, wie wir sie in Preußen geführt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Das war für Euch unnötig, und die weiteren Kämpfe, die noch kommen werden, werden weit über das bisherige hinausgehen. Die Klarheit gebietet mir, nicht mehr zu sagen. Über in der gleichen Weise, wie es in Süddeutschland geht, steht es bei uns im Norden nicht. Das wird eines Tages Kopf und Brust darangestellt werden müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Aber alles zu seiner Zeit. Die Dinge machen sich nicht nach unseren Wünschen. Wir müssen uns nach den Dingen richten. (Sehr gut!) Wenn Ihr also in Bayern in die Position gekommen seid, so ist das erträglich. Das soll Euer Verdienst nicht abschwächen, aber die Sache muß man auf den richtigen Standpunkt stellen. Das Zentrum hat eben die Situation begriffen, und mit seiner Hilfe ist es gelungen, das allgemeine Wahlrecht durchzusetzen.

Und wie steht es mit der Frage der Verhältnissewahl bei den Gemeinden? Für das Dorf hat man sie abgelehnt, ganz ehrlich, da dominiert das Zentrum. In den Städten hat das Zentrum nach seiner Meinung bisher zu wenig gegeben, da hat es also strenglich Eurem Antrag zugestimmt. Ich begrüße das, weil damit ein sehr wichtiges Prinzip wenigstens in einem Staate Deutschlands verwirklicht ist. Wir erkennen auch die sozialen Reformen an, die Ihr durchgesetzt habt, z. B. die für die Bergarbeiter. Aber wir wollen uns darüber nicht täuschen, daß auch diese Art von Konstitutionen ihre Grenzen hat. In Bayern stehen heute in bezug auf sozialreformerische Fragen die Dinge ungefähr so wie Ende der 40er Jahre in England zwischen Tories und Whigs. Den Sonntagsabend haben die Tories gegen die Whigs beschlossen, weil sie die Konservativen, die Herrscher des Landes, den Liberalen, den Herrschern der Industrie, das Leben sauer machen wollten. Ganz ähnlich ist es mit unserem Zentrum. Wolltet Ihr einmal den Versuch machen, mit Sozialreformen für Landarbeiter und Dienstboten hervorzutreten, dann werdet Ihr vom Zentrum eine ganz andere Antwort bekommen. Das Zentrum ist ganz natürlich industriell. Es tut alles, um der kapitalistischen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Und wie war es 1877 in der Schweiz? Die ganzen Bauern stimmt für Verbesserung der Arbeitszeit in den Städten. Aber als sie dann sahen, daß dadurch die Arbeiter in Städten vom Lande in die Stadt ließen, wollten sie von einer Sozialreform nichts mehr wissen. Mit einem Wort gesagt: Heute ist in Bayern Zentrum Trumpf.

Aber abgesehen davon hätte auch eine Reihe anderer Umstände unsere bayrischen Genossen bewegen müssen, gegen das Budget zu stimmen. Da war vor allem

#### das Kultusbudget.

Da ist Herr v. Wehner, der Kultusminister. Herr v. Wehner in Bayern und Holle in Preußen sind von der gleichen Farbe. Beide sind Reactionäre bis auf die Knochen. (Zustimmung.) Da bezug auf Bekämpfung von Kulturbürttlern in Bayern ist das Zentrum die rückständigste Partei, die man sich denken kann. (Sehr richtig!) Wie kann man einem solchen Ministerium den Kultusstatut bewilligen? Genosse Eimann hat in einer Versammlung gesagt: „Wir haben in unserer Kritik der Regierung gegenüber nicht zurückgehalten. Dies trifft besonders auf den Stadtkonsulenten Wehner, genannt der „Unterbäcker“, zu, mit dem wir manchen ersten Kampf auszufechten hatten, weil er als ein treuer Schlossnappe des gegenwärtigen übermächtigen Zentrums handelt.“ Eimann erwähnte auch das Verhältnis des Ministers gegenüber dem Lehrer Breyh, er meinte, wie haben Wehner als Reactionär rückständig bekämpft. Schöne, große Worte! Und dann kommt man mit dem Budget (Heiterkeit und Sehr gut!) Glaubt einer von Ihnen, daß ein anderes Ministerium einen Beamten, der so austritt wie Breyh, nicht ebenso behandeln würde, vielleicht noch schlimmer als Herr v. Wehner? Ihr spreicht von der allgemeinen Geschlechterberechtigung. Ihr beruft Euch darauf, daß ein Minister gesagt, es sei jetzt kein Verein vorhanden, dem anzugehören einem Beamten verboten ist. Das hat ein Minister gesagt. (Burau: Name des Ministeriums.) Klammb, der Regierung! Wenn ich nicht irre, ist dieser Minister der Ministerpräsident Freiherr v. Bodewiss. (Burau) Ja, wenn man so intim mit dem Minister verkehrt, wenn man förmlich Hausfreund bei den Minister geworden ist, wenn man Ihren Einladungen folgt, wenn man der Frau Minister die Hand fügt (erneut große Heiterkeit), wenn solche Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Minister bestehen, dann wird allmählich der Oppositionsgeist eingeschlüftet, dann kommt allmählich eine ganz andere Stimmung und eine Farbe, über die ich mich gar nicht mehr wundere. (Zustimmung.) Was ich jetzt sage, trifft unsere Leute ohne Unterschied, einerlei, wo sie stehen oder sitzen. (Heiterkeit.) Herr v. Bodewiss sagte am 18. Oktober 1907 — es handelt sich um den Fall Röthkopf —, auch ein Eisenbahner, dem im Gegensatz zu Baden die Regierung für die Ausübung seines Mandates nichts in den Weg legte;



zurück. Wenn gleich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion meint, daß durch derartige Angriffe ihre Stellung nicht erschüttert werden kann, so betrachtet sie doch ein solches Verfahren als durchaus ungehörig. Sie bestreitet der Redaktion und den Korrespondenten des Parteiorgans *feinwegs* das Recht der Kritik. Sie erachtet es aber für eine schwere Schädigung der Parteilandes, wenn die Delegierten der Abgeordneten in einer Weise besprochen werden, welche gezeigt ist, die Fraktion in den Augen der fernstehenden Parteigenossen überzugehen. Das Parteidestruktur unserer Genossen an welches wir appellieren, muß Ihnen sagen, daß ein solches Verfahren geeignet ist, die Aktionsfähigkeit der Partei zu vermindern, und in wichtigen Momenten sogar zu lämmen. Statt den gewöhnlichen Vertretern der Arbeiter in solcher Weise den schwersten Kampf gegenüber dem mächtigen Feinde noch zu erschweren, sollte jeder Parteigenosse bestrebt sein, den Klimm des Schweigens zu erlösen, und das vereinigte Band fester und fester zu knüpfen."

Die Fraktion war also damals der Meinung, daß es ein freies Regieren sei, wenn das Vertrauen zu einer parlamentarischen Körperschaft in dieser Weise erschüttert wird. Ich frage Sie, ob nicht wir, die wir in gleicher verantwortlicher Stellung sind, nicht den gleichen Anspruch auf eine sachliche Würdigung unserer Tätigkeit haben, und ich frage Sie, ob es innerhalb der Parteigenossenschaft so weit gekommen ist, daß

in allgemeinem Ton

jeder für vogelfrei erklärt wird, und daß man keine Rücksicht mehr zu nehmen hat auf die Schlagfertigkeit der Partei? (Sehr gut!) Ich klage aber auch den Parteivorstand an. Ich klage ihn an, daß er nicht eingriffen hat. Ich verlange, daß der Parteivorstand — und nur so kann es für später Nutzen — wenn irgend eine Kleinigkeit in den Partei darauft hindeutet, daß eine große Aktion daraus gemacht werden soll — und es genügen ja bei uns Kleinigkeiten dazu, den Hündstoff zu entzünden — ich verlange also, daß der verantwortliche Parteivorstand, seine sämtlichen Mitglieder dann zusammentreten, und daß sie mit ihrer Erklärung nicht erst kommen, wie nach Dresden, wie nach der Metzelschwab, wenn der Schaden angerichtet, das Haus angezündet ist, sondern ich verlange, daß man vorher sich auch nicht scheut, sondern den Mut hat, mit einer solchen Erklärung voranzugehen. Und ich verlange, daß das gegenüber allen Parteiorganen geschieht, und nicht nur gegenüber solchen Leuten, bei denen man meint, man könne den Mut dazu hernehmen. (Unruhe.) Der Vorwärts hat die Meinung vertreten, daß das

System der gebundenen Mandate

mit Recht auf die Parteidestruktur angewendet werde, ein System, daß jeder Demokrat ins Gesetz schlägt. Warum hat der Parteivorstand nicht den Mut gefunden, zu sagen, so geht es nicht, wir dürfen aus dem Parteidestruktur keine Aktion der Terroristen machen (Lachen und Bravo!), sondern von Parteigenossen, die sich untereinander ausspielen haben durch sachliche Gründe. (Sehr richtig!) In diesem Zusammenhang ist auch die berühmte Stuttgarter Gebetkonzession zu beleuchten. Wie war denn die Sache? Genosse Bebel hat gegen die bayrische Fraktion den Vorwurf erhoben, sie hätte Scherzappeln vor den Augen, wie kennen die allgemeinen Zusammenhänge nicht. In aller Ruhe muß dem Genossen Bebel gesagt werden, daß diese keine Aussöhnung eine durchaus irre ist. Das geht daraus hervor, daß die erste Konferenz, die wir nach Würzburg einberufen hatten, gerade den Zweck hatte, über den Rahmen der bayrischen Genossen hinaus eine Aktion mit unterstützen zu lassen, von der wir uns sagten, daß sie die Verschaffung der Demokratie in Deutschland herbeizubringen, gegen das System des Kaiserabsolutismus in Preußen gerichtet sei und der gesamten Partei zugute kommen sollte. Wir haben bei dieser Gelegenheit den Parteivorstand um seine Meinung gebeten, haben ihn als eine kollegiale Instanz angesehen, haben immer gesagt, daß wir bereit sind, die preußischen Genossen mit den uns zu Gebot stehenden Mitteln in ihrem schwierigen Wahlrechtsstreit zu unterstützen. Ist das Parteidestruktur? Ist das eine zu enge Tätigkeit? Der Parteivorstand hat uns damals mitteilen lassen, wenn er abkommen könnte, würde die Konferenz bestellt werden. Ich will auf die einzelnen Verhandlungen der Konferenz nicht eingehen. Insbesondere — das halte ich für wichtig — haben wir angeregt, ob es nicht geben würde, daß wir unsere Redner austauschen, die Süddeutschen müssen ihre Redner nach Norddeutschland dirigieren und die Norddeutschen die Irgende nach Süddeutschland. Wir glaubten, daß sich eher eine gewisse Verständigung erzielen lasse, und das Unstimmigkeit, die sich immer wieder auch bei uns zwischen Nord und Süd ergeben, am besten ausgleichen würden, wenn wir uns gegenseitig mehr verstehen lernen. Es ist kein Gebrauch von dieser Anregung gemacht worden. In dieser Konferenz ist bereits die Frage der Budgetabstimmung beraten worden. Auf diesen Konferenzen, die immer tagen, werden selbstverständlich keine Beschlüsse gefasst. Aber es haben dort die verschiedenen Redner, zuerst Genosse Seitz und dann auch Vertreter der bayrischen und württembergischen Genossen zu der Frage gehrochen. Von unserer Seite wies ich darauf hin, daß wir gegenwärtig unter besonders schwierigen Verhältnissen stehen und daß — wenn die Entwicklung weiter so ihren Lauf nehmen würde — wir ernstlich zu überlegen haben würden, ob nicht die Besonderen, zwingenden Gründe vorliegen, und ich habe schon damals den Standpunkt vertreten, daß wir

innerhalb des Elbbecke-Beschlusses den nötigen Spielraum haben. Genosse Pfannkuch hat seine abweichende Meinung dahin geltend gemacht, daß er der Ansicht sei, es könne erst dem Budget zugestimmt werden, wenn die sozialdemokratische Fraktion ausdrücklich genehmigt sei. Aber gleichzeitig, welche Aussöhnung vertreten wurde, wenn man diese Dinge als Freunde miteinander bespricht, dann fragt ich Sie, konnte es in irgendeiner Weise überschauen, welche Strömung der und in Süddeutschland vorhanden war? Hat denn der Genosse Pfannkuch — dazu war er doch delegiert — den übrigen Mitgliedern des Parteivorstandes nicht berichtet? Wie waren vollständig soff, als man kurz vor unserer Abstimmung getan hat, ob ob man gar nicht informiert wäre. Und noch ein weiteres. Auf dieser Konferenz wurde aus Gründen, die mit der Budgetabstimmung nicht zusammengehören, sondern mit der bayrischen Politik und mit Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den Württembergern zusammenhängen, angeregt, ob nicht eine nochmalige Konferenz stattfinden könnte, und es wurde dabei auch ausdrücklich betont, man könne sich dann weiter über die Budgetfrage unterhalten. Es wurde den Württembergern übertragen, die Konferenz einzuberufen und ausgesprochen, daß sie innerhalb breiter Monate stattfinden sollte. Alles im Weise des Parteigenossen Pfannkuch vom Parteivorstand! Wenn Pfannkuch nur den Wunsch geäußert hätte, auch an der zweiten Konferenz teilzunehmen, so wäre selbstverständlich nichts dagegen zu sagen gewesen. Ich frage alle, die dort anwesend waren, ob irgend eine Strömung gegen den Parteivorstand herrschte. (Burk: Nicht im geringsten!) Wir haben uns freudiglich, kollegial beraten. Ich bin überhaupt der Meinung, daß manche Dinge, die zum Schaden der Sozialdemokratie zu einer öffentlichen Staatsaktion gemacht werden, leicht erledigt würden, wenn man sich kollegial zusammenfindet; allerdings nicht von dem Standpunkte der herrscher und Beherrschten, sondern von dem Standpunkte der kollegialen Gleichberechtigung. (Sehr gut bei den Süddeutschen!) Die Württemberger Parteigenossen haben dann zu der Konferenz eingeladen, und während wir bayrische Abgeordnete an der zweiten Konferenz, wo es sich um die Aktion für den preußischen Wahlkampf handelt, vollzählig anwesend waren, haben wir zu der zweiten Konferenz, nachdem einmal festgestellt war, daß keine Beschlüsse gefasst werden sollten, sieben Mitglieder von unseren einundzwanzig für eine genügende Delegation gehalten. Fünf sind schließlich nur dagekommen. Das beweist Ihnen schon, daß wir die Frage darüber nicht getan haben sind in Württemberg durchaus

nicht als eine Haupt- und Staatsklausur aufgefaßt haben, und daß bei uns alle andern Motive eher vorhanden waren als die, und in irgend einer Weise gegen Parteidestruktur

beschrifte aufzuleben, sondern wir haben immer gesagt, wir müssen uns im Rahmen der bisherigen Resolution halten. Ich bedauere, daß ich so ausführlich auf diese Angelegenheit eingehen mußte. Über naßmodle diese Dinge in der Preßzeitung eine so bedeutungsvolle Rolle gespielt haben, muß ich Gelegenheit nehmen, sie darzustellen, wie sie sich in Wirklichkeit abgespielt haben, weil ich noch immer überzeugt bin, ich habe nicht die Aufgabe, den Parteidestruktur zu erweitern, sondern dahin zu wirken, daß wir uns nach Möglichkeit zusammenfinden.

Ich muß nun begründen, weshalb die bayrische Landtagsfraktion dem Finanzgesetz diesmal die Zustimmung gegeben hat. zunächst befone ich, die treibenden Elemente bei dieser Zustimmung waren nicht unsere akademisch gebildeten Genossen, sondern die Arbeiter. (Hört, hört!) Der Ausfall der Wahl in Bayern brachte uns eine Anzahl Mandate, die uns selbstverständlich eine höhere Verantwortlichkeit auferlegten. Schon in der ersten Fraktionssitzung haben wir unsern Aktionsplan festgelegt. Wir haben es darauf angelegt, die Regierung zu zwingen, jetzt bei der dreifachen Wahl und der für uns günstigen Situation so viel wie möglich für die Arbeiter zu bewilligen. Die Lohnverhöhung, die sonstigen sozialen Verbesserungen, die Ausgestaltung der Pensionsklasse usw. bringen in dem bislangen Finanzgesetz circa acht Millionen Mark. Ich habe mir keine Veranlassung, in irgendeiner Weise die bayrische Regierung zu loben. Es ist mir das vom politischen Standpunkt aus unangenehm, daß ich hier Tatsachen feststellen muß, die ich und Sie für selbstverständlich halten müssen. Aber es kann gesagt werden, daß es nicht ganz so liegt, wie Bebel ausdrücklich gesagt hat. Dass alle diese Sachen bewilligt werden mühten, weil infolge der Post- und Nahrungsgesetz der Regierung auch entsprechendere Zulage gegeben werden muß, das ist gewiß richtig. Wer es kommt doch darauf an, ob nicht durch das Unternehmen einer Gruppe, hinter der eine Macht steht wie die Sozialdemokratie, die Regierung vorangetrieben werden kann. (Sehr richtig!) Seitz war Vorsitzender des sozialen Ausschusses, der die sämtlichen Arbeitersachen vorbereitet hat, und er hat es verstanden, in den 27 Sitzungen so zu disponieren, daß bei jedem einzelnen Staat die Ergebnisse des sozialen Ausschusses vorlagen, und die finanziellen Konsequenzen gezogen werden konnten. Früher wurden die Arbeitersangelegenheiten so verschleppt, daß erst am Schluss der Session Beschlüsse zustande kamen, die nur den Wert hatten, nach außen hin zu prangen, ohne daß die finanziellen Konsequenzen gezeigt wurden; diesmal, wie gesagt, bei jedem Staat. So gelang es z. B. beim Staat der Jagd, Forst- und Wasserwirtschaft, die geschickte Führung unserer Leute, noch 887 000 Mark mehr einzustellen, als beabsichtigt war. Auch beim Staat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung haben wir eine größere Summe mehr einzahlen können. Es kommen da viele Parteigenossen in Betracht, die in deren Betrieben arbeiten und unserer Tätigkeit genau folgen. Es ist doch bei uns ganz anders, wo die Staatsarbeiter organisiert sind, als in Preußen, wo das nicht möglich ist. Unsre Staatsarbeiter verfolgen unsre Tätigkeit viel mehr kritisch. Wir haben in Versammlungen ihre Stimmen fassen gelernt. Wir haben es verstanden, eine Petition der christlichen Arbeiter, die der Regierung zunächst die Verstärkung überwiesen war, dem Finanzausschuß zu überweisen, und brachten es fertig, daß eine weitere Summe von 82 000 M. für Urlaubsentschädigung an Arbeiter, die über 10 Jahre im Betriebe sind, eingerichtet wurden. Das sind Fragen, die wichtig genug sind, daß wir uns eingehend damit beschäftigen. Es möchte zunächst keinerlich erscheinen, aber es ist immerhin für die in Betracht kommenden Arbeiter ein bedeutender sozialer Fortschritt. Dann kam diesmal die wichtige Frage des Gehalt regulativs und des Beamtengegesetzes, und Bebel litt auch hier, wenn er meint, daß die Beamtenaufbesserung ohne weiteres gekommen wäre. Die Sache liegt vielleicht so: Seit 1883, wo die Sozialdemokratie im bayrischen Landtag tätig ist, hat die Frage eines Beamtengegesetzes und eines vernünftigen Gehalt regulativs eine außerordentliche Rolle gespielt. Und die sozialdemokratische Fraktion war immer der Treiber. Diesmal lagen

das Gehalt regulativ und das Beamtengegesetz vor. Es hat in der Geschäftperiode 1872 Millionen Mark erfordert. Wir haben im Ausdruck drei Genossen gehabt und es ist uns da gelungen, die Gehälter der niedrigen Gruppen deutlich günstiger zu gestalten, als es die Regierung vorgeschlagen hat. In den Gehältern der Klasse 1 bis 12, das sind die oberen Beamten, wurden 870 470 M. gestrichen. Bei der Klasse 13 bis 17, das sind die mittleren Beamten, wurden 220 200 M. aufgeweckt. In der Klasse 18 bis 30, das sind die unteren Beamten — unsre Parteigenossen sind es zum großen Teile, die auf uns gerechnet haben — da ist es gelungen, eine Summe von 1 112 760 M. mehr einzustellen. Und wie hat sich die Sache nun im eingehend gestaltet? Ich muß das hier sagen, da die Verhältnisse von unsren Centralorgan vollkommen unrichtig berichtet worden sind. (Hört, hört!) Und nicht ohne Grund. Es sind da Meldungen in die Welt hinausgegangen, die vollkommen falsch waren. Das erschien Sie an dem einen Beispiel an der Klasse 18, bei den Lehrmeistern und Werkstintern. Da betrug das Anfangsgehalt 215 M. und stieg in 26 Dienstjahren zu 1015 M. jetzt steigt es von einem Anfangsgehalt von 2215 M. in 10 Dienstjahren auf 2115 M. Zu der Klasse 25, die Votendienner usw., stieg früher das Gehalt in 27 Dienstjahren von 1231 M. auf 1555 M., jetzt von 1500 M. in 10 Dienstjahren auf 2100 M. Dann die Klasse 30, Fahmwärter, Schuhwärter, Waldwärter usw. Bisher war das Anfangsgehalt 780 M. nach 26 Dienstjahren Höchstgehalt 1050 M. Jetzt haben sie ein Anfangsgehalt von 1200 M. nach 12 Dienstjahren 1700 M. Höchstgehalt für die unteren Beamtenstellen hatte die Regierung 1100 M. angesetzt. Inserim Einzelnen ist es mit zu danken, daß das Anfangsgehalt auf 1200 M. herangesetzt wurde. Ich frage Sie, Parteigenossen, sind das Dinge, die sich von selbst verstehen und sind das nicht Sachen, die auch nicht von unsren theoretischen Genossen beobachtet werden? (Hört, hört!) Es sind das alles Sachen, die für die Lebendverhältnisse der unteren Bevölkerungslässen von außerordentlicher Wichtigkeit sind. Wir Sozialdemokraten haben also, im Rahmen unsres Parteiprogramms stehend, alles aufgeboten, die soziale Lage der Arbeiter zu verbessern. Wir haben uns bemüht, das möglichste zu tun, was notwendig war. Bei der Lehreraufbesserung haben wir kräftig gewirkt, so daß eine Summe von 8 800 000 M. bewilligt wurde. Wir haben unsre Hand geboten, daß bei allen andern Kultursachen vorgegangen wurde. Bebel sagt ja in der Frage der Wasserwirtschaft: das ist selbstverständlich, das muß die Regierung machen. Das ist nicht selbstverständlich. Wer die Sache einmal studiert, und erfährt, wie die Regierung in Bayern zu der jüngsten Aussöhnung gelommen ist, daß mit der Gewinnung der Wasserwirtschaft vorangegangen werden muß, der wird finden, daß es der Stellung unsrer Parteigenossen, insbesondere der planmäßigen Tätigkeit, die unsrer Parteigenossen Adolf Müller auf diesem Gebiet entfaltet hat, zu danken ist, daß sie nun endlich diesen Standpunkt eingenommen. (Lachen) Gibt um unserer Augen willen (Burk: Nein!), ganz sicher nicht, sondern weil man die Macht, die hinter uns steht, respektieren muß. (Lachen und lebhafte Widersprüche.) Wir müßten ja eine traurige sozialdemokratische Partei sein, überhaupt eine traurige Kulturstreit, wenn wir meinen sollten, daß wir nicht auch auf den gegenwärtigen Klassenstaat einzuwirken sollten. (Zustimmung, Lachen, Widerspruch und Bewegung.) Ist denn die Sozialdemokratie politisch so machtlos in Deutschland, daß wir nicht erklären sollten, es ist alles in Deutschland, was kulturell besteht, der Sozialdemokratie zu danken. (Lebhafte Beifall. Burk: Selbstverständlich)

Es ist dann von Anfang an gesagt worden, der Disziplin-Bruch der bayrischen Genossen qualifizierte sich noch um so schärfer, weil in Bayern der Militäretat

mit in dem Budget enthalten war und wir ihm zugestimmt haben. Das war eine besondere Anklage gegen uns, und, wie ich gesagt habe, nicht ohne Absicht hat der Vorwärts sie gebracht. Er hat sich gesagt, daß das die Empörung am besten aufzutragen verleihe, wenn man sagt, der Militäretat war dabei, und so weit sind die Deute schon gesunken, daß sie auch dem zugestimmt haben. Parteigenossen! Die Sache wäre ganz abgetan nach der Johansen Notiz, die der Vorwärts nachher gebracht, daß er sich geirrt hätte, wenn nicht ein anderes Parteiorgan, ein wissenschaftliches Parteiorgan, wiederum mit dieser Behauptung aufgetreten wäre. Ich muß deshalb erklären, wie haben beschlossen, in namenslicher Abstimmung am 81. Januar gegen den bayrischen Militäretat zu stimmen. Der bayrische Militäretat ist ein Quotenretat. Er wird ja aus dem allgemeinen Reichsretat herausgeschnitten, es geht auch daraus hervor, daß er in feinerer Zusammensetzung mit den übrigen Finanzgesetzen steht, weil er am 1. April beginnt und der andre Staat am 1. Januar angeht. Er ist ein jährlicher Staat, und der andre ein zweijähriger. Der Vorwärts aber, der das zwar zurückerinnert hat, denkt, der Vorwärts, der es vor den als das größte Verbrechen anrechnete, sagt nachher ganz gelassen, es sei das übrigens ganz belanglos. (Hört, hört!) Parteigenossen! Das muß ich schon sagen, ein Parteiorgan, das sich Centralorgan nennt, das bestellt ist mit zwölf Deputierten, sollte über diese einfachen Finanzgesetze doch die nötige Kenntnis haben. Er sollte sich genügend über unsre Angelegenheiten orientieren, damit er in den einfachsten Dingen nicht mehr so schlecht weiß.

Ich freue mich über den Fortschritt, den unsre Parteidestruktur seit 1894 gemacht hat. Ich befenne Ihnen offen, daß ich damals eine gegen die Budgetbewilligung gerichtete Resolution mit unterschrieben habe. Ich habe mir später, als ich mit dem Budget zu tun hatte, doch gesagt, du hast die Sache gleichermaßen genommen. Sie können mir das als Schadrede auslegen, aber ich habe damals nicht gewußt, was ein Budget ist. (Sehr richtig!) Schön ist es nicht, daß zu sagen, aber ich habe den Mut, das zu bekräftigen.

Wie ist das bayrische Budget gestaltet?

Das Bayrische Budget besteht aus einem ordentlichen und einem außerordentlichen Budget. Im ordentlichen Staat belaufen sich die direkten Steuern auf 46 Millionen. Diesem Staat haben wir selbstverständlich zugestimmt, ebenso einem Reihe anderer Staaten, so dem Staat der Verwaltung der Bergwerke, Hütten und Salinen, der Verwaltung der Posten und Telegraphen, dem Eisenbahnen, dem Staat für besondere Betriebe des Staates — unter diesen besonderen Betrieben befindet sich den Königlichen Hofstädte in München — (Heiterkeit); für den Staat der Verwaltung der Böse und indirekten Steuern haben wir natürlich nicht gestimmt. Zu neuen Beiträgen mußten wir die Einnahmen unsre Zustimmung geben, und zwar steht diesl unsre Sanktion im vollen Einklang mit der unsre Parteigenossen in den übrigen gesetzgebenden Körperschaften. Von den Ausgaben ist zunächst der Staat des königlichen Hauses und Hofes mit 5,4 Millionen zu nennen. Es ist gar nicht darüber zu reden, unsre Verwaltung in Deutschland mit den 44 Millionen, die die verschiedenen Monarchen bekommen, außerordentlich teuer ist. Natürlich haben wir gegen den Staat gestimmt. zunächst haben wir für den Staat für das Staatsministerium gestimmt, unter den die so wichtige Fabrik- und Gewerbeinspektion fällt. Zum Staat der Justiz hat Süßheim in vierständiger Riede ausführlich den Standpunkt unsrer Partei abgelegt, wie haben hier die Ausgaben für den Schatzräte zu steuern bezeichnet, im übrigen aber zugestimmt, denn es ist uns gelungen, unser Einfluß auf den Gebiete des Strafvollzugs auszuüben, was ja später selbst der Vorwärts anerkannte. Es kommt der Staat des Staatsministeriums des Innern. Unter diesem steht das Gebiet der Arbeiterversicherung, auf dem große Fortschritte errungen wurden. Dann kommt wieder ein betrüblicher Staat, der Staat des Staatsministeriums des Innern für Kirche und Schulangelegenheiten. Wir haben zwar dafür gestimmt, aber den Standpunkt unsrer Partei dem Minister gegenüber voll gewahrt. Es ist richtig, daß Herr v. Wehner unter den bayrischen Ministern einer der rücksichtslose und rücksichtigt ist und das wir ihn auf das schärfste bekämpft haben. Aber bei unsre Abstimmung mußten wir unterscheiden, ob der Staat in seinem größten Teile Ausgaben für Kulturstellung enthält oder nicht. Der Staat beträgt 88 Millionen, während allein die Ausgaben für Erziehung und Bildung sich auf 26 Millionen belaufen. Wir haben circa 8 Millionen dieses Staates abgelehnt und 80 Millionen bewilligt. Unter den 88 Kapiteln des Staates enthält eines die Ausgaben für die Landesuniversität. Rautschl' mühte hier allerdings dem Klassenzettel die Mittel für die Universitäten verweigert. Aber wir kommen da in einen Widerspruch. Rautschl' hat sich ja auch die Grundlage seiner theoretischen Bildung auf den Universitäten des Klassenzettels geholt. Freilich, wenn alle Akademiker, die zu unsrer Partei kommen, so wie Rautschl' nur in großer Theorie machen, ohne Veröffentlichung der realen Verhältnisse, dann ließe sich vielleicht im Parteidestruktur darüber reden, ob wir nicht dem Klassenzettel die Mittel für die Universitäten verweigern sollten. (Große Heiterkeit.)

Auch dem Staat des Staatsministeriums für die Finanzen haben wir zugestimmt, und natürlich auch der Neuregelung der Verlobungsverhältnisse der Beamten und der Aufsichtserzung des Einkommens der Geistlichen und Volkschullehrer. In seinem Artikel in der Neuen Zeit schreibt Rautschl', die Gehälter der Beamten seien bereits vorher bewilligt gewesen. Damit ist ihm eine große Entgleisung passiert. Diese Ausgaben stehen nämlich im Finanzetat. Schließlich ist das außerordentliche Budget zusammengestellt. Ich frage Sie nun bei ruhiger, nüchterner Betrachtung: Gibt ein Bayrisches Budget des bayrischen Staates nicht doch etwas anders aus, wie es sich der eine oder andre gedacht hat? (Burk: Nein!) Daum kommt, daß wir in Bayern das direkte Wahlrecht errungen haben; ich gehe nicht darauf ein, aus welchen Gründen. Ich möchte nur erläutern, daß sowohl die Auffassung von Bebel, als auch die von Rautschl' darüber vollständig irrig ist. Ich nehme das Rautschl' durchaus nicht ab. Man kann ein großer Mann der Wissenschaft und ein großer Theoretiker sein, aber doch dadurch, daß man dauernd gezwungen ist, an einem Platz zu sitzen, wichtige Unterströmungen übersehen. Ich begreife sehr wohl, daß Rautschl' darüber nicht informiert ist. Wie haben dann in Bayern den Gemeindebezirk errungen, wie haben eine Vertretung in der Centralstelle für Handel und Industrie und im Eisenbahnrat, wie haben die Teilnahme der Arbeiter an der Bauaufsicht, wie haben das Koalitionsrecht für alle Staatsarbeiter. Der Verkehrsminister mußte ausdrücklich erklären, daß er an alle Dienststellen Weisung erlassen würde, daß sie mit unsren Organisationen zu verhandeln haben. Eine solche Weisung ist natürlich auch ergangen. Weiter ist von der Regierung erklärt worden, daß es in Bayern keinen Verein gäbe, dem beizutreten den Beamten verboten sei. Der Finanzminister hat wiederholte erklärt müssen, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter in keiner Weise geschmäler werden solle. Als wir ihn über einen Fall interpellerten, wo ein Beamter von seinen Vorgesetzten gezwungen wurde, aus einem sozialdemokratischen Verband auszutreten, erklärte der Minister, daß er das Verhalten des Vorgesetzten nicht dulgen wolle. (Hört, hört!) Diese Tatsachen müssen wir anerkennen, wir wollen die Regierung nicht loben, aber feststellen, was ist. Denn das soll doch nach Rautschl' immer noch ein politischer Grundsatz der Sozialdemokratie sein.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

# 2. Beilage zu Nr. 216 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 17. September 1908.

## Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Dann kommt  
der Fall Rosshaupter.

Das ist ja auch etwas Selbstverständliches. Aber manchmal, was wir als Selbstverständliches ansehen, ist anderwo nicht selbstverständlich. Rosshaupter hat in rücksichtloser Weise den sozialistischen Standpunkt vertreten und hat in seiner Beziehung der Regierung gegenüber schwankt. Er hat es sehr scharf verurteilt, daß die Gehälter der Minister so gewaltig erhöht worden seien. Er ist nicht gemahrgestellt worden. Wir halten es für selbstverständlich, daß ein Abgeordneter seine Meinung zu vertreten hat, und daß die Sozialdemokratie es anstreben muß, eine gleichberechtigte Partei zu sein. Das wollen wir ja auch nach dem zweiten Teil unseres Programms. Gestern ist der Bürgermeisterabdruck in Ludwigsburg als Reichstagskandidat für Ludwigsburg gewählt worden. Er ist in gewissem Sinne Beamter. Wir werden zum Landtag als Nachfolger für Thielhart wahrscheinlich einen bürgerlichen Lehrling aufstellen. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß er in seinem Amt bleibt, wir wollen nicht, daß ein Sozialdemokrat gemahrgestellt wird, wenn er seinen revolutionären Klassenbewußten sozialistischen Standpunkt vertritt. Wir haben alle Veranlassung, mit aller Schärfe und Verve, ohne unser Endziel aus den Augen zu verlieren, auch für die politische Freiheit in Deutschland zu kämpfen.

All das spielt natürlich bei der Frage, wie wir uns bei der Gesamtabstimmung verhalten sollen, eine Rolle. Es ist richtig, daß sich unter dem System Feindschaft Zustände in Bayern entwidmet haben, die durchaus rückständig sind. Aber als der neue Minister Dreyfuss kam — ich kenne keinen Minister, ich stelle nur Tatsachen fest — da waren die alten Zustände nach 14 Tagen beseitigt. Wenn Sie die Verhandlungen gelesen haben, dann werden Sie wissen, daß speziell Genosse Segh das Verdienst reklamieren kann, daß mit diesen Zuständen aufgekämpft worden ist. Natürlich stehen unsre praktischen Erfolge weit hinter dem zurück, was wir für nötig halten. Die Regierung hat ihren Standpunkt gewehrt, aber die neuen Ministergarantie hat doch eine andere Position eingenommen als die alte. Ist das nicht genau dieselbe Auffassung wie die der Reichstagsfraktion? Hat diese nicht auch gegenüber einem Verleger gegenüber einem Posadowitsch in der letzten Zeit eine andre Haltung eingenommen als früher? Genau so machen auch wie politische Unterschiede, und wenn wir das nicht tun wollen, wäre das gefährlich für unsre Stellung. Es wird sehr gewiß über Arbeiterdiplomaten. Das ist ja auch eine Methode mit einer gewissen Absicht. Wenn ein Arbeiter Kenntnis erlangt, wenn er unabhängig denkt, dann kommen solche Angriffe, dann appelliert man an den Arbeitervolkstum, um ihn von der Masse zu trennen. Wenn wir Wert darauf legen, immer neue Anhänger in allen Schichten der Bevölkerung zu gewinnen, dürfen wir uns

nicht an die Zwischenräden bloher Formalitäten

hängen; der Fortschritt und das Interesse der Arbeiter muß für unsre Haltung ausschlaggebend sein. Das haben wir uns gesagt.

Auf dem Über der Parteitag hat Bebel auf das Beispiel von Gotha hingewiesen und gemeint, wenn wir die Mehrheit haben, könnten wir dem Budget zustimmen. Auch Kaufmann hat das als etwas Selbstverständliches akzeptiert. Nehmen wir einmal an, wir hätten im bayerischen Landtag die Mehrheit, dann würde das Budget auch noch kein sozialdemokratisches sein, denn außer uns hätte dann noch die Regierung und die Kammer der Reichsräte mitzureden. Nehmen wir an, daß kein Budget zustande kommt, dann gilt das frühere. Die Ausgaben können aber nur insoweit realisiert werden, als sie die Natur eines vorher zu überschreitenden Staatsbedürfnisses tragen. Und wenn die Mittel nicht ausreichen, befriedigt die Regierung zunächst die Staatsbedürfnisse, die auf gesetzlicher oder rechtlicher Verpflichtung beruhen, und dann die, die ihr als die dringlichsten erscheinen. Erst durch das Finanzgesetz wird die Regierung gebunden. Wenden wir den Grundzähler von Bebel auf Bayern an, so würde, wenn wir gegen ein Finanzgesetz stimmen, das den Arbeitern Vorteile bringt, das andre Budget in Kraft treten, und würden wir das tun, würde es mit unserer Vertretung vorbei sein. Und es unterliegt keinem Zweifel, daß das alte Budget ungünstiger ist, und daß dann die Aufhebung der Scher und Beamten unter den Tisch gefallen wäre. Die Arbeitseren würden das einfach nicht verhindern, die Christlichen würden dadurch Kapital gegen uns schlagen. Schließlich steht ja auf dem Standpunkt, daß das kleinere Nebel vorzuziehen ist, und wie die Verhältnisse in Bayern liegen, ist es das kleinere Nebel, dem wir zugestimmt haben. Kaufmann lädt ja schon den „erhabenen Politiker“ zu. Das hat mich eigentlich gewundert. Denn seiner Aussage nach hätte er doch, da er jeden Parlamentaristen nur verurteilt haben muss, auch die ernsthafte Politik verurteilen müssen. (Heiterkeit und Widerspruch!)

Für

die Auslegung der Üblicher Resolutio

ist nicht nur die Aussage von Bebel maßgebend, sondern auch die der anderen Redner. So hat Joos in Gotha Bebel gegenüber dem Standpunkt vertreten, daß man auch, ohne die Mehrheit zu haben, unter Umständen den Staat bewilligen müsse. Er sagte:

Ich will Ihnen einmal vorführen, was wir bisher dank unserer Stärke erreicht haben: Die Entschädigung unschuldig Verurteilter nicht nur, sondern auch die unschuldig Verhafteter, eine Gewerbeaufsichtsbeamte, eine Erhöhung der Löhne der Domänenarbeiter von 120 auf 3 M., die in den Staat eingestellt sind, die Bewilligung von 2000 M. für das Arbeitersekretariat ohne jede andre Bedingung als der Übernahme der unparteiischen Auskunftsverteilung durch einen Regierungsvertreter. Wie haben den zum mindesten moralischen Erfolg erreicht, daß unser Vor-Vizepräsident geworden ist und, obwohl er gegen die Regierung gewählt wurde, sofort bestätigt worden ist. Nicht eine einzige Verhandlung mehr wird von der Polizei überwacht, alles Zugeständnisse, weil man wußte, daß wir eine so starke Macht sind. Diesmal ist der Staat einfach verlängert worden, weil ein neues Steuergesetz in Bereitung ist. Wenn wir nun zu unseren Wählern kommen und sagen würden, daß alles haben wir erreicht, aber dem Schamlosen haben wir unsre Zustimmung verweigert, glauben Sie, daß unsere Wähler das begreifen hätten?

Interessant ist es, daß nach Joos eine große Anzahl von Rednern gesprochen hat, darunter Bebel und Bismarck, daß ihm aber kein einziger entgegengetreten ist. Warum wird also nicht dem Staat zugestimmt? Dazu kommt noch ein anderes. Die Gothaer Genossen haben tatsächlich die Sünde begangen, sie haben dem Staat zugestimmt, aber keiner hat sich darüber aufgeregt. Da kann man sehen, wie ein Unterschied gemacht wird. (Sehr richtig!) In die Resolution des Parteivorstands hat man eine Abstimmung der süddeutschen Genossen hineingelegt. Württemberg, Bayern und Baden sind verurteilt worden, aber Sachsen und Gotha hat man unbehelligt gelassen. Geyer hat erklärt, daß die sächsischen Abgeordneten weder aus taktischen

noch aus prinzipiellen Gründen dem Budget zugestimmt haben. Aber zugestimmt haben sie. In Dresden hat Bebel gesagt, wie er über die denkt, die es nicht wissen, wie sie im entscheidenden Moment zu handeln haben. Es ist charakteristisch, daß die Sachsen,

die bei welterschütternen Ereignissen geschlagen haben, die nicht wissen, was sie tun, doch sehr genau wissen, daß wir, weil wir wissen, was wir tun, aus der Partei ausgeschlossen werden sollten. (Sehr gut Heiterkeit und Unterricht.) Es wäre Pflicht des Parteivorstands und der verantwortlichen Parteiorgane gewesen, nach dem ersten Sündenfall in Gotha einzutreten. Wenn die Regierung gegenüber schwankt. Er hat es sehr scharf verurteilt, daß die Gehälter der Minister so gewaltig erhöht worden seien. Er ist nicht gemahrgestellt worden. Wir halten es für selbstverständlich, daß ein Abgeordneter seine Meinung zu vertreten hat, und daß die Sozialdemokratie es anstreben muß, eine gleichberechtigte Partei zu sein. Das wollen wir ja auch nach dem zweiten Teil unseres Programms. Gestern ist der Bürgermeisterabdruck in Ludwigsburg als Reichstagskandidat für Ludwigsburg gewählt worden. Er ist in gewissem Sinne Beamter. Wir werden zum Landtag als Nachfolger für Thielhart wahrscheinlich einen bürgerlichen Lehrling aufstellen. Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß er in seinem Amt bleibt, wir wollen nicht, daß ein Sozialdemokrat gemahrgestellt wird, wenn er seinen revolutionären Klassenbewußten sozialistischen Standpunkt vertritt. Wir haben alle Veranlassung, mit aller Schärfe und Verve, ohne unser Endziel aus den Augen zu verlieren, auch für die politische Freiheit in Deutschland zu kämpfen.

Im vorigen Jahre hat Württemberg gestimmt, aber es hat Gnade geschenkt vor den Augen des Herren. (Heiterkeit.) Unser württemberger Genossen haben dem Budget aus den gleichen Gründen zugestimmt wie wir. Das geht aus dem Bericht der sozialdemokratischen Landtagsfraktion deutlich hervor. Der Internationale Kongress hat nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt, und ich muß erklären, daß wir uns zu einer solchen Konzessionspolitik nicht herbeilassen sollten. Wir haben uns bei unserer Zustimmung zum Budget von politischen Rücksichten im Interesse der Partei, im Interesse der Wähler, im Interesse der Arbeiterschaft leiten lassen, nicht aber von andern Gesichtspunkten. Wir müssen auch die Verhältnisse berücksichtigen mit denen wir in Bayern zu tun haben; hier bestehen die christlichen Organisationen der Eisenbahner, des Postpersonals und der übrigen christlichen Organisationen, in denen Staatsarbeiter organisiert sind. Die christlichen Agitatoren sind uns immer nachgefahren nach unseren Versammlungen und haben dargelegt: Ja, die Sozialdemokratie ist zwar diejenige, die im einzelnen etwas gibt, aber im großen fehlt sie ab. Wenn wir die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Bayern für die Sozialdemokratie gewinnen wollen, dann darf es uns nicht gleichgültig sein, bei dieser rein formalen Sache und bei der Gewinnung neuer Anhänger zu schaden. Bebel wirft heute die Frage auf, was entscheidend sei,

die Sozialreform über das Endziel, und er stellt sich auf den Standpunkt, kleinliche Konzessionen dürfte man nicht machen. Aber so ist die Frage nicht zu stellen. Zuerst nicht eine durchgreifende Sozialreform zum Endziel? Denn die Frage ist, ob wir auf diesem wichtigen sozialen Gebiet irgend etwas vernachlässigen dürfen. Auf dem Münchner Parteitag hat Bebel die Arbeit der bürgerlichen Genossen lob gesprochen. Er hat erklärt, daß wir mit unserer Haltung zur Sozialreform das Beste geben haben. An solchen praktischen Fragen läßt sich unser Standpunkt deutlich klarmachen, läßt sich zeigen, daß die Sozialdemokratie gewiß ist, den Unterdrückten zu helfen. Auch Liebknecht hat seinerzeit bei der Auslegung des zweiten Teils unseres Programms gesagt, man sollte sich nicht in das Wollensdursttheim des Aufklarungsstaats flüchten, sondern im Gegenwartstaat mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln für uns Vorteile herauszuholen suchen. Es ist bei uns in der Partei so, wenn wir unserer Verhältnisse vertraten, ist immer gefragt worden, wie hätten unsre Standpunkt gewechselt, und leider muß man sich mit brutalen herwürgender Genossen bewaffnen. So hat Bebel zum Beispiel vor zwanzig Jahren, am 17. Mai 1880, auf dem internationalen Kongress in Paris, gesagt:

Es ist eins der wichtigsten Symptome für den Gang unserer Entwicklung, daß man heute die Frage einer internationalen Arbeiterschaftsgesetzgebung erörtern muß. Vor noch kaum zwanzig Jahren wäre es unmöglich gewesen, mit einem solchen Programm Verhandlungen zu eröffnen. Die Arbeiterbewegung beschäftigte sich damals weniger mit der Praxis als mit der Theorie. Die Diskussion der prinzipiellen Fragen legte die Meinung nahe, daß die Umgestaltung der Gesellschaft unmittelbar vor der Tür stehe. Seitdem hat man eingesehen, daß die bürgerliche Gesellschaft für den Augenblick noch Widerstandsfähigkeit genug besitzt, um sich aufrecht zu erhalten, und doch anderseits die Kräfte der Arbeiterschaft noch nicht genügend erstaart sind, um die netwendige Neugestaltung der Gesellschaft herbeizuführen zu können. Die praktischen Fragen, die Fragen nach dem, was gleich geschehen soll, um unmittelbaren Augen zu schaffen, drängen sich in den Vordergrund, und sie haben dazu um so mehr ein Recht, als die Kräfte beobachten, daß Arbeiter mehr und mehr in die sozialistische Strömung zu ziehen und dem Sozialismus die Wege zu ebnen. (Hört, hört, hört.)

So deuten sich unsre Gründe vollständig mit dem, was Bebel sagt. So hat die bürgerliche Gesellschaft auch heute noch Widerstandsfähigkeit genug, liegt es heute nicht so, daß wir nicht die genügende Macht besitzen, und daß wir mit allen Mitteln der Praxis als mit der Theorie. Die Diskussion der prinzipiellen

Fragen legt die Meinung nahe, daß die Umgestaltung der Gesellschaft unmittelbar vor der Tür stehe. Seitdem hat man eingesehen, daß die bürgerliche Gesellschaft für den Augen-

blick noch Widerstandsfähigkeit genug besitzt, um sich aufrecht zu erhalten, und doch anderseits die Kräfte der Arbeiterschaft noch nicht genügend erstaart sind, um die netwendige Neu-

gestaltung der Gesellschaft herbeizuführen zu können. Die prakti-

chen Fragen, die Fragen nach dem, was gleich geschehen soll, um unmittelbaren Augen zu schaffen, drängen sich in den Vordergrund, und sie haben dazu um so mehr ein Recht, als die Kräfte beobachten, daß Arbeiter mehr und mehr in die

sozialistische Strömung zu ziehen und dem Sozialismus die

Wege zu ebnen. (Hört, hört, hört.)

Die Gedanken hat er systematisch weiter gewonnen auf

dem Parteitag in Erfurt:

Wir wissen, daß wir all die Hunderttausende zumeist nicht deshalb haben, weil sie sagen, das könne der Sozialdemokratie ist nicht unser Zion, nicht darum sagten sie sich uns an, sondern sie sagen: Unsre Partei ist die einzige, die für die arbeitenden Massen eintritt.

Und sind sie erst zu uns gekommen", sagt Bebel, "dann ist es selbstverständlich, daß sie, die anfangs nur in Hoffnung auf Vorteile und vielleicht aus nebensächlichen Ursachen sich uns angezogen haben, mehr und mehr von uns erobert werden, daß sie schließlich ganz Sozialdemokraten sind. Mit den wenigen, die sich klar sind, Staat und Gesellschaft zu erobern, ist das eine reine Unmöglichkeit. Wenn Sie das glauben, dann sind Sie nichts als politische Toren." (Hört, hört, hört.) Das sage nicht ich, sondern immer wieder unsre Genosse Bebel, und ich sage, daß die Fragestellung Sozialreform oder Endziel ganz verkehrt ist, sondern logisch muß es heißen:

Durch die soziale Reform zum Endziel!

(Sehr richtig!) Durch die Gewinnung der Massen zum Endziel! Die Massen müssen gewonnen werden dadurch, daß wir systematisch, praktisch für sie tätig sind, und diese systematische, praktische Politik haben wir getrieben, ohne daß wir das Endziel verloren haben. Es soll einer aufstreben und uns anstreben, daß wir nicht bei jeder Gelegenheit den sozialistischen Standpunkt vertreten haben. (Sehr richtig!) Zeit soll noch Karl Kautsky die Budgetbewilligung eine Anerkennung des

Klassenstaats sein. Das verstehe ich nicht recht. Ich mag vielleicht in solchen Dingen nicht so beobachten sein. Den Klassenstaat müssen wir doch anerkennen; er ist doch da. (Sehr gut!) Ich muß die Männer anerkennen, die da ist. Der Begriff ist — in E. — nicht ganz richtig konstruiert. Man moet dann die Formel noch weiter und sagt: Da, zwar Mitarbeit am Parlament, zwar Wahlen; man hat vollkommen den früheren anarchistischen Standpunkt aufgegeben und angeblich bestimmt man auch jetzt den sogenannten anarcho-sozialistischen Standpunkt, aber das muß ich sagen, Klarheit besteht nicht in den Ausführungen, die z. B. Bebel in der Neuen Zeit entwidelt hat. Schon dadurch, daß wir in das Parlament eintreten, erkennen wir doch den Klassenstaat an. (Sehr richtig!) Das läßt sich doch absolut nicht bestreiten. Wir sollen doch nicht bloß negieren, protestieren, sondern auch praktisch arbeiten. Der Standpunkt des reinen Reigers ist aufgegeben worden, und da muß man sich doch die wirkungsvolle politische Macht sichern, darf man sich nicht an formalistische kleine Gründe halten, sondern da müssen wir auch die Konsequenzen ziehen, die wir z. B. wie die Württemberger, Badener, Würzburger müssen gezogen haben. Das ist unter den gegebenen Verhältnissen notwendig. Will man das Gegenteil, dann soll man eben und klar aufstreben. (Sehr wahr!) Dann soll man reines Tisch machen, dann soll man sagen: Der bisherige Standpunkt der Partei ist nicht aufrecht zu erhalten, und dann soll man — und die ganze Welt scheint darauf hinzuzugehen — den radikalsten Standpunkt vertreten und soll sagen:

Gegen jeden Parlamentarismus

(Südmische Zustimmung der Süddeutschen.) Das ist die einzige legitime Konzeption. (Auch gut!) Und ich habe das Gefühl, wenn ich die Tatsachen heranziehe, sieht eine groÙe Anzahl von Parteigenossen, die 1890 und 1891 gegen die sogenannte Unabhängigkeitssbewegung gekämpft haben, auf denselben Standpunkt, den damals die Unabhängigen eingenommen haben. (Lebhafte Zustimmung der Süddeutschen.)

So liegen die Dinge in der Praxis. Und da sagt Kautsky: Wie dürfen dem Klassenstaat keine Mittel bewilligen? Wo macht denn unsre Reichstagsfraktion? Wie steht dann die zu den einzelnen Städtischen? Genosse Singer, der nicht im Verdacht steht, irgendwie rechts oder links zu tanzen, sondern der gerade durch geht, hat am 10. Januar den Standpunkt vertreten, für eine vernünftige Gestaltung der Groschen-, Reichsdeutschen- und Vermögenssteuer würde er die Hand beziehen. Bebel hat wiederholt der Klassenregierung Mittel angeboten. Sie wissen, daß seinerzeit in der Auseinandersetzung mit den Unabhängigen eine breite Debatte eingenommen seine Handlungswelle am 25. Juni 1890 im Reichstag, wo er sich bereit erklärte, für rasches Pauschal und bessere Uniformen Mittel zu verwenden (Hört, hört!), „weil“, sagte er, „ich überzeugt bin, daß in Wahrheit eine produktivere Ausgabe nicht gemacht werden kann.“ Und als er sich den Unabhängigen gegenüber in Halle zu verteidigen hatte, da sagte er: „Wenn ich verhindern will, daß Ihr durch äußere Kennzeichen eine begrenzte Briefscheibe für die Deinde werdet, habe ich damit irgend etwas getan, was vom Parteistandpunkt aus vernünftlich wäre? Dann habe ich nichts weiter getan, als meine Vereinschaft erklärte, dafür zu sorgen, daß im nächsten Auge nicht Tausende unserer Genossen durch die Ungehorsamkeit der Regierung preßlos auf die Schlachtfeld geführt werden.“ (Hört, hört!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Singer hat die Vereinigung erklärte, zwei Millionen für Heppeln zu bewilligen (Hört, hört); er hat dabei ausgedehnt: „Wir sind der Überzeugung, daß, wenn auch vorläufig überwiegend militärische Zwecke mit dem Luftschiff verbunden sind (Hört, hört!), das Werk Heppelns über den militärischen Zweck hinaus wissen-schaftlichen und Verkehrsinteressen dienen und damit zu einem Kulturerwerb für die ganze Welt werden wird.“ Also keine Rüde von dem nur vernünftigen Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen. Und der Genosse Bebel: „An der Reichstagssitzung vom 3. Februar d. J. wurde die Frage, unter welchen Umständen die Sozialdemokratie im Reichstag den Staat bewilligen würde, von mir in folgender Weise beantwortet. Die Ungehorsamkeit der Regierung prädestiniert sie für die Schlachtfeld, geführt werden.“ (Hört, hört!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Singer hat die Vereinigung erklärte, dafür zu sorgen, daß im nächsten Auge nicht Tausende unserer Genossen durch die Ungehorsamkeit der Regierung preßlos auf die Schlachtfeld geführt werden.“ (Hört, hört!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr richtig!) Werner sagte Singer am 18. März 1903 — ich führe das nur an, um zu zeigen, daß wir in unserer lassischen Haltung einig gehen —, daß der Standpunkt, dem Klassenstaat keine Mittel zu bewilligen, niemals von unsre Partei vertreten worden ist. (Sehr

find. Aber wenn sie wollen wollen, dann darf die Einigung nicht in der Weise geschehen, wie sie von dem verantwortlichen Organ der Partei erfolgt ist. Parteigenossen! Wenn Sie eine Directive schaffen wollen, die dahin gehen soll, daß die parlamentarischen Vertreter in irgendeiner Weise in ihrer verantwortlichen Stellung eingeschränkt werden sollen, dann sage ich, gleich viel in welcher Form es geschieht, es ist unannehmbar. (Lebhafte Zustimmung des Süddeutschen.) Persönliche Verständigung mit allen Parteigenossen, ein verbindliches Individuumensegen, Verständigung in loyaler Weise — aber

#### Keine Herrscher und Beherrschten!

(Lebhafte Beifall der Süddeutschen.) Kein Einfluß, gleichviel von wem er auch sei. Dagegen werden wir uns auch aus demokratischen Gründen aufs äußerste und entschiedenst wenden. (Stürmischer Beifall der Süddeutschen.) Der verstorbene Dreieckbach hat unmittelbar nach Lübeck die Unterstellung, als ob seine Fraktion durch den Parteitag gezwungen gegen das Budget stimmen werde, im badischen Landtag mit Entzündung zurückgewiesen. Dreieckbach hat damals namens seiner Fraktion erklärt, sie würden kein Mandat annehmen, für das es eine Directive von außen besämen, noch einen Beschluss fassen, der gegen ihre Überzeugung sei. Unter der ganzen Fraktion war damals auch der Parteigenosse Adolf Ged. (Hört, hört!) Wir alle stehen auf denselben Standpunkte, und dieser Standpunkt liegt im Interesse der Partei und im Interesse der Arbeiterklasse. Er steht auch nicht im Widerspruch mit der Theorie des Klassenkampfes. Wir wollen die politische Macht erobern. Schon in der Taktikresolution des Erfurter Parteitages wird scharf betont, die Eroberung der politischen Macht kann nicht das Werk eines Augenblicks, die Freiheit einer momentan gelungenen Überwältigung der Gegner sein, sondern ist nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda unserer Ideen dienen, zu erlangen. Wer sich zu diesem Grundfaß bekennt, muß seinen politischen Einfluß einsehen. Es muß daran arbeiten, daß von innen heraus schon eine Umgestaltung des Klassenstaates stattfindet. Ich habe früher auch auf einem andern Standpunkt gestanden, habe die Resolution auf dem Frankfurter Parteitag mit unterschrieben. Das kann man mit doch aber nicht zum Vorwurf machen. Auch Matzka ist, der auch in Berlin war, hat sich in Württemberg überzeugen müssen, daß der Standpunkt falsch war. Auch Auer hat mir unterschieden und hat den schärfsten Standpunkt eingenommen und hat diesen Standpunkt dann geändert. In Dresden stellte Bebel fest, daß in Frankfurt die stärkste Rede gegen Vollmar Auer gehalten hat. „Heute“, meinte Bebel, „würde er diese Rede wohl nicht mehr halten“, und Auer sagte dazu: „Sehr richtig!“ Also Auer, der doch ein lüder Kopf war, und dem Sie doch das Zeugnis aussstellen müssen, daß er wußte, was er wollte, hat diesen Standpunkt nicht mehr aufrecht erhalten können. Und, Parteigenossen, aus der Erkenntnis der Verhältnisse habe auch ich ihn nicht mehr aufrecht erhalten können. Da ist das eine Sache der politischen Ehrlichkeit, daß ich das hier erkläre. (Beifall bei den Süddeutschen.) Es wird jeder seinen Standpunkt in diesen Dingen ändern können, und wenn ich das tue, so verwahre ich mich dagegen, Paritätuskar in irgendeiner Weise zu sein. Ich würde nicht wie und ich würde nicht wo. Unter solchen Umständen, wie sie in Bayern liegen, gibt es nichts andres, als den Standpunkt, den wir eingenommen haben. Die vom Parteivorstand eingebrachte Resolution ist für uns

#### einfach unannehmbar.

Ich sehe ganz von der mißbilligenden Form ab. Eine Mehrheit kann nicht überzeugen, sie kann sagen: Ihre Gründe erkennen wir nicht an, wir müssen sie mißbilligen. Das begreife ich, aber die Resolution enthält Worte, die sachlich unhaltbar sind. Sie kann nur so aufgefaßt werden, daß die Sozialdemokratie nur dann, wenn sie die Mehrheit hat, einen Budget zustimmen kann. Nehmen Sie folgenden Fall: Es gelingt uns in Bayern, eine große Anzahl von Forderungen durchzusetzen, für deren Ablehnung wir nicht die Verantwortung übernehmen können. Nun müssen wir doch wissen, wie unsre Gegner stimmen. Wir haben die größten Schwierigkeiten mit den Bauernbündnissen, nach deren Meinung die Arbeiter schon zu viel erhalten. Diese könnten beschließen, gegen das Budget zu stimmen, um die Errungenschaft für die Arbeiter zu Fall zu bringen. Sie würden sich sagen: Die Sozialdemokratie müssen mit uns stimmen, sie sind doch an Nürnberg gebunden. Können Sie uns in so unnatürlicher Weise binden? Und würden wir wirklich dafür stimmen, dann würde — es wird ja nicht geprüft; man läßt dann die Genossen nicht mehr zum Worte kommen, es wird gleich verurteilt von dem Zentralorgan, wo doch Leute mit juristischer Bildung sitzen, die eigentlich wissen müßten, daß man erst den anderen Teil hören muß — dann würde man uns also Parteifreunde und schlummerlos nennen, und wir hätten wieder einen Krach. Diese Sache machen wir nicht noch einmal mit. (Lebhafte Zustimmung bei den Budgetbevollmächtigten.) Deshalb ist diese Resolution für uns völlig unannehmbar.

Der einzige Weg, auf dem wir uns finden können, ist, daß Sie in loyaler Weise die Lübecker Resolution auslegen. Sie müssen deshalb von dem Verlangen der Unterwerfung und von der ewigen Resolutionsmacher, die nur immer zu neuen Schwierigkeiten führt, abstehen. Wir müssen endlich zum gegenseitigen Vertrauen kommen, daß Vertrauen in der Partei ist viel wesentlicher als alle Resolutionen. (Zustimmung.) Sie dürfen die Sache nicht vom Standpunkt der Herrschenden aussäumen, sondern müssen uns als gleichberechtigte Körperschaft betrachten. Es darf bei uns nicht alles nach augenblicklichen Stimmmungen geben, danach, wie der oder der aufgelegt ist. Unsre Politik geht ja auch heute nach den Stimmungen, die hier und da herrschen, die ganzen Debatten entstehen dadurch, daß von irgendeiner unverantwortlichen Seite die Brandpfeile ausgezündet wird, und dann haben wir den Parteikreis, heute wegen der Budgetfrage, morgen vielleicht wegen der Konsumvereinsfrage, einer Gewerkschaftsfrage oder der Wahlzeit. Und das alles in so verbitterter Form, daß dagegen keine Resolution hält kann. — Die Dinge werden erst anders werden, wenn wir zueinander Vertrauen haben. Liebknecht hat in Gruß mit Recht gesagt: „Das Revolutionäre liegt nicht in den Mitteln, sondern im Ziel.“ Der beste Beweis für die Richtigkeit der Taktik ist hier erbracht und unsre Taktik hat sich herrlich benährt. Die Budgetablehnung stellt man als etwas besonders Radikales hin, während sie doch nur eine Waffe ist, die wir wie das Eintreten für den Freihandel aus dem Liberalismus entlehnt haben. Nein, sie ist nichts Radikales, sie ist einfach

#### eine Frage der Taktik.

(Sehr richtig!) Das hat auch Genosse Bebel in Frankfurt zugesagt, als er sagte: Man kann sehr wohl, das verstehe ich, zu der Ansicht kommen, daß es sich hier nur um eine Frage der Taktik und nicht um eine Frage des Prinzips handelt. Haben wir doch in Sachen ursprünglich eine andre Taktik geübt als gegenseitig? Und im übrigen hat sich auch die Genossin Zeitlin namentlich auf den Standpunkt gestellt, daß es sich um eine katholische Frage handelt. Taktische Fragen aber entscheidet man nur nach ihrer Zweckmäßigkeit. Darauf legt man sich nicht fest und läßt sich nicht darauf festlegen, sowohl man überhaupt noch im Interesse der Arbeiterkraft für die Partei tätig sein will. (Sehr richtig!) Die Gestaltung der parlamentarischen Tätigkeit in den einzelnen Landesteilen muß man der zuständigen Landessorganisation überlassen. Sie allein versiegt über die nötige Kenntnis der Verhältnisse. Der Parteitag sollte sich darauf beschränken, Ratschläge zu geben. Ich bin selbst dafür, daß wir alle im engen Kontakt bleiben, und wenn der Parteivorstand seine Tätigkeit für die Partei ernst ansieht, so soll er ein Interesse daran haben, sich über die Taktik in den verschiedenen Landestagen zu informieren. Eine solche freundschaftliche Führung ist sehr wünschenswert und viel wichtiger als eine Resolution. Ich bin gewohnt mein Paritätuskar, die Sache ist beinahe ins Lächerliche ge-

zogen worden. Ich habe in meiner Tätigkeit in Preußen so viel erfahren, daß ich voll die große Opferwilligkeit unserer norddeutschen Genossen anerkenne. Obwohl die bayerischen Genossen auch opferwillig sind, habe ich den bayerischen Genossen öfter die Berliner als Muster der Opferwilligkeit vorgehalten. Es ist nicht zu verkennen, daß die Norddeutschen unter schwierigen Verhältnissen arbeiten, aber auch an der Berliner Tätigkeit gefällt mir manches nicht. Als z. B. bei dem Landtagswahlkampf von genüßer Seite von Schulstreik und Steuerverweigerung gesprochen wurde, da habe ich doch einige Fragezeichen dahinter gemacht. Ich habe das Gefühl, daß vielleicht doch eine andre Taktik hätte herauskommen müssen, aber ich mache mir darüber kein endgültiges Urteil zu. Keiner von uns hat es für angebracht gehalten, die Berliner wegen ihrer Tätigkeit irgendwie anzugreifen. Aber auch die Berliner Genossen müssen lernen, daß der Weigefestigkeit der Verhältnisse in den verschiedenen Staaten mit ganz anderen sozialen Mitteln gekämpft werden muß. Sie tun unserer großen Sache einen viel besseren Dienst, wenn sie, was an demokratischen Errungenschaften in den süddeutschen Staaten errungen ist, auch für ihre Staaten durchzuführen. Sie sollten es nicht machen wie Rautenkötter, der, vielleicht in der besten theoretischen Meinung, von oben herab die süddeutschen Errungenschaften geurteilt hat, als ob das gar nichts wäre. Wenn die Aufsicht von der politischen Gemüthsfehl im Süden die richtige wäre, dann hätte ja der Junker Oldenburg in Preußen und der Oberalte Hengl in Hessen recht, wenn sie sich gegen die politische Freiheit wenden. Unsre Fortschritte im Süden haben doch dazu geführt, daß der Staatsstreit bei uns in Deutschland vermieden worden ist. Die Brutalität der prußischen Junker würde ohne diese Erfolge viel weiter gehen. (Sehr richtig!) Auf denselben Standpunkt steht Bebel, den ich hier wieder gegen Rautenkötter ausspielen muß. Am 22. März hat Bebel im Reichstag erklärt, Bölow sei kein Staatsmann, aber Prinz Ludwig von Bayern sei ein Staatsmann. (Heiterkeit) Am 24. März sagte Bebel, ohne Preußen wäre Deutschland das fortgeschrittenste Land der Welt. (Große Heiterkeit!) Wenn das richtig ist, muß Ihre politische Taktik eine andre werden. Sie darf sich nicht darauf befranken, uns nur zu kommandieren, Sie müssen mit uns zu einer Verständigung kommen. Im Wahlrechtskampf sind uns auch strohe Schwierigkeiten durch die Haltung der Norddeutschen erwachsen, die unsre Haltung nicht verstehen konnten. Damals hat man uns immer den vernünftigeren Bebel vorgehalten. Alle diese Unstände sollten zu einer ruhigeren, vernünftigeren Beurteilung der Sachlage zwingen. Aus unserm Erfolge geht doch klar hervor, daß auch wir etwas vom Sozialismus im allgemeinen und auch etwas von den Bedingungen des politischen Kampfes im besonderen verstehen. Wir können uns daher nicht Ihren Willen zum Schaden unserer Bewegung aufzwingen lassen. Eine Resolution, wie Sie sie uns vorschlagen, würde — ich spreche das in aller Ruhe aus — sie und unannehmbar sein. Hier gibt es

#### keine Unterwerfung,

sondern nur den entschiedensten Widerstand. Wir hoffen aber, daß Sie es nicht bis zum Neuersten kommen lassen werden. Unsre Erklärungen werden Ihnen eine andre Kenntnis von den Dingen gegeben haben. Sie dürfen sich in diesem Augenblick, wo es so um die fernere Geschlossenheit der Partei handelt, nicht darauf stützen, daß Sie bereits gebunden sind. Sie müssen als freie Sozialdemokraten handeln und den Mut haben, Ihre, nach reiflicher Erwägung gewonnene, vielleicht anders als bisher gerichtete Beurteilung der Streitfrage vor Ihren Genossen zu vertreten, wenn Sie der Wahrschheit einen Dienst leisten und wenn Sie den mutwillig herauftreibenden Parteistreit (große stürmische Unruhe) Sehr richtig bei den Süddeutschen) (mit erhobener Stimme) . . . den mutwillig herauftreibenden Parteistreit (stürmischer Beifall bei den Süddeutschen; erneuter stürmischer Widerspruch) und den damit begangenen Fehler wieder gut machen wollen, — das sage ich in aller Ruhe — dann seien Sie die Partei keiner Kritikprobe aus, vertrauen Sie vielmehr uns, wie wir Ihnen vertrauen, daß wir, wie Sie, das Beste der Partei im Auge haben, und daß ein jeder in der Partei am besten die einzelnen sozialen Maßnahmen kennen und treffen wird, die unsre gemeinsamen großen Sache dienen sollen. (Wiederholter lebhafte Beifall bei den Anhängern der Budgetbewilligung und einem Teile des Publikums)

Singer: Ich bin jetzt in der Lage, dem Parteitag Mitteilung zu machen von dem zahlenmäßigsten Resultat der gestrigen Wahl in Speyer-Ludwigshafen. Binder hat 21937 Stimmen bekommen, der bürgerliche Kandidat Buhl 12607. (Lebhafte Bravo.) Die Sozialdemokratie hat mehr als 3000 Stimmen gewonnen, der Block 1000 verloren. (Erneutes lebhafte Bravo.)

Heraus wird debattiert beschlossen, von dem für Donnerstag nachmittag geplanten Auftakt in die fränkische Schweiz Abstand zu nehmen, und zwar wegen der Geschäftslage. Die Verhandlungen werden sodann auf Nachmittag verlegt.

#### Nachmittagssitzung.

Singer eröffnet die Sitzung um 3 Uhr und bringt zwei schriftordnungsmäßige Anträge zur Abstimmung. Ein Antrag Rudolphs Frankfurt a. M. verlangt eine Redezelle von 30 Minuten für j. einen Vertreter der Minortät der bayrischen und badischen Landtagsfraktion. Der Antrag wird angenommen. Es werden daß die Genossen: Simon-Nürnberg und Eichhorn sein. Der andere Antrag von Wels verlangt, daß in der Diskussion abwechselnd je ein Vorsitzender und ein Gegner der Vorsitzendenresolution zu Worte komme.

Weiß-Berlin führt aus, daß bis zum Schluß der Bebelischen Rede bereits 76 Wörter im Vortrag vorgelegt, davon die ersten 31 mit ganz geringen Ausnahmen von Anhängern der Budgetbewilligung.

Siegls-Fürth: Ich hätte an sich gar nichts dagegen, kann mir aber nicht vorstellen, wie das gemacht werden soll, wer entscheidet, ob für oder gegen. Es gibt auch noch andere Resolutionen wie die des Vorstandes.

Singer: Die Redner selbst erklären durch Melbung beim Bureau, ob sie für die Annahme der Vorsitzendenresolution sind oder nicht. Dabei haben sie volle Freiheit, in ihrer Rede auch die anderen Resolutionen zu behandeln.

Ulrich-Oppenbach: Wenn es sicher ist, daß die Mehrheitsfolge der Wortreden sonst maßgebend ist, können wir den Vorschlag akzeptieren.

In dieser Voraussetzung wird der Antrag angenommen.

Dr. Frank-Mannheim: Dass so viele Abgeordnete und Vertreter der Partei aus Süddeutschland nahezu einmütig bei der vorliegenden Sitzung vor Ihnen stehen, hat manchen unter Ihnen — ich weiß es — bedenklich gemacht und zur Vorsicht gezwungen. (Burau: Ober nicht!) Denn jedes Wort der Verschwörung oder Bedrohung, das gegen uns logenname Diktatünenbrecher geschiebt worden ist, fiel und fällt zurück auf die Arbeiterklasse selber. (Burau: Machen Sie uns bloß nicht grausig!) Das Proletariat will eine Welt gewinnen und gestalten und soll nach der Meinung mancher Leute nicht imstande sein, ein paar Dutzend Abgeordnete und Vertreterleute richtig auszuwählen. Wenn man bloß die

#### Leipziger Volkszeitung

liest, muß man zu der Überzeugung kommen, daß in Süddeutschland planmäßig lediglich die Verräte und die Kreisler in den Landtag geladen werden, während die Klassenherrschaften daherkommen. Wie erklärt sich denn die Einmütigkeit der süddeutschen Genossen? Ein Teil jener Leute, die das Gras des historischen Materialismus wachsen hören, hat es sich in dieser Frage überaus leicht gemacht. Man sprach von Wissenschaftern und Verächtern, die ihren Einfluß geltend gemacht haben. Die „Neue Zeit“ hingegen hat ver sucht, uns wissenschaftlich gerecht zu werden. Sie hat unsere Rückständigkeit zu erklären versucht aus der Betriebsstaatsphilosophie. Ich will auf dieses Gebiet, das mancher von uns als wissenschaftliche Spieldiskussion betrachtet, (Sehr richtig!) heute nicht

sollten, ich will auch nicht in den Streit darüber eintragen, welche Kultur die wertvollere ist, die nordeutsche oder die süddeutsche. Den darüber sind wir uns alle einig, daß das Proletariat im Norden wie im Süden sich seinen Anteil an der Kultur erst zu erwerben muß. Es waren — ich versichere Sie —

#### keine revisionistischen Verschwörer,

die uns beeinflusst haben. Wir sind nicht wie die Kinder hinter dem Rattenfänger von Hameln hinter irgend einem Menschen unter demontistischen Einfluss hergelassen, und es war auch kein bayerischer oder Berliner Hiesel, der uns den Dolch auf die Brust gesetzt hat. Ich versichere Sie, unser Entschluß war hervorgegangen aus ehrlichen, sachlichen Beratungen. Wir waren der Meinung, um ein Wort des alten Liebarts zu gebrauchen, daß das Parteiprogramm mit den erläutrenden Parteidokumenten seit in späterer Zeit setzt, sondern daß wir berechtigt und verpflichtet seien, selber zu denken und zu prüfen, dann aber auch zu handeln. (Schr gut!) Deswegen haben wir den Anspruch, daß Sie anerkennen, wie hätten mit unserem Vorgehen keinen kleinen Diktat in brüderlich getan oder beabsichtigt. Was wir gewollt oder getan haben, war der Ausfluß unseres vorlegendes Pflichtbewußtseins, und deshalb werden wir zu unserer Verteilung und zu unserer Überzeugung stehen wie Männer. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.) Unser Handeln ist nach unserer Überzeugung der Ausfluß unserer Verteilung am parlamentarischen Leben überhaupt. (Sehr wahr!) Deshalb haben diejenigen, die uns bestimmen, ganz consequent dazu kommen müssen, daß sie zunächst den Wert und die Bedeutung des Parlamentarismus überhaupt heranziehen möchten. (Sehr richtig!) Es ist dieselbe Weise und dieselbe Tugend, wie er im Jahre 1890 und 1895 von den Berliner Jungen gesungen worden ist. (Sehr richtig!) Dieselbe Kampfmethode auch. Es wird zunächst prophezeit, daß die Verümpfung der Partei eintrete, und außerdem werden die Waffen militärisch gemacht gegen die Zähler in gebroher Lebensstellung. (Sehr richtig!) Ein Unterschied, ein wichtiger: 1890 richteten die Berliner ihre vergessenen Wälle gegen die Genossen Liebknecht und Bebel und die ganze Parteiung. (Stadttagen: Die Berliner?) Die damaligen Berliner Jäger (Stadttagen: Donnerwetter!) Heute ist leider der Parteivorstand der Habenichts der Berliner geworden. (Lachen.) Ich habe mich, wenn Ihnen das komisch Klingt, mild ausgedrückt. Es gibt auch Leute, die meinen,

#### der Parteivorstand sei der Gefangene der Berliner.

(Stürmisches Gelächter; lebhafte Zustimmung.) Wenn wir zu der Aussicht gekommen sind, daß das so ist, so will ich das nicht zum Anlaß nehmen, hier Vorwürfe gegen den Parteivorstand zu erheben. Aber eines muß und wird gesagt werden: diese Debatte ist hauptsächlich so vergriffen worden, weil ein Teil der Genossen, und nicht der schlechteste, in der irrthümlichen Meinung war, es handele sich um ein Komplott gegen die Einheit der Partei. Gerade Leute, die in der Sache uns recht geben, haben gemeint, sie lassen in dem Punkte nicht mit sich sprechen, wenn die Partei, mit der sie verwachsen sind, angegriffen werden soll. Es ist im „Vorwärts“ und in anderen Blättern fort und fort die Rede gewesen von der „Geheimkonferenz“, in der der schwarze Plan ausgeheckt sei. Nun da haben wir nur gewarnt und gewarnt, daß aus der Masse des Parteidokuments heraus, der es besser wissen mußte, ein Wort dagegen gelesen würde. (Burau von Volkens buhr.) Sie haben keine Absicht gebraucht, Genosse Wollenbuh. Wenn Sie sich nur an Ihren Kollegen Pfannschl. trauen Sie nicht den Genossen Pfannschl wiederholen: Waren Sie nicht dabei in Würzburg auf der Abgeordnetenkonferenz, als in Ihrer Anwesenheit — ohne Ihren Widerspruch — beschlossen wurde, daß die süddeutschen Abgeordneten in Stuttgart zusammen kommen wollten, um die Budapesterfrage zu erörtern? Gleichzeitig wurde beschlossen, daß auf dieser Stuttgarter Konferenz lediglich eine Ausprache stattfinden würde, daß aber keinerlei Beschlüsse gesetzt werden dürften. Das hat Pfannschl gewusst, daß hat der Parteivorstand gewusst, und wir sind der Meinung, daß ein Parteidokument, der die Einheit und Geschlossenheit der Partei unter allen Umständen als das höchste ansieht, die Pflicht gehabt hätte, von dieser wichtigen Tatsache dem Vorwärts, dem er nahe steht, Mitteilung zu machen. (Pfannschl: Haben Sie befreit, wann die Konferenz stattfinden sollte?) — Müller: Sind wir eingeladen worden? Ich habe mich deutlich genug ausgedrückt. Wenn Pfannschl auch nur entfernt den Wunsch geäußert hätte (Beifall) — es war in Würzburg, als wir den Parteivorstand hinzugezogen haben, eine preußische Angelegenheit, und da mit einer deutschen Angelegenheit, für die, wie wir glaubten, der Parteivorstand mit uns Interesse hat. Was hat er geantwortet? Wenn einer von uns abstimmen kann, wird er da sein. (Hört, hört!) Wir könnten noch dieser hingeworfenen Bemerkung nicht ahnen, daß der Parteivorstand Wert darauf legt, unseren Auslandserhebungen beizuhören. (Lebhafte Burau aus der Masse der Delegierten.) Ich habe es vollständig auf, Ströbel vom Gegenteil zu überzeugen, aber es würde mich interessieren zu erfahren, ob die „Vorwärts“-Redaktion und auch Ströbel von dieser Tatsache etwas gewußt hat. (Burau: Ströbel hat gar nichts gesagt!) — Ströbel ruft: „Es ist eine Insammlung, wie das zu unterscheiden!“

Singer: Ich kann nur dringend raten, die Verhandlungen nicht durch unnütze Zwischenrufe lebendiger zu gestalten. (Burau: Nicht provozieren!) Bis jetzt hat der Redner nichts gesagt, was Anlaß zum Einschreiten gegeben hätte. Ich bitte also, Ruhe zu halten und die Situation nicht noch zu verschärfen.

Frank (Fahrrad): Von der Gewohnheit, scharfe Worte gegen Parteigenossen zu gebrauchen, ist der Vorwärts-Redakteur Ströbel auch hier nicht abgegangen. Er hat mir Insammlung vorgeworfen, weiß ich ihn fragte, ob er von dieser, meiner Meinung nach weSENTLICHEN Tatsache etwas gewußt hat. Ich hätte lieber einen „Nein“ gehört.

Das Gebankenschema, nach dem man die Süddeutschen bestellt und verurteilt, ist sehr einfach. Man sagt: Der heutige Staat ist ein Herrschaftsinstrument der bessenden Klassen. Das Parlament dient dem gleichen Zweck, also kann für die unterdrückte arbeitende revolutionäre Klasse das Parlament im wesentlichen nur dem Zwecke der Agitation und Demonstration dienen. Wenn diese Anschauung Sie wirklich bewirkt, hätten Sie höchstens Unrecht getan, als Sie die Ausrucksocialisten aus der Parteidoktrin gestoßen. Denn dann wäre Ihr gelehrter Vater der frühere Genosse Dr. Friedeburg. Wir anderen könnten es nicht verstehen, wenn Sie diesen verstoßen. Wir können dann nicht begreifen, warum Sie auf die Straße springen und Freiheit und Leben wagen wollen, bloß um die Wahl frei zu halten für den parlamentarischen Kreislauf. Wir sind überzeugt, daß die meisten der deutschen Arbeiter anders denken, und wir sind überzeugt, daß Lassalle die Sitzung der Parteidoktrin besser gemacht hat, als der Vorsitzende der Arbeiterklasse. Man spricht von Wissenschaftern und Verächtern, die gegen uns logenname Diktatünenbrecher gesiebt worden sind, zum Teil schon gehoben worden ist. Die zähe rostige Kleinarbeit der Gewerkschaften wäre überflüssig und funflos, wenn sie der Anlaß wären, daß es geschichtlich unmöglich ist, die Löhne der Arbeiter über das unabdinglich notwendige Einkommen hinauszuheben; daß eher Lohngegesetz hat sich als unabdingbar erwiesen. Wenn Sie aber sagen, das sei beweisend, daß der Parlamentarismus geschichtlich unmöglich, so würden Sie damit, daß überwundene ehrige Vorfahre gegen

dem Gebiete der Ökonomie übertragen in das  
Feld der Politik. Wenn Sie aber mit uns der Übers-  
zeugung sind, daß eine gewisse Besserung durch positive  
Arbeit möglich sei, dann dürfen Sie uns nicht unerträg-  
liche Fesseln dadurch anlegen, daß Sie einen bauernden  
Gwand zur Abrechnung des Gesamtbudgets  
notieren. Ich appelliere an diejenigen, die den Klassenkampf  
möglich führen, nicht bloß im Munde — an die Gewerkschaften.  
(Schrägl.) Sie verhandeln wochenlang, monatlang mit den  
Unternehmern um Pfennige, und am Ende ihrer Tätigkeit prüfen  
sie die gesamte Lage des Gewerbes, ihre wirtschaftliche Lage über-  
haupt, und untersuchen, ob sie danach zu dem Tarifvorschlag ja  
oder nein sagen sollen. Wenn Ihnen dann jemand zumuten  
wollte, Sie dürften zwar den Tarif Posten für Posten durchberaten,  
wären aber gezwungen, am Schlusse unter allen Umständen nein  
zu sagen (Lautes Lachen. Rufe: Lächerlich!) — —. Man sagt,  
durch Annahme des Gesamtbudgets würden wir den Klassenstaat  
anerkennen und ihm die Mittel bewilligen. Mein Freund Timm  
hat Ihnen schon gesagt, daß der Staat eine Tatsache ist, mit oder  
ohne Anerkennnis. Wir wollen diesen Staat uniformen und  
erobern. Das geschieht nicht dadurch, daß man mechanisch von Zeit  
zu Zeit nein sagt, sondern durch zähe andauernde Arbeit. (Schr  
rägl.) Mein Beispiel über den Tarifvertrag hat Ihre Heiterkeit  
erreist, aber vergessen Sie nicht: Es läßt sich nicht leugnen, daß  
jeder Gewerkschaftsvertreter, der einen Tarifvertrag mit dem Unter-  
nehmer abschließt, damit die Tatsache anerkennt, daß für die Ver-  
tragsszeit die auf Ausbeutung beruhende gesellschaftliche Ordnung  
noch besteht, daß sie eine Tatsache ist. (Lachen)

Nach unserer Meinung ist das, was wir eben tun,  
ein echt deutscher Streit um eine Zeremonie,  
um ein Nichts. Es soll der Staat gewissermaßen in der Öffent-  
lichkeit verneint werden. Als wenn dadurch von dem Gebäude des Staates  
nur ein Steinchen verrückt wird. (Sehr wahr!) Wiegst es dem-  
gegenüber nicht schwerer, wenn eine so große Zahl süddeutscher  
Parteigenossen von dem Angriffe zur Ablehnung des Budgets  
ihre Rechte behaupten? Ist es nicht merkwürdig, daß gerade  
diejenigen deutschen Länder, in denen man Erfahrungen gesammelt  
hat, gegen die Windung ausspielen? In Preußen haben Sie es  
leicht gehabt; ihren Landtagssabgeordneten sind innere und äußere  
Kämpfe erwartet geblieben, sie haben noch keine gehabt. Sie wissen,  
daß uns Süddeutsche Ihr preußischer Wahlkampf eine ernste  
Sache ist, über die wir nicht lachen, und wenn ich eben konstatierte,  
daß es Ihnen leicht geworden sei, in dieser Frage radikal aus-  
liehende Regeln aufzustellen, so bitte ich Sie, daß Sie das als Auss-  
zug einer ernsten Bestrebung um das Gedeihen der Partei auf-  
zeichnen. (Sehr gut!) Wir haben die feste Überzeugung, daß der  
Konflikt, in dem wir stehen, lediglich ein Ausfluss der Tatsache ist,  
daß die Preußen bisher ein allgemeines, gleiches und direktes  
Wahlrecht nicht besaßen. Hätten sie ein ausständiges Wahlrecht und  
nicht die Stärke des preußischen Proletariats entsprechende Ver-  
antwortung, dann würde zweifellos auch für Preußen der Tag von  
Demokratie kommen und aus dem Saulus Singer würde ein  
Paulus werden. Sie haben sich und andere in eine Auffregung  
hineingerebet durch die Behauptung, daß wir einen Disziplin-  
arisch begangen hätten, und von Leipzig aus kam die

## Aufflage des Wettbewerbsvertrags.

Man merkt die Nähe des Reichsgerichts. (Große Heiterkeit.) Wenn wirklich ein Disziplinbruch vorgelegen hätte, wäre das etwas so Unerhörtes gewesen? Die ganze Geschichte der Partei, der ganze Weg, den wir machen, sind geradezu besät mit Disziplinbrüchen. (Sehr richtig! Frechheit: Von Anfang an!) Sie wissen, daß der Parteileitung in Halle von den "Jungen" der Vorschlag gemacht wurde, daß sie St. Gallen nicht gehalten hätte, durch den Kompromiß zur Unterstützung bürgerlicher Parteien verboten waren. Die Fraktion hat das Gegenteil getan, und damals waren die Attentäter Bebel, Liebknecht u. a. Sie haben sich nicht geschämt, zu sagen: Ja, wir haben gegen einen Parteilosbeschluß gehandelt, aber wir glaubten damit dem Interesse der Partei zu dienen. Dann später 1902 wurde in München noch leidenschaftlich Klingenden Vieben Bebels beschlossen, dem bürgerlichen Kandidaten, der sich um unsere Stimmen bewerbe, eine ganze Kajal versängliger Fragen vorzulegen. Was ist daraus geworden? Seien Sie uns einen bürgerlichen Abgeordneten, dem diese Fragen wirklich vorgelegt worden sind. Sie werden das nicht können; hingegen können wir Ihnen bürgerliche Abgeordnete zeigen, die damals mit unserer parteidörflichen Hilfe gewählt worden sind, unter Verleugnung des Münchner Beschlusses. Und ist es nicht weiter von einem Parteitag beschlossen worden, daß die Leipziger die Pflicht hätten, sich an den Landtag wählen zu beteiligen? Wer war es denn, der diesen Beschluß mißachtete und die Fahne der Rebellion dagegen aufspannte? Das waren die Leipziger! (Burufe.) Ich weiß schon, daß es etwas unerhört ist, ob ein Disziplinbruch in Leipzig erfolgt oder in Südbadenland. (Schr gutt und Heiterkeit.) Wir sind überzeugt, daß wir einen Disziplinbruch nicht begangen haben, daß zwingende Gründe im Sinne des Alsbader Beschlusses

auswiegende Gründe im Einne des Lubeder Beschlusses und nachdem welche Gründe das waren will ich Ihnen

für uns vorschlagen. Welche Gründe das waren, will ich Ihnen kurz zusammenfassen: Das meiste hat Tamm schon gesagt. Eines will ich vorausschicken: Das, was an dieser Parteidebatte das Be- bedeutlichste ist, ist die Tatsache, daß wir durch die Angriffe provoziert und gezwungen worden sind, zu unserem Bedauern in gesuchtem Maße unsere Regierung zu loben. (Sehr richtig!) Unsere temperamentvolle Genossin von der Frauenkonferenz möge es mir nicht verübeln, wenn ich ein sehr ungantzes russisches Sprichwort anführe: Behandle Deine Frau wie einen Kieselbaum, schüttle sie! Wir wenden dieses Sprichwort auf unsere Regierung an, man muß sie schütteln, damit die Früchte herabfallen, und deshalb bedauern wir, daß wir gezwungen sind, sie in gewissem Rahmen hier zu loben. Sie wissen, daß wir der badischen Regierung nicht Vertrauen, sondern Misstrauen ausgesprochen haben, aber wir bestreiten nicht, daß durch manche politischen Vorstellungen und Bugesländnisse die Stimmung für die Budgetbewilligung verschafft worden ist. Ich will das ein für allemal vorausschicken: Wir wissen, daß es bei heilige Errungenschaften sind, und daß ein moderner Staat, wenn er seine Interessen recht verstände, lounendmal mehr bewilligen müßte. Aber wir wissen auch, daß kein bürgerlicher Staat der Arbeiterschaft von allein etwas herausgibt, alles muß erkämpft werden. (Sehr richtig!) Wir haben in Baden während dieser Tagung erreicht, daß die Organisation der Staatseisenbahnarbeiter aussdrücklich anerkannt ist. Die Regierung hat sich verpflichtet, in wichtigen Fällen sich direkt mit den Organisationsschwestern in Verbindung zu setzen, während sie früher erklärte, sie verhandele lediglich mit den Arbeitern oder deren Ausschüssen. Gewiß wird dadurch der Klassenstaat nicht aus den Augen gehoben, aber wenn wir damit vergleichen, daß in Preußen die Eisenbahnarbeiter verhindert werden, sich einer Organisation anzuschließen, daß nicht einmal die Frauen der Eisenbahnarbeiter einem Konsumverein angehören dürfen, dann haben wir doch Grund zu sagen, daß etwas erreicht worden ist. Weiter ist uns die Aussage gemacht worden, daß die Eisenbahnarbeiter

die Zusage gemacht worden, daß in den Eisenbahnrat, der allerdings nur beratende Stimme hat, die Arbeiter als gewerkschaftliche Vertreter zugezogen werden. Das ist jedenfalls ein Ausdruck der Erkenntnis, daß die Macht der Arbeiterklasse Gleichberichtigung und Berücksichtigung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens erfordert. Weiter ist von der Regierung bei wichtigen Fragen z. B. bei dem Entwurf über die Arbeitskammer ein Gutachten der freien Gewerkschaften eingeholt worden. Unser Fabrikinspektor und der Minister von Bodmann, der gegen uns die Hezreben gehalten hat, haben sich in der Kammer ausdrücklich auf den Standpunkt gestellt, den die freien Gewerkschaften dem Entwurf gegenüber eingenommen haben. Er hat sich für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Arbeiter über 21 Jahre ohne Unterschied des Geschlechtes erklärt (hört, hört) und hat diesen Standpunkt unverkennbar im Bundesrat vertreten. Es ist weiter in der Kammer

durch den Fabrikinspektor unter Zustimmung des Ministers erklärt worden, daß sie es ablehnen müßten, die christlich-nationale Arbeiterbewegung zu empfehlen auf Kosten der freien Gewerkschaften. (Hört, hört!) Endlich können wir auf den babischen Bahnhöfen die badische Parteipresse verkaufen. Ich weiß, daß bei der Werthschätzung, die unsere silbdeutsche Parteipresse in den meisten Kreisen genießt, dies nicht besonders wertvoll erscheinen mag. (Heiterkeit.) Über für uns hat es den Wert, daß wir dadurch bewiesen: Wir sind

auf dem Wege zur vollen bürgerlichen Gleichberechtigung

Nun war aber der Grund zur Budgetbewilligung nicht zu suchen in den kleinen Budgetentsissen an unsere Landtagstätigkeit, sondern der Grund war der: Es war im letzten Landtag eine wesentliche Erhöhung der Arbeiterlöhne und Beamtengehälter zugesetzt worden. Es ist nicht so, daß bloß Gendarmen und Staatsanwälte davon Nutzen haben, wie ein norddeutschs Blatt schrieb, es waren Tausende von Eisenbahnarbeitern, Werksarbeitern, Bürosdienern, lourer arme Teufel, Proletarier, die wir gewinnen wollen und können. Im einzelnen waren es gewiß nicht Menschennummen; wenn z. B. die Weichenstellerzüchter ein Anfangsgehalt von 600 und ein Höchstgehalt von 900 Mtl. hatten, während sie jetzt ein Anfangsgehalt von 1000 Mtl. und ein Höchstgehalt von 1400 Mtl. haben, so werben Sie mit Recht sagen; daß sind immer noch erbärmliche Gehälter. Aber für eine Arbeitersfamilie bedeutet es etwas; wir haben es für erstrebenswert gehalten, daß wir den Anteil der Arbeiter am Gesamteinkommen des Landes erhöht haben. Über mich liegt ganz offen, und Wedel deutete es schon an: wir haben noch einen Grund gehabt, der bei unseren Fraktionsberatungen ausschlaggebend war. Wir haben diesen Grund bei den Erklärungen nicht angegeben, weil wir uns nicht für verpflichtet hielten, unseren Gegnern die Motive unseres politischen Handelns mitzuteilen. Sie, Parteigenossen, haben Anspruch den Grund zu hören. Wir haben bei den Parteien

Kommt. Es besteht keine Mehrheit.

vor sie jenen vollzogen. Es besteht keine Wegezeit einer bürgerlichen Partei, wir zwölfe Sozialdemokraten sind das rote Sündlein einer parlamentarischen Wage, und wir haben diesen parlamentarischen Zustand dadurch herbeigeführt, daß wir bei den vorigen Landtagswahlen im Jahre 1905 im zweiten Wahlgange den sogenannten Großblock bildeten, daß wir zusammengegangen, offen Zusammengingen mit den Liberalen aller Schattierungen, auch mit den Nationalliberalen. Nun, Parteigenossen! Wir haben dadurch erreicht, daß das Land bewahrt blieb vor einer clerikalen Mehrheit, die sonst unter allen Umständen eingetreten wäre. Und wir sind stolz darauf, daß wir das erreicht haben. (Lachen und Beifall.) Genossen! Ich sage Ihnen schon, nach meiner Ansicht wäre unsre Haltung dieselbe gewesen, wenn die Liberalen im Begriff gewesen wären, sich eine Mehrheit zu erkämpfen. Im Interesse des Landes schließen wir es für notwendig, zu verhindern, daß eine einzige bürgerliche Partei die Mehrheit erhält, weil wir glaubten, dadurch den Einfluß der Arbeitervertreitung zu erhöhen. Nun haben wir für die Neuwahlen, die im nächsten Jahre bevorstehen, uns die Hände in seiner Weise gebunden. Welche Taktik bei den Wahlen eingeschlagen wird, ist Sache der sozialen Genossen, deren selbständige Organisationen darüber die Entscheidung treffen werden. Aber wir haben eines erkannt: Es wurde von unsern Gegnern, vom Zentrum, im Parlament und außerhalb desselben als Hauptgrund gegenüber der Regierung und gegenüber den Liberalen ausgespielt: Was wollt ihr Liberalen denn machen? Die Sozialdemokraten sind durch ihren Parteibeschluß gebunden, das Budget abzulehnen. Wenn wir Zentrumslente nun einmal den Spieß umdrehen und auch einmal das Budget ablehnen, dann liegt ihr ohne Budget da. Ob das Zentrum diesmal von alleiner wiederholst vorgetragenen Drohung Gebrauch gemacht hätte, weiß ich nicht und glaube ich nicht. Aber wir haben uns für berechtigt und verpflichtet gehalten, dem Zentrum

**W**ebele hat gesagt, wir haben unsere Mannesmürde versauten, wie sie wollen.

Bebel hat gesagt, wir haben unsere Weisneswürde verengnet dadurch, daß wir einer Regierung mit einem Minister wie Bodmann die Mittel bewilligt hätten, der uns so scharf angegriffen hat. Bebel hätte hinzufügen können, falls er unterrichtet worden ist, daß wir dem Minister v. Bodmann kein Vorrechtig blieben, daß wir ihn rücksichtslos sofort oder später bekämpft haben. Wenn wir am Schlusse aus den Erwägungen, die ich hervorhebe, zur Annahme des Budgets gekommen sind, so wollten wir diesem Minister ein Vertrauensvotum am allerwenigsten ertheilen. Aber eines darf noch gesagt werden: Auch dieser Minister hat in den wenigen Monaten seiner Amtsätigkeit erheblich Wasser in den Wein hinein tun müssen. Es ist uns gegenüber damit operiert worden, daß der Eisenbahnarbeiter Schäusele von der Regierung gewahrgeregt sei, weil er eine Kandidatur der Sozialdemokratie für das Karlsruher Rathaus angenommen hat. Ich meine in Norddeutschland, in Preußen — ich mache Ihnen daraus keinen Vorwurf — war der Konflikt nicht möglich. (Sehr richtig!) Dort können Sie, wenn Sie wollen, jeden Tag berartige Fälle haben, dort wird aber nicht immer darüber geredet, dort regt sich niemand darüber auf. Über betonen möchte ich doch: Seitdem dieser Fall vorgekommen und die schärfste Kritik im Karlsruher Rathaus und im Landtag gefunden hat, seitdem ist diese Praxis von der badischen Eisenbahnverwaltung aufgegeben worden. Wir haben damit nicht in der Presse genominiert, in der gleichen Eisenbahnverhälte, aus der Schäusele sollte entlassen werden, wo er sich für uns wählen ließ, sind seitdem eine ganze Zahl Arbeiter von der sozialdemokratischen Partei als Gemeindevertreter gewählt worden, auch für das Karlsruher Rathaus.

Auch wird gesagt, wenn Ihr dem Budget zustimmt, geht der Klassencharakter der Partei verloren. Wir sind dieser Ansicht nicht. Wenn es jemals Sozialdemokraten geben würbe, die den Klassenkampf anzugeben hollten, würde der Klassenkampf sie nicht anzeigen, denn der Klassenkampf ist nicht begründet in der Auseinandersetzung unseres Vertrauensmannes oder eines Abgeordneten, sondern in den Verhältnissen, und die sind nicht ausschutzen durch parlamentarische Vereinbarungen. Um was handelt es sich? Ein großer Teil von Ihnen ist hergekommen, nicht um uns zu überzeugen, sondern um uns zu überstimmen. Ich freue mich, daß Widerspruch erfolgt ist. Es hat Seiten gegeben in den letzten Wochen, wo ein solcher Widerspruch nicht erwartet werden konnte, wo die Moralre lauteite. Es soll dafür geforcht werden, daß wir

Einheit: Es ist daher wichtig zu erben. (Befürchtung und Widerspruch)

Was ist für Sie und die Partei gewonnen, wenn wir vielleicht nach einem Beschluss von Ihnen das nächste Mal in den Wahlkampf kommen und das Budget ablehnen müssen, obwohl die Gegner wissen, daß wir vielleicht gegen unsere Überzeugung stimmen? Wäre damit der Partei oder der Arbeiterbewegung ein Dienst erwiesen? Würde damit der Klassenstaat erschüttert werden? Vielleicht durch das Gelächter, mit dem uns unsere Gegner empfangen würden. (Sehr gut!) Das können Sie nicht wollen. Wir halten Sie heute noch für unsere Kämpfergenossen, für unsere Brüder, die mit uns zusammen schaffen wollen. Sie dürfen uns nicht in eine Situation bringen, die nach unserer Kenntnis der Verhältnisse eine Förderung der Arbeiterinteressen unmöglich machen würde. Unser verstorbener Genosseauer hat einmal uns Südbayern gesagt, wie wir wohl in

einem solchen Falle verballen sollten. Er sagte, wir sollten denken: Das sind ja zwar Esel, aber ich fühle mich. Dieser gutgemeinte Rat, dessen eine Hälfte vielleicht manchen sympathisch ist (Großherrlichkeit), entspricht nicht der heutigen Situation. Ich bitte Sie im Namen der Einigkeit die wir alle wollten:

Bringen Sie es nicht zum Äußersten, wenn die Partei  
zerrissen würde . . .

(Bunruf: Wer will das denn, das wollt Ihr vielleicht!) Wir sind doch keine Kinder, die sich gegenwärtig die Schuld zuschieben wollen wir sind hier beisammen, um ernst zu beraten, was geschehen soll um ein Unglück abzuwenden. (Bunruf: Sie wollen, daß es nach Ihrem Kopfe geht!) Wir würden mit Ihnen eine Beratung über Vortest für ein Unglück halten, nicht bloß für die Norddeutschen und die Süddeutschen, nicht bloß für die Sozialdemokratie, sondern für die ganze politische Entwicklung von Deutschland und Europa. (Sehr richtig!) Die Debatte, wie sie bisher geführt ist, und das Ergebnis entbrach nicht dem Geiste der sich dem Ernst der Lage bewußt ist. Wir alle gehen davon aus, daß der Feind draußen steht und nicht unter uns. (Sehr wahr!) Man hat eine Resolution vorgelegt, die man sogar noch für milde hält, von der man gemeint hat, die Süddeutschen würden direkt verblüfft sein über die entgegengesetzte und gütige Form. (Sehr richtig!) Wir betrachten die Resolution als

#### **das Gegenteil des Entgegenkommenden**

Sie ist für uns durchaus unannehmbar. (Lebhafte Be-  
stimmung bei den Süddeutschen.) Es ist schon hervorgehoben, daß wir  
es nicht verstehen, warum in der Resolution auch nicht andere Staaten  
mit angeführt worden sind. Warum haben Sie Gotha vergessen?  
Die Gothaer haben noch nach Lübeck für das Budget  
gestimmt in einer Situation, die nicht den von Bebel angeführten  
Fällen entsprach. Beobacht hat öffentlich bei unseren Versprechungen  
erklärt: Man hat in dem einen Fall für das Budget gestimmt,  
um die Stellung eines Ministers zu stärken,  
weil ein reaktionärer Minister vor der Tür  
gestanden hat. Im anderen Falle wurde dem Budget zu-  
gestimmt, um die Vorteile eines guten Domänen-  
anlaufs für den Staat einzufäden. Diese beiden  
Fälle beweisen, wie manigfach die Möglichkeiten sind, die die Ge-  
nossen in den Parlamenten zwingen können, entgegen der Reso-  
lution dem Budget zugestimmen. Ist es nun Ihre Meinung, daß  
künftig die Gothaer Genossen, wenn sie durch Ihre Abstimmung  
einen etwas freier gesinnten Minister am Thron erhalten können,  
das nicht mehr tun dürfen? In der Resolution ist geagt, wenn  
man eine Verschlechterung verhindern kann, dann darf man den  
Grundsatz der Ablehnung des Budgets fallen lassen. Wenn man  
aber etwas Gutes erreichen kann, dann darf man es nicht tun. Das  
verstehen wir nicht. Den Verhältnissen des parla-  
mentarischen Lebens wird die Resolution nicht  
gerecht. Bei der Versprechung hat einer unserer Genossen erklärt,  
die Lübecker Resolution hat für die Vernunft noch eine Spalte  
gelassen, die Resolution des Parteivorstandes höchstens noch eine  
Spalte. Der Fall, den die Resolution im Auge hat, ist ein Fall,  
der vielleicht in 100 Jahren einmal vorkommen könnte. Damit  
ist es nur verschleiert, daß Künftige für alle Fälle und unbedingt  
die Zustimmung zum Budget unmöglich gemacht wird.

Nun wird uns entgegengehalten: Ihr habt doch früher jahre-  
lang das Budget abgelehnt und habt Fortschritte dabei gemacht.  
Wir haben in Voden eine Summe der Stimmen der Reichstags-  
wähler von 29 Proz. gehabt. Wir stehen damit an erster Stelle  
unter allen deutschen Staaten und Provinzen. Sachsen z. B. hat  
um 6 Proz. abgenommen. Aber darauf kommt es gar nicht an,  
sondern darauf, ob wir den Zwang mitmachen sollen, das Budget  
ablehnen zu müssen. Das ist etwas Neues. 1894 wurde in  
Frankfurt überhaupt kein Beschlusß gefaßt. Die Lübecker Resolution  
von 1901 läßt die Möglichkeit offen und Dresdner Halle auch da-  
mals — trotz des Beschlusses — im Landtag erklärte, daß er eine

ng nicht anerkenne. Es konnte uns also von den Regen-  
en geuerlichen Werken nicht entzweihalten.

und den gegnerischen Parteien nicht entgegengehalten werden, daß wir den Staat unbedingt ablehnen müßten, gleichviel wie er sich gestaltet. Die jetzige Resolution aber würde unsers parlamentarische Estellung untergraben.

weil eben bisher eine vollständige Einigung nicht bestand.

Ich verkenne nicht die Unterschiede zwischen Süddeutschland und Norddeutschland. Wenn Süddeutschland eine fast 100 jährige parlamentarische Tradition hat, so dürfen wir das nicht übersehen. Aber wir überschätzen das nicht. Im Gegenteil, wir wissen, daß durch die Entwicklung des Kapitalismus über die Eigenart der deutschen Stämme förmlich eine Rivalisierungswalze hinübergreift. Hier handelt es sich nicht in erster Reihe um einen Gegensatz zwischen Nord und Süd, denn wir haben — das erkenne ich gern an — sehr gute süddeutsche Parteigenossen, die aus dem Norden gekommen sind, ebenso wie Sie in Berlin sehr viele Süddeutsche haben, die dort Berliner geworden sind. Nein, der Gegenzug ist ein anderer. Was die Verbitterung und Erbitterung geschürt hat, war die Tatsache, daß eine Abstimmung drohte von denjenigen Staaten, die kein Landtagswahlrecht haben. Wir haben ja auch Parteilandesabschlüsse gesucht, mit denen einzelne von uns nicht einverstanden waren. Ich erinnere an die Kämpfe über die Maifeierfrage. Wie wurde da mit Erbitterung herüber und hinüber geschossen. Aber damals hatten die Beichlüsse ihre Wirkung auf das ganze Reich ohne Unterschied erstreckt, und das war das Verlöhnende. Das gab dem Parteitag auch das moralische Recht, unter allen Umständen die Disziplin scharf anzuziehen und durchzuführen. Hier aber liegt es anders. Ein Beschluß in der Budgetfrage würde nur diejenigen Staaten treffen, die ein Wahlrecht, die eine Vertretung der Arbeiter haben, und die Staaten, die ein Wahlrecht nicht haben oder nicht mehr haben, wie Sachsen und Preußen, liefern die Stimmen für einen Beschluß, dessen Wirkung sie nicht selbst spüren, sondern dessen Wirkung die Staaten fühlen, deren Vertreter sich gegen den Beschluß gewendet haben. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.) Das ist der Kernpunkt. Ich bitte Sie nochmals, überlegen Sie sich Ihre Abstimmung. Die Resolution des Parteivorsitzes darf nicht angenommen werden. Wohl wissen wir, daß ein Parteivörper Disziplin haben muß. (Lebhafte Sehr richtig!) Das ist die Platte der Siege. Aber die Staaten ohne Landtagswahlrecht dürfen nicht die anderen Staaten majorisieren. (Burk: Wo bleibt dann die Einheit der Partei?) Ich sage ja, es soll Disziplin sein, aber das schließt nicht aus, daß in dem durch Parteistatut gegebenen Rahmen Eigenarten bestehen. Schauen Sie hinaus auf die alten Türme in Nürnberg, wie da die Steine, jeder einzelne verschieden, gestaltet sind, und wie sie doch alle höhenwärts streben; und wenn Sie ein paar Schritte zurücktreten, dann sehen Sie nur mächtige Quadrate, dann haben Sie den Eindruck der Geschlossenheit. Ich

Wenn Sie auf unter einzelstaatliches Verhältnis einwirken wollten, so kann man darüber reden, aber dann wäre zunächst nötig eine Aenderung des Parteistatus. Es wäre nötig, daß die Einzelstaaten und Provinzen dem Parteivorstande gegenüber eine geordnete Vertretung hätten, damit er nicht auf unverantwortliche Zwischenträger angewiesen wäre. (Lebhafte Belehrung bei den Südbürgern.) Es ist in den letzten Tagen oft hingewiesen worden auf den Nürnberger Vereinstag von 1865, und von mancher Seite wurde in nicht misszuverstehender Weise mit dem Gedanken gespielt, daß vielleicht Nürnberg, wo der Geburtsstag der Partei gefeiert wurde, eine traurige Bedeutung erhalten könnte. Ich bitte Sie auch, in der Geschichte zurückzublicken, aber nicht soweit. Ich bitte Sie zurückzublicken auf das Jahr 1875, auf das Jahr, in dem die deutsche Arbeitersklasse, die bisher getrennt marschierte, sich vereinigt hat. Ich bitte Sie, davon zu denken, daß damals ein Programm angenommen wurde gegen den Rat unseres großen wissenschaftlichen Führers Karl Marx, ein Programm, das sicherlich wissenschaftlich mangelhaft gewesen ist. Aber kommt haben unsere Menschen Recht und Recht hat

vergangen historische Verdienst sich erworben, daß sie der Wissenschaft gegenüber die Forderungen der Partei und der deutschen Arbeiterschaft durchgesetzt haben. (Bravo!) Ich hoffe, ich würde und erwarte vom Nürnberger Parteitag, daß auch heute wieder die Genossen etwaige wissenschaftliche Bedenken zurückstellen gegenüber der Forderung, daß die deutsche Arbeiterklasse einzuhören muß und soll. (Lebhafte Beifall der Anhänger der Budgetbewilligung.)

Eigener Fall ist, daß zum Anfang 195 der Zulag eingegangen ist, in dem Abschluß 2 der Lübecker Resolution das Wort „normalerweise“ zu streichen.

Die Württemberger Fraktion erhält das Wort — mit unbedenklicher Bedeutung —

Gitterbrandt, fünfzig! Parteienlossen! Wir Württemberger sind mit dem Parteivorstand einverstanden, daß er uns in seine Resolution mit aufziehen hat, daß er dem vorstehenden Vorschlag, auch uns zu verurteilen, weil wir diesem Entgegenkommen verhindern, um Verhalten vor der deutschen Sozialdemokratie bestmöglich zu können, und weil uns dadurch auch Verteilung gegeben wird, unsere volle Solidarität mit den anderen Fraktionen der Süddeutschen Staaten ausdrücken. (Bravo! bei den Süddeutschen.) Es ist ja etwas zu fassen, daß der Vorstand in diesem Jahr uns einen Käuf zu erstellen bestrebt, nachdem er im vorherigen Jahr durch die Nichtabstimmung der Frage in Essen zweitlos zum Ausdruck gebracht hat, daß er unsere Gründe als unwichtig erkannt. Auch aus der Rede Bebels, der mit seinem Worte unsere Abstimmung zum Budget irgendwie kritisiert hat, geht hervor, daß wir uns im Rahmen des Lübecker Beschlusses gehalten haben. Ganz falsch aber wäre die Aushöhung, als ob unter Verhalten von den Verhältnissen der anderen Fraktionen Süddeutschlands zu unterscheiden wäre. Ich Auffrage meiner Fraktion muß ich erklären, daß wir eine Abstimmung in unserer Fraktion nicht in Anspruch nehmen. Es waren zum großen Teil dieselben vorwärts, die uns zu unserer Stellung veranlaßt haben. Die Auffrage gegen uns geht auf Disziplinarbruch und Parteiverrat. Die

#### Leipziger Volkszeitung

hat unsere Stellungnahme als parlamentarischen Konsensus bezeichnet. Ich habe seit Jahren verlautet, die Leipziger Volkszeitung reicht zu nehmen. (Unruhe.) Ich glaube, daß meine behandelnde Ansicht auf die Redaktion keinen besonderen Einbruch machen wird. Ich glaube, wir werden, so lange der Leipziger Parteivorstand eine solche Kampfesart ihrer Redaktion recht ist, uns nicht darin finden müssen, daß jeder anständige Mann in der Arbeiterbewegung von der Leipziger Volkszeitung Tag für Tag angepakt wird. (Große Unruhe. Widerpruch und Zustimmung.) Wir sind nicht die ersten, denen die Leipziger Volkszeitung angehört hat, daß sie mit glühendem Eifer aus der Partei ausspeckt werden müssten. Aber deshalb resümieren ich doch, als Parteigenosse anerkannt zu werden, vielleicht mit größerem Rechte als Leute, die sich gewöhnt haben, die Parteigenossen zu belämmern. Ich nehme die Leipziger Volkszeitung nicht ernst. (Kurz: Das merkt man!) Etwas anderes ist es mit dem Vorwärts. Der Vorwärts ist das offizielle Parteorgan. Der Parteivorstand hat die moralische Verantwortung für den Vorwärts. Er hat sie dokumentiert, als er entgegen dem Willen und den Intentionen des Parteitages in Nizza seine Abstimmung durch eine Neubefragung der Redaktion gestellt hat. (Unruhe.) Ich will darüber hier nicht streiten. Genug, er hat die Verantwortung, und er übernimmt sie auch mit seiner Resolution. Mir tut es leid, daß ich hier Dinge vor der Öffentlichkeit berühren mag, von denen ich voraussehe, daß unsere Gegner sie uns später in den parlamentarischen Verhandlungen entgegenwerden werden. Es ist das für Sie, die Sie nie in der Lage sind, in verantwortungsvoller Stellung die Partei den Gegnern gegenüber zu vertreten (Widerpruch und Lachen), vielleicht verständlich. Ich nehme es Ihnen nicht ab, wenn Sie lachen. Mir tut es nicht gleichgültig, wenn uns in den parlamentarischen Verhandlungen ein Gegner mit solchen Waffen gegenüberstehen kann. Man hat verlautet, die Württemberger Abstimmung zum Etat als eine Entgleisung einzustellen. Unsere Abstimmung war

#### keine Entgleisung.

(Hört, hört!) Ich glaube, daß kaum in der deutschen Sozialdemokratie — auch im Parteivorstand nicht — ein Beispiel je gefaßt worden ist, der Gegenvorstand so übler Beratung geworden wäre, als unser Zusammenspiel; ja zum Teil im vorherigen Jahre. Sie als Parteifunktionärs ziemlich gescheiterter, ja angstlicher die Abstimmung eines Beschlusses auf die Partei präzise, als wir es in diesem Falle getan haben. Und ich will noch mehr vertraten, schon um nachzuweisen, wie wenig es sich um eine planmäßige Aktion handelt. Nachgelängen Vorbereitungen stand in der Fraktion die Sache so, daß die Mehrheit sich für die Abstimmung zum Budget nad einer Wiederholung sich für die Ablehnung erklärte. Da hätten wir nun zum Beispiel, dem Nürnberger Parteitag folgend, von unserem Mehrheitsrecht Gebrauch machen und die Wiederholung vergewaltigen können. Wir haben uns aber gezeigt, daß eine Budgetabstimmung eine Parteifakeleitert nicht wert sei. (Wiederpruch: Sehr richtig!) Wir haben es mit den Berlinern gehalten, die selber der Budgetabstimmung keinen Wert beigemessen haben und haben gelautet, nem, die Mehrheit tritt von ihrem Standpunkt zurück unter der Bedingung, daß mit dem Parteivorstand und den anderen Süddeutschen Fraktionen beraten wird, ob sie überhaupt gewungen sind, regelmäßig die Budgetabstimmung. Durch dieses Nachgeben der Mehrheit war zwei Tage vor der Abstimmung die Ablehnung des Budgets beschlossen. Am Tage der Abstimmung selber sind auch Genossen der Widerpartei zu der Auffassung gekommen, daß die Gründe für die Abstimmung nicht leidlich abweichen würden, daß die Rücksicht auf die Agitation, auf die Populärität im Lande, auf die Entwicklung der Gegner nicht zu unterschätzen sei. Dazu kam die Erfahrung, daß unsere Abstimmung nicht ohne Einfluß sein würde auf die Haltung der Regierung beim internationalen Kongress getrieben, und da waren wir und der Rest des Landes der Situation durchaus bewußt. Das kann doch die Partei mit dem Lübecker Beschuß nicht gewollt haben, daß wir einer reinen Formalität wegen unsere guten Gründe propagandistischer Art preisgeben müßten. In dieser Situation haben wir vielleicht eine Stunde vor der Abstimmung unserer früheren Beschuß verändert und haben gezaubert, im Dienste der deutschen Sozialdemokratie, im Dienste der Partei, der ganzen Bewegung seinen Fehler zu begreifen und seinen Schaden hervorzuheben, wenn wir entgegen unserem vorher gefassten Beschuß in dieser ausnahmswerten Falle einmal das Budgetannahmen. Wir waren sicher, daß damit keine Aenderung unserer Stellung zum Klassenstaat und auch nicht eine solche der Regierung unserer Partei gegenüber eintreten könnte. Also ich glaube, Ihnen beweisen zu haben, daß wir nicht beabsichtigt haben, die Partei zu verraten oder die Disziplin leichtfertig zu brechen, und daß von einer wohlüberlegten Schwächung der Partei und Widerholung der Parteitagsbeschuß nicht die Rede sein kann.

Nun die Gründe, die bei der ersten Beratung schon entscheidend waren, daß es nicht richtig sein kann, daß die Sozialdemokratie, die Partei des Lebens, des wirtschaftlichen und politischen Lebens,

#### auf eine Schwäche jenseits einer Meinung festgelegt

wird (Sehr gut!), die Meinung, daß es der Sozialdemokratie nicht entspricht, die Budgetablehnung zu einer Kapitalfrage, zu einer Prinzipienfrage, zu einer Frage des Seins, des Nichtseins der Partei zu machen. Der Parteivorstand drückt in einer Resolution aus, daß die Gesamtbestimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß. Ich habe mir Mühe gegeben, in der einschlägigen Literatur Belege dafür zu finden, ob unsere Partei oder eine andere Partei überhaupt offen auf dem Standpunkt steht, daß die Abstimmung über das Gesamtbudget eine Vertrauens- oder Mitherausfrage sei. Es ist mir

in unserer Literatur kein Fall bekannt geworden, wo das irgend einmal befürwortet oder sonstwie festgelegt worden wäre, wenn man nicht den Lübecker Beschuß so auffaßt. Und ich kann Ihnen sagen, daß uns in Württemberg ihr ein ehrlicher Politiker, der bis jetzt gedacht hätte, daß die Zustimmung zum Finanzgesetz der Ausschluß eines besonderen Vertrauens darstellt. Man hat bei uns in den politischen Parteien auch nicht daran gedacht, die Ablehnung zu einer besonderen Mitherausforschung zu benutzen. Keinesfalls aber gilt das Umgekehrte. Unsere Zustimmung zum Budget ist die Annahme, daß die vorgelegte Verteilung der Steuern annehmen und Darstellung der Ausgaben ohne weitere Beanstandung akzeptiert wird. Aber die Ablehnung ist kein Mitherausvotum. Wenn die Ablehnung des Budgets eine Mitherausforschung darstellt, so kann sie nicht wirkungsvoll sein, wenn sie — einem Katalysator gleich — alljährlich ohne Rücksicht auf die politische Kontinuität schwachenmässig angewendet wird. (Sehr richtig!) Sie wird eine wirkliche und entscheidende Waffe sein, wenn ich sie zu besonderer Bedeutung meines Mitherausvorschlags, sobald ich einen besonderen Grund dazu habe. Wir haben in Württemberg zwölf Jahre hindurch das Budget abgelehnt und dadurch den Gehalt aller Parteigenossen, auch alter Radikale gefunden. Glauben Sie aber nicht, daß das an uns Beteiligte ebenso vorübergegangen ist wie an Ihnen, die Sie der Sache fern standen. Ich weiß aus persönlicher Beobachtung, daß unsere Freunde — und wir haben in unerem Landtag nicht zu unterschätzende Freunde, die unter Propaganda sehr erschweren — in diesen ganzen Jahren immer mit den Mitteln hausieren gegangen sind, daß sie den Arbeitern erklärt haben: Gewiss, die Sozialdemokratie hat für die Arbeiter wunderliche Neben gehalten, sie haben immer mehr verlangt, als die anderen. Aber was näher alle Neben und Forderungen und die prokhardtischen Ansprüche von höheren Lönen, wenn am Schlüsse durch die Abstimmung des Budgets die dann notwendigen Mittel verworfen werden? (Lachen.) Glauben Sie nicht, daß Sie damit eine neue Intelligenz gewinnen, wenn Sie darüber losmachen, das auch wir getan und davon jahrelang in Parlamenten und in Parlamenten zu widerlegen gesucht. Aber immer sind Herr Oberbürger und Herr Heber gekommen und haben gesagt: „Halten Sie doch keine so rohen Reden, das ganze Gedanken ist ja lächerlich. Sie lehnen am Schlüsse ja doch die Mittel ab. Wenn wir alle so handeln würden, würde es keinen Fortschritt geben.“ (Kurz.) Mein lieber Genosse Ledebour, Herr Heber geniert sich auch vor Ihnen nicht, und wenn Sie auch jemand vor Ihnen genierter wären, so ist es mir unverständlich, daß Sie mir ins Wort fallen, wo Sie doch als mein Kollege wissen, daß ich noch nicht daran gedacht habe, daß auch nur der Gedanke Platz greifen könnte, im Reichstag das Budget anzunehmen. Die Verhältnisse im Reich und in den Einzelstaaten sind grundverschieden. Wenn wir in Württemberg der preußischen Regierung gegenübergestanden hätten, wären wir wahrscheinlich mit einer Verhandlung von einigen Minuten fertig geworden. Bei einer Regierung wie der preußischen hätte sie von uns auch nur die leichte Konzession gemacht. Aber ich kann die württembergische Regierung nicht mit derselben Weise schlagen,

die die preußische verdient. (Sehr gut!) Ich will das kurz begründen. Sie haben ja nachher das Recht zu prüfen, ob ich noch innerhalb oder außerhalb der Partei stehe, wenn es Ihnen nicht radikal genug Klingt. In der Lübecker Resolution ist als besonderes Kriterium zum Ausdruck gebracht, daß der Staat von neuem prinzpiell die Gleichberechtigung der Sozialdemokratie gegenüber anderen Parteien ablehnt. Ich weiß, daß auch bei uns die Sozialdemokratie noch nicht in allen Detailspunkten die Anerkennung errungen hat. Aber ich fordere Sie alle auf, mir nachzuweisen, wo die Gleichberechtigung der Arbeiter in politischer Beziehung durch die württembergische Regierung in den letzten Jahren ausdrücklich verlegt worden ist. Infolge unserer Tätigkeit und unseres Einflusses, den wir durch die hinter uns stehenden Massen zum Ausdruck bringen konnten, hat sich der bei uns in früheren Jahren der Sozialdemokratie gegenüber eingetretene Standpunkt von Grund aus geändert. Ich rede nicht davon, daß es in der Zeit in Württemberg heute anerkannt ist, daß die politische Meinung als Sozialdemokrat kein Grund ist zum Ausschluß vom Amt eines Schöffen und Geschworenen. Wir haben aber seit Jahren durch die Arbeitgeber gewählte Vertreter in der Zentralstelle für Handel und Gewerbe, einem Institut, das für die Fabrikinspektion bei uns von ungeheurer Bedeutung ist. Wir haben Organisationen der Eisenbahnarbeiter, in denen bekannte Parteigenossen in leitender Stellung stehen, also Dinge, die Sie vielleicht nicht als auerkenntswert bezeichnen, die aber bei Ihnen jedenfalls absolut ausgeschlossen sind. (Sehr richtig!) Wir haben doch vor zwei Jahren durch unsere Vertretung für die Werkstättenarbeiter der Staatsbetriebe den neuen ständigen Arbeitstag erreicht, und dieses Vorgehen ist der bestimmende Grund für die preußische Verwaltung gewesen, um auf diesem Gebiete zu folgen. (Hört, hört!) Wir haben uns außerordentlich gefreut, daß es uns durch unsere parlamentarische Tätigkeit möglich war, auch den Arbeitern in Preußen diese Wohltat zu stellen zu lassen. Wir haben in der letzten Zeit eine Aenderung der Finanzregelung, eine Aenderung unserer Verfassung erhalten, haben das gleiche, allgemeine und direkte Wahlrecht erläutert, in einem Teil des Landes das Proportionalwahlrecht. Und wenn es uns nicht gelungen ist, bis jetzt eine Mehrheit im Landtag zu erreichen, so ist nicht das Wahlrecht schuld, sondern die noch zu geringe Anzahl unserer Anhänger. Es ist in den letzten Zeiten noch gar kein Fall befallen geworden, wo bei irgendwelcher Wahl die Regierung oder ein Vertreter derselben irgendwie die Beeinflussung eines Staatsangehörigen oder eines Bürgers verucht hätte. Alle diese Gründe haben, nicht als einzelne für sich, sondern in ihrer Gesamtheit einen gewissen Einfluß ausgeübt, und wird unterstützt durch die Tatsache, daß auch bei uns im vorigen Jahre eine allgemeine Beamten- und Arbeiteraufbesserung durchgeführt wurde, die mit unserer Hilfe durch anderthalb Millionen Mark verstärkt und wesentlich zugunsten der Arbeiter abgedämpft wurde. Bei unseren Verhandlungen war es ein Parteigenosse, der nicht in den Verband kommen kann, Neukönig zu sein oder opportunistische Anschauungen zu haben, aber durch die Erfahrungen der letzten Reichstagswahl wachsend geworden war, der erklärt hat, wir müssen aus agitatorischen Bedürfnissen daran denken, ob nicht durch die Haltung in dieser Frage uns in der Propaganda Rücksicht zu zulegen haben. (Sehr gut!) Die Arbeiter der Staatsbetriebe und auch die übrigen, seien gar zu leicht geneigt, die Behauptung, daß wir durch die Ablehnung des Budgets alle früheren Verbesserungen illogisch machen, als richtig anzuerkennen. Sie betrachten diese Stellungnahme als Interessengeschäft und als Falschheit, aber aus diesen rein praktischen Erwägungen und aus dem Bedürfnis heraus, der Partei keinen Schaden zuzufügen, ist in einem großen Teile unserer Fraktion die Idee durchgegangen, daß es notwendig sei, unsere Stellungnahme durch Abstimmung zum Budget zum Ausdruck zu bringen. Also von einem Disziplinarbruch, von einem Parteiverrat kann bei uns gar nicht die Rede sein. Wer auf diesem Parteitag durch Annahme der Parteivorsitzendenresolution das Mitherausvotum gegen uns zum Ausdruck bringt, der soll nicht vergessen, daß unsere Erwägungen und unsere Beschlusshaltung

und dem guten Herzen für die Partei entsprungen sind; der erklärt, daß wir gewissenlos unter Nichtbeachtung der Parteibeschlüsse der Partei Schaden zuzufügen wollen. Das müssen Sie sich bei Ihrer Abstimmung überlegen. Ich habe früher gelautet, wir seien in der Abstimmung keine prinzipielle Sache, keine Staatsaktion und habe belont, daß wir damit ganz der Meinung sind, wie die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Berlin.

Der Berliner Etat ist wesentlich größer und umfangreicher als unser württembergischer Etat und Sie werden zugreifen, doch auch die Berliner Kommunalverwaltung eine wesentliche Einrichtung des Klassenzustandes darstellt. Die Berliner haben aber bis jetzt nie daran gebachtet, das Budget abzulehnen. (Lebhafte Widerrede der Berliner Delegierten: Wir haben ja nie zugestimmt.)

Parteigenossen! Haben Sie denn müssen Sie mich hören, wenn Sie annehmen, daß ich, ohne etwas in der Hand zu haben, wenn der Berliner Stadtverordneten hier einen Vorwurf machen werde. Ich weiß aus langjähriger Erfahrung, daß mit den Berlinern auf den Parteitagen leicht Frieden besteht, wenn man nicht beschlagen ist. Das hätte auch diese Berliner Geschichte nicht zum Gegenstand der Kröterung gemacht, wenn sie nicht so sehr interessant gewesen wäre. Die Münchener Post hatte vor längerer Zeit sich einmal das Vergnügen gemacht, das Berliner Budget herzustellen und hatte dabei gesagt, warum denn die Berliner, die so stolz leben gegen die Bayern und Baden, doch selbst gar kein Verständnis dafür gezeigt hätten, daß die Budgetabstimmung eine so große Staatsaktion ist. Da hat sich natürlich der Vorwärts riesig entzweit; eine solche Verleumdung, eine solche Gemeinheit und Niedergang, wie in der Münchener Post gibt es nicht wieder. (Heiterkeit bei den Süddeutschen.) Die Münchener Post aber hat sich erlaubt, noch auf ihrem Standpunkt festzuhauen — dies verächtliche Blatt (Heiterkeit bei den Süddeutschen.) Die Redaktion des Vorwärts ist natürlich über Berliner Verhältnisse genau informiert und sie schreibt folgendes:

Unüberwindliche Abneigung gegen die Wahrheit.

Die Münchener Post wiederholt in ihrer Sonntagsnummer:

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins haben das Budget nie abgelehnt.

Der Vorwärts hat... festgestellt, daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins niemals für den Etat der Stadt Berlin gestimmt haben. Ist es der Münchener Post nicht möglich, ihre Süddeutschen Genossen fröhlichend: Behauptung richtigzustellen?

Die Münchener Post hat bis heute ihre Behauptung nicht richtiggestellt, das hat mich außerordentlich interessiert. Ich habe mir gedacht, ist denn die Münchener Post genau so schief wie der Vorwärts? (Große Heiterkeit.) Ich habe hier den stenographischen Bericht der Stadtverordnetenversammlung vom 31. März 1900 am Abschluß der Etatberatung. Da werden eine große Anzahl von Eingetragen angenommen. Verschiedene unserer Mitglieder beteiligen sich mit großer Verve daran. Ich habe dabei gesehen, wie die Berliner Parteigenossen im Rathause und zum mindesten nicht nachstehen in der Vertretung der Arbeiterinteressen, daß sie ganz wie wir in derselben revisionistischen und opportunistischen Weise versuchen, Kleinigkeit der kapitalistischen Klassestaatorganisation abzuringen. Und dann sagt nach dem amtlichen Bericht der Stadtverordneten Vorbericht: Nachdem wir nunmehr mit sämtlichen Etats fertig sind, schlage ich Ihnen vor, den Stadthaushalt für 1900 im ganzen festzustellen, in Einschätzung und Ausgabe mit 120 407 610 M., und dann heißt es weiter: „Die Versammlung beschließt demgemäß...“ (Zurufe der Berliner) Parteigenossen! So ungeheuer könnten wir es auch haben, wenn wir das wollten. Aber Sie verlangen ja von uns, daß wir nicht still schweigen, wenn diese große Staatsaktion wir das wollten. Aber Sie verlangen ja von uns, daß wir geduldig und vergnügt der Annahme des Gesamtbudgets durch andre zusehen, sondern Sie verlangen von uns auch, daß wir das Budget ausdrücklich in der Form einer besonderen Mitherausforschung ablehnen. (Sehr richtig!) (Wiederum: Wenn Sie namenliche Abstimmung haben!) Ich gebe zu, daß meine Intelligenz bei weitem nicht heranreicht an die Intelligenz der Berliner Stadtverordneten, aber so weit glaube ich doch die Berliner parlamentarischen Verhältnisse zu kennen, daß es auch dort möglich ist, daß die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag auf namenliche Abstimmung stellen kann und daß der nicht abgelehnt wird. Wenn der Antrag dann zur Abstimmung kommt, so können die Berliner wieder selben demonstrativen Wucht, wie sie sie vor und verlangen, den Etat von Berlin ablehnen,

um Ihre Gegnerschaft zum Klassenstaat zum Ausdruck zu bringen. (Sehr gut!) Ich bin nur der Meinung, daß dadurch der Klassenstaat um keinen Zentimeter verdeckt werden würde. Aber wenn einen rechtfertigt ist, auch durch andere billig sein. Ich habe Ihnen damit nur demonstriert wollen, daß die Berliner mit der Meinung sind, daß die Annahme des Budgets nicht eine Frage von prinzipieller, grundlegender Bedeutung ist (Widerpruch), sondern eine Frage von bloher geschäftlicher Bedeutung, die nur aus tatsächlichen, aus Zweckmäßigkeitsgründen zu einer Demonstration benutzt werden kann oder nicht.

Die Resolution des Parteivorstandes schlägt nur eine Verschiebung der Lübecker Resolution vor. Ich will noch einmal kurz an die Parteigeschichte dieser Sache erinnern. Im Jahre 1894, als sie zum erstenmal erörtert wurde, hatten die Süddeutschen das Glück, Grilleberg und Vollmar zum Führer zu haben. Es ist ungemein schade, daß jene viel wichtiger alle die Argumente zusammengetragen haben, als es uns möglich ist. Über die Parteigenossen von damals waren sich wohl des Ernstes der Situation bewußt, was es bedeutete, einen Teil der Partei durch ein in gewisser Beziehung günstiges Mittel zu fesseln, und haben es abgelehnt, diesen Zugang auszusprechen. Sie haben keinen Beschuß gefaßt. In Lübeck war die Situation etwas anders. Aber die süddeutschen Abgeordneten von damals standen beim Parteivorstand noch so viel Gehör, daß sich der Genosse Heber dafür einsetzte, ihnen die gewünschte Freiheit nach Möglichkeit zu erhalten. Der Parteitagabesluß erläutert ja die Abstimmung für eine prinzipielle Frage, fest aber sofort in der Resolution eine Annahme fest und der Beschuß hält damit auf ein Prinzip darzustellen. Wir haben in der Zwischenzeit seit Lübeck eine Veränderung unserer politischen Situation in verschiedenen Staaten erlebt. Die sozialdemokratische Partei ist stärker und kräftiger geworden. Die Parteigenossen, die unter den schwierigen Verhältnissen und in der parlamentarischen Vertretung die Wege geebnet haben, waren damals der Meinung, daß dieser parlamentarische Weg und praktischen Resultaten führen solle und daß, wenn wir einmal die Gelegenheit haben, Berliner Männer in das Parlament zu schicken, wie diesen dann auch das Vertrauen zeigen müssen, daß sie nach Pflicht und Gewissen die Parteidemanden vertreten. Genosse Timm hat die Frage ganz auf den richtigen Punkt gerückt. Es handelt sich um

die Frage des gegenseitigen Vertrauens und um weiter nichts. Uns haben diejenigen, die in den vorherigen Wochen gegen uns Stellung genommen haben, ohne unsre Gründe zu kennen, dieses Vertrauen von vorherseitig für uns unwidrig erklärten. Sie haben unsre Stellung innerhalb der Partei und innerhalb des Landes bereits heute in einer anderen Weise untergraben, daß wir schwer zu tun haben werden, das Liedel wieder aufzuspielen. (Lebhafte Zustimmung bei den Süddeutschen.) Wir sind gezwungen, bei jeder Wahl diejenigen, die wir vorschlagen, den Wahler als vertrauenswürdige Männer zu empfehlen, und in ihren Diskussionen werden die Wähler dann von den Gegnern überzeugt, wenn wir auch immerhin das Vertrauen haben, daß sie imstande sind, zu prüfen, ob die Parteidemanden vertreten werden. (Beifall in der 8. Sitzung.)

# 3. Beilage zu Nr. 216 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 17. September 1908.

## Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)

unserer Abgeordneten für oder gegen das Budget im Interesse der Partei liegt, aber ihr zum Schaden gereicht. Die Vorstand-resolution enthält die programmatiche Erklärung des Misstrauens gegenüber Parteigenossen, die selber parlamentarisch gewirkt haben, und wenn Sie uns mit diesem Misstrauen belasten, geben Sie unsern Gegnern eine Waffe in die Hand, die sie bei jeder Gelegenheit benutzen werden. Sie werden und vorhalten: Was wollen Sie, Sie sind ja von ihrem eigenen Parteitag als Männer proklamiert, die gar nicht das Vertrauen verdienen, eine solche Stellung einzunehmen!

Es geht mir wider die Natur, Ihnen zu sagen, wenn Sie die Resolution annehmen, dann wird dadurch ein Unglück geschehen. Lieber sage ich, daß ich persönlich auf die Mitarbeit verzichte, als daß ich proklamieren sollte, die Partei sollte Schaden leiden. Aber das kann ich Ihnen sagen: Mit der Vorstand-resolution belastet, ist es mir und meinen Genossen nicht mehr möglich, im Parlament wirksam für die Arbeiter einzutreten. Das können Sie nicht wollen und das dürfen Sie schon in Norddeutschland aus dem Grunde nicht wollen, weil Sie uns dann ein Unrecht tun, dessen Tragweite Sie nicht ermessen können, weil Sie selber nicht darunter zu leiden haben. (Stürmischer Beifall bei den Süddeutschen.) Ich weiß nicht, ob wir auszugehen sollen von diesem Parteitag, ohne daß es möglich wäre, in dieser Frage zu einer Verständigung zu kommen. Die Pläne des Genossen Bebel heute früh war, wie die Rebe eines Parteiführers sein muß, in verschämlichem und ausgleichendem Tone gehalten. (Sehr richtig!) Ich bedaure nur, daß wir nicht den Vater Adler in unserm Parteivorstand haben, der sich auf den Standpunkt stellt: in parlamentarischen Fragen wird gehandelt und nicht geredet, werden nicht Resolutionen gefasst.

Der Parteivorstand weiß — und das ist das Gefährliche an der Situation —, daß er es mit allen Parteigenossen zu tun hat, die, wie er, mit ganzer Seele an der Partei und an ihrer Tätigkeit in der Partei hängen. Weil er das weiß, deshalb vertraut er darauf, daß wir auch mit dem Sigma des Misstrauens belastet, weiter mitarbeiten werden. Parteigenossen! Am Ende des Präsidiums sitzt der Genosse Singer. Er hat uns gestern in unserer Konferenz, als wir den Versuch gemacht haben, einen Ausgleich zu schaffen, zu verstehen gegeben, daß es endlich an der Zeit sei, mit den Verfehlungen und Verfehlungen eines Endes zu machen. (Hört, hört!) Wenn das einer von uns sagt, die wir hier gegen eine Anklage uns verteidigen, und mit Vorwürfen der schwersten Art belastet, wie sie uns in den letzten Wochen entgegengetreten sind, sich versteigt, so nehmen Sie und das nicht übel. Aber der Mann, der an der Spitze unserer Partei steht, hat die Aufgabe, zu vereinigen, und nicht zu trennen. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.)

### Die Anklage auf Parteiverrat und Disziplinbruch

Weise ich weit von mir. (Bravo!) Wenn ich Sie auffordere, uns zu schützen vor diesem Sigma, so sage ich, wäre es die allererste Aufgabe des Parteivorstandes und seines Präsidiums, daß sie auf unserer Seite stehen und daran denken würden, daß, wenn wir und heute auch noch so sehr erregt über diese Frage, doch wieder ruhige Zeiten kommen. (Sehr wahr!) Ich erinnere daran, wie es geangen ist, als wir uns seinerzeit über die Frage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen unterhielten. Da habe ich zu denen gehört, die der Meinung waren: Was ist das für eine Situation, ein Land wie Preußen mit einer solchen Arbeiterschaft, mit einer solchen Organisation soll stillstehen, soll schaffen, wo die Geschichte des Volkes in der Geschäftsgabe beraten werden? Ich habe damals dafür gestimmt, daß die preußischen Genossen sich an den Landtagswahlen beteiligen sollten, und wie sind genau wie heute als humoreiche Kerle, als halbe Parteigenossen behandelt worden, die es gar nicht ernst meinen mit der Partei. Mit großer Schäggigkeit wurden damals die Verurteilungen geführt. Und als wir zu Hause waren, war alles ruhig. Heute aber schreibt die Vorwärts-Nebatistik darüber, daß es gelungen ist, in den preußischen Landtag Abgeordnete zu wählen. So gut Sie hierin unsern Beispiele gefolgt sind, so ist es noch mit einer ganzen Reihe anderer Dinge geschehen. Ebenso haben wir uns in der eindeutigsten Weise über die Frage der Annahme des Vizepräsidentenpostens unterhalten. Wer es gewagt hätte, dafür zu stimmen, war nur ein halber Parteigenosse, ein Revisionist. Die Distanzierer haben es einfacher gemacht: Sie haben nicht geredet, sie haben es gemacht. (Sehr gut!) Die Leute, die wieder den Budgetstreit auf dem Gewissen haben, sind zum großen Teil Leute, die noch niemals daran gewöhnt waren, für ihre Tätigkeit innerhalb der Partei irgendeine Verantwortung zu tragen. Und das beleidigt, das kränkt und, daß der Parteivorstand nicht in stande ist, zu verhindern, daß alle diese Kämpfe in erster Linie von Leuten veranlaßt werden, die gar nicht in die Lage kommen können und wollen, dieselbe Verantwortung wie wir zu übernehmen, und dann auch die Konsequenzen aus diesen Beschlüssen zu tragen. (Beibel: Das ist ja unmöglich!) Ja, das ist sehr möglich. Genosse Bebel, darüber denken nicht nur ich, sondern auch andre Leute so. Es gibt keine Partei in der Welt, die sich ihre tatsächliche Beschlussfassung, ihre Richtung vorschlagen läßt von Leuten, die nicht mitten im Kampfe stehen, die uns nur dirigieren wollen, aber nicht mit uns arbeiten. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen. Große Unruhe.)

So geht es eben in solchen Kämpfen, da kommen auch solche Dinge zur Sprache, die dem einzelnen unangenehm sind, die aber bei solchen Gelegenheiten auch zum Ausdruck gebracht werden müssen, um mit Lässig zu sagen, was ist!

Es sind dieselben Parteigenossen, die uns vor wenigen Jahren zu überzeugen suchten, daß es notwendig sei, durch den Parteitag beschließen zu lassen, daß der Massenstreik angewendet werden müsse. In Jena haben wir uns ja bei nahe darüber die Köpfe gerollt. (Beibel: Unglaublich!) Genosse Bebel, ich habe Ihre Rede von damals jetzt vor dem Nürnberger Parteitag noch einmal gelesen, auch die von Rosa Luxemburg. (Pfannenfuchs: Auch die von v. Els?) Auch die. Es war nicht die schlechteste. (Pfannenfuchs: Nein, aber die rotelette. Heiterkeit.) Ich will nur feststellen, diejenigen, die die Resolution abgeschriften haben, wurden damals auch nur als halbe Genossen, als zweifelhafte Charaktere hingestellt. Unser Jenaer Parteitag ist vorübergegangen, der Mannheimer auch, und ich bin der Meinung, wenn wir den Massenstreik machen, beschließen wir ihn nicht erst. (Zuruf Beibels) Ja, dann sind wir verschiedener Meinung. Genosse Bebel, ich bin der Meinung, den Massenstreik muß man machen, aber nicht an die Wand malen. So wie es mit diesen Dingen gegangen ist, geht es mit der Budgetbewilligung auch. Ich kann nicht das Verbißt in Anspruch nehmen, schon einmal prophezeit zu haben, daß einmal eine Zeit kommt, wo eine andre Abstimmung über die Budgetfrage auf dem Parteitag notwendig werden wird. Es tut mir leid, daß wir so viel Verbißt und Energie an die Beratung dieser Budgetfrage her lehren müssen. (Sehr richtig!) Sie wären viel nötiger angewanden gegen andre Leute, gegen Nichtparteigenossen. (Sehr richtig!) Heute erregen wir uns, aber trotz dieser Erregung kann ich befürchten, daß ich getroffen habe von Nürnberg nach Hause

gehe. Ich weiß, daß ich zu denjenigen zählen werde, deren Anschauungen später einmal anerkannt und durchgesetzt werden. Die Frage wird so lange eine Frage des Prinzips sein, als sie sich auf einzelne beschränkt. Sie wird auftreten, es zu sein, sie wird auch zur praktischen Frage werden, sobald auch die andern mit darunter zu leiden haben. Die Resolution ist für uns unannehbar, wenn der Vorstand nicht eine Aenderung vornimmt, und wenn Sie von Ihrer Mehrheit Gebrauch machen — das Recht haben Sie ja dazu —, so haben Sie uns einen Beschluss aufgedrängt, der uns noch unserer Überzeugung unter Stellung erschwert, unsre Erfolge verhindert und deshalb ist er unannehbar. Ich habe keinen Auftrag Ihnen zu sagen, was wir tun, wenn Sie von der Mehrheit Gebrauch machen, aber ich für meine Person kann Ihnen sagen: Nehmen Sie die Resolution an, so haben Sie uns damit nicht der Pflicht entbunden, bei jeder nächstjährigen Budgetberatung zu überlegen, ob es das Interesse der Arbeiter und das Interesse der Partei erfordert, dagegen über das zu stimmen. Wir werden dabei selbstverständlich, soweit ich das in Frage komme, etwas vorsichtig sein, wie sind etwas gewichtiger geworden. Wir werden die Kollegen vom Parteivorstand vor die Frage stellen, mit uns vorher zu beraten, um nicht eine Situation à la St. Gallen zu schaffen. (Zuruf: Ja, also!) Also nehmen Sie unsre Anerkennung nicht als eine Drohung, als eine Absicht zur Spaltung der Partei, aber erkennen Sie daraus, daß wir überzeugt sind, daß Sie versuchen, uns in unserer Stellung, in unsrer politischen Ehre zu kränken, und das sollten Sie nicht tun, im Interesse der Einigkeit und der Geschlossenheit der Partei. (Lebhafte Beifall bei den Süddeutschen.)

Simon-Altenberg (mit 30 Minuten Redezeit): Ich will auf die Polemik in der Presse nicht eingehen. Auf beiden Seiten ist gesetzt worden. Und niemand als ich verurteilt schärfer, daß über das Ziel hinausgeschossen wurde. Ganz unnötig verschärft wurde aber die Behandlung der Frage von vornherein durch den Landesvorstand der bairischen Parteigenossen, die dem Parteivorstand erklärt haben, hier haben wir ein Schweigeselbst. (Sehr richtig!) Wäre das nicht geschahen, so wäre die Diskussion nicht in dieser Schärfe geführt worden. (Sehr richtig!) Es wurde in der Frankfurter Tagesspost die Meinung ausgesprochen, daß wir einander vorbereiten; und es ist so. Über warum reden wir einander vorbei? Weil eben die Parteigenossen, die für das Budget gestimmt haben, von Voraussetzungen ausgegangen sind, die wir nicht billigen können. Es wurde hier gesagt, das Parteiprogramm ist kein „paperner Papst“. Und auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir nicht Parteischlüsse fassen können, die Gültigkeit haben für immer und ewig. Aber wenn man zu der Auffassung gelangt ist, daß Beschlüsse nicht mehr aufrecht erhalten werden können, dann soll man den Weg gehen, den man bisher gegangen ist. (Sehr richtig!) Dann soll man auf den Parteitag gehen, und soll die Abänderungen zu erlangen suchen. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb waren all die wunderbaren Auseinandersetzungen hier viel angebracht gewesen vor einem Parteitag, den man nicht vor das Faltum der Budgetbewilligung gesetzt hätte, sondern auf den man beraten hätte, aus welchen Gründen man die Abstimmung beim nächstenmal ändern müsse. (Sehr richtig!) Das wäre der richtige Weg gewesen, der uns vor solchen Erfüllungen, vor solchen parteiähnlichen Diskussionen bewahrt hätte. Meine Kollegen in der Fraktion des bairischen Landtags, die für das Budget gestimmt haben, waren der Auffassung — und ich will gern zugestehen, daß das nicht vorgeschohene, sondern tatsächlich Auffassung war —, daß sie sich mit der Zustimmung zum Budget im Rahmen der Lübecker Resolution bewegten. Die Ausführungen Singers kann Timm für seine Auffassung nicht heranziehen. Es gibt da auch noch Ausführungen von anderen Genossen und Genossinnen in dieser Frage. Und da ist doch außerordentlich charakteristisch das, was die Genossin Bettin angeführt hat, um eine Verstärkung der Resolution abzuwehren. Sie sagte: (und zwar war das gegen eine Singersche Streichung gerichtet) Nehmen Sie den Antrag Bebel an. Ich fürchte nicht, daß der Beschuß zum Hinterbrüchen führt, mittels dessen die Genossen den Beschuß umgehen. Ich fürchte keine Söhne. Gegen Monatshilf hilft und auch die feingeschickte Resolution nicht.“ Betrachtet man die Frage von dem Gesichtspunkt der Lübecker Resolution aus und wie die Mehrheit für die Resolution gestimmt haben ist, so muß man sagen, die Auffassung der Genossen war irrig. Die Zustimmung zum Budget in Bayern läßt sich unter die wogenden Gründe nicht zusammenfassen. Es wurde viel davon gesprochen, daß, wer im praktischen Leben steht, wer die Zählung mit der Masse nicht verloren habe, zu einer ganz anderen Auffassung kommen müsse. Ja, man soll sich doch nicht so hinstellen und tun, als wenn man allein nur in Aussicht mit der Masse stehe. (Sehr gut!) Aber so ist es gar nicht. Wir waren gar nicht die Geschobenen. Ich möchte den bairischen Parteigenossen sehen, der an uns herangetreten wäre und von uns verlangt hätte, wie sollten für das Budget stimmen. (Hört, hört!) Sechs Wochen vor der Budgetbewilligung fand der bairische Parteitag statt und hier wurde von keinem Delegierten die Budgetbewilligung erwähnt. (Lebhafte Beifall, hört, hört!) Daß die Genossen sich hinter ihre Abgeordneten stellen, ist erklärlich. Aber gehoben haben sie uns nicht. Ja, ich wage zu behaupten, daß — wenn wir gegen das Budget gestimmt hätten — nicht ein einziger Widerstand bei der Verhandlung in der Versammlung laut geworben wäre. (Lebhafte Beifall, hört, hört! Zuruf: Beweisen!) Ich werde es beweisen. Wir haben bisher in Bayern das Budget abgelehnt, und es ist außerordentlich charakteristisch, womit diese Ablehnung im Handbuch begründet ist, das den agitatorisch tätigen Genossen mit auf den Weg gegeben wird. Da heißt es:

Die Sozialdemokratie hat vom ersten Tage ihrer Existenz im bairischen Landtag an unbestritten eine einzigartig praktische Tätigkeit entfaltet und auf einer ganzen Reihe von Gebieten sich als die hauptsächlichste Kriegerin des Fortschritts erwiesen. So hat denn auch der giftigste Feind nicht vermocht, unser Landtagsfraktion den sonst so beliebten Vorwurf eines Mangels an positiver Arbeit zu machen. Anstatt dessen sucht man aber ab und zu — wenn alle Kampfmittel versagt — mit einem andern Einwand gegen sie Stimmung zu machen. Man erkennt zwar notgedrungen an, daß sie für alle nötigen und kulturellen Dinge, für Bildung und Erziehung, für Berichte und Industrie, für Gewerbe und Landwirtschaft, Arbeiter und Staatsangestellte mit Eifer eingetreten ist, und die bei den einzelnen Abschnitten des Staatshaushalts dafür erforderlichen Mittel bewilligt hat. Aber, fügt man hinzu, wenn die Sozialdemokratie bei der Schlussabstimmung über das Finanzgesetz sich ablehnend verhalten, verwirgeren sie doch alle Mittel für die Staatsbedürfnisse. Diese Behauptung ist aber grundsätzlich falsch, soweit es sich nicht um eine verdeckte, absichtliche Verfehlung der Wähler handelt, von einer ungewöhnlich geringen Kenntnis des insländischen und ausländischen Parlamentarismus, denn es ist eine alte Art auch bei bürgerlichen Parteien, wenn sie sich in einer schärfen Oppositionstellung befinden, daß sie die Gesamtabschaffung über das Budget dazu bemühten, um ihre ablehnende Haltung gegen das herrschende System zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafte Beifall, hört, hört!)

Ich wage weiter zu behaupten, daß wir uns in Bayern noch niemals in einer günstigeren Situation befunden haben, wenn man schon einmal die Gründe billigt, die für die Bewilligung des Budgets angeführt werden können — ich billige sie nicht —, ich wiederhole, es war die Situation für uns niemals günstiger wie dieses, das Budget abzulehnen. (Hört, hört!) Wir haben dem Kultusminister Wehner Verfassungsbruch vorgeworfen. Unser Freund Segitz hat in einer gehörigen Rede nachgewiesen, daß der Minister die Verfassung verletzt hat. Er hat seine Rede mit den Worten geschlossen:

Die Frage ist nämlich die, ob der Minister das Recht habe, auf Grund der Verfassung den Lehrer Weiß zu mahnen. Diese Frage mit allem Nachdruck verneint und schafft vorgehoben werden, daß in dieser Sache die Staatsregierung einer Verfehlung der Verfassung schuldig gemacht hat. Meines Erachtens wäre es Aufgabe des Landtags, daraus die Konsequenzen zu ziehen, den Versuch zu machen, ein Verfahren zur Ministeranklage gegen die Staatsregierung einzuleiten. (Hört, hört!)

Wenn wir in der Erklärung, die wir gegen das Budget abgegeben haben, gesagt hätten, wir erkennen zwar an, daß auf den und den Gebieten Fortschritte erzielt sind, daß uns auf manchen Gebieten Entgegengesetztes gezeigt ist, wir lehnen aber das Budget ab, weil wir einem Ministerium, das den Verfassungsbruch eines seiner Mitglieder beklagt, kein Vertrauen entgegenbringen können, dann hätten wir unschuldig auch dem Indifferenzenstar machen können. (Lebhafte Beifall, hört, hört!) Also auch nach dieser Richtung hin besteht und kein angrindiger Grund, daß Budget zu bewilligen. Da gewisse Ansätze zur Gleichverteilung vorhanden sind, erkenne ich an, aber auch nur Ansätze. Das Beamtenrecht, das von uns in seinen einzelnen Artikeln auf das entschiedenste bestreikt wurde, und gegen welches ich mehrere Male in Fraktionssitzungen gesprochen habe, ebenso wie Adolf Müller und Schmidt, dieses Gesetz habe ich als ein Ausnahmegesetz gegen uns selbst bezeichnet. Ich habe mich trotzdem dem Beschuß der Mehrheit gefügt, weil ja hier kein Parteischlußbeschuß vorlag. Ich kann mich selbst, wenn ich Gegner eines Gesetzes bin, einem Beschuß der Fraktion fügen, wenn nicht ein Beschuß des Parteitags dem entgegensteht. (Sehr richtig!) Dieses Gesetz liegt in seinem Artikel 11:

Der Beamte hat alle Obliegenheiten des ihm übertragenen Amtes den Gesetzen, Verordnungen und Dienstvorschriften entsprechend gewissenhaft wahuzunehmen, und sich durch sein Verhalten in und außer dem Amte der Achtung, die sein Gewerbe erfordert, würdig zu erweisen.

Artikel 16 lautet:

Die Teilnahme an einem Verein, dessen Zweck oder Strebungen den staatlichen oder dienstlichen Interessen widersprechen, ist den Beamten untersagt. (Hört, hört!)

Und in Artikel 24 heißt es:

Die Vorschriften in dem Artikel 11 über das Verhalten außer dem Amte, sowie die Vorschriften der Artikel 14, 17 und 20 finden auch auf die einstweilen oder zeitlich im Ruhestand versetzten Beamten entsprechende Anwendung. Auf die im dauernden Ruhestand befindlichen Beamten finden lediglich die Vorschriften in dem Artikel 11 über das Verhalten außer dem Amte, sowie die Vorschriften der Artikel 14 und 20 entsprechende Anwendung. (Lebhafte Beifall, hört, hört! Zuruf: Ist ja abavouiert!) Mir wird zugrufen, daß von Paff abavouiert, da er erklärt habe, in Bayern bestehe zurzeit kein Verein, dem ein Beamter nicht angehören könne. Demgegenüber steht aber

### die programmatiche Erklärung des Ministerpräsidenten Pöbelwils

Die Bebel vorher verlesen hat. Warum hat man sich dann geweigert, diese Artikel zu streichen? (Zuruf: Wegen der Staatsbeamten!) Wir wollen uns doch darüber nicht streiten. Wenn man einem Lehrer Weiß wegen einiger fehliger Worte die Disziplinierung androht, dann wird, wenn der Lehrer, den wir als Nachfolger für Schott als Kandidaten aufgestellt haben, beabsichtigt, in Versammlungen unsre programmatiche Beratungen der Kirche vom Staat und der Kirche von der Schule begündet, Herr v. Wehner erklären: Was fällt denn dem Menschen eigentlich ein! (Sehr gut!) Man glaubt doch nicht, daß, wenn man schon jemand zu disziplinierten droht, der nur einige fehlige Worte gefunden hat, im Interesse einzelner Beamtenkollegen, man dann einen Sozialdemokraten, der wirklich sozialdemokratische Propaganda entfaltet, ungeschoren läßt. (Lebhafte Zustimmung.) Aber noch ein anderes: In derselben programmatiche Erklärung, die Herr v. Pöbelwils über den Fall Schott abgab, äußerte er sich auch über die Reichstagsauslösung, urkraft war sagter er, in ersten Linie sei nur das Urteil der militärischen Autoritäten, nicht aber das Urteil des Parlements als ausschlaggebend anerkannt worden. Es durfte nicht der Einbruck hervergerufen werden, als ob die Truppenzahl durch das Parlament ziffernmäßig eingeschränkt werden könnte. Es durfte nicht ein Präzedenzfall geschaffen werden. Aus diesen Gründen hat die bayrische Regierung sich mit der Auflösung des Reichstags einverstanden erklärt, falls der Reichstag bei der Verhandlung in der Versammlung laut geworben wäre. (Lebhafte Beifall, hört, hört! Zuruf: Beweisen!) Ich werde es beweisen. Wir haben bisher in Bayern das Budget abgelehnt, und es ist außerordentlich charakteristisch, womit diese Ablehnung im Handbuch begründet ist, das den agitatorisch tätigen Genossen mit auf den Weg gegeben wird. Da heißt es:

Die Sozialdemokratie hat vom ersten Tage ihrer Existenz im bairischen Landtag an unbestritten eine einzigartig praktische Tätigkeit entfaltet und auf einer ganzen Reihe von Gebieten sich als die hauptsächlichste Kriegerin des Fortschritts erwiesen. So hat denn auch der giftigste Feind nicht vermocht, unser Landtagsfraktion den sonst so beliebten Vorwurf eines Mangels an positiver Arbeit zu machen. Anstatt dessen sucht man aber ab und zu — wenn alle Kampfmittel versagt — mit einem andern Einwand gegen sie Stimmung zu machen. Man erkennt zwar notgedrungen an, daß sie für alle nötigen und kulturellen Dinge, für Bildung und Erziehung, für Berichte und Industrie, für Gewerbe und Landwirtschaft, Arbeiter und Staatsangestellte mit Eifer eingetreten ist, und die bei den einzelnen Abschnitten des Staatshaushalts dafür erforderlichen Mittel bewilligt hat. Aber, fügt man hinzu, wenn die Sozialdemokratie bei der Schlussabstimmung über das Finanzgesetz sich ablehnend verhalten, verwirgeren sie doch alle Mittel für die Staatsbedürfnisse. Diese Behauptung ist aber grundsätzlich falsch, soweit es sich nicht um eine verdeckte, absichtliche Verfehlung der Wähler handelt, von einer ungewöhnlich geringen Kenntnis des insländischen und ausländischen Parlamentarismus, denn es ist eine alte Art auch bei bürgerlichen Parteien, wenn sie sich in einer schärfen Oppositionstellung befinden, daß sie die Gesamtabschaffung über das Budget dagegen benutzt, um ihre ablehnende Haltung gegen das herrschende System zum Ausdruck zu bringen. (Lebhafte Beifall, hört, hört!)

Ich kann nicht auf das eingehen, was Frank gesagt hat. Ich will nur eins hervorheben. Wenn Frank Tarifabschlüsse mit der Budgetbewilligung vergleicht (Heiterkeit), dann bedeutet er höchstens, daß er von Tarifabschlüssen nichts versteht.

Jetzt erleben wir das Schauspiel, daß in Versammlungen und auf Parteitagen die Handlung der Regierung und der Mehrheitsparteien unseres Staates genehmigt werden, ein Schauspiel, das in der Geschichte der Sozialdemokratie einzig dasteht. (Stürmischer Beifall.) Man nimmt eine Resolution an, worin man von außergewöhnlichen Aufwendungen für die Staatsarbeiter spricht. Unsre Leben im Landtag waren ganz andere Art, dort haben wir darauf hingewiesen, daß die Auswendungen gar nichts bedeuten, daß sie nicht einmal so viel ausmachten, als das Leben durch Erhöhung der Lebensmittelpreise, durch die Steigerung der Mieten verteuert worden ist. (Sehr wahr!) Und nun mit einemmal gibt man dem Zentrum diese Waffe in die Hand, damit es hinausgehe und sagen könne: „Seht, das haben wir gemacht, wir haben so Wettbewerbliches für die Arbeiter geleistet, daß selbst die Sozialdemokratie erklärt: Das sind außergewöhnliche Auswendungen, denen man zu stimmen muß.“ Ein weiteres: Heute nach 40 Jahren, nachdem wir 3½ Millionen Stimmen im Reiche auf uns vereinigt, heute, nachdem Partei- und Gewerkschaftsbewegung eminent, vor Jahren ungeahnte Fortschritte gemacht haben, heute fragen wir uns, ob die Taktik, unter der wir unsre Siege erfochten haben, richtig ist oder nicht. (Sehr gut!) Offen gesagt, das verstehe ich nicht. Ja, wenn es richtig wäre, ob wir den Menschen das nicht begreiflich machen können über

so liegen die Dinge nicht. Wollen wir unsre Handlungen und unsre Taktik so einrichten, daß uns die Gegner nicht angreifen können, daß uns die Indifferenzen verstehen, kann behalten wir unser Parteiprogramm nur hübsch in der Tasche.

(Sehr gut!) Nehmen wir aber einmal an, wir würden dadurch die Mehrheit gewinnen, dann wäre es doch unsre Aufgabe, unser Programm zur Durchführung zu bringen. Die Regierung würde den Landtag auflösen. Glauben Sie, daß die Massen uns dann noch einmal wählen würden? (Sehr richtig!) Ach, man soll doch nicht so töricht sein. Die Massen, denen wir gar nicht klar gemacht haben, warum wir so stimmen, die wir aufzuläutern verabsäumt haben, diese Massen werden sagen: „Donnerwetter, was fällt Euch denn ein, dazu haben wir Euch nicht gewählt.“ Wir können der indifferenten Masse viel leichter begreiflich machen, warum wir den Staat ablehnen, als warum wir eine Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche herbeiführen wollen. (Lebhafte Zustimmung) Es wurde gefragt, wie können nichts ändern, wenn uns eine gebundene Marschroute mit aus den Weg gegeben wird. Ich möchte wissen, ob in der Dresdner Resolution keine gebundene Marschroute liegt, denn es wird dort ausdrücklich betont, daß die Zustimmung zum Staat unter allen Umständen zu verzögern ist. Ich war ja nicht dabei, aber ich hätte auch für diese Resolution gestimmt, und tatsächlich ist sie auch mit ganz wenigen Ausnahmen angenommen worden und zwar mit Hilfe der Stimmen aller bairischen Genossen. (Hört, hört!) Es wird weiter gesagt, es darf keine Herrscher bei uns geben. Nein, wir sind Gleiche unter Gleichen, und wenn der Parteitag zu der Auffassung gelangt, daß in irgendeiner Frage nicht so gehandelt werden ist, wie es der Auffassung von den Interessen der Gesamtheit der Partei entspricht, dann war es bisher so, daß die Minorität sich gefügt hat. Sehen wir, daß ein Beschluss nicht haltbar ist, dann arbeiten wir dahin, auf dem nächsten Parteitag einen andern Beschluss herbeizuführen. Also ich sehe nicht ein, daß zwingende Gründe vorhanden waren, die es uns unter allen Umständen unmöglich machten, gegen das Budget zu stimmen. Ich habe schon erklärt: Ich habe die rechte Überzeugung, meine Kollegen in der Fraktion waren der Auffassung, daß sie ihre Zustimmung mit der Lübecker Resolution vereinbaren könnten, und da steht ich auf dem Standpunkt, daß man diese ethische Auffassung auch auf Seiten derser, die andere Meinung sind, anerkennen soll. (Zustimmung.) Wir wollen anerkennen: Ihr kommt vielleicht diese Auffassung haben, aber Ihr habt die Resolution eine falsche Auffassung gegeben. Ist das der Fall, so muß es doch einen Weg der Verständigung geben. So liegen die Dinge nicht, daß man sagen kann: Eure Entscheidung bedeutet ein Misstrauen gegen uns, und damit können wir nicht ins Land hinausgehen. Das wünsche ich nicht, und ich glaube, Sie alle können das nicht wünschen, daß es auf diesem Parteitag Sieg oder Sieg er gibt. Es muß ein Weg zur Verständigung gefunden werden, und wenn ich auch nicht in der Lage bin, Ihnen einen praktischen Vorschlag zu machen, so müssen wir doch im Laufe der Diskussion noch dahin kommen, daß wir den Parteitag mit der Erklärung verlassen können: Wir sind festig auseinander gekrallt, wir haben unsre Meinungen ausgetauscht, aber wir sind zu einem Resultat gekommen, auf Grund dessen wir nach wie vor brüderlich zusammenarbeiten können, um endlich den Sieg zu erringen. Wenn wir das wollen, wenn uns allen darum zu tun ist, eine Einigung herbeizuführen, wenn wir die Pflicht, für die Befreiung der Arbeiterklasse zu wirken, ernst nehmen, dann muß ein Weg der Verständigung gefunden werden, und bei einigemmaßen gutem Willen dürfte das nicht unmöglich sein. (Beifall.)

Für die Minderheit der badischen Fraktion erhält das Wort.

Eichhorn: Die Minderheit der badischen Fraktion erblieb in der Zustimmung zum Budget einen Verlust, der dadurch hervorgerufen ist, weil man glaubte, daß die Haltung des Reichs durch den Schluss der Lübecker Resolution. Ebenso wie Frank verlangt, daß man die Haltung der Partei würdig nach dem Grundsatz der Erwirkung ernster Männer, ebenso verlangt auch ich, daß man die Haltung der Fraktion mindestens unter diesem Gesichtspunkt würdig. Es ist in der badischen Fraktion von der sehr starken Minderheit, 5 unter 12, nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß die Zustimmung zum Budget einen Verlust gegen die Lübecker Resolution bedeutet. Es ist mit allem Nachdruck auf die Folgen einer solchen Zustimmung aufmerksam gemacht worden. Alle Gründe der Mehrheit sind geprüft worden, und die Minderheit ist zu der Ansicht gekommen, daß diese Gründe nicht angängiger Natur seien und auch nicht unter die Bestimmungen der Lübecker Resolution fallen. Man hat die Gründe der Minderheit in den Wind gebläht. Hätte die Mehrheit der Fraktion so handeln müssen, hätte sie schon an den Essener Parteitag herantreten müssen, denn schon damals entstand die Meinung, daß die Lübecker Resolution ihnen zu enge Fesseln aufliegt. Wäre es nicht möglich gewesen, durch den Essener Parteitag die Resolution andern zu lassen, so hätte man in diesem Jahre noch gegen das Budget stimmen und sich dennoch an den Nürnberger Parteitag wenden müssen. (Schriftlich!) Man sagt, daß die norddeutschen Genossen die Brandfackel erhoben hätten, daß unsre Verhandlungen provoziert seien von einigen unverantwortlichen Parteigenossen, die in die Verhältnisse der einzelnen Parlamente nicht eingeweiht sind. Nein. Wenn jemand die Verantwortung trägt für diese Ansicht, dann sind es die Mehrheiten der Landtagsfraktionen in Süddeutschland infolge ihres illokalen Verhaltens. Man spricht von Zwischenträgern, um der Debatte ein persönliches Begegnen zu geben und Zustimmung zu machen, ich weiß nicht, was damit gemeint ist. Ich weiß nicht, ob der Parteivorstand es nötig hat, Mitteilungen aus unverantwortlichen Kreisen zu erhalten in Formen, die man als Zwischenträger bezeichnen kann. Die Genossen, die solche Vorwürfe erheben, sollten den Mut haben, zu sagen, wer die Zwischenträger sind.

Auf der Würzburger Konferenz wurde die Frage der Budgetbewilligung zum erstenmal angeschnitten, aber die Verhandlung ist auf Einspruch unterblieben. Vielleicht aus Mangel an Zeit, vielleicht auch, weil sich eine solche Frage nicht ohne weiteres und unbereit behandeln läßt. Nebenbei beweist ist es auch nicht loyal, wenn man nicht alle Abgeordneten über die Blöße verläßt. Ich der ich allerdings in diesem Jahre verhindert war, oft im Landtag zu sein, aber seit dem Jahre 1901 dem badischen Landtag angehöre und früher keine Sitzung verfehlte, ich wurde nicht von den Würzburger und Stuttgarter Konferenzen unterrichtet. Erst am Tage vor der Stuttgarter Konferenz, als ich vom Reichstage heimkam, hörte ich zufällig, daß eine Konferenz stattfindet, die sich auch mit der Budgetfrage beschäftigen werde, und daß Kolb dazu delegiert sei. Früher kannte man eine solche Delegation nicht, da erging an alle Abgeordnete das Erwischen, daran teilzunehmen. Man hat behauptet, die

#### Stuttgarter Konferenz

sei ganz belanglos gewesen. Ich glaube, es war Ulrich, der gesagt hat, sie diente lediglich dazu, Drucksachen auszutauschen. (Heiterkeit.) Am Montag nach der Konferenz kam Kolb zu mir, begrüßte mich und sagte, indem er aus seiner Freude kein Hehl mache — was ich an seiner Statt auch gemacht hätte —: „Ich kann Dir eine Mitteilung machen — daher seine Freude — daß Vollmar festgestellt hat, am Schlusse der Konferenz hätte volle Einmütigkeit darüber geherrscht, daß das Budget bewilligt werden müsse.“ Und als besondere Bestätigung

seiner Freude begleitete er, daß Genosse Keil, der bisher als Gegner gegolten habe, denselben Meinung sei. So lag es in Wirklichkeit mit der Stuttgarter Konferenz. Es ist nicht richtig, daß besonders zwingende Gründe den Beschlus der badischen Fraktion herbeigeführt haben. Ich meine vielmehr, daß der Stuttgarter Beschlus den eigentlichen Anstoß dazu gegeben hat, für das Budget zu stimmen. (Hört, hört!) Nun wird behauptet, daß der Beschlus durch die Lübecker Resolution und die Bewegungsfreiheit, die sie gibt, bedingt sei. Nachdem Webel, der berufene Interpret (David): Die Resolution röhrt ja gar nicht von ihm hier! — Webel: Die Resolution ist von mir einbezogen! so deklariert hat, verstehe ich nicht, warum man sich nicht in Lübeck mit aller Schärfe und Deutlichkeit gegen diese Declaration gewehrt hat, das ist jedenfalls nicht getan. Von den beiden Fällen, in denen die Lübecker Resolution die Zustimmung zum Budget freigibt, trifft nicht einer für die Mehrheit der Badischen Fraktion zu. (Lebhafte Zustimmung.) In einem solchen Konflikt, noch dazu, wo die Minderheit so stark wie in diesem Falle ist — es waren 5 unter 12 — hätte die Majorität einschneiden müssen, daß die Abstimmung höchst bedenklich sei. Hätte man nicht so liberal sein wollen, wie die Stuttgarter Fraktion mehrheitlich, als sie von ihrem Beschlus zuwinkt, so hätte man doch wenigstens an den Vorstand schreiben und sagen sollen, es wären Differenzen in der Fraktion, wir forderten einen Gutachten darüber, wie die Lübecker Resolution aufzufassen sei. (Lebhafte Zustimmung.) Das hat man nicht getan, denn man wollte es nicht. Damit fällt auch die Frohme'sche Resolution. (Lebhafte Zustimmung.) Wir kommen damit nicht weiter, als wir jetzt schon sind. Man will eben den Parteivorstand nicht fragen. Man erkennt ihn nicht als eine ausschlaggebende Instanz an, weil er die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Landtagen nicht kennen soll. Ja, man kommt sogar von der Praxis des Parteitages ab, die Mehrheitsbeschlüsse des Parteitages anzuerennen. Frank hat den Schatten des verstorbenen Dreesbach herauftschworen, es wäre besser gewesen, er hätte es nicht getan. Seit wann ist es denn eine Schande, in bürgerlichen Parlamenten vor bürgerlichen Parteien einzugehen, daß man sich den Beschlüssen der Partei zu führen hat? (Sehr gut!) Ist es denn Mode, es zu loben, daß jemand sagt, das, was der Parteitag beschließt, tue ich nicht, ich lasse mich überhaupt nicht binden? In einer Partei, und gerade in einer Partei, die die Disziplin so notwendig hat, wie die unsrige, gehört es zur

#### Ehrenpflicht jedes Parteigenossen.

die Disziplin hochzuhalten und zu zeigen, daß man versteht, sich den Beschlüssen des Parteitages unterzuordnen. (Weiß!) Deshalb dürfen wir auch nicht auf die Resolution Frohme kommen. Die würde nichts bestimmen. Für uns in der Minderheit der badischen Fraktion und eine Zeitlang für die Gesamtheit der Fraktion, war bindend der Lübecker Beschlus.

Wir haben uns keinen Augenblick geschenkt, das offen und ehrlich anzuerkennen. Als Dreesbach 1902 in der badischen Fraktion die Ausführungen machte, die Timm verlesen hat, habe ich nach ihm geredet. Die Begrenzung, der Zentrumsführer Wacker, ein nationalliberaler Parteiführer, und der Demokrat Muster, glaubten Dreesbach nicht, daß er nicht aus Südsachsen auf den Lübecker Beschlus, sondern aus innerer Überzeugung gegen das Budget stimmte. Ich habe dann natürlich aus parteidemokratischem Pflichtgefühl vor unseren Gegnern nicht gegen meinen eigenen Parteigenossen polemisiert. Es kommt das Leidet ja auch vor. Wir haben das im letzten Winter im Reichstag erlebt. Ich habe aber ausgesprochen: „Wie fassen im Gegensatz zum Demokraten Muster die Bewilligung des Budgets als ein Vertrauensvotum auf, das darin liegt, daß man der Regierung des Staates die Mittel zur Weiterarbeit bewilligt und ihr vertrauensvoll die Verfügung über das Budget in die Hände legt“, und habe dann weiter ausgeführt: „Es kommt nicht allein auf die Ausgaben und Einnahmen des Budgets an, sondern darauf, wie die Politik der Regierung überhaupt beschaffen ist. Das ist auch in der Lübecker Resolution ausgedrochen.“ Und ohne zu polemisieren, habe ich wenigstens in jener Sitzung die Gegner gegenüber diesen Standpunkt auch etwas gewahrt, den die Fraktion seitdem ununterbrochen eingenommen hat, bis zur letzten Abstimmung. 1902 wurde ich beauftragt, im Namen der Fraktion eine

#### Erklärung zum Budget

abzugeben, die ganz kurz und bestimmt lautete:

„Weil wir dem heutigen Klassenstaat die Mittel zu seiner Politik nicht bewilligen wollen, stimmen wir gegen das Budget.“

Und 1906 — die Genossen Kolb und Frank gehörten damals der Fraktion schon an — hat Adolf Geck eine längere Erklärung abgegeben mit einer Begründung, die inhaltlich und prinzipiell genau auf diese besaß. Das ist beschlossen von der Mehrheit der Fraktion, einstimmt, wenn ich mich recht erinnere. Ich glaube, Kolb hat aber in der Fraktionsberatung schon seinen Standpunkt vertreten. Aber bei der Beschlusssitzung hat er sich jedenfalls auf den Standpunkt gestellt, daß Budget ist abzulehnen, und zwar unter dem prinzipiellen Gesichtspunkt der Lübecker Resolution. Da hatten wir also die grundsätzliche Ablehnung von 1902 bis einschließlich 1906. Und nur 1908 kam die Schwankung. Nun sagte die Mehrheit unserer Fraktion, es ist ja gar keine Prinzipienfrage, es ist eine taktische Frage. Und man ist noch etwas weiter gegangen. Man hat von leeren Formensätzen gesprochen, von einer leeren Formensatz, die gar keine Bedeutung habe. Na, Parteigenossen, das eine werden doch alle, auch die, die für die Bewilligung gesprochen haben, zugeben müssen, daß wir vorerst noch im Klassenstaat leben, daß nicht nur das ganze Reich als solches, sondern auch seine Bestandteile, die Bundesstaaten, Klassenstaaten an sich sind. Da wird man doch weiter zugeben, daß das Budget den Lebensnotwendigkeiten des Staates darstellt, daß es der rechtmäßige Ausdruck für die Herrschaftsverhältnisse im Klassenstaat ist. Wenn man das zu gibt, wenn man zugibt, daß im Budget sich die Tendenzen der Regierungspolitik verkörpern, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß die Haltung unserer Parteigenossen im Parlament, die jetzt für das Budget gestimmt haben, bei den einzelnen Budgetlinien eine ganz andre gewesen ist, als bei der Schlusabstimmung. Da wir im Klassenstaat leben und ihn sehr energisch bekämpfen, kann man auf jeder Seite der dicken stenographischen Berichte unserer Landtagssitzung nachlesen. Auch in unserem badischen Landtag haben wir den Beweis dafür. So hat Kolb mit vollem Recht beim Zusammensetzung der Klassenjustiz festgestellt. Sein Vorsitzender hat ganz richtig in seiner Schlusserklärung über den Landtag auf die Schwankung der badischen Regierung nach rechts und ihrer Kriegserklärung gegen die Sozialdemokratie hingewiesen. In seiner Schlusrede sprach Kolb ganz richtig von dem Aschenbrödel „Vollschule“ im badischen Staat. Und diese Kritik können sich die bayerischen und württembergischen Genossen merken, denn bei ihnen liegen die Schulverhältnisse eher noch schlimmer. Und da kommt Frank und stellt die Theorie vom Apfelsbaum auf, der geschüttelt werden müsse, und sagt, man könne eine ganze Menge schöner Früchte vom großherzoglich bayerischen Apfelsbaum schütteln, und diese stellen die „zwingenden Gründe“ für die Budgetbewilligung dar. Es ist richtig, die Eisenbahnerorganisation ist anerkannt. Aber einstweilen ist es nur ein Versprechen. Bei den Arbeitersammelkämmen hat Minister v. Bodmann eine Erklärung zugunsten des gewerkschaftlichen Kampfes abgegeben, aber ausdrücklich nur für seine Person, und man hört ja immer bei solcher Gelegenheit vom Ministerium, daß man im Bundesrat keinen Einfluß habe.

Für die Erhöhung der Gehälter sind wir auch in früheren Jahren eingetreten und haben das Budget doch abgelehnt. Man hat vergessen, daß der Apfelsbaum auch sehr wertvolle Früchte trug: Klasseninteresse gegen Streikänder usw., Versammlungsverbote, selbst gegen Kolb. (Kolb: Ich habe den Vertrag doch gehalten!) Das ist ganz gleichgültig. Aber die Regierung hat ihn nie verbreitet. Ich erinnere an die Steuergesetz, und auch im letzten Beamtenfesch haben wir nicht durchsehen können, daß Beamte wegen ihres politischen Verhaltens nicht genugzegnet werden dürfen. Auch haben wir eine Gleichstellung der Frauen nicht erreicht.

Das muß man doch alles mit berücksichtigen, wenn man den großherzoglich bayerischen Apfelsbaum schütteln will. Und wenn gefragt wird, wir bilden das Jungstein an der Wage, nun, in vier Jahren halten wir ein einziges Mal den Ausschlag gegeben. Es handelt sich darum, durch unsere Abstimmung die Gehaltsaufbesserung zu verbessern. Aber unsere Abstimmung war ganz gleichgültig, eine große Mehrheit war ohnehin für den Antrag bestellt. (Hört, hört!) Ich bedauere, daß es mir die Redeweise nicht ermöglicht, auf die inneren Ordnung, die viel wichtiger sind, einzugehen. Vielleicht bietet sich noch im Laufe der Diskussion die Möglichkeit. Neben den Standpunkten der Vorstandsresolution werden wir uns unter keinen Umständen hinausdrängen lassen. Die ist das mindeste. (Zustimmung.) Die Resolution spricht keinen Tadel, keine Kritik aus, sie fordert nur Macht, die müssen wir haben. Sorgen wir, daß wir nicht durch solche Opportunitätspolitik immer weiter auf die schlechte Ebene geraten, auf die Ebene einer korrumptierten Politik, wie wir es bei einer andern Partei in der letzten Zeit gesehen haben!

Die Diskussion wird auf morgen verlegt.

#### Singer (persönlich):

Ich habe zu den Ausführungen von zwei Genossen je eine persönliche Bemerkung zu machen. Zum hat meine Lübecker Ausführungen für seine Ausführungen in Anspruch genommen. Ich will, da ich kein Freund von harten Ausdrücken gegen Parteigenossen bin, dies nur als eine unbegreifliche Auffassung bezeichnen, die man sich nur erklären kann, wenn jemand etwas anderes aus den Neuheiten heraus hören will als darin steht. In Lübeck warnte ich vor der Annahme von Absatz 8 aus folgendem Motiv: Es würden dann diejenigen Genossen, die sich Absatz 8 für ihre Auffassung zunutze machen wollten, zu entscheiden haben, ob das zwingende Grunde sind. Das halte ich für unrichtig, das führt zur Verwirrung, zu Missverständnissen. Diese Warnung vor Absatz 8 legt Zum in als Zustimmung aus, indem er sagt, ich hätte durch meine Neuheiten festgestellt, daß die Genossen ein Recht haben, auch außerhalb dieser Bedingungen zu entscheiden, was zwingende Gründe sind.

Dann hat Hildenbrand eine Mitteilung gemacht, die er einer Neuheit entnommen hat, die ich gestern in einer Konferenz getan habe, die, wie ich befand, auf Wunsch der Süddeutschen Genossen stattgefunden hat, ein Wunsch, dem Parteivorstand und Kontrollkommission nachzukommen sich für verpflichtet gefühlt haben. Hildenbrand teilte mit, ich hätte gestern gesagt, ich habe die Verpflichtung, daß es müsse Macht geschaffen werden. Das ist richtig. Ich habe aber damit ganz das falsche gefragt, was Seghiz eine Viertelstunde vorher von seinem Standpunkt aus gesagt hat. Dann hat Hildenbrand persönlich gesagt: Ein Mann in einer Stellung, wie ich sie habe, der hat zu einigen und nicht zu trennen. Ich bemerkte, daß ich gestern Hildenbrand auseinandergesetzt, daß diesen Gründen zu folgen gerade die Absicht der Resolution gewesen sei. Ich habe Hildenbrand gestern gesagt, daß wie gestern bemüht waren, aus der Resolution jedes Wort herauszulassen, was als Mißachtung, als Vorwurf gegen unsre Süddeutschen Genossen ausgelegt werden könnte. Das der Parteigenossen mitzutun, hat Hildenbrand heute vergessen. Ich überlasse es dem Urteil der Parteigenossen, ob seine Bemerkung berechtigt war.

Schluss 8% Uhr.

#### (Privattelegramm der Leipzig Volkszeitung.)

Nürnberg, 17. September. Nach Eröffnung der Sitzung durch Singer wird die Diskussion über die Budgetfrage fortgeführt. Frohme begründet seinen Antrag. Er ist entschieden gegen die Vorstandsbresolution, jeder Tadel muss vermieden werden, sätzlich möge man verschiedene Meinung sein, aber alle sollten wir anerkennen, daß die Süddeutschen in bester Überzeugung und zum Wohle der Partei gehandelt haben. Die Budgetbewilligung ist keine Prinzipielle, sondern nur eine taktische Frage. In der Resolution ist nicht gesagt, wie entschieden werden soll. Wird von Fall zu Fall eine Verständigung mit dem Vorstand erzielt, möge das Budget verwiegert werden. Die Antragsteller kaprizieren sich nicht auf den Wortlaut ihres Antrags, sie zeigen nur den Weg der Vermittlung, der gefunden werden muß.

Geck-Offenburg bittet um Ablehnung des Antrags Frohme, schon aus formellen Gründen. Der Vorschlag des Vorstands und der Kontrollen ist die einzige richtige Lösung der Frage (Aus: Jubiläum). Unsere Resolution bedeutet kein Misstrauen. (Widerspruch bei den Süddeutschen). Sie ist im wohlstandenen Interesse der Partei, im Interesse der Einigung und Verständigung gestellt. (Widerspruch bei den Süddeutschen). Unseren Worten können Sie doch glauben, so getrennt sind wir doch noch nicht. Was gestern Simon für die Bayern gesagt hat, stimmt auch für Baden. Die Budgetbewilligung hat nur symptomatische Bedeutung, sie gewinnt erst die richtige Bedeutung im Hinblick auf die Erfahrung mancher Parteikreise ins bürgerliche Gebiet. Es wird eine Organisation der Fronte gegen die Norddeutschen initiiert. Dem muß entgegen getreten werden.

Ulrich-Offenburg: In vierjähriger Parteifahrung habe ich oft erlebt, daß Prinzipienfragen aufgerollt wurden, wo man später selbst sagte, es wäre nicht nötig gewesen, uns die Köpfe auszuschütteln. Die Berliner sind übers Ziel hinausgeschossen. Die Budgetfrage ist kein Prinzip. Geck war 1894 in der Budgetfrage falsch, sie ist eine Zweckmäßigkeitfrage zu erklären. Die ganze Budgetfrage ist den Värm nicht wert.

Westmeyer-Stuttgart stellt fest, daß die Vertreter der süddeutschen Fraktionen erklärt haben, sich nicht führen zu wollen. Ist das noch Demokratie? Württembergische Parteigenossen stehen durchaus nicht hinter der Fraktion. Westmeyer stellt schließlich den Antrag, der Parteitag billigt die Budgetbewilligung und bittet, seinen Antrag zu unterliegen, damit er bei der Abstimmung mit überwältigender Mehrheit abgelehnt werde. (Heiterkeit.)

Weill-Nürnberg: Die Budgetabstimmung ist keine Demonstration, vor allem keine Demonstration gegen den Klassenstaat. Die süddeutschen Abgeordneten dürfen nicht disreditiert werden.

Klara Bettin: Die Debatte ist eine vermehrte, aber nicht verbesserte Auflage von Frankfurt. Der Streit ist nicht mutwillig herausbrechen, der Parteivorstand nicht von unverantwortlichen Zwischenträgern schwermachen. Abgeordnete und Partebeamte stehen nicht über der Masse der Parteigenossen. Die Taktik der Süddeutschen stammt aus falscher Einschätzung des Parlamentarismus. Die heutigen Revolutionären überschätzen den Parlamentarismus. Die Abstimmung über das Budget hat die Bedeutung eines Belehrungswissens, daß die Sozialdemokratie im Gegensatz zum Klassenstaat steht. Auch taktische Fragen müssen prinzipiell gelöst werden.

**Frankfurt:** Die Süddeutschen haben dem Ministerium das Budget bewilligt, das sie in der Agitation bekämpfen müssen. Damit haben sich die Süddeutschen selbst Schwierigkeiten bereitet. Die Frage ist keine grundsätzliche, sondern eine taktische, deshalb ist die Resolution des Vorstandes falsch. Reiner tritt für die Resolution froh ein. Der Vorstand hätte mehr vermiteln sollen.

**Leipzig:** Weder wird auf dem revisionistischen Konservativen das alte Lied gegen die Leipziger Volkszeitung gespielt, noch in Orléans, wo die Leipziger Volkszeitung gar nicht gelesen wird, hat man Entlastungsresolutionen beschlossen. Diese Schöbriets Entlastung macht keinen Eindruck. Auch führende Genossen unterliegen der Kritik. Frank erklärte die Budgetfrage für eine Kappelle, aber er will wegen dieser Kappelle die Partei sprengen. Sehr hat den Konservativen sehr und gewarnt. Die Süddeutschen haben den Konservativen nicht eingeschalten. Die Mehrheit lässt sich von den Süddeutschen nicht terrorisieren, sonst geht der Parteihaber erst los.

In der weiteren Debatte sprechen noch Hubbell und Nauch-Hannover für, Weizsäcker-Freiburg, Merkels-Münberg gegen die Vorstandskreisresolution. Erregung rastet eine Neuerung Rauchs hervor, dass es nicht gewissenslos genug sei, wie mancher Genosse, rabselstisch zu halten. Er wird dafür zur Ordnung gerufen. Bei Schluss des Blattes spricht Rosa Luxemburg.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Deutschland als Scharfmacher.

Wir berichteten bereits gestern über eine geradezu unglaubliche Meldung der Frankfurter Zeitung, wonach der deutsche Botschafter in Konstantinopel zu Gunsten des deutschen Konsulats in den Streit der Eisenbahner eingegriffen habe. Dazu wird uns heute weiter gemeldet:

Die Angestellten der Anatolischen Eisenbahnen, die geradezu fundamentalen Streik brachten wurden, waren in den Generalstreik getreten, wodurch fast der gesamte Bahnverkehr stillgelegt wurde. Die Eisenbahner haben offenbar eingesehen, dass dies eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens mit sich bringen muss, weshalb sie ihrerseits die Direktion absetzen und den Betrieb in eigener Regie weiterführen. Direktor der Anatolischen Eisenbahnen ist der ehemalige Beamte in der deutschen Kolonialabteilung, Gehobener Legationsrat Dr. Helffrich. Es ist auch meist deutliches Kapital, das in diesen Bahnen angelegt ist. Der wegen seiner holländischen Haltung abgesetzte Direktor wandte sich mit der Bitte um Beistand an die deutsche Botschaft in Konstantinopel und der Botschafter Freiherr Marschall von Bieberstein hat die Poste sofort ganz energisch aufsorbert, dieser "Rebellion" mit allen Mitteln entgegenzutreten. Unter den Angestellten der Anatolischen Eisenbahnen sind auch deutsche Staatsangehörige, die natürlich mit in den Streik eingetreten sind und es wäre nun der Schande Gipfelpunkt, wenn die lüftliche Regelung gegen diese Arbeiter und Angestellten etwa Gewalt anwenden müsste, weil der Botschafter es als seine vornehmste Pflicht ansieht, dass deutsche Kapital und einen deutschen Direktor in Schutz zu nehmen. Wenn die Deutschen im Orient, der vermutlich rasch wirtschaftlich aufzuhören wird, immer verhöhnt werden, dann darf man das der mehr als sonderbaren Haltung der diplomatischen Vertretung Deutschlands am Goldenen Horn.

In welch schamloser Weise die Angestellten der Orientaltischen Eisenbahnen ausgebaut und geradezu in den Streik hineingetrieben worden sind, geht aus einem Artikel eines in Konstantinopel erscheinenden bürgerlichen Blattes hervor, in dem es heißt:

"Im Laufe der Zeit, namentlich seit bis nah vorherigen Gesellschaft erworben wurde, hat sich ein System herausgebildet, das durch eine willkürliche Monopolpolitik gegenüber den Angestellten aus dem Unternehmen den größtmöglichen Gewinn herauszupressen sucht; doch dabei die Prototypen wirtschaftlich in Blüte kam, ist selbstverständlich. Leute, deren Vorbildung märchenhaft düstig war, wurden an die besten und eintragreichsten Stellen gezeigt; natürlich sorgte man dafür, dass diese immer ein tüchtiges Untertheil begegneten würden. Jene Leute aus der Heimat des Direktors, die den Dienst natürlich erst lernen müssen, wurden und werden noch immer mit 10 bis 12 türkische Pfund angestellt, während andere pflichtreiche Beamte, die schon 15 bis 16 Jahre im Dienste der Bahn stehen, es gänzlich auf 8 und 9 Pfund gebracht haben. Doch schlechter erging es den Arbeitern, deren Löhn sogar herabgeleitet wurden. Am meisten hatte jedoch das Augen und Verlehrverbot zu leiden; gibt es doch heute noch Angestellte des Verlehrverbot, die bei einem halben Jahr von sieben Pfosten (1.19 M.) tagaus tagan 14 bis 18 Stunden Dienst machen müssen."

Als Beispiel, in welcher Weise das Beamtenheer regiert wird, möglicherweise folgender Direktionsbericht, der vor einigen Jahren herausgegeben wurde, möglichst sinngemäß wiedergegeben werden: "Da infolge der heutigen Weltkriege die Getreideversorgung bedeutend geschränkt seien werden als in den vorhergehenden Jahren, wird hiermit allen Dienststellen der Austrag gegeben, die größte Sparform zu wählen zu lassen. So lädt sich zum Beispiel eine beträchtliche Ersparnis dadurch erzielen, dass die Löhn der Arbeiter (die bisher damals 6 bis 8 Pfosten) reduziert werden. Diese Maßregel erkennt um so gerechtsamer (sic!), als durch den Mangels an Fleißarbeit genug Leute zu haben sein werden."

Um diesen Zuständen abzuholzen, gründete der größte Teil der Eisenbahner der bulgarischen Strecke ein Syndikat, dessen Sitzungen von der bulgarischen Regierung auch anerkannt wurden. Einem dieses Syndikat schreibt sich aber bald die Direktion an, um ihre zu Gewalt stehenden Mitteln. Sie entließ eine ganze Anzahl von Beamten, die denselben angehört, und veranlasste sogar die Ausweisung derjenigen unter ihnen, die das Reich hatten, nicht bulgarische Staatsbürger zu sein."

Diese Schilderung, und namentlich der angeführte "Erlass" der Direktion zeigt, in wie rücksichtsloser Weise das Kapital (und vornehmlich deutsches Kapital) die Mollage der Angestellten ausgenutzt hat, um einen möglichst hohen Gewinn aus ihnen herauszupressen. Um so unerhörter ist die Intervention des deutschen Botschafters.

**Nur Bergarbeiterbewegung in Eisenhahn.** Die Bergbaufirma der Grube Wurzelbach-Eisenhahn ließ gestern wegen ihrer sozialen Aktionen das Berggericht als Eindringungsamt an. Die Firma ist glaubt durch den Streik verneint zu können.

Der Streik der Berliner Fabrikarbeiter und Hessen aufschloss u. d. einer am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der S. e. c. e. u. berührte die Forderung, dass das Berggericht der Unternehmer darauf einzutreten, die Beziehungen zu verschärfen. Es sei den Unternehmern nicht darum zu tun, durch Verhandlungen eine Einigung in dem Metallarbeitsverband auf der Basis anzustreben. Darauf hinherzuwählen, sondern es kommt den Unternehmern darum an, sie vor einer so freien Zeit zu schützen. Unter Berücksichtigung dieser Sachlage ist die Konferenz der Betriebsmänner der Eisenbahnen nach eingehender Beratung dazu gekommen, den Streikenden zu empfehlen, den Streik jetzt auf der Höhe des Kampfes, abzubrechen und in eine friedliche Zeit einzutreten. Nach dieser Diskussion stimmte die Versammlung mit großer Mehrheit der Beendigung des Streikes zu.

Dieser Ausgang ist zum größten Teil den Versäumnissen des Wiesbadener Verbands zu danken, der durch seine Mitglieder die freigewordenen Stellen besetzte.

**Streik der Mainzer Brauerei arbeitet in Sicht.** Die Mainzer Brauereiarbeiter haben ihren zum 1. Oktober ablaufenden Tarif gefordert, weil sie eine Aufsteigerung ihrer ganz ungünstigen Lohnverhältnisse erstreben. Die Mainzer und die Groß-Brauerei Brauereien lehnen vorläufig jedes Verhandeln mit der Organisation ab, so dass es voraussichtlich zum Kampf kommen wird.

**Auf Lohnbewegung der Damen, Kinder und Schuelerinnen in München.** Die im Arbeitgeberverband vereineten firmen haben jede Lohnerhöhung abschließen mit der Bedingung, dass die Damen-Werke eine weitere Steigerung der Arbeit können nicht ertragen. Die Arbeiter beschließen in einer gut besuchten Versammlung, an ihren bestehenden Forderungen festzuhalten und auch von einem ihnen aufgesetzten Kampf nicht zurückzuschreien.

**Die Münchner Hubarbeiter haben in einer gut besuchten Versammlung einstimmig beschlossen, in einer Tarifverhandlung einzutreten. Die Tarifentwürfe sind dem Arbeitgeberverband für das Transportgewerbe und Baumgewerbe vorgelegt, zugleich wurde das Einigungsamt angerufen.**

**Streik in Tuttlinger Schuhfabriken.** In den Schuhfabriken von Gebrüder Döppmann, Gebrüder Binder und Fr. Höppler in Tuttlingen haben die Arbeiter gefordert, weil ihnen eine geringe Lohnsteigerung verweigert wurde, obwohl in den drei Fabriken von jeder zum Teil erheblich weniger bezahlt wird, als in anderen Fabriken, die die jetzt gestellten Forderungen längst anerkannt haben Bezug von Schuharbeitern ist zu vermelden.

**Tarifabschluss für das Töpfergewerbe ist im gesamten Innungsbezirk Katowitz erreicht worden.** Bisher stand nur in Katowitz eine für lange Zeitnahme der Arbeit vertrag, auf Grund des Katowitzer Tarifs wurde jetzt auch für Beuthen, Gliwitz, Świdnica, Bytom, Nowy Sącz u. a. eine fortlaufende Reglung erreicht.

## Hus der Umgebung.

**Südlich.** Schwere Brände und das angetragene hat am Montag beim "Tauchstein" der 12-jährige Schuhnabe Landgraf. Ein brennender Feuerwehrkörper fiel auf den mit leidenden Patienten belegten Knaben. Im Raum war er eine brennende Säule. Ein bekratzter Mann riss die brennende Säule vom Knaben vom Leibe. Nun liegt der arme Junge, teilweise wohl durch eine Schwund, schwer verletzt in der in sterilen Wohnung. Der Vater weiß, um eine neue Existenz für sich und die Söhne zu gründen, in Amerika. Die Familie soll Anfang Oktober nachfolgen.

**Brandis.** Die Gemeindeanlagen auf den blutigen 18-Jährigen Termin sind bis 21. September an die hiesige Stadtverwaltung zu berichten.

**Braudis.** Die nächste öffentliche Sitzung des Stadtgemeinderates findet am Freitag, den 18. September, abends 8 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses statt. Die Tagessitzung befindet sich am Rathaus.

**Kötzsche.** Feueralarm-Vereinschaft. Die hiesige Freiwillige Feuerwehr, die Pflichtfeuerwehr und die Freiwillige Schönmannschaft haben vom 17. bis mit 20. d. M. Feueralarm-Vereinschaft, was zur Vermeidung von Unruhen vom Gemeinderat bekannt gemacht wird. Die Pflichtfeuerwehrmitglieder werden in der Bekanntmachung nochmals besonders auf die Dienstaneinheiten bezw. Bekanntnahmen hingewiesen.

**Rötha.** Unfall und Unfallrente. Der Zaehlerner Hermann Höhler in Rötha wurde am 2. Januar 1907 im Dienste eines Unterküfers vor einem sich bauenden Pferde zu Boden gerissen und getreten, und trug dabei mehrere Wunden am Kopf, an der Brust, den Armen und am linken Fuß davon. Mit dem ihm von der Landwirtschaftlichen Versicherungsanstalt zugebilligten Unfallente konnte sich Höhler nicht zufrieden geben; auf seine Verlangung erhöhte das Schiedsgericht die Rente von 50 auf 60 Prozent. Der Verteiler Höhler beantragte aber die Vollrente. Sein Retsel ist nunmehr aber in der letzten Prüfung des Landesversicherungsamtes verworfen, nachdem vorher noch ein ärztlicher Sachverständiger gehört worden war.

**Wunsiedel.** Von Wunsiedel, Vorsitzender Reinhard Marckwaldt. Einspruch. Der Produktionshändler Richard Bräutigam beansprucht, im Grundstück Albrechtstraße 6 eine Schweineabförderstelle zu errichten. Nach § 17 der Reichs-Gewerbeordnung wird dies mit der Auflösung bekannt gemacht, einzige Einwendungen hiergegen, soweit sie nicht auf Polizeirechtsstücken beruhen, können 14 Tagen von Ende neu dieser Bekanntmachung an gezeichnet an die Polizei anzuzeigen.

**Leutzsch.** Hauslisten. Die von den Handhaltungsbehörden für die Einschätzung zur Stadtkontrollenliste geordneten Einzelhandelsfirmen sind von den Hausbesitzern beziehentlich dessen Stellvertretern bis zum 25. September bei der hiesigen Gemeindebehörde schriftlich zu beantragen.

**Moskau.** Verpflichtung. Der bisherige Gemeindeexpedient Kunze ist als Meldeamtsexpedient in Pjatjat g. nominiert worden.

**Moskau.** Von Krämpsen besetzten wurde der in der Kreuzstraße e. Wohnung der Bürgerin B., als er sich auf dem Nachtweg leise hielt. Er sah dann bei einer Frau mit dem Gesicht auf einen Waffenschein, dass er an einer Stelle einen Hausschlüssel nach dem Leipziger Stil an den Hausschlüssel übertragen werden müsste.

**Teutsch.** Das städtische Freibad an der Elberthymühle ist von Dienstag, den 18. d. M. abends 6 Uhr ab geschlossen.

**Erlangen.** Eine Übung der gesamten Freiwilligen und Pflichtfeuerwehr findet am Sonntag, den 20. September, morgens 6½ Uhr statt. Die einzelnen Abteilungen beider Wehren treten an ihren Alarmplätzen an und erwarten dort weitere Befehle. Die Kontrolle über die anwesenden Mannschaften findet auf dem Alarmplatz statt. Die Mannschaften der Pflichtfeuerwehr werden vom Branddirektor beobachtet auf § 41 der Feuerwehrordnung über das Feuerlöschwesen vom 18. August 1908 verwiesen, nach welchem das Fehlen bei einem Brande oder einer Leitung mit Geldstrafe bis zu 5 Mark eventuell entsprechender Haft bestraft wird. Die Abzeichen sind anzulegen.

## Aus dem Stadtverordnetensaale.

(Sitzung vom 16. September)

Der heutige Sitzung der Stadtverordneten geht eine gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten voraus, die Oberbürgermeister Dr. Dittrich nach 1/2 Uhr eröffnet. Zur Tagesordnung stehen allein Neuwahl und Ergänzungswahlen von bürgerlichen Mitgliedern und Stellvertretern in die Ersatzkommissionen Leipzig I, II und III, die Wahl eines Augsordneten in den Kaiseraubau, die Wahl eines Sachverständigen für Eisenbahnen und die Wahl von Verbrauensmännern in den Ausdruck zur Auswahl der Saßen und Schworen. Die nach der Liste vorgeschlagenen werden einzeln gewählt; in den Kreis auswahl der Oberbürgermeister Dr. Dittich.

Vorsteher Dr. Rothe eröffnet daraus die Plenarsitzung der Stadtverordneten. Aus der Registratur sei mitgeteilt, dass die Handelskammer, die ihre Kanzleiräume vergrößert und nach der Bachstrasse verlegt hat, um Asphaltierung der Bachstrasse bitte, da der von dem Fahrverkehr hervorgerufene Lärm sowohl in den Kanzleiräumen, wie auch in dem Besaal störend wirkt.

Stadt. Tobias (Ratspartei) macht die Eingabe zur seinigen, die darauf an den Eisenbahnabschnitt überwirkt.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und es erfolgt zunächst die durch die Wahl Dr. Dittrichs zum Oberbürgermeister notwendig gewordene Wahl eines Bürgermeisters. Als solcher geht aus der Urne hervor mit 52 von zusammen 55 abgegebenen Stimmen der bisherige Bürgermeister Dr. Friedrich Roth in Stettin. Das Ergebnis wurde mit lebhaftem Bravo begrüßt.

Ausgestimmt wurde der Antrag einer Treppe von der Blücherstraße aus nach dem Güterbahnhof durch die Preußische Eisenbahnverwaltung, ebenso der Nachbewilligung von 3100 M.

für Ausbesserungen in der Thomasmühle. Die Berliner Straße soll nach einem Ratsbeschluss auf der 63 Meter langen Strecke entlang dem freien Platz an der Einmündung der Nordstraße statt mit Schlesiensteinplatte 1. Klasse mit Weichholzplatte (schwäbischer Kiefer) befestigt werden. Das Kollegium stimmt dem Antrag zu.

Zu dem Bau der Unterführung der Lüdener Straße hatte der Hausbesitzer Stegmann in einer Eingabe erachtet, die vor seinem Hause ausgeführte Mauerbrüder durch eine Unterführung zu ersetzen, da sonst seine Laden an Wert verlieren. Die Ausschüsse hatten hierzu beantragt, die Eingabe dem Rat in dem Sinne zu Erwürgung zu überweisen, dass durch Herstellung von Durchbrüchen in die jetzt geschlossene ausgeführte Brücke eine Verbesserung der Verhältnisse herbeigebracht wird.

Stadt. Orth (Soz.) stellt den Antrag, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen.

Der Antrag der Ausschüsse wird schließlich gegen 16 Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Von dem Grundstücke Weßstraße 55 soll zur Verbesserung der Ecke der Plauwitzer und Weststraße Borgartenreal ab abgetragen werden. Die erforderlichen Kosten von 1170 M. wurden bewilligt.

Zur Förderung des Radfahrverkehrs wird in einer Eingabe von die H. Stellung weitere Radfahrwege gebeten. Vom 1. April wird man den Antrag erläutern, dass im Radibus daran hingewiesen werden soll, dass vielleicht die Radfahrwege noch nicht genügend seien, da man sich schon die Radfahrer noch ein wenig befreien. Somit seien ja im Hause eine neue Wege vorgesehen. Das Kollegium möge deshalb die Eingabe dem Rat zur Kenntnisnahme überweisen.

Die Verlegung der Endstation der E-Linie der Großen Leipziger Straßenbahn, die sich jetzt am Schlachthof befindet, nach der Altenburger Straße, fand im Kollegium keine Zustimmung.

Als die Eingabe der Kraftwagenführer knüpft sich eine lebhafte Debatte über die Leipziger Verkehrsordnung überhaupt. Die Kraftwagenführer beschweren sich über zu rigorose Vorschriften der Polizei, wodurch ihnen die Ausübung ihres Gewerbes zu sehr erschwert werde. Die Polizei sagte die Fahrgeschwindigkeiten fest und die Strafen seien ungewöhnlich hoch. Wie der Referent Dr. Struve bemerkte, sei die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit von 15 Kilometer für Automobile allerdings zu gering bemessen, da könnte man eine Drosche oder die Straßenbahn benutzen. Es sei festgestellt worden, dass andre Gefähre, Droschen, Equipagen usw. schneller fahren. Weiter ist jetz in den Ausschüssen erfüllt worden, dass trotz der neuen Verkehrsordnung eine Verbesserung auf den Straßen nicht zu bemerken sei. Das Publikum und die Gefähre werden energisch zur Einhaltung der Verkehrsordnung angehalten werden. Die Eingabe möge dem Rat bez. dem Polizeiamt zur Erwürgung überwiesen werden.

**Polizeidirektor Breitwieder:** Die Geschwindigkeit sei gesetzlich festgelegt, daran könne das Polizeiamt nichts ändern. Früher sei selbst im Kollegium energisches Einschreiten gegen das zu schnelle Fahren gefordert worden, jetzt seien die Klagen darüber so nahezu versummt.

**Stadt. Limburger (Ratsp.)** bittet um möglichst milde Handhabung der polizeilichen Bestimmungen. Der Polizeidirektor habe sich wenig entgegenkommen gegen das Kraftwagenwesen gezeigt.

**Polizeidirektor Breitwieder:** Die Geschwindigkeit sei gesetzlich festgelegt, daran könne das Polizeiamt nichts ändern. Früher sei selbst im Kollegium energisches Einschreiten gegen das zu schnelle Fahren gefordert worden, jetzt seien die Klagen darüber so nahezu versummt.

**Stadt. Limburger (Ratsp.)** bittet um möglichst milde Handhabung der polizeilichen Bestimmungen. Der Polizeidirektor habe sich wenig entgegenkommen gegen das Kraftwagenwesen gezeigt.

In der weiteren Debatte wünscht Stadt. Beck (Mittelst.) auf die Statistik der Umläufe durch Automobile hin. Vizevorsteher Schnauch beantwortet, es gebe keine Kutschfahrt, die bloß 15 Kilometer fahre, und Stadt. Hell (Mittelst.) weist auf London, wo nicht nur das Publikum, sondern auch die Zugtiere gut exponiert seien. Der Ausschusshandtag wurde schließlich gegen 16 Stimmen der Mittelständler und teilweise auch der Gräfinnen angenommen.

Zustimmung fanden noch einige Nachträge zu Ortsbaugesetzen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Berlin, 17. September.** Dem Berliner Tageblatt wird aus Wien berichtet: Der Ukrainer Polak meldet: Die türkischen Truppen in Pleblje (Bulgarien), die unter dem Kommando Suleiman Paschas stehen, der als Freund Österreichs bekannt ist, meuterten und griffen Suleiman Pascha an, der sich in seinem Hause verbarricadierte und die österreichischen Truppen um Hilfe bitten musste. Der Kommandant der österreichischen Besatzung, Generalmajor Nömen, sandte vier Kompanien zu Hilfe, die Suleiman Pascha befreiten und in das österreichische Lager führten. Nömen erfuhr die Ausbildung des Kriegsministeriums telegraphisch um Verstärkung. Dem 16. Infanterieregiment in Belovar wurde befohlen, jederzeit marschbereit zu sein, um nach Pleblje abzugehen. Suleiman soll in Agram eingekesselt sein. Die Konstantinopeler Abendzeitung Sadet meldet aus Sofia, dass die Bulgaren ihre Unabhängigkeit unter einem König demnächst erklären werden.

**Copenhagen, 17. September.** Es darf nunmehr als sicher gelten, dass sich die Unterstufungen Albertis auf nicht weniger als 14 Millionen Kronen belaufen. Die Meldungen von Albertis leidendem Zustand sind übertrieben. Sein ganzes Auftreten hat das Gepräge großer Ruhe. Man fand Chiffretelegramme seiner englischen Verbündeten, doch scheint er den Schlüssel hierzu vor der Katastrophe befehligt zu haben. Angeblich soll sich auch Alberti für sich ein Vermögen in London versteckt haben. Der Justizminister hat das Wiederaufnahmeverfahren der auf Albertis Veranlassung seinerzeit niedergeschlagenen Verfolgung gegen zwei gefährliche Banden angeklagt. Die

## Kinderschutz.

Zur Entgegennahme von Beschwerden über Verstöße gegen das Kindererziehungsrecht ist eine Kommission aus nachstehend verzeichneten Genossinnen gebildet worden. Dorthin sind die Beschwerden mündlich oder schriftlich anzubringen:

- Frau Böllendorf, L. Kleinschroder, Bahnhofstraße 20, I.
- Frenzel, L. Lindenau, Gundorfer Straße 81 b, I.
- Hennig, L. Neustadt, Kirchstraße 89, I.
- Graß, L. Neudorf, Dresden Straße 55, IV.
- Raunstorff, L. Neudorf, Oststraße 48, II.
- Greiß, L. Schöneberg, Dimpelstraße 21, II.
- Wolf, L. Göhlis, St. Petri-Straße 20, IV.
- Bösch, L. Connewitz, Brandstraße 80, IV.
- Rennig, L. Schleußig, Blümlauerstraße 8, I.
- Friedrich, Leipzig, Arndtstraße 25, II.
- Gebel, Leipzig, Rappbodusstraße 12, II.
- Kürze, Leipzig, Glöcknstraße 15.
- Günther, Leipzig, Weststraße 29, III.

Wir bitten, alle Fälle ungefährlicher kindlicher Erwerbsarbeit an diese Genossinnen zu melben. Vor allen Dingen ist darauf zu achten, daß kein Kind abends nach 8 Uhr und morgens vor 8 Uhr beschäftigt werden darf. Auch darf kein Kind vor dem Vormittagsunterricht Erwerbsarbeit leisten. Eine zweistündige

Mittagspause und eine einstündige Pause nach dem Nachmittagsunterricht muß den Kindern gleichfalls gewährt werden. Ebenso ist jede Kindererwerbsarbeit Sonntags verboten, außer in der Zeit zwischen 11 Uhr vormittags und 2 Uhr nachmittags, doch nicht länger als zwei Stunden.

Bei der Kommission laufen öfter Beschwerden ohne Namen und Adresse ein, die, weil sie nicht behandelt werden können, völlig zwecklos sind. Die Namen der Beschwerdeführer werden direkt behandelt, können also ohne Besorgnis der Kommission mitgeteilt werden.

## Bur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tu dies rasch und schreibe es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ortsnamen; setze mehr Punkte als Komma.
4. Schreib nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.

5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Stadt, streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.

6. Die Haupthälfte: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes, sondern Seiten auf einer Seite. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten da eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Belastung des Redakteurs gestrichen werden muß.

7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Unonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

## Zur gefälligen Beachtung!

Von einigen Filial-Inhabern und Aussträgern wird darüber gellagt, daß die Abonnementsbeiträge zuviel erst gegen Ende des Monats eingehen. Wir machen die verehrenlichen Leute darauf aufmerksam, daß der Abonnementbeitrag im voraus zu bezahlen ist, und daß unsere Aussträger und Filialen-Inhaber gehalten sind, Mitte des Monats abzurechnen.

Die Expedition.

# → Erwerbt das Bürgerrecht! ←

**Das Bürgerrecht kann jeder Leipziger Steuerzahler, der das 25. Lebensjahr vollendet hat, auf Antrag erlangen, wenn er die sächsische Staatsangehörigkeit besitzt und mindestens zwei Jahre in Leipzig Steuern bezahlt hat.** Wer die sächsische Staatsangehörigkeit nicht besitzt, muß zuvor diese erwerben.

Wegen Auskunft wende man sich an einen der nachfolgenden Genossen, die bereit sind, eventuell die erforderlichen schriftlichen Arbeiten unentgeltlich auszuführen.

## Für die Stadt Leipzig.

### Alt-Leipzig:

August Gäßler, Sibyllstraße 61, IV.  
Hermann Friedrich, Arndtstraße 25, II.  
Paul Kleemann, Schirmfabrik, Gerberstraße 14.  
Richard Weder, Berliner Straße 2, III.  
Traugott Kürze, Glöcknstraße 15, IV, I.  
Hieronymus Drößl, Sebastian-Bach-Straße 18.  
W. Järlitz, Frankfurter Straße 10.  
Otto Miehling, Weststraße, 86, 5. III.  
Gustav Menge, Alexanderstraße 30, III.  
G. Eisig, Sibyllenstraße 85, Sq. III.

### Ost-Vorstadt:

Anger:  
Otto Borberger, Burgstraße 8.  
Karl Werner, Zwirnausendorfer Straße 30.

### Neuschönfeld:

Germann Eidel, Melchiorstraße 1, II.

### Reudnitz:

Karl Günther, Heinrichstraße 88, pt.

### Sellerhausen:

Friedrich Hammer, Baumannstraße 7.

### Volkmarshof:

Edwin Friedemann, Konradstraße 64.

### Stünz:

Stüllerberg, Lagerhalter.

### Thonberg-Neureudnitz:

Eugen Diele, Reichenhainer Straße 38.

### Süd-Vorstadt:

Franz Nagel, Biedermannstraße 35, I.

### Lößnig:

Franz Müller, Simonsdistr. 9, pt.

Richard Ströbel, Vornässche Straße 37, II.

### Gohlis:

Max Philipp, Coloredstraße 11.

Hilke, Sachse, Lößnitzer Straße 6, II.

### West-Vorstadt:

Plagwitz:  
Hentschel, Weihenstephaner Straße 85, III.  
Emil Höttiger, Elisabeth-Allee 41, I.  
Ernst Kräbler, Altdörfische Straße 44, pt.  
G. Reinhold, Schmiedestraße 18, III.  
Otto Voigt, Raumburger Straße 8, II.

### Lindenau:

W. Eppendorf, Galviniusstraße 15, II, I.  
Arthur Stephan, Josephstraße 49.  
Friedrich Weiß, Flemmingstraße 10, II.  
Albin Nassauer, Hebelstraße 26b, II.  
E. Weißauer, Gießerstraße 3, I, L.

### Gohlis:

A. Möller, Könneritzstraße 57, III.  
E. Herrmann, Könneritzstraße 68, I.  
G. Weißbuhn, Blümenerstraße 5, III.  
G. Jorn, Brochhausenstraße 50, III.

### Nord-Vorstadt:

Oskar Fischer, Garnisonstraße 5, I.  
Eduard Lößnig, Mödersche Straße 6, I.  
Julius Beller, Elisabethstraße 86, III.  
Hermann Boos, Schleußiger Straße 20, 5. II.  
Oskar Woll, Schleußiger Straße 81.  
Karl Laut, Loschwitzer Straße 52.  
Robert Schädler, St. Privat-Straße 2a, pt.  
Otto Quellmalz, Breitenfelser Straße 12.  
Karl Bauer, Dorotheenstraße 20.  
Gustav Krause, Hallestraße 180, II.

Gutrich:

Richard Reinhardt, Delitzscher Straße 88.

Gutrich:  
Robert Kurth, Magdalenenstraße 2.  
Bernhard Werner, Reichsbahnstraße 19.  
Gustav Buch, Schiebestr. 26.

Für die Ortschaften im Bezirk Leipzig  
helfen bei der Erlangung der sächsischen Staatsangehörigkeit:

Schönesfeld:

E. Möller, Hauptstraße 42, I.

E. Schulze, Dimpelstraße 45, II.

Baumsdorf:

Herrn, Paulinenstraße 93 c.

Sommersdorf:

August Bader, Eisenbahnstraße 10, I.

Engelsdorf:

Emil Betac, Bahnhofstraße 28, II.

Mölkau:

Max Nährer, Baumsdorfer Weg 40, I.

Hermann Herold.

Stünz:

Wilhelm Bruchardt, Schulstraße 5.

Stötteritz:

Mag. Böhlitz, Arnoldstraße 22.

Albert Woll, Mölkauer Straße 28, III.

Aug. Donath, Wasserturmstr. 29, pt.

Dötzsch:

Hermann Gerhardt, Mittelstraße 21, III.

Tautpha:

Leonhard Rünger, Eisenbahnstraße 130.

### Großzschocher:

Richard Ohmann, Hauptstraße 45.  
Aug. Arnhold, Knauthainer Straße 45.

### Leutzsch:

E. Stöbe, Hauptstraße 58.  
A. Endig, Grenzstraße 1.  
G. Helmig, Weinbergstraße 5.

### Böhlitz-Ehrenberg:

Albert Miesert, Leipzig Straße 94 (Konsum).  
Johann Trube, Südstadt 24, I, I.  
Eduard Breiten, Filiale der Leipziger Volkszeitung.

### Knautkleeberg:

Karl Apelt, Nr. 15 a.

### Knauthain:

August Otto.

### Markranstädt:

Oskar Meister, Am Markt.

### Ehtha:

G. Opitz, Zwönauer Straße 117.

### Zwenkau:

Friedrich, Lagerhalter, Leipzig Straße.

### Möckern:

Mag. Weber, Hallestraße 64, III.

Hermann Berger, Hallestraße 82, III.

### Mockau:

Moritz Stöhr, Leipzig Straße 179.

Wilhelm Herbert, Adolfsstraße 10.

Mag. Meyer, Leipzig Straße 20.

Paul Schiller, Bahnstraße 2.

Paul Dietel, Adolfsstraße 10.

Gustav Eichelbaum, Ellenburger Straße 14.

## Praktische Arbeit

leisten die Nahrungsmittel-Fabrikanten, indem sie den Konsumenten billige Nahrungs- und Genussmittel liefern. An der Spitze stehen die Margarinemarken

### „Siegerin“

von feinsten Naturbutter nicht zu unterscheiden und

### „Mohra“

der beste Ersatz für Naturbutter! — Überall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten:

A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.

## Möbel

Vorteilhaftes Angebot!

1 Schrank, nübb., furniert 58,-

1 Vertiko., nübb., furniert 58,-

1 Plüschora., ff. 62,-

1 Trumeau m. Stufe, furn. 84,-

1 Salontisch, nübb. baum. 16,-

4 Stühle, modern. 20,-

2 engl. Bettst., m. ff. Ditr. 86,-

1 kompl. Kücheneinrichtg. 42,-

Summa 376,-

Komplette Einrichtungen von 169

bis 10000,- fl. Preis am Lager.

Lindenauer Möbelhallen

Eduard Walther

48 Mersburger Str. 48.

Telepr. 10218. — Transport frei.

## Briketts

syndikatfrei  
offerten zu  
billigsten  
Preisen

## Hermann Matz & Co.

Eilenburger Bhf.  
Plagwitzer Bhf.  
Stötteritzer Bhf.

## Zigarren, Zigaretten

und Tabak empfohlen

## E. Kräbler, L. Plagwitz

Altdörfische Straße 44.

## Filiale: L. Lindenau, Mergenthauser Straße 80,

neben Bäder Jahr.

## N.B. Abonnement a. d. Volkszeitung.

## Monatsgarderobe

10 Alle Herren können sich 10

hochlegant in sehr billig 10

Neue u. wen. getr. Stütz-

zuge, Frack, H

# 4. Beilage zu Nr. 216 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 17. September 1908.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. September.

Gesichtsalender. 17. September 1903: Parteitag in Zena  
1900: Parteitag in Mainz. 1820: Dramatiker Augier geboren.

Sonnenaufgang: 5.38, Sonnenuntergang: 6.10.  
Monduntergang: 2.7 nachm., Mondaufgang: 9.59 abends.

Wetter-Prognose für Freitag, den 18. September:  
Südwinde, heiter, trocken.

### Rechtsmittelfristen und Strafprozeßreform.

Nach der jetzigen Strafprozeßordnung beträgt die Frist zur Einlegung eines Rechtsmittels — Berufung bzw. Revision — eine Woche; nach Zustellung der Urteilsaussertigung ist wieder eine Woche Zeit gelassen, zur schriftlichen Rechtfertigung des eingelagerten Rechtsmittels. In den Fällen der Berufung ist es jetzt kein Unglück, wenn diese zweite Frist verfaßt wird, weil auch bei völligem Aussbleiben der Rechtfertigung die Berufung ihren Fortgang nimmt, indem die Aufsetzung des ersten Urteils in allen seinen Teilen vermutet wird; bei der Revision aber hat die Fristverhömmis die Berufung des Rechtsmittels zur Folge. Eine Verlängerung dieser Fristen steht auch der neue Entwurf nicht vor; vielmehr selbst anerkannt tüchtige Verteidiger schon böse Erfahrungen mit der knappen Frist gemacht haben. Im Gegenfall werden bei gleicher Frist nach dem Entwurf nun auch für die Berufung die formellen Schwierigkeiten gemacht, daß die Rechtfertigung schriftlich und mit der Unterchrift eines Rechtsanwalts oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers — wie bei der Revision — gefordert wird: irgend eine Abweichung von Form oder Frist hat schon die Berufung des Rechtsmittels in Zukunft zur Folge.

Wer sich nach dem Urteil in Untersuchungshaft oder an einem Orte befindet, der nicht das Domizil des Gerichts oder eines Anwaltos ist, oder wer keine Mittel besitzt, hat es nicht leicht, zur Überlegung oder zu einem sachgemäßen Rat zu kommen, und kann dadurch sehr leicht so viel Zeit verlieren, daß er schon die Frist zur Einlegung des Rechtsmittels verfaßt; Mangel an Wissen kann übrigens schon den gleichen Mißerfolg herbeiführen. Die rechtzeitige Begründung des Rechtsmittels aber muß unter solchen Umständen erst recht verfaßt werden, da ja auch der Anwalt, wenn er nicht lediglich unterscheben soll, Zeit zur Information, zur Ausarbeitung und zur Reinschrift braucht; die Erklärung zu Protokoll des Gerichtsschreibers aber ist stets wertlos, wenn der Erklärende nicht mit den in Frage kommenden rechtlichen Voraussetzungen Bescheid weiß; und das letztere ist bei den hier in Betracht kommenden Personengruppen nur selten.

Ist aber schon der Anwalt rechtzeitig mit der Sache befaßt, so ist er häufig bei dem Umfang vieler Urteilsaussertigungen und bei sonst noch vorkommenden besonderen Umständen (z. B. Durchsicht bezw. Vermärgung des Protokolls und Erörterung mit dem Verurteilten), bei Entfernung von dem Orte des Gerichts, Überlastung mit andern gleich dringlichen Arbeiten (z. B. auch Berufungs- und Revisionschriften), bei beruflicher Abwesenheit recht schwer in der Lage, die Frist von einer Woche für die Rechtfertigungschriften innehuzuhalten; denn bis zum Ablauf der Frist muß die Schrift bei dem Gericht, dessen Urteil angefochten wird, eingegangen sein. Wenn aber die Frist dennoch eingehalten wird, so muß doch vielfach die Arbeit selbst darunter leiden; das ist aber sehr gefährlich, da auf diese Schrift ja gerade besonderes, in Revisionsachen geradezu entscheidendes Gewicht gelegt wird.

Werden aber die gleichen Gründsäye bei der Berufung maßgeblich, so wird gar manche Berufung lediglich deshalb unterbleiben, weil der Beschwerdeführer trotz gutem Willen aus irgendeinem Grunde die geforderte Begründung form- bzw. fristgerecht nicht beizubringen vermag. Die Rechtsmittel sind wertlos, wenn nicht die Fristen erheblich verlängert und leichtere Formen für ihre Anbringung geschaffen werden. T. H.

### Der neue Bürgermeister.

Der gestern abend von den Stadtverordneten gewählte neue Bürgermeister Friedrich Roth ist am 8. Januar 1865 als jüngster Sohn des Hüttenbetriebs a. D. und Mitterquisbesitzers Karl Roth zu Zweck (Kreis Lauban) geboren. Ostern 1877 ging er als Pensionär der königl. Klosterschule nach Alsfeld am Harz. Ostern 1888 hat er dort das Abiturium bestanden. Dann studierte er Geschichte und Jura in Freiburg im Breisgau und Berlin, wo er 1898 das Referendarexamen bestand. Als solcher arbeitete er im Oberlandesgerichtsbüro Naumburg a. S. in Stolberg, Nordhausen, Sangerhausen und Naumburg. Im Jahre 1891 bestand Roth das Gerichtsassessorsexamen. Bis 1. April 1892 war er bei dem Magistrat zu Halberstadt a. S. und vom 5. April 1892 bis 1. April 1895 bei dem Magistrat zu Görlitz beschäftigt. Im Februar 1895 erfolgte seine Wahl zum Stadtrat in Görlitz. Am 16. Februar 1900 wurde er zum Stadtrat in Stettin und am 18. September 1900 als zweiter Bürgermeister in Stettin gewählt. Der militärischen Dienstpflicht genügte Roth bei dem 5. badischen Infanterieregiment Nr. 118 zu Freiburg im Breisgau. Die leichte Dienstleistung mache er 1894 als Premierleutnant. Herr Roth ist verheiratet und Vater dreier Kinder im Alter von 11 bis 16 Jahren. Seit April 1907 ist er Mitglied des Provinziallandtags und seit März 1908 stellvertretender Vorsitzender des Provinziallandtags der Provinz Pommern.

### Aus dem Stadtverordnetensaal.

Nehm, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister". Es ist ein Roter. Auch unser Stadtverordnetenvorsteher ist ein Roter. Welche andere große oder kleine Stadt in Deutschland macht uns das wohl nach?

Der Antritt zur Tribüne war gestern wieder einmal geradenhängt. Die erste auseinandersetzung mit dem Rat und den Stadtverordneten vor im Handumdrehen erledigt. Als dann der Oberbürgermeister den Präsidentenamt verlassen und Vorsteher Roth ihn eingenommen und die Registrierung bekannt gegeben hatte, wurde der Rat vorgenommen, der die Masse der Bürgertum herbeigeflossen erwartet hatte. Der Bürgermeisterwahl. Wer irgendwelche Komplikationen erwartet hatte, wurde enttäuscht; die Wahl ging glatt vor sich. Bürgermeister Roth-Stern wurde mit 52 von 55 Stimmen zum Bürgermeister von Leipzig gewählt.

Gestern waren die Stadtverordneten redselig. Sie unterhielten sich behaglich über Maßnahmen, Automobilismus und Straßenbahnanlegenheiten. Man kann sagen, daß jeder Redner redlich das Meiste der Debatte zu haben versucht, aber sie frohen ebenso unabänderlich auf dem Thobben, wie der Räder, Automobilisten und Straßenbahner. Einem der Stadtälter, der den gewaltsamen Versuch unternahm, sich über das ganze Geschmack zu erheben, indem er nicht nur die Menschen, sondern auch die Nutztiere erlöste, ging es, wie es aroen Geistern gemeinhin zu geben pflegt: er wurde verfaßt; man lachte und freute sich, daß man lachen konnte. Auch freute man sich hinzu über den Einfall eines andern Stadtälter, daß unter „übändischer Charakter“ daran schuß sei, daß unsere Straßenbahnen gestimmt werden, während die letzten Norddeutschen in Hamburg, Berlin usw. ruhig wieder zurücktreten, wenn sie leben, daß der Wagen besteht.

Über all diese kleinen Dinge sprachen sich diejenigen Stadtälter aus, die über solche Dinge gewohnheitsmäßig zu sprechen pflegten; der Saal lädt in der Ferne.

Am nächsten Mittwoch ist keine Schwung, da eine Anzahl Stadtälter nach London reisen wollen, um dort zu lernen, und das ist recht-

Eine Studienreise Leipziger Stadtverordneter und Ratsmitglieder nach London. Zwanzig Mitglieder des Stadtverordnetenkonsiliums und des Rates der Stadt Leipzig unternehmen heute eine Reise nach London, um dort Studien über die kommunalen Einrichtungen der englischen Hauptstadt zu machen. Außer den Sehenswürdigkeiten Londons sollen besichtigt werden eine Hauptkunststation und Entwicklungsanlage; der Blackwall oder Rotherhithe Tunnel; die neue Brücke über die Themse bei Vauxhall; das Elektrizitätswerk in Greenwich; die unterirdische Straßenbahn von Victoria-Empankment bis Theobalds Road; das dazu gehörende Depot; der neue Verbindungsweg zwischen Kingsway und Aldwych; die Hauptstation der Londoner Feuerwehr; Grenzstraßen-Kreis, auf dem einige Wohnhäuser von dem Council errichtet worden sind; Gemeindewohnhäuser in Drury Lane; Gemeindewohnungen auf Areal der Westbank; eines von den Alten für Irren; mehrere Schulen und Erziehungsanstalten; ein Haus der „Lower House Limited“ (Hotel des armen Mannes); die Metro-Polizei.

Die Reise erfolgt vollständig auf eigene Kosten der interessierten, öffentlichen oder Stiftungsmittel werden nicht benutzt. Von den sozialdemokratischen Stadtverordneten beteiligt sich an der Reise keiner. Die Rückreise soll am 26. September erfolgen.

Bürgerliche Sittsamkeit. Die Leipziger Neuesten Nachrichten, die über die bürgerliche Sittsamkeit ja Bescheid wissen müssen, schreiben in ihrem heutigen Leitartikel über die interparlamentarische Konferenz in Berlin, die „heilige Verto“ (Guttner) sei aus dem Kreise dieser Männer verbannt, da die Danachbarkeit noch immer keine bleibende Stelle finde. „Aber die Männer der parlamentarischen Vereidigung fürchten nicht nur die weibliche Konkurrenz, die ja auch in Nürnberg, die so oft hinter dem Ehebettthimmel gar herrliche Triumphe feiert, sondern sie fürchten auch, daß der Schimmer der Lächerlichkeit, der die Gestalt der eisigen Dame umgibt, leicht auf sie selbst absätzen könnte.“

Die Leipziger Neuesten Nachrichten, das Organ für Christentum und Sittlichkeit, müssen ja wissen, wie die weibliche Konkurrenz hinter dem Ehebettthimmel gar herrliche Triumphe feiert.

Haemacolade. Wie werden von Herrn Dr. Sauer, Fabrik chemischer und diätetischer Präparate, mit Berufung auf das Preßgesetz um Abdruck folgender „Berichtigung“ erachtet:

1. Dass die Warnung des Polizeipräsidiums zu Hannover in einem Artikel vom 31. Juli 1908 vom Königlichen Landgericht I. Berlin widerlegt worden ist. Dasselbe hat geurteilt, daß Haemacolade nicht 3,5 Teile Hämaglobin im Blut enthält, sondern 20 Gramm Hämaglobin (genau wie Hommel's Haematojen in der Flasche), laut verschiedentlich stattgefundenen Untersuchungen.

2. Dass der Preis der Haemacolade ein nicht zu hoher sei.

Es ist ferner unwahr, daß Haemacolade 10 Prozent Karottensmehl enthält, mein Präparat hat niemals mehr als 5 Prozent enthalten und sind diese durchaus notwendig und denselben aus technischen Gründen zugelegt.

Wir haben hier wieder einen Fall, in dem das Preßgesetz zu einer sogenannten Berichtigung missbraucht wird.

Leipziger Motorfahrzeuge usw. Ausstellung 1908. Die Vorbereitungsarbeiten in den über der Alberthalle belegenen großen Räumen scheinen rüdig vorwärts, so daß sich die Ausstellung am Größenmarkt, den 8. Oktober, vollkommen fertig präsentieren wird. Der Umfang der Ausstellung 1908 wird etwa derselbe sein wie in den Vorjahren, nur dürfte vielleicht das internationale Gepräge mehr noch als bisher zum Ausdruck gelangen.

Dauernde Ausstellung neuer Erfindungen. Die großen Schwierigkeiten aller Art, die sich dem Erfinder überall in den Weg stellen, geben dem Allgemeinen Erfinders-Verband (Sitz Berlin) Veranlassung, unter seiner Aufsicht eine Einrichtung zu fördern, die es den Erfindern ermöglicht, ihre Arbeiten schneller und kostengünstiger zu machen. Es handelt sich um eine dauernde Ausstellung von Modellen und Zeichnungen, die alles umfassen soll, was auf dem großen Gebiete der Erfindung geleistet worden ist. Die Ausstellung befindet sich im Viertel von Leipzig. Während den Erfindern Gelegenheit geboten wird, Verbindungen aller Art anzutäuschen, bietet sich der Industrie die Möglichkeit, Neuerungen kennenzulernen, die es verdienen, dem Publikum zugestellt zu werden. Das bedauerliche Los der meisten Erfinder ist bekannt. Hoffentlich trägt die Einrichtung dazu bei, ihre Lage zu verbessern zu helfen. Antragen beantragt der Vorsitzende des Allgemeinen Erfinders-Verbands, Revaleur Otto Wiesner, Berlin-Schöneberg, Prinz-Georg-Straße 9.

Gesperrt wird vom 18. b. M. ab für den Fahrverkehr auf die Dauer der Pfasterungsarbeiten die Lützner Straße zwischen der Henrietten- und der Dürrenberger Straße einschließlich der Kreuzungen beider Straßen. Der Straßenbauverkehr wird aufrechterhalten. Weiter wird vom 18. b. M. ab für allen Fahrverkehr auf die Dauer der Pfasterungsarbeiten die Elisenstraße zwischen der Elisen- und Kunstrasse gesperrt. Der Straßenbauverkehr wird aufrechterhalten.

Die Lohmanns in der Schlinge. Giesige Blätter melden zu der Verhaftung Lohmanns: Als Frau Lohmann in Untersuchungshaft genommen worden war und damit die reichen Einnahmen, die sie durch „Rat und Hilfe“ gehabt hatte, aufzuhören, gewann der Chemnitzer Lohmann eine andre Frau und offenbart ihr das wichtige Geheimnis, wie man mit solchen Dingen viel Geld verdienen könne. Er hörte natürlich dafür, daß ihm der größere Teil des Verdienstes zufließt. Es dauerte aber nicht lange,

bis die Kriminalpolizei hinter diese Affäre kam, sie war bald eingeweiht, und mit Hilfe dieser Frau gelang es, die Angelegenheit zum Klappen zu bringen. Man versuchte es nämlich mit singulären geheimnisvollen Anzeigen in den Tagesblättern, und bald gingen auch die Gimpel auf den Leim. Es scheint danach, als ob die traurige Affäre doch noch aufgelöst werden sollte.

Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern im Hofe eines Fabrikgrundstücks an der Wittenberger Straße in L.-Eutritsch. Dasselbe wurde der 61 Jahre alte Klempner Oskar Seifert, wohnhaft Wilhelmstraße 4, von einem jungen Burschen, der sich mit Radfahren belustigte, angefahren und derart unglücklich zu Tode gebracht, daß er einen schweren Schädelbruch davontrug. Der Veranernte wurde sofort mit einem Notverband versehen und nach dem Stadtkrankenhaus übergeführt, woselbst er kurze Zeit nach seiner Einlieferung an den Folgen der erlittenen Verletzungen verstarb.

Einen Stubenbrand hatten gestern vormittag zwei kleine Kinder in einer Wohnung der Reuterstraße durch Spielen mit Bündholzchen herbeigeführt. Zur Unterdrückung des Brandes mußte die Feuerwehr herbeigerufen werden.

Erkrankungen auf der Straße. Am Augustusplatz erkrankte gestern abend ein etwa 30jähriger Mann an Krämpfen. Da er sich nicht wieder erholt, wurde er in das Krankenhaus gebracht. Die Person des Mannes ist noch nicht festgestellt.

In der Ungerstraße vermochte gestern abend ein 28jähriges Dienstmädchen aus Leutzsch vorgerückter Schwangerschaft wegen nicht weiter zu gehen. Das Mädchen wurde daher mittels Rettungswagen in die Frauenklinik gebracht.

Wertpapiere gestohlen. Aus einer Wohnung der Braustraße sind für 42000 M. Wertpapiere, nicht für nur 30000 M., wie ursprünglich angenommen wurde, gestohlen worden. Es sind dies 3% prozentige preußische Kontos Lit. A Nr. 56928 über 5000 M. und Lit. C Nr. 184686 über 1000 M., 3% prozentige alte preußische Kontos Lit. A Nr. 6000 über 5000 M. und Lit. B Nr. 127304 über 2000 M., 3% prozentige deutsche Reichsanleihe von 1878 Lit. B Nr. 3434, 5337, 8288 und 12326 über je 2000 M., von 1879 Lit. B Nr. 4294 und 4395 über je 2000 M., von 1880 Lit. B Nr. 598 über 2000 M. und 3% prozentige sächsische Rente von 1876 Lit. B Nr. 5144, 6103, 15226, 15814 und 15815 über je 3000 M. Vermutlich hat den Diebstahl ein Verwandter des Verlorenen, der am 13. Februar 1880 hier geborene Schlosser Friederich Louis Kluke verübt. Kluke ist flüchtig.

Abhanden gekommen ist am Mittwoch abend einer Dame auf dem Wege von der Petersstraße bis zum Neumarkt ein weißes Käppi mit 2 Stücken sächsischer Rente Lit. C Nr. 14777 und 21531 über je 1000 M. mit Talons und Kupons.

Stolze Polizei-Nachrichten. Wegen des dringenden Verdachts, mehrere auf Promenadenwänden eingerissenen Personen die Todesahnen gehalten zu haben, wurde ein 25 Jahre alter Maurer aus Löbtau verhaftet.

Ein Leibhauschein über einen verfehlten goldenen Couleurring wurde im Begriff eines schon mehrfach verfehlten 32 Jahre alten Feuers aus Gettorf vorgezogen. Den Ring will der Feuerwehr im August in der Petersstraße gefunden haben.

Bei einem Fahrradhändler in L.-Vindnau hat am 7. b. M. ein unbekannter Knabe ein älteres Fahrrad eingestellt. Das Rad ist nicht wieder abgeholt worden. Wahrscheinlich röhrt es von einem Diebstahl her.

Die entwendeten: aus einer Wohnung der Altenstraße einen Perianthus, eine halbdelige Perianthola, eine Sunfloss und ein auf Seide gesetztes braunliches Plüschtäschchen, aus einer Wohnung der Schillerstraße 80 M., auf dem Marktplatz ein handschönes mit einer goldenen Dame verziertem Uhrwerk und verschiedenen anderen Sachen, mittels Taschendiebstahl in einem Restaurant einem Herrn eine goldene Damenuhr, aus einem Lokal in der Schillergasse einen kleinen Elektromotor, aus einer Wohnung der Wallstraße ein goldnes Kettenarmband mit Anhänger in Form eines Kreisblattes mit den Buchstaben VG im Gefüge, Werte von 180 M., in der Karlsstraße ein Fahrrad Nr. 37621, in der Hainstraße ein Getrüsselrad Nr. 899, in der Guts-Mühle-Strasse ein Fahrrad, Marke Grüner Nr. 129219, in der König-Johann-Straße ein Rad derselben Marke mit der Nummer 1276, am Markt ein Rad derselben Marke mit der Nummer 4055 und in der Nürnberger Straße ein Altbrett und mittels Nachschlüsseln aus einer Wohnung in der Löbner Straße einen Jackentanz von grau- und weißfarbigem, grüngefärbtem, grüngefärbtem Stoff, eine Anzahl weiße, M. F. gezeichnete Tischläufer und Kopftüchleinbezüge.

## Veranstaltungen im 13. Reichstagswahlkreis.

Ortsverein Schmöckwitz.

In der Mitgliederversammlung, die am 11. September im Vereinslokal tagte, referierte Genosse Lipinski über das Landwesen und dessen Einfluß auf den Wirtschaftsmarkt. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. Genosse Möller berichtete über die lokale Gemeinderatsbildung. Zum Schlusse teilte der Vorsitzende mit, daß am 24. September die Niederschlagsabteilung den Kursus wieder beginnt. Illustrationen seien beim Genossen Märtens, Dölpfstraße 20, 4. Etage, zu haben. Am 10. Oktober findet in Grabow's Gesellschaftshaus ein Völkläbler-Vortrag statt. Referent: Ingenieur Otto Weizner. Thema: Meine Erlebnisse auf der Insel Sachsen. Zugunsten dieses Vortrags fällt die Frauenversammlung im Oktober aus.

Der Ortsverein Möckern hielt am 9. September im Goldnen Adler eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab. Genosse Gebauer Schmöckwitz referierte über das Thema: Der Kampf um den Stillen Ozean. Zu tiefdrücklichen Ausführungen schloß er die Praktiken der präkapitalistischen Ausbeutungs- und Ländereiupolitik, die nun, da auf den übrigen Erdteilen nicht mehr viel zu holen sei, sich auf Ostatien wende. Dort würden auch in längerer oder späterer Zeit als Folgen dieser Politik schwere kriegerische Auseinandersetzungen sich abspielen. Auf alle diese Vorgänge im Stillen Ozean müsse die Arbeiterschaft ein wachsames Auge haben, um diese Gefahren, die den Kulturröcken in Ostatien drohen, abzuwenden oder doch zu mindern suchen. Denn die Arbeiter seien doch überall diejenigen, die die Bede zu bezahlen hätten. Hier auf macht der Vorsitzende auf die nächste Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Geyer sprechen wird und auf einen Völkläbler-Vortrag aufmerksam und bat um rege Beteiligung.

## Cheatervorstellungen.

Neues Theater.  
(Nachdruck wird gerügtlich verfolgt)

Donnerstag, den 17. September: 21. Abonnement-Vorstellung (3. Serie, weiß):

**Nofenmontag.**

Eine Offizierstragödie in 5 Akten von Otto Erich Hartleben.  
Regie: Regisseur Hanseit.

Siegfried Reitmann	Herr. Hirsch
Hugo von Matz	Herr. Walter
Harald Hoffmann	Herr. Decret
Paul v. Kämmer	Herr. Kolbe
Peter v. Kämmer	Herr. Hellmuth
Ferdinand v. Grob	Herr. Kraus
Wolfgang Dörfel	Herr. Bader
Hand Hübner	Herr. Hanseit
Bruno v. Alvensleben	Herr. Salmer
Anna Globus	Herr. Hub
Brig. von der Leyen	Herr. Schindall
Habenjunker	Herr. Colmar
Friedrich Weihen	Herr. Prima
Gärtner	Herr. Hartmann

Dienstag nach dem 2. und 4. Akt.  
Eintritt 1,7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende nach 1,10 Uhr. **Geschäftsviertel.**  
Vorverkauf für den laufenden Tag an der Tagesstufe von 10-8 Uhr und Montagnachmittag im Wodenhaus Aug. Bösch, sowie im Central-Vorverkauf von Lauterbach & Auhn, Petersstraße 28, von 8-6 Uhr. — Vorverkauf für den nächsten Tag an der Tagesstufe von 12-8 Uhr. Jedes Billett, welches vor Eröffnung der Tagesstufe bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 10 Pf. Aufzug. Bestellte Billets müssen bis 3 Uhr abgeholt werden.

**Spielplan:** Freitag: Ophelia. Anfang 7 Uhr.

**Altes Theater.**

Donnerstag, den 17. September, abends 1,45 Uhr:

**Der Kaiser.**

Operette in 3 Akten frei nach Gogol gleichnamigem Lustspiel.  
Musik von Karl Weil.

Regie: Regisseur Hart.	Musikalische Leitung: Kapellmeister Hindelgen.
Der Stadtbaumeister	Herr. Hans
Anna, seine Frau	Herr. Weise
Marie, seine Tochter	Herr. Seubert
Diebstahl	Herr. Sturmfeis
Alip, sein Diener	Herr. Weble
Der Polizeimeister	Herr. Wibke
Der Kreisrichter	Herr. Wedlich
Der Kreisrichter	Herr. Schröder
Der Kreisrichter	Herr. Schönfeld
Der Kurator	Herr. Stichnoth

Ort der Handlung: Eine kleine russische Stadt. — Zeit: 1830.  
Eintritt 7 Uhr. Anfang 1,45 Uhr. Ende 1,10 Uhr. **Gewöhnliche Preise.**  
Vorverkauf für den laufenden Tag an der Tagesstufe von 10-8 Uhr und Montagnachmittag im Wodenhaus Aug. Bösch, sowie im Central-Vorverkauf von Lauterbach & Auhn, Petersstraße 28, von 8-6 Uhr. — Vorverkauf für den nächsten Tag an der Tagesstufe von 12-8 Uhr. Jedes Billett, welches vor Eröffnung der Tagesstufe bestellt oder im Vorverkauf entnommen wird, kostet 10 Pf. Aufzug. Bestellte Billets müssen bis 3 Uhr abgeholt werden.

**Spielplan:** Freitag: Graf Ulrich (7. vollständige Vorstellung zu halben Preisen). Anfang 7 Uhr.

**Krystall-Palast-Theater**  
**Neuer Spielplan.**  
**3 Novitäten.**

Anfang 8 Uhr. **Gewöhnliche Preise.** Dutzendkarten Mk. 5,50.

**Battenberg.** September 1908.

**Janslys — Jahreszeiten — Hauser**  
und das wunderbare September-Programm.

**Battenberg-Theater.**

Heute: Minna von Barnhelm. Lustspiel in 5 Akten von G. E. Lessing  
Morgen: Die schöne Ungarin. Gesangspass in 4 Akten von W. Murnau u. A. Waller.

Vorverkauf numerierter Billets bei Franz Stein, Markt 16, und

Paul Fägner, neben Battenberg.

**Zigarren-Fabrik Niederlage**  
Julius K. & H., Leipzig-R.  
Josephinenstr. 13.

Verkauf nur in Bedeutung v. 100 Stck.  
an zu Engros - Preisen. **Wiederbeschaffung beachten.**

**Leder-**  
ausschnitt, Schuhmacherartikel,  
ähnlich Werkzeug erhält man bill.  
6. Alb. Funk, Lind., Holzstr. 28.

**Eckstein's TIVOLI**

Zigaretten.

**Goldmundstück.**

Falsche Handarbeit. 10 St. 20 Pf.

In Zigarrenhandlungen zu haben.

Vertreter: Alfred Hey, L. Gohlis, Potzbrüderstrasse 56. [20161]

**Rauch**

**Verdauungsträger regul.**

**Sächsisch. Pumpernickel**

aus neuem Roggen

**Gesundheits-Delikatess-Brot**

Erhält den Leib offen

und die Zähne gesund.

Zu haben

in den Thalia-Reform-

gesch. u. d. meisten Molkerei-

u. Delikatessgeschäften. \*

**Wochenbett-Artikel**

**Bettstoff,** doppelt

quadratiert, à Mtr. 1,75 x 1,75.

**Sanitäts-Hans Kleinzschocher**

Tiedkaufstraße 2.

Damenbedienung.

**Bettfedern**

stellig, Preis von 60 Pf. an, auch

in besten Qualitäten zu haben.

**Pflanzenzäunen**, Preis 12,20.

**Elisabeth Heldorn**

Leipzig, Dorotheenstr. 2.

**Vorteilhaft!**

**Plüschtarnitur** von 80 Mark,

**Plüschtosafo** von 35 Mark. Bessere

und einfache Möbel stammt bill.

**Pachtkostenstrasse 5, II.**

**Wochenbett-Artikel**

**Bettstoff,** doppelt

quadratiert, à Mtr. 1,75 x 1,75.

**Sanitäts-Hans Kleinzschocher**

Tiedkaufstraße 2.

Damenbedienung.

**Norden.**

Haynab Radefeld, frdl. Wohnung,

1 St., 2 Rm., Kl., Kell., Bod., 120,-.

sofort. später zu verm. Hartung.\*

**Verkäufer und Käufer.**

**Die neue Preisliste**

der Baumwollseide u. des Alpen-

gartens Börschen bei Merseburg

sieht jedermann unentgeltlich zu

Diensten. Preise wie in Massen-

anfangs billigst. Gärtnerei und

Aufzugsanlagen Blabatt. [20568]

Herrlichkeit, gelt. Raum u. Kleid

v. 4,60 an, Jäckel 75, Blumen 75,-

bis z. elegant, neue Kinder-

Jäckel jed. Größe, Kl. u. agn.,

neue Männer-Unterhose, Partie-

holen verf. bill. Sperlings Damen-

Monats-Garderobe, Windmühlenstr.

45. Tel. 10-01 Weif. Sonnt. geöffn.

**Sofas** spottbillig z. verf.

Schützenstr. 15, I.

sofortig z. verf.

Serie I.

# Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint 3 mal  
wöchentlich

## Aufzahlungsgeschäfte

**Liebau.** Turnerstr. 27, I.  
S. Sachs, Nikolaistr. 31, I.—IV.

### Berukskleidung

J. Bluthgen, Täubchenweg 8.  
J. E. Bachsel, Mönch, Hallische Str. 78.  
Paunsd., Zigarrenhandl.  
**C. Feige**, Gelegenheitsk. aller Art.  
Ludw. Holthausen, Schönefeld,  
Sonntags v. 11—2 Uhr geöffnet.  
A. Kullrich, Klisch., Dieskastr. 14.  
A. Mehner, Mock, Hermannstr. 2.  
D. Pauli, Stött., Schwarzwanderstr. 2.  
Herrn. Voigt, Böhltz-Ehrenberg

### Bettfedern, Betten

G. Gätner, Leutzsch, Hauptstr. 43.  
Elisabeth Moser, Reudn., Oststr. 9.  
E. Oldag, Südstrasse 2.  
H. Panhaus, Gemeindestrasse 40.  
Ad. Petzold, Li., Birkenstr. 12.  
H. Rohr, Volkmarstr., Kirchstr. 2.  
J. Schwartz, Brühl 60, Gegr. 1796.  
E. Stock, Gohlis, Schachtstr. 9.  
G. Straube, Hedwigstrasse 15.

### Blumen, künstliche

**Strausenfedern.**  
breit,  
groß,  
3 Mk.  
Repa.  
Waden.  
Krausein.  
Färben.  
**Jelix Graichen.**  
Mainstr. 2, Eckhaus Markt.

## Brauereien, Bierhandl.

**Brauerei Burghausen - Leipzig.**  
einget. Genossensch. u. b. H.,  
empfiehlt ihre vorzügl. Biere.  
Gust. Döring, Thomasiusstr. 24.

**J. Pottkämper, Eutritzsch.** empf.  
seine  
anbest. Malz u. Hopfengebr. Biere.  
Trinkt Biere von

**Gehr. Ulrich,** Leipzig-Stötteritz.  
Vereins-Bier-Brauerei  
zu Leipzig.

Vo. Elisabeth-  
Fritz Kassler Jr., str. 18, Tel. 7917.  
Bierekmtl. Brauereien i. Flasch.  
u. Syph. Echt Dölln. Gosen-Vers.

### Briketts, Kohlen

Bruno Berger, Stött., Hauptstr. 60.  
Ernst Clauss, Josephinenstr. 31.  
O. Dorn, Neu-Mockau.

### Schirmerstr. 31

**Kohlen-Einführer**  
E. Ranstädter Steinw. 49  
0. Freiberg, Co., Pfeiffingerstr. 19.  
Ferd. Grabau, N. Tauchaer Str. 59.  
Höncke & Schuchardt, L.-Sellerh.  
Hennigsenstrasse 2. Tel. 9896.

**Hermann Matz & Co.**  
Eilenb. Bahnhof Tel. 10987  
Plagwitzer Bahnhof Tel. 10986  
Stötteritzer Bahnhof Tel. 18694  
Stötteritzer Strasse 111.

Jano Fankert, Co., Peg. Str. 81.

A. Reimann, Neust., Tauch. Str. 43.  
Ab Lager, erstkl. ringfreie Ware.  
Prima Golpa- u. Kraft-Briketts  
Sal.-Form.p.Ztr. 72, b.10Ztr. 70.  
Halbst. p. 70., 10., 68.,  
Preisssteine 180 & per 100 Stück

A. Richter, Paunsd.-Sommerf.  
Ab. Schwarze, Anger, Mölk. Str. 14.  
B. Uhlig, Eutr., Delitzscher Str. 58.  
F. Wagner, Sell., Wurzner Str. 142.

### Butterhandlungen

E. Arndt, Bayrische Str. 23.  
B. Burkhardt, Sch. Dimpfelstr. 11.  
Grossmann, Vo., Eisenbahnhstr. 186.  
E. Kahn, Co., Pegauer Strasse 82.  
F. Kleppig, Schönel, Hauptstr. 82.  
**F. E. Krüger** N. Dresdner Str. 62.  
N. Ungerstr. 2.  
**F. E. Krüger** N. Hainstr. 26.  
N. Ann. Hohesd. Str. 65.

N. Ebd., Lindenh. 31.  
Molkerei Homberg, Eisenbahnstr. 111.  
Paul Seidel, Paunsdorf.

Ernst Steger Nf., Grim. Steinw. 18.  
Paul Steinbach, Torgauer Str. 18.  
„Kauf Traubenbutter.“

A. Ziegler, Klisch., Dieskastr. 84.  
**Chocoladenhandlungen**

W. Albrecht, Volk., Kirchstr. 45.  
E. Ernst, Thonb., Reitzenstr. 12.  
Alb. Gätner, Eisenbahnhstr. 128b.

**Kakao, Schokolade**  
kauft m. a. best. u. bill. b. R. Zupke  
**Kakao-Haus**, Lind., Markt 3.

A. Michael, Kohlgartenstr. 65.  
Klisch., Dieskastr. 2. Fam.  
Cacao 4 Pf. 40 u. 1. Alpen-  
Sahn-Choco, Taf. 20 g. d. Siedbergen.  
Anna Feuckert, Co., Pegauer Str.  
M. Schimpff, Stötteritzer Str. 6b.

## Cigarrenhandlungen

**Arbeiter-** Genossensch. Cigarre, zu  
hab. Tauchaerstr. 19/21.

Franz Bauer, Täubchenweg 66.

Reinh. Becher, Böhltz-Ehrenberg.

L. Beyer M. L. Mendel, Zweinaund. St. 21.

**B. Bibel, Erke Krenz u. Lange Str.**

Ferd. Bleek, Wurzner Str. 16.

Rich. Böttner, Nürnberger Str. 4.

Alfr. Dietz, Co., Pegauer Str. 97.

C. Dinter, Co., Bornaische Str. 41.

J. P. Dissing, Rdn., Oswaldstr. 1.

Aug. Döhner, Mock, Hall. Str. 112.

W. Fenske, Thonb., Reitzenstr. 12.

A. Fischer, Klisch., Klisch., Wiprecht.

B. Grotkau, Reudn., Dresden Str. 41.

K. Günther, Schl., Könneritzstr. 76.

Markt

Gust. Helmrich, Ranftche Gasse 9.

Bermendorf & Korges, Zeitz. St. 84b.

G. Hornig, Stötteritzer Str. 10/12.

J. H. Kessling, Klisch., Dieskastr. 15.

Otto Kolbe, Stött., Leipziger Str. 1.

F. Lange, Gohlis, Berggartenstr. 9b.

R. Mattke, Eisenbahnstrasse 6.

G. Mondon, Eisenbahnstrasse 120.

G. Morgner, Co., Waisenhausstr. 20.

G. Wissotzky, Ranftche St. 29.

M. Wissotzky Hf. Vo., Ewaldstr. 16.

E. Zschiesche, Co., Pegauer Str. 41.

**Drogerien**

A. Arnold, Sell., Wurzner Str. 107.

Alfr. Hahn, Li., Merseburger Str. 46.

G. Göthe, Plgw., Weissenfels. Str. 41.

Job. Reith, Plgw., Zschoch. Str. 44.

**Fleischereien**

A. Arnhold, Sell., Wurzner Str. 107.

Alfr. Hahn, Li., Merseburger Str. 46.

G. Göthe, Plgw., Weissenfels. Str. 41.

Job. Reith, Plgw., Zschoch. Str. 44.

**Fischhandlungen**

F. Bester, Lind., Merseburg. Str. 78.

Bremer Fischhalle, Breite Str. 14.

F. Brocke, Delikatessen, Kreuzstr. 52

Fischhalle Ostsee, Wurzn. Str. 86.

O. Harz, Eisenbahnstrasse 22.

**Nordsee**, Reichstrasse 25.

Kleinzschoch., Dieskastr.

Chr. Otto, str. 10, Wild u. Gefügel

Paunsdorfer Fischhalle, H. Oelze.

L. Schleuss. Fischhalle Könneritzstr.

O. Schmidt, Gohl., Aeuss. Hall. St. 52

Alfr. Seifert, Co., Bornaische St. 21.

E. Widera, Th., Stötteritzer Str. 16.

E. Wiedemann, St., Cr. Wenz. St. 18.

**Grammoph., Sprechmasch.**

Dresden Strasse 29,

Beyer, bequeme Teilzahlung.

A. Ferrari, Lind., Zschoch. Str. 16.

G. Morgner, Co., Waisenhausstr. 20.

E. Sachse, Li., Demmeringstr. 32.

**Gummihwaren**

Irrig., Mutter-Spritz.

Leibbind., Unterlag.

Damenbind., Verband-

watte etc. sowie alle Art.

z. Krank. u. Wochenapt.,

hyg. Bedarfssort. Diskret.

Versand nach auswärtige.

Carl Klose, Leipzig 6, Hainstr. 19.

Ind. gr. 1373. Richtig auf

Ind. gr. 2. Geschäft: Quer-4.6.

Marie Körting, Leipzig-Plagwitz,

Str. 28, Ecke Weissenfels. Str.

Rich. Lange, Dieskastrasse 10.

**Haus- und Küchengeräte**

F. Basemann, Zweinaund. Str. 80.

A. Haubold, Mockau.

Rob. Heyer, Wahr., Bahnhofstr. 88.

P. Becherer, Lindenau, Lützner St.

Reparaturwerkst. aller Systeme.

**Fahrräder, Nähmaschinen**

Albrecht & Gehlert, Reitzenhainer

Strasse 1 u. Gutenbergrasse 3.

0. Axe, Pl., Weissenfels. Str. 58.

W. Bauer, Anger, Zweinaund. St. 27.

P. Becherer, Lindenau, Lützner St.

Reparaturwerkst. aller Systeme.

**Herren-Garderobe**

Eisenbahnstr. 85.

Jean Berger, Windmühlen-

strasse 25.

Bruno Berling, Torgauer Str. 31.

Otto Böhme, Pl., Zschochersche Str.

E. Breitenborn, Eisenbahnstr. 59/61.

F. A. Helbing, M., Hallese Str. 24.

R. Jordan, Eutr., Delitzscher Str. 45.

Lothar Korn, Stött., Hauptstr. 19.

Kluge & Uhlemann, Eisenbahnstr. 96.

Karl Knote, Connewitz, Meusd. Str. 40.

F. Kuhnert, St., Wasserturnstr. 24.

G. Kunze, Li., Gundorfer Str. 38.

E. Lohmann, Klisch., Grenzstr. 9.

F. Lohmann, Klisch.,

Die  
**Neu-Eröffnung**  
unserer  
ganz bedeutend erweiterten  
**Geschäfts-Räume**  
findet  
**Freitag, den 18. d. M., nachm. 4 Uhr**  
statt.

Da unsere Geschäftsräume, die wir schon jedes Jahr vergrössern mussten, für unseren ständig wachsenden Kundenkreis noch immer nicht ausreichten, sahen wir uns veranlasst, ganz bedeutende Veränderungen und Vergrösserungen vorzunehmen. Wir haben unsere Geschäftsräume ganz den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet und bringen bei grösster Auswahl und billigsten Preisen stets in allen Abteilungen das Neueste. — Streng feste Preise, beste Qualitäten und gute Bedienung sichern wir unserer werten Kundschaft zu.  
Wir machen ganz besonders auf unser Rabatt-System aufmerksam.

**Kaufhaus  
M. Joske & Co.**  
Karl-Heine-Str. 43-45-47   **Plagwitz**   Ziegelstrasse 1.

Zur Erinnerung an die Neu-Eröffnung geben wir Gratis-Präsente!

# Feuilleton-Beilage

Celziger Volkszeitung 1908. Nr. 216

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

## Der Wildfang.

Novelle von Adolf Schmittner.

13,

Nachdruck verboten.

Etwas um Mitternacht klopfte es leise an die Tür. Ich öffnete. Margarete trat herein. Sie schloss die Tür vorsichtig hinter sich. Dann führte ich sie vor das stillste Lager des Toten. Ich deckte das Tuch von seinem Gesicht, nahm die Ampel vom Sims und hielt sie hoch. So standen wir eine Weile Hand in Hand. Margarete weinte zuerst still vor sich hin. Als ich aber hörte, wie sie heftiger atmete, und wie ihre Brust wogte, stellte ich die Ampel auf den Sims und deckte den Toten wieder zu.

Sie fasste sich aufs Tapferste, und als sie wieder sprechen konnte, sagte sie: Ich komme von Kunigunde.

Was ist mit ihr? fragte ich.

Margarete schaute nach der Tür und flüsterte:

Wie ich ihr von dem Mord erzählte, sah sie hoch aufgerichtet, und ohne den Kopf zu regen, hat sie mir zugehört. Ihre Augen haben zuerst geleuchtet, aber mit einemmal war ihr unheimliches Licht ausgelöscht, und Kunigunde hat geweint und geweint, wie ich noch keinen Menschen habe weinen sehen, stundenlang, in einemfort. Ich habe mir nimmer zu helfen gewußt.

Und jetzt? fragte ich.

Ebenso plötzlich, wie sie zu weinen angefangen hatte, ist sie still geworden, von innen heraus, aus dem Herzen, wie eine, die weiß, was sie will.

Was hat sie über Valentini gesagt?

Wie sie still geworden war, sah sie mit gespannten Händen auf ihrem Bänkchen auf dem Altan, hat nach dem Schloß hinübergeschaut und hat einmal über das andermal den Kopf geschüttelt. Mir ist es ganz unheimlich geworden. Was hast du? So red doch! hab ich zu ihr gesagt. Sie gab mir keine Antwort, aber zu sich selber sagte sie: Für uns gibt es keinen Anfang mehr, nur noch ein Ende; und sie saß eine gute Weile regungslos da. Mit einemmal hat sie den Kopf aufgerichtet, wie sie tut, wenn sie die Stolze ist, und hat vor sich hingeflüstert: Danken wird er mirs nicht, aber gleichviel! Dann stand sie auf und sagte: Ich will Gerwig sehen, und... und Johannes, sie steht draußen vor der Tür.

Sie soll nicht herein, rief ich, und der bittere Grimm stieg in mir auf. Sie soll nicht seinen Frieden stören. Seine Wunde fängt wieder an zu bluten, wenn sie hereinkommt.

Über schon hatte Margarete die Tür geöffnet, und Kunigunde war eingetreten. Sie schaute sich im Gemach um, ging an mir vorüber auf Gerwigs Bett zu und kniete vor der Leiche nieder.

Hätte sie geweint oder geschluchzt, so wäre ich weich geworden. Über ihrer Stummheit gegenüber fühlte sich mein Grimm im Recht.

Du bist schuld an beider Blut, sagte ich. Wärst du bei ihm geblieben in seiner höchsten Not, so wäre solches nicht geschehen. Über du weißt nicht, was Treue heißt.

Da fühlte ich eine Hand auf meinen Lippen. Margarete verdeckte mir den Mund, und als ich sie anschauten, sah ich in großer vorwurfsvoller Augen.

Kunigunde aber, die regungslos vor dem Lager geknieht hatte, die Hände vor dem Gesicht, stand auf und sagte: Ich will die Wunde sehen.

Margarete ergriß zögernd die Ampel und bat mich, das Tuch vom Gesicht zu ziehen. Kunigunde aber wehrte heftig ab und sagte: Nicht das Gesicht, die Wunde will ich sehen.

Thus! sagte Margarete zu mir. Sie hielt die Ampel hoch und wandte ihr Antlitz zur Seite. Ich hob das Tuch und zog das Hemd auseinander. Kunigunde beugte sich über das Lager und schaute auf die blutige Brust und den schwarzen Riß auf der Seite. Ihr Körper fing an zu zittern, zuerst leise, dann heftig. Aber es war, wie wenn sie sich von diesem Anblick nicht losreissen könnte. Ein leises Stöhnen erstarb zwischen ihren knirschenden Zähnen. Margarete umfaßte ihren Leib mit dem linken Arm, da wurde sie ruhig. Und nun fielen schwere Tropfen zuerst einzeln, dann häufig auf die Wunde. Margarete gab mir die Lampe und umfaßte die Wange mit beiden Armen. Ich stellte das Licht an seinen Platz und deckte die Leiche zu. Kunigunde kniete nochmals nieder und legte die gefalteten Hände auf das Tuch über der Wunde, dann stand sie auf, still und gesah. Sie drückte mir die Hand und sah mich durch Tränen an. In ihrem Gesicht lag friedvolle Ruhe. Dann verließ sie, von Margarete begleitet, das Zimmer.

Nach einer Weile kam Margarete wieder zur Thür herein.

Sie ist gegangen wie eine, die getröstet ist, sagte sie; dann nickte sie dem Toten zu, reichte mir die Hand und sagte: Gute Nacht, ihr lieben zwei, ich will mich jetzt schlafen legen. Da zog ich die gute Treue an mich. Sie legte ihr Köpfchen an meine Brust. So gingen wir bis zur Tür. Dann drückten wir uns die Hände und schauten einander tief in die Augen. Sie verstand mich, und ich verstand sie. Noch einen Händedruck, und sie schlüpfte aus dem Gemach.

So haben wir uns ohne ein Wort und ohne Kuss mit einander versprochen.

Ich hielt meinem Gefellen die Totenwacht.

Am andern Morgen legten wir ihn in den Sarg. Siehst du nicht, er lächelt im Schlaf, sagte ich zu Margarete. So war er gestern nicht.

Das haben Kunigundens Tränen gemacht, erwiderte sie.

Das Begräbnis wurde aufs stattliche ausgerichtet. Hinter dem Sarge ging ich, denn er hatte keinen Blutsfreund. Dann kamen alle Blinde. Auf dem Bartscher-

kirchhof gleich rechts neben dem Tor unter dem breiten Rosmarinbaum liegt mein lieber Gefelle begraben.

Als das Grab augeküsst war und sich die Leute verlaufen hatten, ging ich den Schloßberg hinauf. Ein Schwesternsohn von mir diente unter den fürristlichen Kindesjungen. Ich fand ihn im Schloßhof, wo er Krebs wusch, und bat ihn, mir Einlaß in den neuen Garten der Frau Kurfürstin zu verschaffen; der war da vorne, wo jetzt die Stücke stehen. Mein Neffe trug das Gericht in die Küche und kam bald mit einem andern Jungen zurück, der das Getier im Vogelhaus der Frau Kurfürstin zu warten hatte. Der schloß mir das Pförtlein im Elisabethentor auf, zeigte mir, wo ich den Schlüssel hinlegen sollte, und ließ mich in den Garten.

Ich trat an den Burggraben und schaute hinüber. Da stand der Turm vor mir, in dessen Tiefe mein lieber Gefährte lag. Des Turmes Rinne ragte noch in das Abendlicht, und dort oben leuchteten die roten Steine; aber dann stieg das Gemauer dunkel und schwarz in die Tiefe hinab. Und dort unten, wo nichts mehr zu erkennen war in der Finsternis, lag mein Herzbruder.

Valentini rief ich hinunter, zuerst leise, dann lauter. Valentini! Deine zwei Herzbrüder grüßen dich!

Ich lachte. Das Wasser murmelte in der schwarzen Tiefe, sonst war alles still.

Da fing die Abendglocke auf der Heiliggeistkirche zu läuten an. So voller Zittern und voll innerstigen Flehens hat noch nie eine Glocke geläutet. Ich fiel nieder auf die Knie und blieb so liegen, bis der Kelch verhallt war. Dann ging ich am Vogelhaus vorbei an die Rampe, über die man hinunterschaut auf den Schloßberg und in die Stadt und hinaus in die Welt.

Gerade vor mir stieg die Heiliggeistkirche empor. Der Turm glühte vom Widerschein des Abendrots, und während über den Häusern der Nebel dampfte, war oben in der Höhe die Luft so klar, daß ich jeden Schiferstein zählen konnte. Da sah ich, wie sich die Tür zum Altan aufstät und Kunigunde heraustrat. Hier, wo wir jetzt sitzen, ist sie gestanden. Sie schaute herüber nach dem Schloß. Ihre Haare waren aufgelöst und wehten im Winde. Da der Wind von der Michelskirche herüberkam, flohen die Haare dem Schlosse zu; das sah aus wie ein Gräben.

Ich trat auf die Seite, denn der Gruß galt ja nicht mir, und ich wollte dem Blick nicht im Wege sein; und doch konnte der Blick den "Seleneleer" nicht treffen, denn der Turm liegt viel zu tief im Graben drinnen.

Ein Nachthalter rührte an mir vorbei dem Schloßgraben zu: Ich sah ihm nach und dachte: Du findest vielleicht den Schlüssel in der Mauer, der zu ihm führt! Bring du ihm Ihren Gruß hinunter.

Da drängte es mich mit innerlicher Gewalt zu Kunigunde hin. Kein Mensch ist ihm so nahe gewesen als ich, dachte ich. Kann ich ihr keinen Gruß von ihm bringen, so bringe ich ihr doch einen Hauch aus seiner Nacht.

Ich schlüpfte durch das Pförtlein, schloß es zu, legte den Schlüssel in das bezeichnete Mauerloch und eilte den kurzen Buckel hinab an der Schmiede vorbei zur Heiliggeistkirche. Die Tür zum Turme war verschlossen. Ich zog an der Glocke, und bald öffnete sich die Falle. Ich stieg rasch die Treppe hinauf; es war zwar stichdunkel, aber ich kannte den Weg. Kunigunde stand auf dem Vorplatz vor ihrer Wohnung. Aus einer halbgeöffneten Tür kam ein schwacher Lichtschein und zeigte die Umrisse ihrer Gestalt. Der schwache Schatten, der an ihrem Haupt niederschlüpfte, mußte ihr Haar sein.

Sie hatte mich am Tritt erkannt, denn sie sagte freundlich: Ich wußte, daß Ihr kommen würdet. Wartet hier eine Weile. Der Vater liegt schon zu Bett; er weiß noch nichts.

Noch einige Augenblicke kam sie aus dem Glammer zurück. Sie hatte ihr Haar hinaufgenommen und mit einem Tuche zusammengebunden.

Wir wollen auf den Altan, sagte sie, es spricht sich dort leichter.

Wir gingen hinaus. Die Dämmerung hob uns hoch über die Stadt und schob den Schloßberg in die Ferne, dagegen war die schwarze Finsternis des Klingenteichs zum Greifen nahe.

Kunigunde stemmte die Arme auf die Brüstung und schaute nach dem Schlosse hinüber.

Wie geht es der armen Margarete? fragte sie, ohne sich zu rühren.

Ihre Augen trocknen nicht, antwortete ich. Ihr milzt sie trocken, sagte sie in derselben Haltung.

Wüßt Ihr, wie man dies macht? Wenn alles vorüber ist, dann nehmt sie auf den Schoß und küßt ihr die garstigen Tränen weg.

Wir schwiegen beide. Es wurde dunkel. Ein Nachtwogel huschte an uns vorbei. So standen wir lange und schauten hinaus in die wachsende Finsternis.

Endlich sagte ich:

Ich bin droben gewesen und habe über den Graben geschaut.

Sie nickte stumm. Dann wandte sie sich plötzlich um und schaute mich an.

Wie bist du? fragte die Mauern?

Ich breitete meine Arme aus und sagte: So bist du.

Aber die Glocke hört man doch?

Gewiß. Er hat die Glocke gehört.

Sie nickte still. Nach einer Weile sagte sie: Ich habe ihm alles gesagt.

Was habt Ihr ihm gesagt? fragte ich.

Da drehte sie sich scharf nach mir um und schaute mich an mit ihrem alten stolzen Blick.

Gott und die Glocke wissen's, sagte sie.

In diesem Augenblick läutete es von der Pforte her. Sie ging an den Aufzug. Aber ehe sie den Handgriff umfaßte, wandte sie sich zu mir und flüsterte hastig und angstvoll:

Ich weiß, wer kommt... Morgen wird er gerichtet.

So schnell? Das ist nicht möglich! sagte ich, um sie zu beruhigen, aber das Herz klopfte mir.

Es läutete zum zweitenmal heftig, ungeduldig. Ich griff an ihres Hand vorbei und zog auf. Man hörte wie unten die Türe zugeschlagen wurde. Ich gehe hinunter, sagte ich. Wartet hier! Seht Euch! Aber wo finde ich ein Vicht?

Sie hatte sich wie unwillkürlich auf das Klöppchen neben der Tür niedergelassen. Aber als ich an ihr vorüber wollte, sprang sie auf. Da sah ich sie schwanken und hielt sie fest. Aber nur einen Augenblick dauerte ihre Schwäche. Sie raffte sich auf und eilte voraus auf den Vorplatz, holte Licht aus der Tasche und entzündete die kleine Laterne, die neben der Tür hing. Von unten klang ein unverständliches Rauschen.

Ich eilte vorsichtig die Treppe hinunter und verstand nun, daß der Mensch da unten noch nicht brüllte. Als das Geräusch meiner Tritte und der Schein meiner Laterne hinunter drang, wurde es unten still.

Ich war schon zur Hälfte die Holztreppe hinab, da rief es ängstlich heraus:

Wer kommt da? Das ist kein Frauentritt!

Wer seid denn Ihr? gab ich zurück.

Ein Vate vom Gericht, rief es. Wo ist Jungfer Kunigunde? Warum kommt sie nicht? Sie soll kommen.

Ich gab keine Antwort und eilte durch den Läuter Raum der steinernen Wendeltreppe zu.

Seid Ihr vom Rat mit dem Läuten betraut? rief es heraus.

Rein!

So soll Jungfer Kunigunde kommen! schrie es zornig. Wer seid denn Ihr?

Da stellte ich die Laterne auf den Boden und rief:

So kommt herauf und bestellt Eure Botschaft selber. Fluchend und schimpfend begann der Mensch die Treppe herauf zu rappen. Ich eilte voraus, Kunigunde die Nachricht zu bringen. Sie stand hochaufgerichtet auf dem Vorplatz. Geht auf den Altan und wartet meine! sagte sie. Ich ließ das Pförtlein hinter mir offen stehen.

Der Büttel kam polternd die Stiege herauf, und als er oben war, dauerte es eine Weile, bis er zu reden anfing.

Wer ist mir denn halbwegs entgegengekommen? fragte er grimmig.

Wendet Eure Botschaft! erwiderte Kunigunde.

Das herrschaftliche Gericht bestellt auf morgen früh das Urteil und wird aufgerufen. Valentini Herbert wird um zehn Uhr auf dem Galgenbühl gerichtet.

Kunigunde mußte etwas gesagt haben, denn nach einer Pause fuhr der Büttel fort: Was seine Strafe ist? Sein Recht wäre das Schwert. Aber da er die tödliche Absicht des Rates, das Volk in diesen betrübten Zeiten zu veruntern, freudlicherweise bereitete hat, haben die Herren die Strafe geschärft: er soll mit dem Rad vom Leben zum Tod gebracht werden. Von neun bis zehn Uhr ist zu läuten, mit drei Pausen, nach Vorschrift. — Wer war denn der Mann, der mir entgegengekommen ist?

Geht Eures Weges! sagte Kunigunde tonlos.

(Fortsetzung folgt.)

## Wilhelm Weitling.

Seine Zeit, sein Leben, seine Lehre.

Weitwoll und unruhig war sein Leben, vom Schicksal ewig geschüttelt, ein fortwährendes Werden, ein stetes Vorwärtsbeginnen.

Nicht so seine Lehre. Diese stand frühzeitig, eigentlich schon in seinem Erstlingswerk: Die Menschheit, fast vollkommen vollendet. In dieser Schrift hatte er im Grunde schon alles gegeben, was er an Neuem der Welt zu schenken hatte. Seine späteren Arbeiten waren und könnten — selbst seine Garantien eingeschlossen, in denen er sein System am allseitigsten begründete — nichts anderes sein, als neue Fassungen, Ergänzungen und Erläuterungen. Wohl hatte er nicht mit jener seiner Junglingsgabe den ganzen Reichtum seiner Seele ausgeschöpft. Ein so leiser, originell angelegter Kopf gewann jeder Sache, jedem Problem immer wieder eine neue Seite ab, und selbst da, wo er sich nur wiederholte, strömten ihm so kraftvolle, plastisch greifbare, ureigene Bilder zu, daß es stets schien, als sage, als predige er Neues. Wie es überhaupt ein sicheres Charakteristikum jedes Utopianus ist, daß die Grundlinien des Zukunftsbauwerkes von allem Anfang an fest umrissen vor den Augen ihrer Konzepte stehen, daß ihre Theorien — und lebten ihre Urheber noch so lange und in einer noch so raschlebigen Zeit — unabsehbar ewig die alten bleiben, daß das Alter noch gerade so lebte und träumt, wie die Jugend es getan, daß ihre Systeme lebendig gehende Entwicklung aufzuweisen haben.

Weitlings System zerfällt in drei wesentliche Teile: die Kritik der bestehenden, die Darstellung der wünschbaren fünfzigsten Gesellschaftsordnung und die Schilderung der Mittel und Methoden, die seiner Ansicht nach geeignet sind, aus der einen in die andre hinüberzuführen.

Wie alle Utopisten war auch Weitling besonders stark und folgerichtig und tressend, wo es galt, die gegebenen Verhältnisse und Zustände oder eigentlich Missstände zu kritisieren und zu analysieren, die heutige Staatsordnung auf Herz und Nieren zu prüfen. Hier sah sein Auge durchaus klar und sicher, und hier hatte auch seine Feder eine beißende Schärfe und Logik, wuchtige und ans Herz greifende Worte und, wenn nötig, eine ähne Ironie. Diese Stücke seiner Werke wirken auch heute noch staunenswert frisch und wie neue Offenbarungen. Wie sein gesamtes Lehrgebäude vor allem von Fourier stark beeinflußt ist, so kann besonders auch seine Kritik der Gesellschaft die Vaterschaft des großen Franzosen nicht verleugnen. Einzelne Teile lesen sich geradezu wie Stücke fourieristischer Denkungsart.

die durch das bis zu einem gewissen Grade andersgeartete Tem-  
perament Weitlings hindurchgegangen sind. . . .

Den Ursprung alles Elends und aller Lasten, die die gesamte Klasse der Arbeiter niederrücken, sieht Weitling im herrschenden Geldsystem, darin liegt alles Übel, und nicht früher vermögt nach seiner Ausschaffung hierin ein Wandel zum Besseren einzutreten, als bis das Geld als solches definitiv abgeschafft wird. „Ihr befiehlt euch oft,“ sagt er in der Menschheit, wie sie ist und wie sie sein sollte, „dass die Zeiten schlecht sind, untersucht aber selten, warum sie es sind, und wenn ihr darüber Untersuchungen anstellt, so kommt ihr selten auf den rechten Grund. Der Fabrikarbeiter beschlägt sich über die Maschinen, der Handwerker über Kunstgewerbe, Gewerbeschule, zu geringen Aufwand der Vornehmsten; der Landmann über gute und schlechte Jahre, und alle über Teuerung der Lebensbedürfnisse, und wenige treffen den Nagel auf den Stoff. Die Ursache dieser immerwährenden schlechten Zeiten ist aber nur die ungleiche Verteilung und Genußnahme der Güter, sowie die ungleich verteilte Arbeit zur Herbringung derselben, und das Mittel, diese gräßliche Unordnung zu erhalten, ist das Geld. Wenn es von heute an kein Geld gäbe oder geben könnte, so würden Reiche und Arme bald genügt sein, unter einander in Gütergemeinschaft zu leben. Über solange es noch Geld gibt, nach der jetzigen Bedeutung des Wortes, wird niemals die Welt frei werden. Wieviel Elend und Unglück hat nicht schon die Menschheit seit der Einführung derselben erlitten.“

An anderer Stelle der Menschheit sagt er: „Das Geld ist der Sündenbogen der Menschheit, und wer seine Ideen von der gesellschaftlichen Reform nicht darüber hinausträgt, wird sich schwerlich von den Leidenschaften derselben aufrecht freiprägen können. Mit der Beibehaltung des Geldes, in der jetzigen Bedeutung des Wortes, ist der ungleiche Genuss sowie die ungleiche Verteilung der Arbeit, unteilbar; Verschiedenheit der Stände, Mangel und Überfluss, mit ihnen durch sie erzeugten Lastern, alles das bleibt dasselbe; und das wollen auch die Verleidiger des Geldsystems so, weil es ihnen doch gar zu behaglich ist, etwas mehr zu haben als ein anderer Bruder, und gar zu hart, ihnen auszumuten zu wollen, mit einem Handwerker oder Bauer gleichen Tisch zu führen.“

Schon diese Auslassungen mühten genügen, um ihn seinem innersten Wesen nach zu einem Utopisten zu stempeln. Die Abschaffung des Geldes ist für ihn gleichbedeutend mit der Auflösung aller Bevorrehtung und Unterdrückung. Die äußere Form nimmt auch er für den Inhalt. Tiefer hinter dem Geheimnis der Geldform zu kommen, ist auch ihm noch nicht gelungen. Doch sich ihm aber das Mysterium des Geldes doch zum Teile enthüllt hat, dafür dient unter andern eine Stelle der Garantien zum Beweise, wo er von dem „eingebildeten Wert“ des Geldes redet, den das Gold durch die Prägung erhält: „Auf diese Weise bekamen diese Städte einen Wert, den sie nicht hatten, und welcher sich je nach den Launen, dem Glück und der Lust des Besitzers oder Erwerbers vermehrte oder verminderte.“ Nun steht aber, da das Gold eingeführt war, was der Menschheit eine Geisel geschaffen worden, deren Stricken tief ins Herz und Mark eindringen. Der Eigennutz hatte seine Grenzen weit über die Schranken der Selbstbehauptung ausgedehnt. Keine Scham hielt sich mehr zurück; Regierende, Priester, Gelehrtene, Lehrer, Richter, Mäuler, Mörder und Diebe, alles strecke die gierige unersättliche Hand nach dem Gold aus; jeder glaubte sein zeitliches Glück darin suchen zu müssen. Alle Mittel und Wege, sich dieses Metall zu verschaffen, wurden benutzt. Hunderttausende von Menschenleben wurden geopfert, um es aus den Tiefen der Erde herzuholen, in welche es eine weise Vorsehung so sorgfältig versteckt hatte. . . . Besuchte unsre Galerien, unsre Bucht- und Arbeitshäuser, unsre Gerichtssäle, Armen- und Waisenhäuser, macht euch ein Verzeichnis von allem, was ihr Übel und Verbrechen nennt, und geht jedem derselben ohne Vorurteil genau auf den Grund, so werdet ihr finden, daß ohne das System des Geldes nicht der zehnte Teil dieser Übel vorkommen würde.“

Mit schmähloser Schärfe kritisiert Weitling den wunden Punkt aller bisherigen Gesellschaftsordnung, jene Institution der Beziehungen zwischen Mann und Weib, die nach Fourier den Maßstab für den von einer Gesellschaft jeweils erreichten Kulturstandard bildet: die Form der bürgerlichen Ehe. „Die Liebe ist der Nährkern, die Ehre die Schalen. Das Geldsystem ist der Wurm, der sich in den Kern frischt und ihn verdorbt. Die große Menge nagt an den bitteren und herben Schalen. Da habt ihr die Definition unserer heutigen Ehen.“ Man braucht sich bloß der glänzenden und berühmten Artik zu erinnern, der Fourier die bürgerliche Ehe, diese „Prostitution zu zweien“ unterzogen hat, um zu führen, wie abhängig Weitling auch in dieser Hinsicht von dem Franzosen ist. Man lese nur zum Vergleich zu den obigen Sätzen Weitlings etwa folgende Stelle bei Fourier: „In der Zivilisation ist das System der Liebe ein System allgemeinen Schwanges und infolge davon allgemeiner Falschheit. Wie im Handel, so sind auch in Sachen der Liebe die Schuhmäregeln und die Konterbande unzertrennlich. Wo die Liebe mit Schuhmäregeln umgeben wird, darf man auf deren allgemeine Übertragung rechnen. Schön daraus folgt, daß alle Familienbeziehungen verdorben sind.“

Darum fordert Weitling mit Fourier die Beseitigung aller schmachvollen Schwangs, der in der bürgerlichen Gesellschaft nur zu häufig aus materiellen Rücksichten ein ungeliebtes Weib an einen ungeliebten Mann bindet: das Zusammenleben in der Ehe soll auf der Freiheit des Willens beider Beteiligten, auf einem durch häßliche petuniäre Erwägungen unbewußt verdeckten Schluss beruhen. Aber insofern steht Weitling in seiner Auffassung des Frauenproblems noch hinter Fourier zurück, als es ihm immerhin noch nicht restlos gelungen ist, sich von allen bürgerlichen Vorurteilen frei zu machen. Denn auch er hält noch an dem Dogma von der „natürlichen Überlegenheit“ des männlichen Geschlechts fest, woraus für ihn als selbstverständl. resultiert, daß auch in seiner Zukunftsgesellschaft noch für lange hin aus das Weib von den höheren Regierungs- und Verwaltungsämtern ausgeschlossen bleiben wird. Dagegen findet er für sie vor ihm und selbst nach ihm noch nicht gehörte, herliche Worte des Trostes und der Aufmunterung, der Erhebung und der Begeisterung: „Trotze deine Tränen! armes, unglückliches, verachtetes und mishandelter Weib! und denke, es leiden der Schwachen noch viele auf dem Erdentund. Einst wird auch dir der goldne Frühstrahl des Befreiungsmorgens abbrechen, um dir die heißen, bitteren Tränen der Sklaverei aus den feuchten Wimpern zu löschen. Dann blide deinem Tyrannen stolz ins Auge, denn du brauchst ihn nicht mehr, und dein Gesetz schlägt ihn mehr; dann, arme, betogene und verführte Diene, finde dich auch du wieder einen Mann, der das Vorurteil des großen Hauses mit Füßen tritt; dann, ihr lebensfrischen Jünglinge und Mädchen in der Blüte eurer Jahre, lebet und liebet! Dann lasst ausströmen die heute in eurem Busen widernatürlich verschlossene Blut, die an eurem Herzen nagt und eure Kraft läßt, ehe sie eine der Harmonie der Gesellschaft und eurer Gesundheit schöpft.“ (Garantien.)

Allen Gaben des bürgerlichen Staates gegenüber ein geborener Skeptiker, vermag er nur mit pessimistischen Gefühlen auf das „Geschenk“ des allgemeinen Wahrechts und der Freiheit zu blicken. Alles, was aus der Kühne des Teufels kommt, muß nach seiner Meinung auch den Teufels-

geruch mit sich herumtragen. Noch ist die Proletarierklasse nicht genügend erstaunt, um sich dieser Waffen kräftig zu ihrer Befreiung bedienen zu können. Es ist darum erklärlich, daß sich Weitling von diesen Mitteln unter dem Walten des Geldsystems fast nichts verspricht. Das an sich Gute muß in der Hand des Geldsystems notwendig sich in sein Gegenteil verkehren. „Die Freiheit kann im Geldsystem nicht vollkommen sein, weil die Studenten bezahlt werden können. Wenn eine Schrift in diesem System Wahrschau verbreitet, so verbreiten dafür zehn andre Journal, Universand und Lügen. Diese heutige Freiheit wird mehr dazu benutzt, einige zu ernähren, als alle aufzufüttern. Man schreibt eben, um zu leben, weil man ohne Geld nicht leben kann, um zu schreiben. Wer aber hat das Geld? Die Geldmänner. Diese sind es also, die der Literatur eine Richtung zu geben suchen, mit der Schwere ihrer Geldsäcke. Wer im Interesse der Reichen und Mächtigen schreibt, dessen Arbeit wird, wenn sie diesen Zweck gut erreicht, auch gut bezahlt; wage es aber jemand, für das arme Volk zu schreiben, dann wird er sehen, was das für eine Freiheit ist, diese Freiheit im Geldsystem.“ (Garantien.)

Mit nicht minderem Schärfe und ährender Ironie löst Weitling einen andern mysteriösen Begriff, der durch die Prägung fürgünstiger und interessanter nationaler Chauvinisten hindurchgegangen, neben seinem wahren einen „eingebildeten Wert“ erlangt hat, in seine echten und falschen Bestandteile auf: den geheimnisvollen, in den Augen mancher unantastbaren Begriff des Vaterlands, des Patriotismus auf. Wenn er auch weit entfernt ist, die kulturelle Bedeutung eines selbst auf der Basis einer einseitigen Klassenherrschaft ruhenden Vaterlands auch für das entretende Proletariat richtig und salt einschätzen zu können, so blüht doch in seinen Aufführungen eine große Wahrschau neben der andern, eine tiefe Erkenntnis neben einer andern auf. So schreibt er in den Garantien, und man fühlt, wie seine Worte ihm förmlich aus innerster Brust strömen: „Welche Liebe kann heute wohl der zum sogenannten Vaterland haben, der nichts darin zu verlieren hat, was er nicht in allen fremden Ländern wiederzufinden imstande ist? Ist doch das Vaterland nichts andres als das Land vom Vater, das Erbteil, was ein jeder zur Sicherung seines Unterhalts und seiner Unabhängigkeit von den Launen anderer nötig hat; wenn ich nun aber dies nicht habe oder darin, um zu leben, genötigt bin, zum Vorteil ander zu arbeiten, damit diese um so gemächlicher den Herrn spielen können, wie kann ich es denn da lieben? So ein Vaterland, das alle seine Glieder und seine Müßiggänger nährt, lasst ich mir gefallen, für das ist es wohl der Mühe wert, gegen die Ungerechtigkeit zu kämpfen; für solch ein Vaterland kann man schon Leben, Blut und Freiheit wagen . . . Leider habt ihr uns vom Vaterland nichts weiter gelassen als den Namen, den aber werden wir euch bald vor die Füße in den Tod werfen und uns unter das Banner der Menschheit flüchten, welches keine Hohe und Niedere, keine Arme und Reiche, keine Herren und Knechte unter seinen Verleidigern zählen wird. Heute sind wir in unserm eigenen Vaterland von Feinden umgeben, die so schlimm und tyrannisch sind, als die Fremden. Die Sklaverei, unter die sie uns geschmiedet, ist die der Armen unter die Geißel des Fleisches, die der Arbeit unter die Willkür des Geldsystems. Der Tod, den sie uns sterben machen, ist der langsame Tod der Erfüllung und Entehrung, und das Elend, das wir dulden, ist das Elend der Knechtschaft unter dem Hohngelächter übermütiger Herren. Und das sollen Landsleute sein? Blutegel sind es, fremde Tyrannen, die unser Land gestohlen haben, ob durch List oder Gewalt, das ist gleich . . . Alle Vorurteile und Leidenschaften des großen Haufens werden aufgetragen, um ihn im Namen der Vaterlandsliebe und der Nationalität zu einer willenslosen Maschine zu formen, welche die Eitelkeit und Herzlosigkeit dann mit größerer Leichtigkeit regieren kann. Da ziehen sie dann hin zu Hunderttausenden gegen den vermeintlichen Feind, welcher auch nichts andres ist als eine lebendige willenslose Maschine, aus Arbeitern bestehend, die man mit List und Gewalt vom Pfug und aus der Werkstatt gerissen, um mit ihnen ein blutiges Drama zu spielen . . . Das Vaterland ist in Gefahr! schreien sie. Das wissen wir leider nur zu gut, seitdem ihr es unverschämterweise zu eurem ausschließlichen Eigentum gemacht . . . Solange die Gesellschaft in Ungleichheit lebt, solange ein Volk aus Herren und Knechten besteht, solange ist es auch völlig gleich, wer die Herrschaft ausübt, ob Hinz oder Kunz, ob Napoleon, Friedrich Wilhelm oder Nikolaus, wir Arbeiter müssen unter dem einen Herrscher ebenso den Esel machen wie unter dem andern. Auf und paden alle Stände der Gesellschaft, der einheimische Herr wie der fremde, die unerträglichen Lasten.“

Früher machte man den Menschen mit Gewalt zum Sklaven; jetzt verläuft er sich selber, seine Gesundheit, seine Jugend und sein Blut, für das, was man ihm Vaterland zu nennen gelehrt hat, und was soviel sagen will als die Gesamtheit aller Eigentums und aller Eigentümer in dem Lande, in dem er geboren wurde und wo er und seinegleichen nichts besitzt und ebenso wenig Hoffnung hat, je etwas darin zu besiegen. Früher raubte man junge Mädchen und Weiber, täuschte und verlaubte sie wie das Vieh, entriß sie mit Gewalt den Armen ihrer Eltern, Brüder und Schwestern; das Geldsystem hat es soweit gebracht, daß sie sich selber an die Geldmänner verlaufen und Schönheit und Freizeit, sowie Tugend und Unschuld gegen das verführerische Gold der Macht umtauschen. Aber sie mühten, wenn sie es nicht täten, vielleicht am Hungertuch nagen und sterben, das aber will der edelmütige Machtgeist nicht, sie sollen leben, leben um den Preis der Schande, von welcher öfter Vater, Mutter, Brüder und Schwestern auch noch ein Stückchen Brot essen. Früher stahl und raubte man einander die materiellen Bedürfnisse des Lebens, unter dem Geldsystem ist außerdem auch niemand seiner Ehre und seines guten Namens sicher. Der schimmernde Glanz des verlorenen Goldes macht Tausende von Heuchlern und Schmeichlern vor den Mächtigen dieser Erde in den Staub kriechen.“

So sieht Weitling die Schäden der bestehenden Gesellschaftsordnung und erlebt das Elend der Unterdrückten am eignen Leibe, er schaut den Kampf ums tägliche Brot, schaut allerorten seine Klassengenossen in den Bänden unwürdiger Knechtung und schier hoffnungsloser Ohnmacht — und er ruft stur zum Widerstand auf. „Wenn das Wild euren Feldern schabet, so zieht ihr gegen daselbe zu Felde, um euch und eurem Vieh die nötige Nahrung zu erhalten . . . Warum wehet ihr nicht auch dem Wild, das in den Produkten eurer Arbeiten Verheerungen anrichtet?“ (Die Menschheit.) Und predigterhaft einfach singt seine Stimme, wenn er ruft: „Die Ernte ist groß und reif, und Arbeit gibts volllauf; also herbei ihr Arbeiter, damit die Ernte beginne. Das Erntefeld ist ein Ehrenfeld, die Arbeit ist rühmlich und der Lohn unsterblich, denn die Nächstenliebe ist unsre Sichel, und das wahrhaft göttliche Gesetz: liebe Gott über alles und deinen Nächsten wie dich selbst, sei uns ein Stahl, an der wir sie schärfen. So trete dann herbei zum großen Erntefest, wenn solche Arbeit freut, wenn solche Sichel nicht zu schwer find! Die Ernte, das ist die zur irdischen Vollkommenheit reifende Menschheit, und die Gemeinschaft der Güter der Erde ist ihre erste Frucht.“ (Die Menschheit.)

(Schluß folgt.)

## Kunstchronik.

Das Manuskript von Eckenmanns Gesprächen mit Goethe ist fürstlich im Brockhausischen Archiv zu Leipzig von dem bekannten Literaturhistoriker Dr. H. Houben wieder aufgefunden worden, außerdem ein großes Briefmaterial, das sich auf die 1830 bei Brockhaus erschienene erste Ausgabe bezieht und zum Inhalt und zur Geschichte des klassischen Buches wichtige Ergänzungen liefert. Den Freunden Goethes, die auch keinen Eckenmann zu schämen wissen, dürfte es eine willkommene Überrührung sein, daß binnen Kurzem dieser echte Eckenmann mit seinem teilweise wesentlich veränderten Originaltext in einer zugleich reich illustrierten Ausgabe erscheinen wird. —

**Neues Theater.** Freitag: Olbello (Oper). Sonnabend: Der Herr Senator. Sonntag: Margarete (Gästspiel Marie Eisblads von der Berliner Hofoper). Montag: Carmen. — Altes Theater. Freitag: Graf Ester (halbe Preise). Sonntag, nachmittags 1/8 Uhr: Vorstellung für das Allgemeine Arbeiterbildungsinstitut (Graf Ester), abends 1/8 Uhr: Die Döllorprinzenfest. Montag: Doctor Klaus (halbe Preise).

Zur Teilnahme an den Proben von Ibsens Schauspiel Das Fest auf Solhaug mit Musik von Hans Pfitzner, dessen Erstaufführung am 22. September im Neuen Theater stattfindet, ist der Komponist hier eingetroffen. Mit der Inszenierung des Werkes betätigt sich Herr Salfner zum erstenmal als Regisseur.

**Die Vorstellungen im Neuen Theater beginnen, wenn nichts anderes angegeben, um 7 Uhr, die im Alten Theater 1/8 Uhr.**

**Vereinigte Leipziger Schauspielhäuser. Schauspielhaus.** Freitag: Wolfenbütteler. Sonnabend: Der Pfarrer von Kirchfeld (halbe Preise). Sonntag, nachmittags 8 Uhr: Vorstellung für den Gewerksverein H.-D. Leipzig-Welt (Die Dicke). abends 1/8 Uhr: Wolfenbütteler. — neues Operetten-Theater (Theater am Thomasring). Freitag: Poccaccio. Sonnabend: Der arme Donat (Schauspiel). Sonntag, nachmittags 8 Uhr: Vorstellung für das Allgemeine Arbeiterbildungsinstitut (Vater und Sohn), abends 8 Uhr: Der arme Donat.

**Im Schauspielhaus beginnen die Vorstellungen, wenn nichts anderes angegeben, 1/8 Uhr, im neuen Operetten-Theater 8 Uhr.**

**Ballettbühne.** Freitag, Sonnabend, Sonntag: Die Schöne UNA.

## Notizen.

**Sven Lin.** Der schwedische Forschungsreisende, ist am Dienstag in Schimla (Indien) eingetroffen und im Palast des Vicelings abgestiegen. Er hat die Strapazen seiner Reise gut überstanden. Die zwei Jahre, die er in Tibet zugebracht hat, ist er nicht einen einzigen Tag franz gewesen. Er ist in den tibetischen Wüsten vollständig von der Umwelt abgeschnitten gewesen und hat im Verlauf seiner Expedition den ersten Europäer am 30. September 1907 getroffen, wo er in Poo eintraf und von mährischen Missionaren gastfreudlich aufgenommen wurde. Hedin teilt mit, er habe 4000 englische Meilen zurückgelegt, hauptsächlich im westlichen Tibet, und bedeutende Entdeckungen gemacht. Die Kosten seiner Reise betragen etwa 100 000 Mk. Hedin kam in Schimla in der Tracht eines tibetischen Lamas an. Er schildert die Tibeter als einen außerordentlich friedlichen Volksstamm; doch sind die Fremdenfeinde unmenschlich streng, weshalb er genötigt war, seine europäischen Kleider und seine englischen Koffer zu verbrennen und seine Karten in Reissäcken zu verbergen. Er hat wertvolle Karten in gutem Zustand mitgebracht. Angeblich hat Hedin, der sich wahrscheinlich nach einem längeren Aufenthalt in Europa wieder nach Tibet begeben wird, Entdeckungen gemacht, die von größter strategischer Bedeutung für England sind. —

**Technisches Magazin** heißt eine neue, allgemein verständliche, wissenschaftliche Monatschrift, die vom 1. Oktober ab im Verlag der Technik (G. m. b. H., Berlin SW. 88) erscheinen wird. Die von Martin H. Blanke-Wersburg unter Mitarbeit hervorragender Fachleute herausgegebene Zeitschrift will für Deutschland das werden, was Engineering Magazine und Scientific American für England und Amerika sind, ein zwischen den technischen Fachpreisen und der belletristischen Presse stehendes Organ für Techniker und Laien, in gleicher Weise der Unterhaltung wie der Belehrung gewidmet. Jeden Monat wird ein Quartalband von etwa 128 Seiten erscheinen. Ein Heft kostet 1 Mk., ein Jahrgang (12 Hefte) 10 Mk. —

Mit künstlichen Radiumbällern, also Bäder mit Zusatz von Radiumemanation, sind angeblich jüngst im Berliner Birchmannshaus bemerkenswerte Versuche gemacht worden. Die Bäder sollen sich z. B. bei rheumatischen Erkrankungen vorzüglich bewährt haben. —

„Goldhaltige“ Flüsse in Norwegen. Vor einiger Zeit gingen durch die Presse Notizien, in zwei Flüssen in der Nähe von Kristiansand in Norwegen seien reiche Goldfunde gemacht worden. Die gefundenen Goldpartikel wurden von dem hervorragenden Geologen Dr. Reusch untersucht, der eine ganz bedeutende Menge Gold konstatierte. Die Besitzer der Wasserläufe — ein norwegischer Direktor und ein deutscher Ingenieur — verkaufen nun die Flüsse an ein norwegisches Konsortium; dieses aber konnte noch so viel sprengen und untersuchen — es wurde kein Goldkörnchen wieder gefunden. Nun ist nachgewiesen, daß die Besitzer einen freien Betrag verübt haben. Die Röhren, die Dr. Reusch bei seinen Untersuchungen benutzt, hatten sie mit einem Gelbstoff präpariert, der mit Goldstaub gemischt war; daher konnte er den bedeutenden Goldgehalt konstatieren. —

## Gingesaufene Schriften.

**Max Werner,** Das Christentum und die monistische Religion. Berlin, Verlag von Karl Curtius. Preis 2 Mk.

**Johannes Schlaß,** Unser westeuropäisches Schisma. Ein Wort zu der modernistischen Bewegung. Leipzig, Verlag von F. C. Ebdart. Preis 50 Pf.

**W. Veressjew,** Meine Erlebnisse im russisch-japanischen Krieg. Mit Erlaubnis des Verfassers übersetzt von L. Meerowitsch und Dr. J. Bürls. Stuttgart, Verlag von Robert Lübke (Mémoiresbibliothek, dritte Serie, Band 1.) Preis 5 Mk.

**Dr. Theodor Herold,** Moderne Literatur und Schule. Mit einem Verzeichniß literarisch wertvoller Profabücher. Leipzig, Max Hesses Verlag. Preis 20 Pf.

**Voltaire,** Erzählungen (Der Weise und der Schwarze Hand und Alaa). Die Prinzessin von Babylon. Die beiden Getreisten. Candide. Scaramondo. Babig. Mistromegas. Der Harmlose. Liebesbrief von Ernst Hardt. Berlin, Verlag von Wiegandt u. Crieber (G. A. Garain). Preis 8 Mk.

**G. C. Young und W. G. Young,** Der kleine Geometer. Deutsche Ausgabe, besorgt von S. und F. Bernstein. Mit 127 Tafeln und 8 bunten Tafeln. Leipzig und Berlin, Verlag von G. C. Leubner. Preis gebunden 8 Mk.

**Ferdinand Freiherr v. Reichenstein,** Entwicklungsgeschichte der Liebe. Mit zahlreichen Abbildungen. Dritte Auflage. Stuttgart, Franckesche Verlagsbuchhandlung. Preis 1 Mk.